G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Hans Heinz Holz
25 Jahre UNO

Harold Rasch
Politik mit dem Osten

Friedhelm Baukloh
Militärisch-industrieller Komplex und Moskauer Vertrag

Michael Regus
Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch

Dieter Boris / Elisabeth Boris / Wolfgang Ehrhardt
Lage und Perspektiven Chiles

10 '70

Oktober 1970 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Oktober 1970

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1970 1003

KOMMENTARE UND BERICHTE

25 Jahre UNO . . . . . *Hans Heinz Holz* 1006

Zum Tode Gamal Abdel Nassers . . . . . *Hiltraut Geißel* 1008

Zwischenbilanz der italienischen Krise
Wilfried Schilling, Gonte di Oggebbio 1011

Eine „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiative" . . . *Klaus Kamberger* 1014

HAUPTAUFSÄTZE

Politik mit dem Osten. Von der Abschreckung zum Frieden *Harold Rasch* 1018

Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und
der Moskauer Vertrag . . . . . *Friedhelm Baukloh* 1026

Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch.
Versuch einer Analyse . . . . . *Michael Regus* 1031

Staatliche Parteifinanzierung als Integrationsmittel.
Das Exempel SPD . . . . . *Kurt Schacht* 1052

Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden . . . *Hermann Korte* 1060

Zur Diskussion um die Pressereform in der BRD . . . . . *Claudia Pinl* 1065

Lage und Perspektiven Chiles
Dieter Boris, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt 1075

BÜCHER

Aimé Guedj/Jacques Girault, Le Monde . . . *Florence Hervé-Murray* 1092

Hans Jessen (Hrsg.), Die Deutsche Revolution 1848/49
in Augenzeugenberichten . . . . . *Egbert Hoehl* 1094

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1097

FERNSEH-SPALTE

450 Volt . . . . . *E. H. Wahl* 1099

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wortlaut des Kairoer Abkommens vom 27. September 1970
zur Beilegung des Bürgerkriegs in Jordanien 1100

Wortlaut der Reden von Gunnar und Alva Myrdal anläßlich
der Verleihung des Friedenspreises 1970 durch den Börsenverein des
deutschen Buchhandels am 27. September 1970 in Frankfurt/Main 1101

Kommentare und Berichte

25 Jahre UNO

Nicht aus dem freien Entschluß zur Kooperation, sondern aus der Not zweier Weltkriege ist die Idee einer Weltorganisation als institutioneller Garantie für die Erhaltung des Friedens entstanden; der Völkerbund war das Produkt des Ersten, die UNO das des Zweiten Weltkrieges.

Diese Entstehung muß berücksichtigen, wer um den Sinn einer Institution rechten will, die kaum über Machtmittel verfügt, um ihre Beschlüsse durchzusetzen, und auf deren Boden sich die widerstreitenden Interessen einer mitnichten einheitlichen oder auch nur versöhnten Welt begegnen und oft genug lähmen. Die Schelte, die gegen die UNO vorgebracht wird, kommt häufig genug gerade aus dem Mund jener, die sich zu Sprechern aggressiver Tendenzen in der Weltpolitik zu machen pflegen. Auch eine schwache Weltorganisation leistet noch mehr für den Frieden, als denen lieb ist, die noch heute die Gewalt als die ultima ratio regum betrachten. Die Schwäche der UNO zu tadeln, haben die nicht das Recht, die die Mißachtung von UNO-Resolutionen aus machtpolitischen Erwägungen (wie zum Beispiel durch Israel) billigen.

Die sogenannte „Schwäche" der UNO ist nicht Versagen und Untauglichkeit. Sie ist ihre unaufhebbare Natur und Konstitution und — recht gewendet — auch ihre unvergleichliche Stärke. Gebildet aus dem Zusammenschluß souveräner Staaten und unter der Voraussetzung, daß deren Souveränität ungeschmälert erhalten bleiben soll, kann die pragmatische und normative Wirksamkeit der Vereinten Nationen nur aus freiem Konsens hervorgehen. Richtig bemerkt W. R. Beyer in seiner „Staatsphilosophie": „Auf der Grundlage der UNO kann kein ‚Überstaat' erstehen, weil innerhalb dieser internationalen Vereinigung Staaten verschiedener Reifegrade, verschiedener Entwicklungsstufen und verschiedener Gesellschaftssysteme einzelne zwischenstaatliche Probleme gemeinsam zu regeln versuchen. Im Rahmen der UNO kann nur eine reine ‚Ko-Existenz' gedeihen, keine über-staatliche Regelung gesellschaftlicher Beziehungen" (München 1959, S. 158 f.).

Die UNO ist ein Kooperationsrahmen; aus dem erklärten Ziel der Kooperation ergeben sich gewisse Institutionalisierungen (zum Beispiel die Vollversammlung, der Sicherheitsrat, die Unterorganisationen; aber auch temporäre, zum Beispiel die Einsetzung von Vermittlern in Konflikten, von auftragsgebundenen Kommissionen, von Treuhandschaften, von militärischen Sicherungs- und Kontrolleinheiten); einzelne Institutionen werden unter allgemeiner Zustimmung rechtsschöpferisch, indem aus ihrer Tätigkeit Völkerrechtsnormen hervorgehen. Darin liegt kein Widerspruch zur Erhaltung der Souveränität der Mitgliedstaaten, wenn man mit Albert Verdross die regelmäßige Beobachtung der Normen des Völkerrechts in die Definition des Souveränitätsbegriffs hineinnimmt.

Die sogenannte Schwäche der UNO ist darin begründet, daß sie in ihrer Existenz einen formallogischen Widerspruch aushalten und austragen muß. Als eine Versammlung gleichberechtigter Staaten, deren große wie kleine nach der Präambel der Charta gleiche Rechte haben sollen, setzt die UNO voraus, daß es keine machtpolitisch vertretenen und durchgesetzten Partikularinteressen von Einzelstaaten mehr geben dürfe, die nicht auf die Bedürfnisse aller anderen Staaten abgestimmt sind. Wäre indessen eine solche Interessenkonvergenz hergestellt, so be-

dürfte es nicht mehr einer Organisation vom Typus der Vereinten Nationen, um den Weltfrieden zu sichern, und die UNO könnte in eine supranationale Administration überführt werden.

Nun ist aber die genannte Voraussetzung offenkundig nicht erfüllt. Die UNO muß also gleichberechtigte Kooperation herzustellen versuchen unter Bedingungen, die im strengen Sinne gleichberechtigte Kooperation nicht gestatten. Dieser logische Widerspruch, der eine formale Schwäche zu bezeichnen scheint, ist allerdings die historische Stärke der Weltorganisation. Indem sie nämlich mit diesem Widerspruch in sich existiert und aktiv wird, trägt sie tatsächlich dazu bei, daß in kleinen Schritten der Widerspruch überwunden, das heißt die gewaltsame Befriedigung partikulärer Interessen eingeschränkt und gehemmt wird. Tendenziell bedeutet dies, daß die Tätigkeit der UNO auf lange Sicht hin die Herstellung einer internationalen Gesellschaft begünstigen muß, in der die privatkapitalistische Aneignung des Sozialprodukts aufgehoben sein wird.

Das ist kein ideologischer, sondern ein ökonomischer und institutioneller Prozeß. Seine treibenden Momente sind das Gefälle des technisch-ökonomischen Entwicklungsstandes der Mitgliedstaaten einerseits und die Konkurrenz der beiden großen antagonistischen Gesellschaftssysteme, des Sozialismus und des Kapitalismus, andererseits. Indem beide Systeme bei ungefähr gleichem technologischen Niveau je verschiedene Lösungen für die Entwicklungsprobleme anbieten, machen sie die Welt gleichsam zum großen gesellschaftspolitischen Experimentierfeld. Daß die ökonomische, soziale und politische Herausforderung der beiden Systeme sich auf dem Boden der UNO vollzieht, entschärft den in ihr angelegten Konflikt; er muß und kann hier unter Ausschluß militärischer Mittel ausgetragen werden. Das schließt Kompromisse ein, auch im Hinblick auf die Respektierung vitaler Interessen der Gegenseite. In diesem Spannungsraum des Kräftegleichgewichts haben die kleineren Nationen einen diplomatischen Entfaltungsspielraum, der ihnen ohne die vermittelnden Funktionen der Weltorganisation nicht gegeben wäre. Innerhalb dieses Spielraums können sie ihre eigenen Sachinteressen, insbesondere die des technisch-ökonomischen Aufbaus, nachdrücklicher zur Geltung bringen und eine gewisse Unabhängigkeit ihrer Entwicklung sichern.

Gerade diese Entwicklung aber stellt die große weltgeschichtliche Veränderung unserer Zeit dar. Sie vollzieht sich im Schatten der Konkurrenz der beiden großen Gesellschaftssysteme. Nicht länger mehr wird der industrielle Fortschritt nur durch den Kapitalismus gewährleistet. Entwicklungsprogramme können auch auf nicht-kapitalistischer Basis konzipiert werden. Die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) und der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) wäre außerhalb einer Weltorganisation gleichberechtigter Staaten so nicht denkbar. Mit anderen Worten: im Rahmen der UNO ist eine Objektivierung jener Probleme möglich, die sonst zu bloßen Kämpfen um Macht, Profit und Einflußsphären führen würden. Die Befreiungsbewegung in den bisher wirtschaftlich und politisch abhängigen Ländern ist aber selber ein Moment der Ablösung der kapitalistischen (und das heißt auf der Stufe weltweiter ökonomischer Expansion: imperialistischen) Gesellschaft. Der frühere italienische Botschafter in Bonn Pietro Quaroni schreibt mit gutem Grund: „Diese Revolutionswelle, die die ganze unterentwickelte Welt durchzieht, ist nicht das Werk der Sowjetunion; auf jeden Fall ist es nicht ihr Werk allein. Diese ganze Welt wäre, auch wenn es keine Sowjetunion gäbe, in Aufruhr; man tut gut daran, dies nicht zu vergessen" („Koexistenz", Frankfurt am Main 1961, S. 29). Ohne gesellschaftspolitisch Partei zu ergreifen, müssen

die Aktivitäten der UNO eine progressive Funktion bekommen.

Diese Funktion, sagen wir, ist gerade die Funktion der scheinbaren Schwäche der UNO. Weil ihre Charta keine künftige Weltordnung vorwegnimmt, weil ihre Organe keine Zwangsmittel zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse besitzen, kann jeder Staat ohne Furcht vor Verletzung seiner Interessen an den Arbeiten der Organisation teilnehmen. Aber entschließt er sich zum Dissens, dann trifft ihn unentrinnbar das moralische Gewicht der Majorität, er stellt sich außerhalb der Völkerrechtsgemeinschaft; und mag das auch keine unmittelbaren Folgen für ihn haben, so werden langfristig die Wirkungen nicht ausbleiben.

Allerdings impliziert diese Form nichtkompulsiver Effektivität die Universalität der Weltorganisation. Das Fernbleiben der USA vom Völkerbund hat dessen internationales Gewicht so stark vermindert, daß er schließlich zur Wirkungslosigkeit verdammt blieb. Wer sich also zur Idee einer Völkerrechtsgemeinschaft bekennt und dieser notwendig eine organisatorische Form verleihen möchte, muß darauf drängen, daß alle souveränen Staaten der Erde Mitglied der Weltorganisation werden. Oder umgekehrt: wer einem souveränen Staat seinen Platz in der UNO verweigert oder seine Aufnahme in die UNO zu verhindern sucht, schädigt die Weltorganisation, beeinträchtigt die Effizienz ihrer Aktivitäten und dokumentiert, daß er den Nutzen einer universellen Völkerrechtsgemeinschaft geringer achtet als seine vermeintlichen Sonderinteressen; das heißt, er stellt sich außerhalb der Völkerrechtsgemeinschaft, die nur als umfassend gedacht werden kann. Diese Frage stellt sich seit 1949 im Hinblick auf die Volksrepublik China, die die Kontinuität des chinesischen Reichs fortsetzt und die damit automatisch den Platz einnehmen müßte, der illegitimerweise von den Vertretern der nicht mehr im Amt befindlichen, nur noch unter amerikanischem Militärschutz die Insel Taiwan verwaltenden Regierung Chiang Kaischek besetzt gehalten wird. In anderer Weise stellt sich diese Frage für die geteilten Staaten, also zum Beispiel für Korea und Deutschland (vgl. hierzu „Blätter", Heft 8/70, S. 792 ff.).

Die UNO ist das Institut des Weltfriedens. Sicher ist sie darüber hinaus mehr, nämlich der Vermittler wirtschaftlicher, sozialer und auch kultureller Entwicklung in der Welt. Aber die Sicherung des Friedens ist ihre vordringlichste Aufgabe. Fünfundzwanzig Jahre nach ihrer Gründung gilt unvermindert, was im Jahre der Gründung Walter Millis in der „Yale Review" schrieb: „Wir müssen nun die Wege zu internationalem Frieden und Ordnung, die durch die Charta der Vereinten Nationen freigelegt wurden, weiter verfolgen, denn die anderen Wege führen in einen zu grauenvollen Abgrund. Mit Genialität und Ausdauer wurde der Bau der Charta zustande gebracht; Ausdauer und Genialität haben die Konstruktion der Atombombe ermöglicht. Sie sind gleichzeitig entstanden. Wir müssen alle verfügbare Ausdauer und Genialität, Weisheit und Erfindungskraft auf die Entwicklung der Charta verwenden, denn sie ist die einzig mögliche Maßnahme gegen die Auswirkungen der Atombombe." Die Technik ist weiter fortgeschritten, das Völkerrecht hinkt hinterher. Daß es die Technik einholen möge, bevor sie zur Selbstzerstörung der Menschheit führt, vermag uns am ehesten die UNO zu verbürgen. Hans Heinz Holz

Zum Tode Gamal Abdel Nassers

Vor fast zwanzig Jahren, am 23. 7. 1952, begann mit dem Sturz König Faruks

Kriegshandlungen zu beenden und zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen. Nasser nahm die Initiative der USA auf und unterbreitete selbst konkrete Vorschläge, gemeinsam mit den Regierungschefs anderer arabischer Staaten und mit diplomatischer Unterstützung der Sowjetunion. Es ist vor allem Nassers beharrlichen Bemühungen zu verdanken, daß am 8. August 1970 nach zähem Widerstand Israels ein dreimonatiger Waffenstillstand durchgesetzt werden konnte. In diese Zeit fällt das fieberhafte Bemühen der Falken in Tel Aviv, die über dem Kanal von ägyptischer Luftabwehr abgeschossenen amerikanischen Phantom-Kampfflugzeuge zu ersetzen und darüber hinaus erheblich weiter aufzurüsten. Ihre engsten Verbündeten sind dabei nach wie vor die USA. Zunächst liefen die Waffentransporte unter größtmöglicher Geheimhaltung, um der Weltöffentlichkeit vorgaukeln zu können, daß Israel sich strikt an die Waffenstillstandsbedingungen halte, während die VAR ihre (Abwehr-)Stellungen am Suez-Kanal ausbaue. Ende September wurde dann aber im amerikanischen Parlament eine Regierungsvorlage angenommen, die Waffenlieferungen und Kredite an Israel in bis auf weiteres nicht begrenzter Höhe vorsieht.

Die Gefahren einer solchen Politik würden vollends unabsehbar, sollte Israel die mit dem Tode Nassers entstandene Situation für neue kriegerische Abenteuer ausnützen wollen. Fast zwanzig Jahre nachdem Oberst Nasser die ägyptische Revolution einleitete, hat sich ein neues internationales Kräfteverhältnis herausgebildet. Zahlreiche Länder der „Dritten Welt" haben eine Politik des Antikolonialismus und der nationalen Unabhängigkeit eingeschlagen. Nassers Beispiel hat Schule gemacht, noch in den letzten beiden Jahren beispielsweise in Ägyptens arabischen Nachbarländern Libyen und Sudan. Die Kriegspolitik Israels hat seit 1967 zahlreiche Niederlagen erlitten, nicht anders als die der USA in Vietnam. Diese Politik ist zum Scheitern verurteilt. Ihre Gefährlichkeit aber ist deshalb nicht geringer geworden. Die Entwicklungen der letzten Wochen im Nahen Osten haben das deutlich gezeigt. Die politische Lösung des Konflikts, zu der Gamal Abdel Nasser den Weg gewiesen hat, ist eine unaufschiebbare Aufgabe. Hiltraut Geißel

Zwischenbilanz der italienischen Krise

Die Bildung der Regierung Colombo in Rom hat zwar für den Moment die italienische Regierungskrise beendet, aber die wirtschaftlich-politische Dauerkrise schwelt weiter. Schon eine knappe Zwischenbilanz läßt die Umrisse künftiger Konflikte deutlich werden. Erinnern wir uns an Ausgangspunkt und Hintergründe der jüngsten Regierungskrise. Die Sozialdemokratische Partei (PSU) hat nach den Regionalwahlen im Juni, in denen sich die Mitte-Linkskoalition stimmenmäßig einigermaßen behauptete, aus scheinbar heiterem Koalitionshimmel heraus im Zusammenwirken mit dem DC-Hintermann Fanfani hinterrücks und für die eigenen Partner höchst überraschend eine Regierungskrise ausgelöst, die zum Rücktritt des Kabinetts Rumor führte. Den Vorwand dazu bot das Zusammengehen der Sozialisten (PSI) mit Kommunisten und Sozialproletarien (PSIUP) in den Regionalregierungen von Toskana, Emilien und Umbrien. Offenbar sahen die Sozialdemokraten eine Art politischer Mission darin, die Krise anzuspitzen, den Zusammenstoß der beiden politischen Hälften Italiens zu provozieren. Dabei gebärdete sich diese auf Krisen spezialisierte Kreuzritterpartei mehr

rechts als die Liberalen. Nicht nur dem gehässigen Jargon nach, sondern auch in ihren Taten agierten sie rechts vom rechten Flügel der Christdemokraten, zwischen Liberalen und Neofaschisten, die ihnen ein recht aufschlußreiches Wohlwollen entgegenbrachten (und noch entgegenbringen). Es war erstaunlich, über welch reiche Propagandamittel diese kleine Partei bei den Regionalwahlen verfügte und wie sie ohne Rücksicht auf ihren Namen eine reaktionäre Linie verfolgte. Kein Wunder, daß gewisse bürgerliche Kreise, die aller Entwicklung zum Trotz in ihrer Mentalität um fünf bis zehn Jahrzehnte hinterherhinken und von Klassenprivilegien auf ewig träumen, auf die reformfeindliche Bremskraft der PSU-Kreuzritter große Hoffnungen setzten. Man hatte sich den Ruck nach rechts im Dienst der nervös gewordenen Bourgeoisie zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Die Sozialdemokraten haben lediglich Ratlosigkeit unter ihren Partnern gestiftet, Kassandrarufe ausgestoßen, den Mann von der Straße zum Kopfschütteln gebracht und das Odium, die Partei der Krise zu sein, auf sich geladen. Die ehrgeizigen Pläne einer „Rettung des Vaterlands" nach rechts hin fanden bei den Christdemokraten insgesamt nicht die erhoffte Resonanz — ihr Linksflügel war strikt dagegen, die anderen wollten ein so schwerwiegendes Risiko nicht eingehen —, und auch das sozialdemokratische Ansinnen vorzeitiger Neuwahlen verfing nicht. Gefangen in ihrer eigenen Sackgassenpolitik, verlor die Sozialdemokratische Partei das Gesicht. Nach all dem antikommunistischen Wind und den gehässigen Streitereien um die antikommunistische Sicherheitsgarantie mit den Sozialisten (die weiterhin in Regionen und Stadtverwaltungen mit den Kommunisten koalieren), die aber nicht gegeben wurde, steckten die Sozialdemokraten zurück, nur um „dabei" zu sein. Es blieb alles beim alten. Nach mühevollen Händeln gelang es Anfang August, der Mitte-Linksformel noch einmal auf die Beine zu helfen, eine neue Koalitionsregierung unter dem christdemokratischen Wirtschaftsexperten Emilio Colombo ging in Rom vor Anker. Als Trost für die Verlierer innerhalb der Koalition wurde die Regierungsmannschaft um eine Unzahl an Unterstaatssekretären bereichert.

Nun soll der Wirtschaftsexperte Colombo den verfahrenen Karren wieder flott machen. In seiner Regierungserklärung hat es an Versprechungen für einschneidende Reformen und Maßnahmen nicht gefehlt; es mangelte auch nicht an zuwartender Geduld der Gewerkschaften und der Linksopposition. Doch nach allen Erfahrungen bleibt es mehr als zweifelhaft, auch bei Colombos bestem Willen, ob man mit einem Staatsapparat, der seine Insuffizienz bis heute bewiesen hat, der Situation Herr werden kann. Die vordringlichsten Reformen betreffen das Gesundheitswesen, die Wohnungsbeschaffung und das Steuersystem. Die drei Sektoren sind Grundübel eines modernen Italiens. Die undurchsichtige Mammutorganisation der Krankenkassen, deren Leistungen zu ihrem Ausmaß und zum internen Aufwand in schiefer Relation stehen, befindet sich mit einer Verschuldung von 1000 Milliarden Lire im Zusammenbruch. Nicht nur, daß es an zeitgemäßen Krankenhäusern fehlt, es hapert auch an der ärztlichen Versorgung und billigeren Medikamenten für die Arbeitenden. Wie aber sollen die gähnend leeren Staatskassen gefüllt werden, solange gewisse Kreise der Oberschicht steuerlich gar nicht oder merkwürdig lasch erfaßt werden?

Auch die Regierung des Wirtschaftsexperten Colombo wird nach ihren Taten gemessen werden. Sie hat eine Reihe von Sofortmaßnahmen unter dem Namen „Decretone" (Großes Dekret) in Angriff genommen, die verdächtig danach aussehen, die kleinen Löcher improvisierend zu stopfen, während die

großen Löcher daneben neu aufreißen. So wurden die Benzinpreise rigoros erhöht, Telefone und Führerscheine und anderes mehr besteuert, was in erster Linie die Masse trifft, kaum aber jene Schicht, die ihre Steuern auf Kosten der Allgemeinheit einzusparen gewohnt ist. Diese Maßnahmen haben denn auch die sanfte Kritik der OECC in Paris herausgefordert, die verlauten ließ, man habe eigentlich erwartet, daß in Italien endlich die Großeinkommen zur Besteuerung herangezogen werden würden. Abseits dieses Einwands einer sozialistischen Gedankenguts sicherlich unverdächtigen Organisation gehen nun die Preise in einer Kettenreaktion in die Höhe, während Colombo gleichzeitig zur Sparsamkeit und zum Konsum auffordert. Daneben entsteht der Eindruck, daß um das Problem einer wirksamen Steuerreform mit dem Ziel einer Heranziehung der reichen Schichten recht vorsichtig herumgeschlichen wird. Auf alle Fälle aber soll durch die neuen Besteuerungen zunächst einmal das Tausendmilliardenloch bei der Krankenkasse mit 250 Milliarden gestopft werden. Genau in dieser Situation lieferte ein römischer Adeliger namens Casati sozusagen unfreiwillig ein bezeichnend skandalöses Schlaglicht auf das vorhandene Steuersystem. Bis zum Hals im Sumpf des „süßen Lebens", setzte er diesem nach einem Doppelmord an seiner Frau und deren Geliebten ein Ende. Der traurige Anlaß lieferte ein noch traurigeres Ergebnis: Besitz und Einkommen des Herrn Casati machten 400 Milliarden Lire aus, doch Steuern zahlte er dafür wie ein kleiner Angestellter. Es gibt viele vom Schlage Casati, die nicht auffallen. Hält man Casatis 400-Milliarden-Besitz bei Tageslicht gegen die 250 Milliarden aus Benzinpreiserhöhung usw., die notdürftig das Loch der Krankenkasse stopfen helfen sollen, so entsteht eine grelle Dissonanz sozialer Ungerechtigkeit, die dem Volk zum xten Mal bestätigt, daß nur der kleine Mann zum Opfer aufgerufen wird, der große Mann aber stets ungeschoren bleibt. Eine Flut von Anfragen im Parlament und in der Öffentlichkeit war die Folge, doch die harte Steuerreform, die in höchste Sphären greift, wird eben deshalb sicher auf sich warten lassen oder letztlich doch zu improvisiert ausfallen.

Inzwischen sind die im vergangenen „heißen Herbst" errungenen Lohnverbesserungen der Arbeiter durch Besteuerungen und Teuerungen so gut wie illusorisch geworden, und neue Unruhe bemächtigt sich der Arbeitnehmer. Da und dort fällt schon das Wort vom „kochendheißen Herbst 70", während Colombo versucht, die Gewerkschaften für seine Art von Reformen zu gewinnen; ein ebenso schwieriges Unterfangen für Colombo selbst wie auch für die Gewerkschaften, darauf einzugehen und Kredit zu geben. Die Prognose für die Gespräche Colombos mit den Gewerkschaften lautet keineswegs günstig. Er braucht zwar die Gewerkschaften für seine Pläne, aber da es ja um Taten geht, brauchen die Gewerkschaften nicht Colombo, zumal sie durch alle Versäumnisse hindurch gestärkt zu einem echten politischen Machtfaktor geworden sind. In der Konsequenz kriselt es heute mehr denn je bei den Christdemokraten: seitens der in der ACLI zusammengeschlossenen christlichen Arbeiter wurde die Drohung einer neuen Parteibildung bereits deutlich ausgesprochen. Dazu mehren sich bürgerliche Klagen, daß die christliche Gewerkschaft CISL oft röter noch als rote Gewerkschaften sei. Wenn es Colombo nicht gelingt, seine Reformpläne mit realem Inhalt zu füllen, der auch die linke Hälfte des Landes mehr oder weniger überzeugt, steht nur eine Verschärfung der Krise bevor. Ob Colombo die Gewerkschaften überzeugen kann, erscheint fraglich. Und fraglich damit die wirtschaftliche Konsolidierung und politische Stabilisierung im Sinne der Mitte-Linkskoalition, und in den für bürgerliche Geschmäcker sauren Apfel von Beteiligung und Mitsprache der ganzen Linken wird es dann früher

oder später hineinzubeißen gelten. Die Krise ist mit dem Auftauchen des Wirtschaftsexperten Colombo allein keinesfalls bewältigt, sie dauert an.

Auf außenpolitischem Gebiet muß der angesichts der prekären Nahostsituation massive Nixonbesuch in Rom und Neapel registriert werden. Er diente der politisch-militärischen Demonstration der Stärke und gleichzeitig, den NATO-Partner auch außerhalb dieser Organisation innerhalb des Mittelmeerraums im amerikanischen Sinne zum „Spuren" zu bringen, während Außenminister Moro um Ausgleich und Frieden in Nahost bemüht ist. Die an der Regierung beteiligten Sozialisten demonstrierten mit der übrigen Linken unter dem Motto „Nixon, zähl' nicht auf Italien", und auch Nenni sprach sich gegen spannungsverstärkenden Besuch aus. In der Unterredung mit Papst Paul, der von Frieden sprach, verkündete Nixon feinfühlig, im Begriffe zu stehen, die mächtigste Flotte der Welt zu inspizieren. Sicher ungewollt rief er damit die Assoziation zu der berühmten Frage hervor: „Wieviel Divisionen hat der Papst?" Kurzum, es war der freundschaftliche Besuch eines Elefanten im römischen Porzellanladen.

Wilfried Schilling,
Gonte di Oggebbio

Eine „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiative"

In letzter Zeit ist in der Bundesrepublik eine beträchtlich angewachsene Aktivität von „Bürgerinitiativen" und „Bürgeraktionen" festzustellen. Ihre erste größere Öffentlichkeit erlebten solche Gruppen im Kampf gegen die NPD, deren Einzug in den Bundestag sie 1969 mit allen demokratischen Mitteln zu verhindern suchten. Auch an der „Sozialdemokratischen Wählerinitiative" beteiligten sich viele, die zum Teil der SPD ferner standen als der Idee, daß eine parlamentarische Demokratie die Wachablösung, den „Machtwechsel" lebensnotwendig brauche.

Nach diesen — auf den Wahlkampf beschränkten — Beispielen haben sich Bürgeraktionen und -initiativen gebildet, die sich auf ganz bestimmte Fälle konzentrierten und dabei den Kampf mit den Behörden und den politischen Repräsentanten aufnahmen — man stritt und streitet sich um bessere Schulverhältnisse, mehr Kindergärten, gegen Bodenspekulationen und Mietwucher, für die Legalisierung der Abtreibung, gegen Mißstände im Strafvollzug, in der Fürsorgeerziehung.

Hinter all diesen Aktivitäten steht die Erkenntnis, daß man seine Rechte als Bürger nicht geschenkt bekommt, sondern daß man sie sich gegen einen immer selbständiger schaltenden und waltenden Apparat ertrotzen muß.

Was jedoch bislang noch nicht geleistet wurde, ist der Versuch einer Koordination dieser Gruppenaktivitäten und einer Untersuchung, welchen gesellschaftlichen Stellenwert sie nun eigentlich einnehmen. Wenn man die Sache aus „linkem" Blickwinkel betrachtet, dann stellt sich gewiß der Verdacht ein, hier werde nur das System ausgebessert, die Grundwidersprüche aber blieben bestehen. So richtig das ist, wäre es dennoch leichtsinnig, die Sache damit abzutun und die ganze Bewegung abzuschreiben als Vehikel des Klassenfeindes. Im Gegenteil sollte strategisch eingeplant werden, was immer — langfristig und sich selbst korrigierend — zur Bildung und Veränderung von Bewußtsein aus handelnder Erfahrung beitragen könnte.

Sonst nimmt sich die falsche Seite der Bewegung an, wozu jetzt in Frankfurt die ersten Schritte bereits getan wur-

Kriegshandlungen zu beenden und zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen. Nasser nahm die Initiative der USA auf und unterbreitete selbst konkrete Vorschläge, gemeinsam mit den Regierungschefs anderer arabischer Staaten und mit diplomatischer Unterstützung der Sowjetunion. Es ist vor allem Nassers beharrlichen Bemühungen zu verdanken, daß am 8. August 1970 nach zähem Widerstand Israels ein dreimonatiger Waffenstillstand durchgesetzt werden konnte. In diese Zeit fällt das fieberhafte Bemühen der Falken in Tel Aviv, die über dem Kanal von ägyptischer Luftabwehr abgeschossenen amerikanischen Phantom-Kampfflugzeuge zu ersetzen und darüber hinaus erheblich weiter aufzurüsten. Ihre engsten Verbündeten sind dabei nach wie vor die USA. Zunächst liefen die Waffentransporte unter größtmöglicher Geheimhaltung, um der Weltöffentlichkeit vorgaukeln zu können, daß Israel sich strikt an die Waffenstillstandsbedingungen halte, während die VAR ihre (Abwehr-)Stellungen am Suez-Kanal ausbaue. Ende September wurde dann aber im amerikanischen Parlament eine Regierungsvorlage angenommen, die Waffenlieferungen und Kredite an Israel in bis auf weiteres nicht begrenzter Höhe vorsieht.

Die Gefahren einer solchen Politik würden vollends unabsehbar, sollte Israel die mit dem Tode Nassers entstandene Situation für neue kriegerische Abenteuer ausnützen wollen. Fast zwanzig Jahre nachdem Oberst Nasser die ägyptische Revolution einleitete, hat sich ein neues internationales Kräfteverhältnis herausgebildet. Zahlreiche Länder der „Dritten Welt" haben eine Politik des Antikolonialismus und der nationalen Unabhängigkeit eingeschlagen. Nassers Beispiel hat Schule gemacht, noch in den letzten beiden Jahren beispielsweise in Ägyptens arabischen Nachbarländern Libyen und Sudan. Die Kriegspolitik Israels hat seit 1967 zahlreiche Niederlagen erlitten, nicht anders als die der USA in Vietnam. Diese Politik ist zum Scheitern verurteilt. Ihre Gefährlichkeit aber ist deshalb nicht geringer geworden. Die Entwicklungen der letzten Wochen im Nahen Osten haben das deutlich gezeigt. Die politische Lösung des Konflikts, zu der Gamal Abdel Nasser den Weg gewiesen hat, ist eine unaufschiebbare Aufgabe. Hiltraut Geißel

Zwischenbilanz der italienischen Krise

Die Bildung der Regierung Colombo in Rom hat zwar für den Moment die italienische Regierungskrise beendet, aber die wirtschaftlich-politische Dauerkrise schwelt weiter. Schon eine knappe Zwischenbilanz läßt die Umrisse künftiger Konflikte deutlich werden. Erinnern wir uns an Ausgangspunkt und Hintergründe der jüngsten Regierungskrise. Die Sozialdemokratische Partei (PSU) hat nach den Regionalwahlen im Juni, in denen sich die Mitte-Linkskoalition stimmenmäßig einigermaßen behauptete, aus scheinbar heiterem Koalitionshimmel heraus im Zusammenwirken mit dem DC-Hintermann Fanfani hinterrücks und für die eigenen Partner höchst überraschend eine Regierungskrise ausgelöst, die zum Rücktritt des Kabinetts Rumor führte. Den Vorwand dazu bot das Zusammengehen der Sozialisten (PSI) mit Kommunisten und Sozialproletarien (PSIUP) in den Regionalregierungen von Toskana, Emilien und Umbrien. Offenbar sahen die Sozialdemokraten eine Art politischer Mission darin, die Krise anzuspitzen, den Zusammenstoß der beiden politischen Hälften Italiens zu provozieren. Dabei gebärdete sich diese auf Krisen spezialisierte Kreuzritterpartei mehr

rechts als die Liberalen. Nicht nur dem gehässigen Jargon nach, sondern auch in ihren Taten agierten sie rechts vom rechten Flügel der Christdemokraten, zwischen Liberalen und Neofaschisten, die ihnen ein recht aufschlußreiches Wohlwollen entgegenbrachten (und noch entgegenbringen). Es war erstaunlich, über welch reiche Propagandamittel diese kleine Partei bei den Regionalwahlen verfügte und wie sie ohne Rücksicht auf ihren Namen eine reaktionäre Linie verfolgte. Kein Wunder, daß gewisse bürgerliche Kreise, die aller Entwicklung zum Trotz in ihrer Mentalität um fünf bis zehn Jahrzehnte hinterherhinken und von Klassenprivilegien auf ewig träumen, auf die reformfeindliche Bremskraft der PSU-Kreuzritter große Hoffnungen setzten. Man hatte sich den Ruck nach rechts im Dienst der nervös gewordenen Bourgeoisie zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Die Sozialdemokraten haben lediglich Ratlosigkeit unter ihren Partnern gestiftet, Kassandrarufe ausgestoßen, den Mann von der Straße zum Kopfschütteln gebracht und das Odium, die Partei der Krise zu sein, auf sich geladen. Die ehrgeizigen Pläne einer „Rettung des Vaterlands" nach rechts hin fanden bei den Christdemokraten insgesamt nicht die erhoffte Resonanz — ihr Linksflügel war strikt dagegen, die anderen wollten ein so schwerwiegendes Risiko nicht eingehen —, und auch das sozialdemokratische Ansinnen vorzeitiger Neuwahlen verfing nicht. Gefangen in ihrer eigenen Sackgassenpolitik, verlor die Sozialdemokratische Partei das Gesicht. Nach all dem antikommunistischen Wind und den gehässigen Streitereien um die antikommunistische Sicherheitsgarantie mit den Sozialisten (die weiterhin in Regionen und Stadtverwaltungen mit den Kommunisten koalieren), die aber nicht gegeben wurde, steckten die Sozialdemokraten zurück, nur um „dabei" zu sein. Es blieb alles beim alten. Nach mühevollen Händeln gelang es Anfang August, der Mitte-Linksformel noch einmal auf die Beine zu helfen, eine neue Koalitionsregierung unter dem christdemokratischen Wirtschaftsexperten Emilio Colombo ging in Rom vor Anker. Als Trost für die Verlierer innerhalb der Koalition wurde die Regierungsmannschaft um eine Unzahl an Unterstaatssekretären bereichert.

Nun soll der Wirtschaftsexperte Colombo den verfahrenen Karren wieder flott machen. In seiner Regierungserklärung hat es an Versprechungen für einschneidende Reformen und Maßnahmen nicht gefehlt; es mangelte auch nicht an zuwartender Geduld der Gewerkschaften und der Linksopposition. Doch nach allen Erfahrungen bleibt es mehr als zweifelhaft, auch bei Colombos bestem Willen, ob man mit einem Staatsapparat, der seine Insuffizienz bis heute bewiesen hat, der Situation Herr werden kann. Die vordringlichsten Reformen betreffen das Gesundheitswesen, die Wohnungsbeschaffung und das Steuersystem. Die drei Sektoren sind Grundübel eines modernen Italiens. Die undurchsichtige Mammutorganisation der Krankenkassen, deren Leistungen zu ihrem Ausmaß und zum internen Aufwand in schiefer Relation stehen, befindet sich mit einer Verschuldung von 1000 Milliarden Lire im Zusammenbruch. Nicht nur, daß es an zeitgemäßen Krankenhäusern fehlt, es hapert auch an der ärztlichen Versorgung und billigeren Medikamenten für die Arbeitenden. Wie aber sollen die gähnend leeren Staatskassen gefüllt werden, solange gewisse Kreise der Oberschicht steuerlich gar nicht oder merkwürdig lasch erfaßt werden?

Auch die Regierung des Wirtschaftsexperten Colombo wird nach ihren Taten gemessen werden. Sie hat eine Reihe von Sofortmaßnahmen unter dem Namen „Decretone" (Großes Dekret) in Angriff genommen, die verdächtig danach aussehen, die kleinen Löcher improvisierend zu stopfen, während die

großen Löcher daneben neu aufreißen. So wurden die Benzinpreise rigoros erhöht, Telefone und Führerscheine und anderes mehr besteuert, was in erster Linie die Masse trifft, kaum aber jene Schicht, die ihre Steuern auf Kosten der Allgemeinheit einzusparen gewohnt ist. Diese Maßnahmen haben denn auch die sanfte Kritik der OECC in Paris herausgefordert, die verlauten ließ, man habe eigentlich erwartet, daß in Italien endlich die Großeinkommen zur Besteuerung herangezogen werden würden. Abseits dieses Einwands einer sozialistischen Gedankenguts sicherlich unverdächtigen Organisation gehen nun die Preise in einer Kettenreaktion in die Höhe, während Colombo gleichzeitig zur Sparsamkeit und zum Konsum auffordert. Daneben entsteht der Eindruck, daß um das Problem einer wirksamen Steuerreform mit dem Ziel einer Heranziehung der reichen Schichten recht vorsichtig herumgeschlichen wird. Auf alle Fälle aber soll durch die neuen Besteuerungen zunächst einmal das Tausendmilliardenloch bei der Krankenkasse mit 250 Milliarden gestopft werden. Genau in dieser Situation lieferte ein römischer Adeliger namens Casati sozusagen unfreiwillig ein bezeichnend skandalöses Schlaglicht auf das vorhandene Steuersystem. Bis zum Hals im Sumpf des „süßen Lebens", setzte er diesem nach einem Doppelmord an seiner Frau und deren Geliebten ein Ende. Der traurige Anlaß lieferte ein noch traurigeres Ergebnis: Besitz und Einkommen des Herrn Casati machten 400 Milliarden Lire aus, doch Steuern zahlte er dafür wie ein kleiner Angestellter. Es gibt viele vom Schlage Casati, die nicht auffallen. Hält man Casatis 400-Milliarden-Besitz bei Tageslicht gegen die 250 Milliarden aus Benzinpreiserhöhung usw., die notdürftig das Loch der Krankenkasse stopfen helfen sollen, so entsteht eine grelle Dissonanz sozialer Ungerechtigkeit, die dem Volk zum xten Mal bestätigt, daß nur der kleine Mann zum Opfer aufgerufen wird, der große Mann aber stets ungeschoren bleibt. Eine Flut von Anfragen im Parlament und in der Öffentlichkeit war die Folge, doch die harte Steuerreform, die in höchste Sphären greift, wird eben deshalb sicher auf sich warten lassen oder letztlich doch zu improvisiert ausfallen.

Inzwischen sind die im vergangenen „heißen Herbst" errungenen Lohnverbesserungen der Arbeiter durch Besteuerungen und Teuerungen so gut wie illusorisch geworden, und neue Unruhe bemächtigt sich der Arbeitnehmer. Da und dort fällt schon das Wort vom „kochendheißen Herbst 70", während Colombo versucht, die Gewerkschaften für seine Art von Reformen zu gewinnen; ein ebenso schwieriges Unterfangen für Colombo selbst wie auch für die Gewerkschaften, darauf einzugehen und Kredit zu geben. Die Prognose für die Gespräche Colombos mit den Gewerkschaften lautet keineswegs günstig. Er braucht zwar die Gewerkschaften für seine Pläne, aber da es ja um Taten geht, brauchen die Gewerkschaften nicht Colombo, zumal sie durch alle Versäumnisse hindurch gestärkt zu einem echten politischen Machtfaktor geworden sind. In der Konsequenz kriselt es heute mehr denn je bei den Christdemokraten: seitens der in der ACLI zusammengeschlossenen christlichen Arbeiter wurde die Drohung einer neuen Parteibildung bereits deutlich ausgesprochen. Dazu mehren sich bürgerliche Klagen, daß die christliche Gewerkschaft CISL oft röter noch als rote Gewerkschaften sei. Wenn es Colombo nicht gelingt, seine Reformpläne mit realem Inhalt zu füllen, der auch die linke Hälfte des Landes mehr oder weniger überzeugt, steht nur eine Verschärfung der Krise bevor. Ob Colombo die Gewerkschaften überzeugen kann, erscheint fraglich. Und fraglich damit die wirtschaftliche Konsolidierung und politische Stabilisierung im Sinne der Mitte-Linkskoalition, und in den für bürgerliche Geschmäcker sauren Apfel von Beteiligung und Mitsprache der ganzen Linken wird es dann früher

oder später hineinzubeißen gelten. Die Krise ist mit dem Auftauchen des Wirtschaftsexperten Colombo allein keinesfalls bewältigt, sie dauert an.

Auf außenpolitischem Gebiet muß der angesichts der prekären Nahostsituation massive Nixonbesuch in Rom und Neapel registriert werden. Er diente der politisch-militärischen Demonstration der Stärke und gleichzeitig, den NATO-Partner auch außerhalb dieser Organisation innerhalb des Mittelmeerraums im amerikanischen Sinne zum „Spuren" zu bringen, während Außenminister Moro um Ausgleich und Frieden in Nahost bemüht ist. Die an der Regierung beteiligten Sozialisten demonstrierten mit der übrigen Linken unter dem Motto „Nixon, zähl' nicht auf Italien", und auch Nenni sprach sich gegen spannungsverstärkenden Besuch aus. In der Unterredung mit Papst Paul, der von Frieden sprach, verkündete Nixon feinfühlig, im Begriffe zu stehen, die mächtigste Flotte der Welt zu inspizieren. Sicher ungewollt rief er damit die Assoziation zu der berühmten Frage hervor: „Wieviel Divisionen hat der Papst?" Kurzum, es war der freundschaftliche Besuch eines Elefanten im römischen Porzellanladen.

Wilfried Schilling,
Gonte di Oggebbio

Eine „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiative"

In letzter Zeit ist in der Bundesrepublik eine beträchtlich angewachsene Aktivität von „Bürgerinitiativen" und „Bürgeraktionen" festzustellen. Ihre erste größere Öffentlichkeit erlebten solche Gruppen im Kampf gegen die NPD, deren Einzug in den Bundestag sie 1969 mit allen demokratischen Mitteln zu verhindern suchten. Auch an der „Sozialdemokratischen Wählerinitiative" beteiligten sich viele, die zum Teil der SPD ferner standen als der Idee, daß eine parlamentarische Demokratie die Wachablösung, den „Machtwechsel" lebensnotwendig brauche.

Nach diesen — auf den Wahlkampf beschränkten — Beispielen haben sich Bürgeraktionen und -initiativen gebildet, die sich auf ganz bestimmte Fälle konzentrierten und dabei den Kampf mit den Behörden und den politischen Repräsentanten aufnahmen — man stritt und streitet sich um bessere Schulverhältnisse, mehr Kindergärten, gegen Bodenspekulationen und Mietwucher, für die Legalisierung der Abtreibung, gegen Mißstände im Strafvollzug, in der Fürsorgeerziehung.

Hinter all diesen Aktivitäten steht die Erkenntnis, daß man seine Rechte als Bürger nicht geschenkt bekommt, sondern daß man sie sich gegen einen immer selbständiger schaltenden und waltenden Apparat ertrotzen muß.

Was jedoch bislang noch nicht geleistet wurde, ist der Versuch einer Koordination dieser Gruppenaktivitäten und einer Untersuchung, welchen gesellschaftlichen Stellenwert sie nun eigentlich einnehmen. Wenn man die Sache aus „linkem" Blickwinkel betrachtet, dann stellt sich gewiß der Verdacht ein, hier werde nur das System ausgebessert, die Grundwidersprüche aber blieben bestehen. So richtig das ist, wäre es dennoch leichtsinnig, die Sache damit abzutun und die ganze Bewegung abzuschreiben als Vehikel des Klassenfeindes. Im Gegenteil sollte strategisch eingeplant werden, was immer — langfristig und sich selbst korrigierend — zur Bildung und Veränderung von Bewußtsein aus handelnder Erfahrung beitragen könnte.

Sonst nimmt sich die falsche Seite der Bewegung an, wozu jetzt in Frankfurt die ersten Schritte bereits getan wur-

den. Im vergangenen Herbst trafen sich hier zum erstenmal Leute aus verschiedenen Kreisen und Institutionen, die ihre Hoffnung auf eine Intensivierung der Bürgerinitiative setzen, um in ihrem Sinne Schlimmeres für die Zukunft zu verhüten.

Initiator der aus diesem Anlaß gegründeten „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiative" ist das Frankfurter „Studienbüro für politische Bildung"; beteiligt sind derzeit Beauftragte von Bildungsanstalten wie dem Jugendhof Vlotho, der Stiftung „Die Mitarbeit", der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" und dazu einige Universitätsangehörige.

Ihr gesellschaftskritischer Ansatz und ihre gesellschaftspolitischen Ziele sind schnell referiert: Unverrückbare Voraussetzung ist die eindeutige Bejahung des Grundgesetzes. Der Ausgangspunkt der Diagnose ist dann das verbreitete Unbehagen in der Bundesrepublik, besonders ausgeprägt bei der jungen Generation. Eine der wesentlichen Ursachen dafür sieht man in dem Mißverhältnis, „das zwischen den Erwartungen besteht, die eine freiheitliche Ordnung im Hinblick auf staatsbürgerliche Entfaltungsmöglichkeiten des ‚mündigen Bürgers' und auf die strukturelle Wandlungsfähigkeit unseres politischen und gesellschaftlichen Systems wecken muß, und dem in Wahrheit bisher recht geringen Spielraum für Entfaltung und Entwicklung, insbesondere für die Ingangsetzung von Reformen". Schwerpunkte sollen bei dieser Reformarbeit „im Bereich der Innovation, in der Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen sowie an der Kontrolle administrativer Abläufe" liegen, womit Bürgerinitiative nach diesem Verständnis „in einem kompensatorischen Verhältnis zur Politik" stehe.

Der selbstgestellte Aufgabenkatalog versucht, diesen allgemeinen Ansatz zu präzisieren. Es soll

— „auf allen Ebenen die verfassungsgemäße kritische und konstruktive Mitverantwortung der Bürger im Sinne ihres Informations- und Mitspracherechts an politischen Entscheidungsprozessen sowie ihre Kontrollbefugnis" verstärkt werden. Es soll

— „das in unserer Gesellschaft latent vorhandene Aktivpotential erschlossen" werden. Es sollen

— „bisher von der Öffentlichkeit unzureichend registrierte Defizite in unserem Sozialgefüge" ermittelt und „unerschlossene Aktionsräume für am Gemeinwohl orientierte Initiativen ausfindig" gemacht werden, um schließlich

— „derart die Demokratie an der Basis zu verstärken und zu sichern".

Nur die „Intensivierung der staatsbürgerlichen Mitarbeit allein", heißt es dazu in einem Rundbriefentwurf, „vermag der ‚großen Weigerung' wichtiger Schichten der jungen Generation überzeugend entgegenzuwirken, indem sie den Nachweis führt, daß jene Aktionsräume, nach denen die Jugend mit Recht verlangt und von denen sie fälschlich meint, sie würden ihr vorenthalten, ihr nicht nur offenstehen, sondern daß sie in erheblichem Maße sogar ungenutzt brachliegen."

Soweit zunächst das Referat über die prinzipiellen Gedankengänge der Arbeitsgemeinschaft, an denen sich bereits zeigt, wie schmal und schwach das Fundament ist, auf dem sie aufbauen will. Denn alles, was dort gesagt wird, kann so nicht ohne entschieden kritische Einwände hingenommen werden. Und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens ist es ein Hohn, der Bürgerinitiative einen kompensatorischen und damit offen therapeutischen Wert im Verhältnis zur Politik zuzusprechen, weil das auf einen Ausgleich zur leider nicht stattfindenden Teilhabe an der großen Politik hinausliefe, für die der Bürger nach dieser Charakterisierung offenbar keine Kompetenz besitzt.

Zweitens ist es ebenso schön wie unverbindlich, aber um so gefährlicher, vom „Mitspracherecht an politischen Entscheidungsprozessen", statt vom

Mitbestimmungsrecht an allen solchen Prozessen zu reden. Denn auf diese Weise läßt sich all das frohgemut ausklammern, was halt nach alter Sitte in größeren Zusammenhängen gesehen werden muß und deshalb des Fachmannes bedarf.

Drittens muß sich jeder auch nur halbwegs Informierte direkt verspottet fühlen, wenn ihm brachliegende Aktionsräume suggeriert werden sollen, von denen er „fälschlich" angenommen habe, sie seien ihm vorenthalten worden. Die Erfahrung beweist nämlich das Gegenteil. Mitnichten standen solche Räume für staatsbürgerliche Mitarbeit offen, sondern sie mußten häufig mit Mitteln geöffnet werden, die manchem „Demokraten" manchen Schrecken einjagten. Erinnert sei nur an die Auseinandersetzungen um die Hochschulreform, an die Rebellion der Schüler und neuerdings gar an den Aufstand der Eltern — Aktionen, die in durchaus vorenthaltene Räume einbrachen.

Unbewußt müssen Einwände dieser Art in den Köpfen einiger Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft herumspuken, aber sie werden mit einem schlichten Trick verdrängt — durch Übertreibung ins negative Beispiel hinein. Da werden dann die Schatten von Weimar beschworen und der endzeitliche Katastrophencharakter, den die Krise unserer Gesellschaft leicht annehmen könnte; nicht fehlen darf auch die drohende Erziehungsdiktatur von links und die berühmte Abschreckungslitanei von Che Guevara über Mao bis Ho Tschi Minh.

So werden Widersprüche verkleistert und — das ist das Übelste an der ganzen Geschichte — letztlich immer und ausschließlich auf das leidige Bildungsproblem reduziert.

Nun muß man wissen, daß fast alle Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiative" aus dem Bereich der politischen Bildung kommen: dann wird manches klarer. Sie leiden wohl ein wenig unter ihrer typischen Berufskrankheit, die aus der Beschäftigung mit zumeist jungen Auszubildenden zu entstehen pflegt: für die ist allemal zuerst der Generationenkonflikt schuld. Wenn dieser alte Hut den kritischen Beobachter auch nicht mehr so sehr drückt, gravierend ist auf jeden Fall die Folgerung: man macht aus der Krise unserer „freiheitlichen Ordnung" flugs eine Bildungskrise — und dies mit Konsequenz: Christian Graf v. Krockow, kein Unbekannter unter Deutschlands Politologen, meint allen Ernstes, durch Initiativen in der Bildungs- und Stiftungspolitik die „Chancengleichheit" herstellen zu können — von ökonomischen Hindernissen, die dem vielleicht im Wege stehen könnten, ist dagegen nicht die Rede. Im Gegenteil, Werner Rietz vom Jugendhof Vlotho sekundiert ihm kräftig und meint, man müsse „beim Menschen" beginnen und nicht bei den ökonomischen Verhältnissen, vielmehr sei durch Erziehung und Ausbildung erst die Möglichkeit zu schaffen, daß der Mensch sich dann selbst entscheide. Wozu er sich unter den Voraussetzungen überhaupt noch entscheiden kann — und was mag das anderes sein als Anpassung? —, das wiederum steht nicht zur Debatte.

Die beste Selbstentlarvung im Rahmen dieser braven Zielsetzungen, nach denen nur verändert werden darf, wo's niemand wehtut, bietet aber Roland Eckert, Wissenschaftlicher Assistent für Soziologie an der Universität in Tübingen, dessen Studie über „Politische Partizipation und Bürgerinitiative" zur theoretischen Grundlage der Arbeitsgemeinschaft ernannt worden ist. Er stellt nämlich die Frage, „ob eine totale Demokratisierung durchführbar ist, welche Kosten sie verursacht und ob sie in Ansehung der Kosten wünschbar ist".

Hier regiert nun endlich — deutlicher geht es nicht — das totale Effizienzprinzip, und deswegen ist es kein Wunder, daß man sich einer Gruppe überhaupt nicht namentlich annimmt, viel-

leicht weil es die Gruppe ist, die die Effizienz unserer Gesellschaft am nachhaltigsten stören könnte: und das sind die Arbeiter. Der Arbeiter bleibt vor der Tür, denn man will ja beim Menschen beginnen und nicht bei den ökonomischen Verhältnissen.

Dabei bleibt es völlig offen, ob die Arbeitsgemeinschaft möglicherweise von den falschen Freunden abhängt und diese ihre Politik lenken. Bei den falschen angeklopft hat sie jedenfalls: sie braucht Geld für ihren administrativen Aufwand, will sie sich doch zu einem Dachverband entwickeln, und sie braucht Geld für ihre geplante große Umfrage, für ihre Publikationsvorhaben; und das bekommt sie nur von Stiftungen, und diese wiederum hängen häufig genug mit der Industrie zusammen. Gewiß haben Stiftungen, besonders im gelobten Stiftungsland Amerika, alles Mögliche bewirkt, nur das Wichtigste bisher nicht — die Emanzipation.

Was aber nicht offen bleiben darf, das ist die Frage, was Bürgerinitiative nun wirklich leisten könnte. Es wäre sicher unsinnig, gleich mit der hypertrophen Forderung zu beginnen, daß man sich erst einmal zu einem politisch konsequenten Bewußtseinsstand emporgedacht haben muß, ehe man mit Aktionen beginnt. Aus Aktionen selbst, aus Erfolgen und Fehlern, läßt sich am besten lernen, wo die Widersprüche in unserer Gesellschaft evident werden, wer sie verschuldet, wo Abhilfe oder noch mehr geschaffen werden muß und mit welchen Mitteln.

Jede demokratische Regelung, sei sie vorerst auch noch theorielos und punktuell, bedarf der Unterstützung: von der Bürgeraktion gegen den Rechtsradikalismus bis zur Initiative für bessere Schulen und Kindergärten. Nur vor einem ist zu warnen: vor Leuten, die alledem den falschen systemkonformen Überbau verpassen wollen. Und daher ist vor der Frankfurter „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiative" zu warnen.

Klaus Kamberger

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Politik mit dem Osten

Von der Abschreckung zum Frieden

Von Harold Rasch

Der Mitherausgeber der „Blätter" Prof. Dr. Harold Rasch veröffentlicht demnächst in den „Informationen zur Zeit" (Band 1165) der Fischer Bücherei als Originalausgabe ein neues Buch: „Politik mit dem Osten. Von der Abschreckung zum Frieden", das die Gedanken seiner früheren Arbeiten „Die Bundesrepublik und Osteuropa" (2. Auflage 1965) und „Bonn und Moskau" (1969) fortführt. Mit freundlicher Erlaubnis der Fischer Bücherei GmbH drucken wir nachstehend die Einleitung und den Schluß dieses Werkes von Prof. Rasch ab. D. Red.

Einleitung

„Das nordatlantische Bündnis, das sich in den zwanzig Jahren seiner Existenz bewährt hat, gewährleistet auch in Zukunft unsere Sicherheit. Sein fester Zusammenhalt ist die Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen." So hieß es in der Regierungserklärung, die Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vor dem Bundestag abgab. Und einige Absätze weiter war zu lesen: „Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit ihren Verbündeten konsequent für den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa einsetzen. Sie wird zusammen mit ihnen auf gleichzeitige und ausgewogene Rüstungsbeschränkung und Truppenreduzierung in Ost und West hinwirken."

Sicherheit durch Festhalten am NATO-Bündnis also als Voraussetzung für eine Politik der Entspannung und zugleich Einsatz für den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa, wie ist beides miteinander zu verbinden? Wie verhalten sich Sicherheit, militärische Bündnisse, Abrüstung und Entspannung zueinander? Könnten etwa Rüstungsbeschränkungen und Truppenreduzierung in Ost und West so weit gehen, daß die NATO als Verteidigungsinstrument überflüssig würde? Müßte sie vielleicht sogar aufgelöst oder wenigstens umgestaltet werden, wenn es zu einer wirklichen Befriedung in unserem Erdteil kommen soll? Gilt das alte Wort weiter, das wir als Lateinschüler gelernt haben: „Si vis pacem, para bellum!"? Oder muß man etwa für den Frieden und nur für den Frieden arbeiten, um ihn zu erhalten, und wie?

Die vorliegende Schrift sucht Antworten auf diese Fragen zu geben.

Der Verfasser versteht vom militärischen Handwerk nichts, gar nichts. Er hat im Sommer 1944 in einem Vorort von Prag gelernt, eine Heimatflak mit Holzgranaten zu laden, und zu Beginn des nächsten Jahres Gelegenheit gehabt, als Volkssturmmann drei Schüsse abzugeben, von denen der erste außerhalb der Scheibe, der dritte zwischen dem äußersten und dem nächsten Ring ankam; weitere Kugeln, mit denen er es vielleicht zu einem Meisterschützen gebracht hätte, waren nicht mehr verfügbar. Dann hat er noch das Bombardement der Stadt Waldkirchen im Bayerischen Wald durch die Amerikaner im April 1945 miterlebt, aber seine Rolle hierbei war nur die eines stummen Zuhörers im Keller eines Hotels.

Gleichwohl geht es dem Autor um ein Thema, bei dem nach einer weit verbreiteten Auffassung der militärische „Fachmann" zum mindesten wesentlich mitzu-

reden hat. Für den Verfasser ist die Frage nach dem Wert der Bundeswehr und des NATO-Bündnisses, die Frage „Abschreckung oder Friedenspolitik?" keine militärisch-technische, sondern eine staatspolitische, eine außen- und gesellschaftspolitische Frage. Gewiß hat sie mit militärischen Gegebenheiten zu tun, mit Soldaten und ihren Waffen, mit Rüstung und Abrüstung, mit Kriegsgesetzen und militärischen Organisationen. Aber was man hiervon wissen muß, kann sich heute jedermann ohne Schwierigkeiten aneignen, dafür braucht man weder einen Kasernenhof betreten noch eine Wehrakademie besucht zu haben. Zu einem Urteil über die Folgerungen, die aus den gegebenen Tatsachen zu ziehen sind, sind wir, Bürger der Bundesrepublik Deutschland, alle berufen, ohne daß dabei dem Urteil der Generäle eine besondere Bedeutung zukäme.

Die Verdrängung der CDU/CSU aus der politischen Führung durch die Bundestagswahlen vom 28. September 1969 hat erstmals Chancen für eine neue Außenpolitik der Bundesregierung eröffnet, die unter Männern wie Kiesinger, Barzel und vollends Strauß nicht gegeben waren. Ob sie genutzt werden, ist keine Frage des ehrlichen Wollens der Bundesregierung (daran besteht nicht der geringste Zweifel), sondern ausschließlich eine solche der richtigen Einsicht in die internationalen Kräfteverhältnisse einerseits, des Muts, dieser Einsicht gemäß zu handeln, andererseits. Daß taktische Überlegungen — die Erinnerung an eine drei Jahre praktizierte Große Koalition, die Rücksicht auf eine verhältnismäßig schwache, auch in sich nicht ganz geschlossene Regierungsmehrheit im Bundestag — von Bedeutung sein müssen, wird jeder politisch Denkende verstehen. Aber sie dürfen nicht die Oberhand gewinnen. Ohne wirklich neue Schritte auf unserer, zuerst auf unserer Seite wird es keinen Frieden in Europa geben. Wer immer sich dazu in der Lage fühlt, sollte die Bundesregierung bei solchen Schritten nach besten Kräften unterstützen.

...

Schluß

Fassen wir zunächst die Ergebnisse dieser Arbeit in kurzen Thesen zusammen:

1) Die Bundesrepublik Deutschland könnte gegen einen sorgfältig geplanten Angriff aus dem Osten — für den im übrigen auf unabsehbare Zeit keinerlei Anzeichen sprechen — sinnvoll nicht verteidigt werden. Infolgedessen hat auch eine „Abschreckung des Feindes", die ja eine Verteidigungsmöglichkeit voraussetzt, für uns, wenn überhaupt, nur einen sehr begrenzten Wert. Einzige Aufgabe bundesdeutscher Verteidigungspolitik ist es, einem etwaigen Gegner zu zeigen, daß ein leichtfertig begonnener Angriff auf die Bundesrepublik auch für ihn nicht ohne Risiko wäre. Dafür genügt wahrscheinlich eine aus langfristig dienenden Freiwilligen bestehende Bundeswehr. Jede Vorbereitung einer atomaren „Verteidigung" der Bundesrepublik ist entschieden abzulehnen. Die Bundesregierung sollte innerhalb der NATO auf vollständige Beseitigung aller Einrichtungen dringen, die diesem Ziel dienen.

2) Die Bundesrepublik Deutschland hat, ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, das größte Interesse an einer vertraglich vereinbarten Befriedigung Mitteleuropas. Obwohl sie keine Möglichkeiten besitzt, eine Begrenzung der Rüstungen oder gar eine allgemeine Abrüstung zu erzwingen, kann sie viel zu einer solchen Befriedung beitragen. Dazu gehört neben der selbstverständlich erforderlichen, zum mindesten stillschweigend zu vollziehenden völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Grenzen, dieser auch gegenüber der Volksrepublik Polen, eine baldige Ratifizierung des Atomsperrvertrages und eine tatkräftige Förderung der Bemühungen um das Zustandekommen und den Erfolg einer Europäischen

Sicherheitskonferenz unter Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika. Nur so hat auf die Dauer auch West-Berlin eine Zukunft. Langfristiges Endziel deutscher Außenpolitik sollte eine — im Einvernehmen aller beteiligten Mächte zu erreichende — militärische Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein.

3) Eine konsequente Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland verlangt auch gesellschaftspolitische Maßnahmen. Dabei ist freilich eine radikale Änderung unserer Sozialstruktur weder durchführbar noch wäre sie auch nur wünschenswert. Wohl aber sollte die Steuergesetzgebung, das Gesellschafts- und Arbeitsrecht und die Bildungspolitik zielbewußt auf eine Verbreiterung der Führungsschichten unseres Staates und zugleich Überwindung eines primitiven, törichten und unfruchtbaren „Anti-Kommunismus" hinwirken. Zunehmende internationale Kontakte, auch mit der Deutschen Demokratischen Republik, werden weiter zum Abbau des gegenseitigen Mißtrauens zwischen West und Ost und friedlicher Koexistenz beitragen.

Erst eine zukünftige Geschichtsschreibung, der reichlichere Quellen zur Verfügung stehen als uns Heutigen, wird manche wichtigen Einzelheiten der Außenpolitik Konrad Adenauers herausarbeiten können. Daß ihm in den entscheidenden fünfziger Jahren jedes Verständnis für die Notwendigkeit einer realistischen „Ostpolitik" abging, kann schon heute nicht zweifelhaft sein. Adenauers Leistung ist groß genug, um ihm gleichwohl den Rang eines Staatsmanns von überragender Bedeutung zu sichern, ebenso wie Bismarck ein solcher bleibt, obwohl auch er wesentliche Kräfte seiner Zeit völlig verkannt hat und mit „Kulturkampf" und Sozialistengesetz kläglich gescheitert ist. Das Versagen des ersten Kanzlers der Bundesrepublik in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Osten aber ist unbestreitbar, mag ihm in seinen letzten Lebensjahren auch selbst bewußt geworden sein.

Heute bemüht man sich, um „Geschichtsklitterungen vorzubeugen", schon für die Regierungszeit Adenauers den „Übergang zu einer flexiblen Ostpolitik" nachzuweisen und zugleich die Politik der SPD/FDP-Regierung seit dem Herbst 1969 als „Modifizierung der ‚neuen Ostpolitik'" der Großen Koalition (1966—1969) darzustellen [1]). Aber dieser Versuch ändert nichts an der Tatsache, daß Bundeskanzler Kiesinger noch am 11. September 1969 im Bundestag erklärt hat: „Unsere Beziehungen zur Sowjetunion müssen wir an ihrer Haltung zur deutschen Frage messen, und ich werde von einer Normalisierung unserer Beziehungen zur Sowjetunion erst dann sprechen, wenn ich das erste Zeichen aus Moskau erhalte [...], daß man dort entschlossen ist, gemeinsam mit uns nach einem vielleicht schwierigen und mühseligen Weg zu suchen, an dessen Ende Gerechtigkeit für unsere Landsleute drüben im anderen Teil Deutschlands stehen soll." Das bedeutete in der Sache nichts anderes, als daß wir unsere Bereitschaft zu einer Verständigung mit der UdSSR davon abhängig machten, daß diese unseren Wünschen hinsichtlich der Gestaltung der inneren Verhältnisse in der DDR entgegenkam. Man mag eine solche Haltung kennzeichnen, wie man will; daß sie eine gegenüber der Ära Adenauer substantiell neue Ostpolitik zum Ausdruck brachte, läßt sich schwerlich behaupten. Von einer wirklich neuen Ostpolitik konnte, da ja nicht die Sowjetunion, sondern wir im Krieg besiegt waren, erst dann die Rede sein, wenn Bundesregierung und Bundestag sich zu der Einsicht durchrangen, daß die Ergebnisse des Krieges nicht nachträglich rückgängig zu machen waren, sondern den Ausgangspunkt jeder Regelung für die Zukunft bilden mußten.

1) Die deutsche Ostpolitik 1961—1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation, hrsg. von Boris Meissner, 1970, S. 6 ff.

Aber es ist nicht nur — ein schwerer Vorwurf für einen Politiker — die völlige Verkennung der konkreten Machtverhältnisse und daher der Möglichkeiten in unseren Beziehungen zum Osten Europas, deren sich alle bisherigen Regierungen schuldig gemacht haben, es ist auch die Verkennung der eigentlichen Aufgaben deutscher Außenpolitik, die harte Kritik verdient. Alle Außenpolitik der Bundesrepublik muß in erster Linie Friedenspolitik sein, und einer solchen steht es schlecht an, den Willen zum Frieden noch fünfundzwanzig Jahre nach Kriegsende an Bedingungen zu knüpfen, die auf eine Korrektur unserer Niederlage hinauslaufen. Den Frieden zu erhalten und vertraglich zu sichern, ist vor allem anderen unser ureigenstes Interesse selbst, dafür haben wir keine Gegenleistungen zu erwarten und bedürfen auch keiner. Das Verlangen nach „menschlichen Erleichterungen" für die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, welcher Art sie auch sein mögen, durfte nicht mit unserer Bereitschaft zur Befriedung Mitteleuropas verquickt, diese nicht von der Erfüllung solchen Verlangens abhängig gemacht werden. Leider war immer wieder das Gegenteil der Fall, so daß der peinliche Eindruck entstehen mußte, die Bemühungen um „Menschlichkeit" im individuellen Verkehr mit der DDR dienten vorwiegend restaurativen politischen Zielen.

Auch wenn man die Außenpolitik Konrad Adenauers bis zum Abschluß der Pariser Verträge im wesentlichen billigt, bleibt seine Haltung gegenüber der Sowjetunion nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1955 nahezu unbegreiflich. Jahrelang wurde der Botschafter der UdSSR in Bonn ignoriert, ja geschnitten. „Während die ersten Divisionen der neuen Bundeswehr langsam aufgestellt wurden — und während sich zwischen Amerika und Rußland das Atompatt festigte —, verbreiteten leitende Politiker der Bundesrepublik den Eindruck, als seien sie im Begriff, nachdem das Mißverständnis des Westkrieges glücklich beseitigt war, im Bunde mit Amerika den Ostkrieg nachträglich zu gewinnen. So erklärte der Verteidigungsminister Strauß, für die neue Bundeswehr gebe es nur einen Fall, den ‚Fall Rot', und prahlte, die verbündete amerikanische Atommacht reiche aus, um die Sowjetunion vom Erdboden wegzufegen. Außenminister v. Brentano sprach, anläßlich der Tausendjahrfeier der Schlacht auf dem Lechfeld, anzüglich von dem stets erneuerten Kampf des christlichen Abendlandes gegen die Horden des Ostens, und Adenauer selbst nannte 1956 die Sowjetunion in öffentlicher Rede ‚unsern Todfeind' — eine Äußerung, für die es unter Regierungschefs in Friedenszeiten sonst kein Beispiel gibt" [2]). Es ist erstaunlich, daß eine Weltmacht wie die UdSSR sich eine derartige Behandlung überhaupt hat gefallen lassen.

Nun, diese Zeit ist glücklicherweise vorbei. Nicht nur über die Notwendigkeit möglichst guter Beziehungen zur Sowjetunion, sondern auch darüber, daß wir zu diesem Zweck manche historischen und persönlichen Erinnerungen, pseudojuristische „Rechtsansprüche" und restaurative Ziele über Bord werfen müssen, ist die gegenwärtige Bundesregierung sich vollauf im klaren.

Die weltpolitische Entwicklung insgesamt hat dazu beigetragen. Ob sie es wollen oder nicht, die Länder Europas werden sich in Zukunft weniger als bisher auf die Soldaten und Atomwaffen Amerikas verlassen können, stärker auf die eigene Kraft besinnen müssen als bisher. Diese Kraft aber liegt nicht in der Fähigkeit zur „Abschreckung" der UdSSR, sondern in der geistigen Potenz des Westens. Ob wir sie bewahren, weiterentwickeln, stärken können oder ob die schöpferischen

---

2) Sebastian Haffner, Die bedingungslose Integration, in: Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, 1970, S. 18.

Kräfte unseres Kontinents mehr und mehr verkümmern, das und nichts anderes wird über unsere Zukunft entscheiden.

Wahrscheinlich ist die heutige Misere unseres Bildungswesens noch größer als die Misere der Bundeswehr, jedenfalls ist sie weitaus gefährlicher. Mit oder ohne Verbündete, an kampffähigen und kampfwilligen Truppen werden wir dem Osten gegenüber immer unterlegen sein, keine Heeresreform wird daran etwas ändern. Was wir ihm an geistiger Leistung, Technologie, Wirtschaftskraft, organisatorischer Fähigkeit im Austausch zu bieten, im Wettbewerb um die Dritte Welt entgegenzusetzen haben, darauf wird es ankommen. Insofern wird der Schwerpunkt unserer Aktivität in Zukunft auf dem Gebiet der Innen- und vor allem der Bildungspolitik liegen müssen.

Niemand kann ernstlich daran denken, die Verbindung Westdeutschlands zu den Vereinigten Staaten von Amerika, die viele Milliarden Dollar in der Bundesrepublik investiert haben, zu vernachlässigen. Aber unsere Bindung an die Außen- und Militärpolitik dieses zur Zeit schwerkranken Riesen wird nicht nur aus dessen Interessenlage heraus zwangsläufig lockerer werden, dasselbe entspricht auch unseren eigenen Interessen. Weniger amerikanische Truppen in Europa — und es werden weniger werden — zwingen uns, da wir selbst sie weder ersetzen können noch ersetzen wollen, dazu, die Erhaltung des Friedens nicht länger auf der Grundlage eines „Gleichgewichts des Schreckens" zu suchen. Das mag schwieriger als bisher, aber es kann heilsam sein.

Auch die UdSSR und ihre Verbündeten haben ein großes Interesse daran, zu einer vernünftigen Verständigung mit dem Westen, zum Ausbau der technisch-wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen Kontakte zu gelangen. Das gilt gerade auch für die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Nicht nur die am 4. Februar 1970 im „Haus der Freundschaft mit den Völkern des Auslands" vollzogene Gründung eines „Instituts für die Förderung der Beziehungen zur Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland" beweist es. Mehr noch zeigen das 1970 zustande gekommene große Röhren-Erdgasgeschäft mit der Bundesrepublik und die mehrmonatigen Verhandlungen mit Staatssekretär Bahr, denen sich Außenminister Gromyko persönlich widmete, das Bestreben der Sowjetunion, zu einer langfristigen guten Nachbarschaft mit uns zu gelangen. Diese Lage muß genutzt werden.

Freilich dürfen wir nicht etwa glauben, daß die Spannungen im Verhältnis zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China für Westeuropa einen besonderen Vorteil haben, „da uns Europäern die ‚rote Gefahr' noch immer gefährlicher erscheinen muß als die ‚gelbe Gefahr'", daß sie die Sowjetunion veranlassen könnten, restaurativen Tendenzen in Mitteleuropa nachzugeben. Franz Josef Strauß war es, der 1968 „nicht zuletzt angesichts eben dieses sowjetisch-chinesischen Konflikts Chancen zur politischen Offensive" gesehen und ganz offen gesagt hatte, wohin diese Offensive zielen sollte. „Die Menschen Osteuropas blicken zu uns herüber und erwarten, daß im freien Teil des Kontinents, der heute allein über die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeit für eine eigenständige europäische Politik verfügt, die Grundlage für die große europäische Gemeinschaft erstellt wird", hieß es in seiner Schrift „Herausforderung und Antwort", wobei sich ihm „der nationale Auftrag der Deutschen [...] als eine Schlüsselfunktion für die ‚europäische Familienzusammenführung'" erwies [3]). Er hat es auch nicht für nötig gehalten, seine Konzeption neu zu überdenken, nachdem die Sowjetunion noch vor Abschluß seines Buchs am 21. August 1968 in Prag gezeigt hatte, daß sie

[3]) Franz Josef Strauß, Herausforderung und Antwort, 1968, S. 96, 97/8, 111/2, 124.

nicht geneigt war, diese Schlüsseldoktrin zu akzeptieren. Heute führt Franz Josef Strauß einen erbitterten Kampf gegen die Bemühungen der Bundesregierung, zu einer Verständigung mit dem Osten zu gelangen. Soll unser Land von München aus noch einmal in den Abgrund geführt werden?

Die trotz formeller diplomatischer Beziehungen im Grunde sowjetfeindliche Haltung der Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger hatte ihre letzte Ursache nicht in der Sorge um die „Wiedervereinigung" Deutschlands und erst recht nicht in staats- und völkerrechtlichen Bedenken, sondern in der Furcht, die bestehenden Machtpositionen könnten ins Wanken geraten. Die Situation war dieselbe wie jenseits der Elbe, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. In beiden deutschen Staaten bangten die führenden Schichten um den Bestand ihrer Herrschaft. Der Partei- und Staatsapparat der DDR besorgte — und besorgt noch immer — von einer Erweiterung der Kontakte von Mensch zu Mensch eine Verbreiterung des Wissens um die Vorzüge einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und der Erkenntnis, daß diese sich nicht allein mit dem Schlagwort vom „Monopolkapitalismus" erfassen läßt. Das Establishment der Bundesrepublik aber fürchtete und fürchtet noch, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu regeren Diskussionen über die Vor- und Nachteile der Gesellschaftsstrukturen in West und Ost führen und die so herrlich bequeme Verteufelung des Kommunismus dann nicht mehr ausreichen könnte. Was man jenseits des „Eisernen Vorhangs" besessen hatte, ist längst abgeschrieben, aber der Besitzstand hier sollte nicht gefährdet werden. Mochten Onkel und Tante ihre Neffen und Nichten hüben und drüben besuchen, das konnte nichts schaden, im Gegenteil. Aber amtliche Beziehungen über den — geschäftlich interessanten — „Interzonenhandel" hinaus, korrekte, sich vielleicht allmählich erweiternde und verbessernde, vielfältig institutionalisierte Beziehungen? Lieber nicht, sie könnten nur unliebsame Veränderungen bringen, zum mindesten Wünsche nach solchen hervorrufen. Quieta non movere!

Auch hier ist es nicht unsere Sache, der DDR gute Ratschläge zu geben, kümmern wir uns nur um unsere eigenen Angelegenheiten. Wieviel kurzsichtiger Egoismus, wieviel Kleinmut, wie wenig Vertrauen in die eigene Kraft spricht nicht aus der Haltung unseres Establishments! Wir werfen, mit gutem Grund, den Apparaturen des Ostens, auch unseren deutschen Landsleuten, vor, daß sie sich engstirnig an ihre Machtpositionen klammern, aber machen die Manager unseres gesellschaftlichen Lebens es wirklich besser? Demokratischer Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit — höchst schätzenswerte Institutionen gewiß — genügen nicht, wenn die führenden Schichten weder die Kraft mehr haben, ihren Führungsanspruch intellektuell und moralisch zu rechtfertigen, noch bereit sind, überlebte Positionen zu räumen. Nicht in immer engeren Kontakten zur Welt des Ostens liegen die Gefahren unserer Zukunft, solche sind vielmehr unerläßlich, wenn wir auch nur überleben wollen.

Sogar Heinz Pächter, der nicht müde wird, den expansiven Charakter der russischen Politik von Peter dem Großen bis in unsere Tage zu zeichnen, kommt heute zu dem Ergebnis, daß „es für niemanden eine andere Politik" als Koexistenz gibt. „Wir müssen annehmen, daß die Sowjetunion fähig ist, an diesem Konzert mitzuwirken. Selbst wenn ihre Mitwirkung gelegentlich nur stillschweigend oder gar nur in antagonistischer Form möglich sein sollte, diese Annahme ist die einzige, unter der überhaupt Politk möglich ist; jede andere führte uns im Zeitalter totaler Vernichtungsmöglichkeiten in die Katastrophe. Die Vernunft gebietet, daß wir an das Vernünftige glauben; denn das ist die Voraussetzung dafür, daß wir an die Vernunft appellieren, also verhandeln können"[4]).

[4]) Heinz Pächter, Weltmacht Rußland. Tradition und Revolution in der Sowjetrepublik, 1970, S. 388/9.

Die Gefahren für uns liegen darin, daß sich die führenden Kreise, die wirtschaftlich-gesellschaftlichen und politischen Eliten unseres Staates solchen Kontakten nicht gewachsen fühlen, daß sie zwar möglichst wenig am Zustand unserer Gesellschaft ändern wollen, aber weder gewillt noch in der Lage sind, ihre Herrschaft intelligent und energisch zu verteidigen, sondern aus innerer Unsicherheit die Dinge einfach treiben lassen. Das Ergebnis ist dann viel dilettantischer Reformeifer, der sich zum Teil in bloßen organisatorischen Neuerungen erschöpft, im ganzen aber allmählich die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung zerstört, einerseits, zunehmender Radikalismus bei der mit Recht enttäuschten Jugend andererseits. Wilhelm Hennis hat kürzlich die bange Frage aufgeworfen: „Bleiben wir ein freies Land?" [5]). Der Verfasser der vorliegenden Arbeit teilt nicht in allen Einzelheiten seine Auffassungen, aber gewisse Grundpositionen werden hier so überzeugend vorgetragen, daß er sie wörtlich wiedergeben möchte, obwohl sie über unser Thema weit hinausgehen: „Über der Menschheit schwebt ... die Gefahr der langsamen Zerstörung der biologischen Lebensgrundlagen unserer Gattung. Hier liegt jetzt, schon in diesem Jahrzehnt, eine der größten Aufgaben der Politik!"

„Schwerer zu erkennen" ist „die Aufgabe der Erhaltung der Vernunft. ... Man kann die Augen nicht davor verschließen, wie tief die Irrationalität, der Kult der Gewalt, die bösartigsten Ideologien sich ... bereits wieder breitzumachen drohen."

„Das führt zur kardinalen politischen Aufgabe der Erhaltung freiheitlicher Institutionen." In unserem Lande mußten „neben Wiederherstellung der wirtschaftlichen Grundlagen vor allem erst wieder einmal freiheitliche Institutionen aufgebaut werden. Das war eine Aufgabe der Restauration, der Wiederherstellung, und wir haben sie geleistet, aber wir sind auf dem besten Wege, zahlreiche dieser Institutionen, die Universitäten vorweg, vielleicht auch bald die Freiheit des Rundfunks und der Justiz erneut der Unfreiheit zu opfern."

„In einer unheiligen Allianz zwischen einer totalitär-fanatischen Minderheit der Studenten und einem nachgiebigen, die wirklichen Probleme nicht erkennenden Gesetzgeber, der durch Hochschulgesetze, die sich als Reformgesetze verstehen, in Wahrheit die Bedingungen der Freiheit der Universitäten zutiefst in Frage stellt, ist die Freiheit und Arbeitsfähigkeit der Universitäten innerhalb der letzten zwei Jahre bereits zu einem Gutteil verwirtschaftet worden."

„Der Haß auf die Lebensweise der Älteren nimmt in der Bundesrepublik Ausmaße an, die für das Sozialgebäude als Ganzes zutiefst bedrohlich sind. Daß es in der Politik immer darum geht, daß sehr verschiedene den Versuch machen, in Eintracht miteinander zusammenzuleben, diese schlichte Selbstverständlichkeit wird nicht nur von den Apologeten der Gewalt, sondern auch von liberalen Ideologen geleugnet, die im Konflikt statt in der Überwindung des Konflikts alles Heil der Politik glauben sehen zu müssen. Noch nie hat es eine Generation gegeben, die so ungern das Erbe der Väter antritt, wie die gegenwärtig heranwachsende. Jede Generation hat das Recht, aus dem Erbe ihrer Väter dieses oder jenes auszuschlagen. Aber sie wird nicht darum herumkommen, Erbe zu sein."

Doch kehren wir zu unserem eigentlichen Thema zurück: „Das Problem der Friedenssicherung macht in erschreckender Deutlichkeit bewußt, eine wie zweischneidige Sache das Zusammenwachsen der Völker dieser kleinen Erde zu einer Welt in Wahrheit ist." Auch diese Erkenntnis von Wilhelm Hennis trifft gewiß zu. Wenn „nicht weitere Globalisierung, sondern eher die Bemühungen um Lokalisierung von Konflikten der Menschheit dienlich ist", dann muß dafür ein hoher

[5]) „Christ und Welt", Nr. 14 vom 3. 4. 1970.

Preis bezahlt werden, wie die Tragödien Ungarns (1956) und der Tschechoslowakei (1968) zeigen, Tragödien, so sehr man das Vorgehen der Sowjetunion aus der Sicht ihrer führenden Schicht auch verstehen muß. Um so dringlicher wird es, Konflikte nicht nur durch Zurückweichen vor der Gewalt aus der Welt zu schaffen, sondern in redlicher geistiger Auseinandersetzung zu überwinden. Wir haben die Hoffnung, daß Deutsche aus beiden Teilen unserer Nation hierzu beitragen werden, nicht aufgegeben.

Die Regierung der SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel hat erste sachliche Voraussetzungen geschaffen, die eine solche Hoffnung rechtfertigen. Daß sie nicht mutig genug gehandelt, ihre Leistungen der Öffentlichkeit nicht immer geschickt dargestellt hat, daß ihr allzu viele Pannen unterlaufen sind, daß sie wirtschafts- und gesellschaftspolitisch lange fast völlig passiv geblieben ist, insbesondere die Stabilität der Währung grob vernachlässigt hat, wird ihr die Zukunft gewiß nicht erleichtern. Doch davon soll hier nicht die Rede sein. Ihr Bemühen um Frieden auch mit Osteuropa verdient trotz allem volle Anerkennung.

Frieden in ganz Europa aber verlangt als Endziel das Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus den einander zur Zeit feindlich gegenüberstehenden Machtblöcken der NATO und des Warschauer Pakts. Ist man ehrlich davon überzeugt, daß eine vertraglich zu vereinbarende „Europäische Friedensordnung" geschaffen werden kann und Bestand haben wird, dann ist für die Bindung des Zentrums dieses Kontinents an die militärische Kraft der beiden Weltmächte kein Bedürfnis, ja überhaupt kein Raum mehr. Auf ihren Machtkampf außerhalb unseres Kontinents wird kein anderer Staat wesentlichen Einfluß nehmen können, ihre eigenen Angelegenheiten aber werden diejenigen europäischen Staaten, die nicht Weltmächte sind — also alle mit Ausnahme der UdSSR —, in Zukunft selbständiger in die Hand nehmen müssen als bisher. Und sie tun es ja auch bereits, nicht nur Frankreich, das seine Streitkräfte schon vor Jahr und Tag der Führung der NATO entzogen hat. Mag es in absehbarer Zeit zu einer Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um Großbritannien und andere Länder kommen oder nicht, der Einfluß der Vereinigten Staaten von Amerika wird in jedem Fall geringer werden, als er bisher war. Davor muß Furcht haben nur, wer immer noch an die Überlegenheit des Staates mit der stärksten Atombombe glaubt. Der aber sollte den Gedanken an eine echte „Europäische Friedensordnung" lieber aufgeben.

Wir haben diese Furcht nicht. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß in einem vertraglich befriedeten Europa auch die Bundesrepublik Deutschland, von den Fesseln der NATO befreit, ihre Kräfte weitaus besser den großen Gemeinschaftsaufgaben unserer Zeit wird widmen können als bisher. „Wenn der Frieden bereits heute eine reale Möglichkeit darstellt und in der fortschreitenden Entwicklung seine Begründung findet, dann kann auch unmittelbar mit der Planung des Übergangs in eine Welt des gesicherten Friedens begonnen werden. Eine solche Planung ist eine geistige Aufgabe, bei welcher die rechten Maßstäbe nur dann hervorgebracht werden können, wenn alle Einzelfragen von vornherein auf die Globalentwicklung bezogen sind. Es kommt entscheidend darauf an, konstruktive Vorstellungen davon zu entwickeln, wie wir zu einer gemeinsamen Welt des gesicherten Friedens kommen können"[6]). Daß dies mehr und mehr die Ansicht insbesondere der jungen Generation werden möge, sollte unser aller Wunsch sein. Gesellschaftspolitische Reformen im Innern werden die Befriedung nach außen erleichtern. Die Bundesrepublik Deutschland darf auf die Dauer weder ein Vor-

[6]) Arnold Buchholz, Die große Transformation. Gesellschaftliche Zukunftserwartungen und naturwissenschaftlich-technischer Fortschritt, 1970, S. 128.

posten der amerikanischen Militärmacht auf unserem Kontinent bleiben noch eine Filiale amerikanischer Konzerne werden, so erwünscht Investitionen kapitalkräftiger Unternehmen der USA in einzelnen Wirtschaftszweigen bei uns auch sind. Heute verstärkt die Bindung unserer Währung an die „Leitwährung" des Dollars die ohnehin vorhandenen Tendenzen zur permanenten Inflation in der Bundesrepublik. Soll das unabänderlich, sollen wir ständig verurteilt sein, für die Interessen der amerikanischen Rüstungswirtschaft, deren weit übersteigerten Ansprüche die Ursache der chronischen Schwäche des Dollars sind, mitzubezahlen? Die bewundernswerten Leistungen gerade des amerikanischen Kapitalismus haben allzu lange über die großen Unzulänglichkeiten der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung jenseits des Ozeans hinwegtäuscht; heute sind diese für jeden, der sehen will, offenbar geworden. Wir Deutsche, wir Bürger der Bundesrepublik insbesondere, sollten versuchen, unseren eigenen Weg zu gehen, den Weg der Mitte zwischen West und Ost, der allein unserer geographischen Lage im Herzen Europas, aber auch den Aufgaben einer geteilten Nation entspricht. Unsere Zukunft muß die einer „Dritten Kraft", einer Kraft zwischen Kapitalismus und Sozialismus sein.

Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag

Von Friedhelm Baukloh

Vom Süden aus werde der Kampf gegen den „Ausverkauf Deutschlands" geführt werden, prophezeite Franz Josef Strauß auf dem Nürnberger Parteitag der CSU, als er die „Sammlungsbewegung Rettet das Vaterland" proklamierte. Das Pathos des Führers der Rechtsopposition gegen eine Verständigung Bonns mit Moskau hat einen harten rüstungspolitischen Hintergrund. In Bayern hat sich ein Großteil der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik konzentriert [1]). Das geschah unter der politischen Regie des früheren Verteidigungs- und späteren Finanzministers Franz Josef Strauß, den nicht zuletzt diese Kreise zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU für die nächsten Bundestagswahlen auserkoren haben. Zufall war es auch keineswegs, daß der „Bayernkurier", das offizielle Sprachrohr der CSU, herausgegeben von Franz Josef Strauß, als „Kronzeugen" für die CSU-Politik gegen die Moskauer Verträge den derzeitigen sozialdemokratischen Verteidigungsminister Helmut Schmidt in großer Titelseitenaufmachung

1) Von Anfang an mit Unterstützung des ehemaligen Verteidigungsministers und derzeitigen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß hat sich in Bayern ein Schwerpunkt der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik entwickelt. Die in Bayern tätigen Großbetriebe AEG, Siemens, Messerschmidt-Bölkow, Flick-Quandt sind auch untereinander vielfältig kooperiert. So ist u. a. Messerschmidt-Bölkow-Blohm in Kooperation mit Siemens zum größten Hersteller von Flugzeugen und Raketen in der Bundesrepublik geworden. Der Siemens-Konzern hat in Kooperation mit AEG-Telefunken die Elektronik und Raketentechnik in Bayern konzentriert. Der Flick-Konzern ist Großproduzent für Panzer und Militärfahrzeuge. Das Machtkartell hat sich, begünstigt durch die CSU-Herrschaft, in Bayern entwickelt. So hat Strauß sich bemüht, die bayerische Politik an die Rüstungspolitik zu binden.

(mit Bild) präsentierte [2]). Denn Helmut Schmidt ist im Kabinett Brandt Sachwalter der Interessen der bundesdeutschen Rüstungsindustrie. Das rückt Schmidt in die politisch-wirtschaftliche Interessen-Koalition mit Strauß gegen seine Mitglieder des Kabinetts Brandt, die vornehmlich die Ratifizierung des Moskauer Vertrags und die in Moskau von Brandt bekundete Unterstützung des Zustandekommens einer europäischen Sicherheitskonferenz bejahen. Entspannungswillige Kräfte sind in der Bundesrepublik hingegen auch unter Unternehmern zu finden, die, wie etwa Wolff v. Amerongen, dem friedlichen Handel den Vorzug vor dem Rüstungsgeschäft geben.

Die Berufung des Vorstandsvorsitzenden der Thyssen-Röhrenwerke, Ernst **Wolf Mommsen, zum Staatssekretär für Technik und Beschaffung im Bundesministerium** für Verteidigung, die der SPD-Verteidigungsminister Helmut Schmidt vornahm, hat einen der führenden Unternehmervertreter aus den Reihen der Rüstungswirtschaft — der sich von den Vorstandsfunktionen bei Thyssen für die Dauer seiner Arbeit im Verteidigungsministerium beurlauben ließ — zum Koordinator des „militärisch-industriellen Komplexes" in der Bundesrepublik gemacht. Helmut Schmidt hat damit gleichzeitig von Anbeginn verdeutlicht, auch gegenüber Bundeskanzler Brandt, daß er die Hausmacht der Rüstungsindustrie mit seinem Ministeramt verbunden und einig sieht. Damit begann sozusagen — um einen Buchtitel von Helmut Schmidt zu zitieren — die kabinettsinterne machtpolitische „Strategie des Gleichgewichts", deren sich der „Kronzeuge" des Franz Josef Strauß für alle Fälle in Bonn bedient. Der „Bayernkurier" drückt das so aus: „Wenn Willy Brandt einen geradezu exemplarischen Kronzeugen gegen seine Ostpolitik suchen sollte, so braucht er sich nur an seinem Kabinettstisch umzusehen. Dort sitzt Helmut Schmidt" [3]).

Das sind nicht vage Spekulationen der CSU und ihres Vorsitzenden, sondern das wird jedesmal erhärtet, wenn im Bundesverteidigungsministerium der von Verteidigungsminister Helmut Schmidt neu eingerichtete „Arbeitskreis für Rüstungswirtschaft" zusammentritt, dessen Vorsitzender ein Duz-Freund von Helmut Schmidt ist, nämlich der CSU-Bundestagsabgeordnete und persönlich haftende Gesellschafter der Friedrich Flick AG, Dr. Wolfgang Pohle. Weitere Teilnehmer dieses Arbeitskreises sind die übrigen Hauptexponenten der Rüstungswirtschaft der Bundesrepublik: Dipl.-Ing. Cl. Dornier jun., Vorsitzender der Geschäftsführung der Dornier GmbH Friedrichshafen/München und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie; Dipl.-Ing. Karl Diehl, Geschäftsführer der Nürnberger Uhren- und Metallwarenfabrik Diehl; Dipl.-Ing. Ludwig Bölkow, Chef der Messerschmidt-Bölkow-Blohm-GmbH; Dr. Werner Knieper, Vorsitzender der Vereinigten Flugtechnischen Werke GmbH (VFW) in Bremen (er war Staatssekretär im Bundeskanzleramt unter Kiesinger!); Dr. Karl Heinz Sonne, Vorstandsvorsitzender der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln; Otto Paul Caesar, Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall Berlin AG, und Dr. Dieter Spethmann, Vorstandsmitglied der August Thyssen-Hütte AG und designierter Nachfolger von Thyssen-Chef Hans Günther Sohl [4]).

Der „Spiegel" befragte in einem „Spiegel"-Gespräch Ernst Wolf Mommsen über die politisch-militärische Bedeutung des von Helmut Schmidt eingerichteten „Arbeitskreises für Rüstungsfragen" [5]). Mommsen nahm hier einen ausweichenden Standpunkt ein. Ohne die Funktion des „Arbeitskreises für Rüstungsfragen" als Mitträger der Planungen des Verteidigungsministeriums zu leugnen (er

[2]) „Helmut Schmidt — Kronzeuge gegen Brandt", in „Bayernkurier" vom 5. 9. 1970.
[3]) a.a.O.
[4]) Vgl. „Der Volkswirt", Nr. 32/1970 vom 7. 8. 1970.
[5]) „Der Spiegel", Nr. 40/1970 vom 28. 9. 1970. Dort auch die nachfolgenden Zitate.

unterstrich vielmehr die Bedeutung, die der „military industrial complex" nach US-Vorbildern, vor allem für die „starke Ballung" der „deutschen Flugzeugindustrie" hat), meinte Mommsen leichthin, Helmut Schmidt sage „zu Recht, er habe schließlich niemand veranlaßt, sich mit vierzig und mehr Prozent seiner Produktion auf die Rüstung zu konzentrieren". Das ist gewiß zutreffend, Schmidt hat keinen der Unternehmer dazu genötigt, sich an dem „militärisch-industriellen Komplex" der Bundeswehr in einem Maße zu beteiligen, das für bestimmte Großunternehmen ausschlaggebend wurde; vor allem in Bayern und Baden-Württemberg — in CSU- oder CDU-regierten Bundesländern also, wo diese Entwicklung stark begünstigt wurde. Der Minister Helmut Schmidt hat einer unter Strauß, Hassel und Schröder schon begonnenen Entwicklung auf der Hardthöhe zur konsequenten Insitutionalisierung verholfen. Unter Helmut Schmidts Führung begann der neue Abschnitt der systematischen, politischen, militärischen und rüstungswirtschaftlichen Kooperation im Verteidigungsministerium. Diese Kooperation geschieht nach dem Vorbild, das McNamara in den USA eingeführt hat, jener Mann aus dem US-Top-Management, der nach seiner Strukturreform des Pentagons Präsident der Weltbank wurde, um dort seine Globalstrategie vor allem gegenüber der Dritten Welt auf dem Weg der Kreditpolitik fortzuführen.

Die Frage an Mommsen in dem „Spiegel"-Gespräch war also nicht unberechtigt: „Sind die Süddeutschen im Bundestag tüchtiger gewesen?" Mommsen entgegnete: „Hm, das ist ein weites Feld. Wir haben tatsächlich eine sehr starke Konzentration der Rüstungsaufträge im süddeutschen Raum". Das betreffe Luft- und Raumfahrt, Munition, Panzer, Lastwagen, Elektronik und vieles mehr. Wenn hier vom „Spiegel" auf den Bundestag angespielt wurde, in dem die Süddeutschen „tüchtiger" seien, so war das eine zartfühlende Umschreibung des Augstein-Magazins für die politische Schlüsselfigur des verbürgten Einflusses jener Unternehmensgruppen auf den Löwenanteil beim Rüstungsgeschäft. Gemeint ist der Rüstungspolitiker Franz Josef Strauß. Seine Position in der CSU und in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat tatsächlich „amerikanische Ausmaße" erreicht. Strauß ist gleichsam der strategische Einsatzleiter für die Kooperation der vorwiegend der CDU/CSU angehörigen Bundestagsabgeordneten, welche als Vertreter von einschlägig interessierten Unternehmensverbänden und Finanzgruppen die entscheidenden Sitze in den für die Rüstungsfinanzierung und Rüstungsvergabe wichtigen Ausschüssen innehaben. Freilich kann das System der politisch eindeutig ausgerichteten Schwerpunktbildung zugunsten der uniformen Gestaltung des militärisch-industriellen Komplexes in der Bundesrepublik nur effektiv sein, wenn sich der Führer der Rechtsopposition gegen Brandt, Strauß, einig ist mit dem rechten SPD-Verteidigungsminister Helmut Schmidt. Ein französischer Publizist meinte gewiß nicht zu Unrecht, Helmut Schmidt setze die Politik Noskes (die schon einmal durch einen Sozialdemokraten das Bündnis von Rüstungswirtschaft und deutschem Militär bedenkenlos gegen Republikaner verteidigte) mit „goldenen Kugeln" fort.

Im Verteidigungsausschuß wird das militärisch-industrielle Hochrüstungsbündnis verfochten durch den CSU-Abgeordneten Dr. Pohle vom Flick-Konzern und durch den CDU-Abgeordneten Herbert Schneider von der Luftfahrtindustrie (Geschäftsführer im Verband der Luftfahrtindustrie). Pohle hat auch einen Sitz im Finanzausschuß. Im Verteidigungsausschuß ist die Bundeswehr vertreten durch die Abgeordneten Ernesti und Burgemeister von der CDU sowie Pawelyczk und Würtz von der SPD, die als Reserve- oder pensionierte Berufsoffiziere über das System der Parteiausschüsse für Militärpolitik und Wirtschaft in

engem „positiven" Kontakt mit politischen und finanziellen Managern des militärisch-industriellen Komplexes stehen.

Kein Wunder, daß der „Jahresbericht 1969/70"des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) lobend bestätigt, daß nach der Amtsübernahme durch Helmut Schmidt „der Gedankenaustausch vor allem mit der Leitung des Ministeriums erleichtert" wurde, einer Leitung, in der die Industrie mit Ernst Wolf Mommsen — wie schon im Zweiten Weltkrieg unter Hitlers Rüstungsminister Albert Speer — nunmehr mit einem ihrer agilsten Manager vertreten ist, der dafür vom Staat keine Bezahlung wünscht, weil er „unabhängig" mitregieren möchte. Diese „Unabhängigkeit" des „umsonst" arbeitenden Staatssekretärs Ernst Wolf Mommsen kommt freilich die Bundesrepublik teuer zu stehen. Mommsen verhindert, im Einklang mit den Politikern Schmidt und Strauß, daß Bonn mit den von Bundeskanzler Brandt angekündigten „inneren Reformen" beginnt. Denn das Geld geht einesteils in die Rüstung. Zum anderen wird es als Devisenausgleichszahlung und zusätzlich ab nächstem Jahr in Form wieder erhobener Besatzungskosten an die USA abgeführt [6]). Damit durch die Bindung von USA-Streitkräften in der Bundesrepublik die Politik der Spannung aufrechterhalten bleibt, die den Moskauer Vertrag — nach dem Willen der Teilhaber des militärisch-industriellen Komplexes in der Bundesrepublik — unwirksam machen soll. In der Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft", die als das inoffizielle Organ des „Arbeitskreises für Rüstungsfragen" gelten kann, hat Helmut Schmidt in einem Interview diesen Kurs bestätigt [7]). Er hat dabei gewisse beruhigend eingefärbte Darstellungen, wie sie vom Bundespresse- und Informationsamt während der Phase der Moskauer Verhandlungen hinsichtlich eines angeblich geplanten langsamen Abbaus der Rüstungskosten verbreitet wurden, für die Bundeswehr schlicht als unzutreffend bezeichnet. Schmidt erklärte: „Der Ausdruck, das Verteidigungsbudget oder der Verteidigungshaushalt habe sich bei 20 Milliarden eingependelt, ist nicht richtig; denn tatsächlich steigt er." Schmidt widersprach auch Vermutungen, er habe sich im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag und mit der Dringlichkeit innerer Reformen in der Bundesrepublik Gedanken über mögliche Rüstungseinsparungen gemacht: „Gegenwärtig ist die Kampfkraft weder des Heeres, noch der Luftwaffe, noch der Marine beeinträchtigt durch finanzielle oder haushaltsseitige Erwägungen." Schmidts Auskunft über den weiteren Kurs seiner Rüstungspolitik stellt klar: „Für die Zeit, die man finanziell gegenwärtig einigermaßen genau übersehen kann, nämlich für den Zeitraum der gegenwärtig geltenden mittelfristigen Finanzplanung, das heißt bis einschließlich des Haushalts- und Kalenderjahres 1974, sehe ich nicht, daß irgendeines der großen Modernisierungsprojekte in Bedrängnis käme". Folglich könne die Rüstungsindustrie davon ausgehen, daß es „kein für die Bundeswehr wichtiges Waffenbeschaffungs- oder Modernisierungsprogramm gibt", das „gestrichen werden müßte".

Gerade in diesem Kontext ist es aufschlußreich, daß Helmut Schmidt in der Zeitschrift der Rüstungslobby darauf hinwies, daß die militärpolitische Planung seines Ministeriums nicht ein Produkt gemeinsamer politischer Überlegungen im Bundeskabinett ist. Vielmehr gehe die Entscheidung von seinem Ministerium aus. Neben der Rüstungsindustrie (in dem den Minister beratenden Arbeitskreis sowie durch den ständigen Vertreter der Lobby, Staatssekretär Mommsen) seien freilich auch und nicht am wenigsten die Generale an der Planung mitbeteiligt. Die Generalität bestimmt politisch mit, seit Helmut Schmidt Ver-

6) „Die Welt" vom 1. 10. 1970.
7) Interview mit Helmut Schmidt in „Wehr und Wirtschaft", Heft 7—8/1970, dem auch die nachfolgenden Zitate entnommen sind.

teidigungsminister ist. Das geschieht ganz offiziell. Der Minister stellt den Primat der Politik im Verteidigungsministerium — den die Verfassung vorschreibt — freiwillig zur Disposition. Schmidt sagt dazu: „Unsere gegenwärtige Rüstungsplanung, die sich in einer detaillierten Fortschreibung des Rüstungsplans und des Rüstungsprogramms für die Jahre der mittelfristigen Finanzplanung niederschlagen wird, ist mir, nachdem ich einige Vorentscheidungen über besonders wichtige Projekte selbst getroffen hatte, vom militärischen Führungsrat also einvernehmlich vorgeschlagen worden. Ich sage das mit einer gewissen Genugtuung, da man hier mit Befriedigung auf die gute Zusammenarbeit der drei Teilstreitkräfte unter dem Vorsitz des Generalinspekteurs hinweisen kann."

Als Verteidigungsminister hat Helmut Schmidt am 1. April einen beträchtlichen Teil seiner politischen Führungs- und Kontrollfunktion an die Generalität abgetreten, indem er die Teilstreitkräfte unmittelbar dem Oberbefehl der Generalinspekteure des Heeres, der Luftwaffe und der Marine unterstellte [8]). Er schränkte damit die Souveränität der Bundesregierung bedenklich ein. Erstmals bekamen in der Bundesrepublik im Führungsrat des Bundesverteidigungsministeriums zudem der Generalinspekteur der Bundeswehr und die Generalinspekteure der Teilstreitkräfte eine politische Mitbestimmung für alle Entscheidungen zugestanden. Keine politische Entscheidung soll hinfort im Bundesverteidigungsministerium ohne die ausdrückliche Zustimmung der Generalinspekteure gefällt werden. Das politische Vorschlagsrecht der Generalinspekteure entspricht dem der Staatssekretäre in Helmut Schmidts Führungsrunde. Damit wünschte Schmidt der „Rolle der militärischen Führung im militärisch-wirtschaftlichen Komplex gerecht" zu werden, gemäß den fünf Punkten, die Ernst Wolf Mommsen dafür entwickelt hat und die vorsehen:

1) Intensive Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr durch Verzahnung auch auf dem personellen Sektor.

2) Die Wehrforschung soll gegen alle Kampagnen der Wissenschaftler und Studenten an Universitäten und Instituten durchgesetzt werden.

3) Die Bildungs- und Berufsförderungspolitik soll auch für die Bundeswehr vorrangige Bedeutung erhalten, weil dies eine stärkere Integration von Wirtschaft und Bundeswehr verspricht.

4) Mehr Rationalisierung für Technik und Beschaffung und Verbesserung der Organisation durch Planung und Beschleunigung der Innovationszeit.

5) Der Einfluß der Bundeswehr auf die regionale Wirtschaft soll verstärkt werden. Die Rüstungsaufgaben sollen im Rahmen der allgemeinen Produktion eingebettet bleiben mit dem Ziel, den Anteil der Beschaffung im Inland von jetzt ungefähr 70 Prozent weiter zu steigern [9]).

Auf diese Weise soll die „Durchlässigkeit" des Systems im Zusammenwirken von Militär und Wirtschaft weiter verbessert werden. Das wird sich, hofft Schmidt, auch im Rüstungspotential der NATO als Stärkung des Anteils der Bundesrepublik gravierend auswirken. Das Gewicht des so gestrafften militärisch-ökonomischen Bereichs in der Bundesrepublik wird den Anspruch auf Vorherrschaft in der — von Helmut Schmidt in Brüssel konstituierten — „Euro-Gruppe" der NATO, einer Art EVG in der NATO, untermauern [10]). Das Avancement freilich muß die Bundesrepublik den USA förmlich abkaufen, durch hohe Aufwendungen sowohl an vermehrten Devisenausgleichszahlungen wie an wieder zu entrichtenden direkten Besatzungskosten. Das alles macht die Frage

[8]) Vgl.: „Machen unsere Generale wieder Politik?", in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", 2/1970.
[9]) Vgl. „Handelsblatt", Düsseldorf, vom 23. 6. 1970.
[10]) Vgl. „Westfälische Rundschau", Dortmund, vom 1. 10. 1970.

so einfach wie zwingend für Willy Brandt: Will er den Moskauer Vertrag, den er unterschrieben hat, effektiv machen, nicht nur durch die — immer noch offengehaltene — Ratifizierung, sondern auch durch seine reelle Verwirklichung — mit der Blickrichtung auf eine europäische Sicherheitskonferenz, zur Fundamentierung der Abrüstung und Entspannung und zur endgültigen Liquidierung des Kalten Krieges in Europa —, dann muß er des Widerspruchs in seinem Kabinett Herr werden. Dann muß er die Militarisierungspolitik, die über Helmut Schmidt von der Generalität und von dem nationalistischen Aufrüster Franz Josef Strauß mitgesteuert wird, ganz deutlich verwerfen. Er muß den Verfechtern des militärisch-industriellen Komplexes die Mittel sperren. Dabei kann er sich schließlich auch auf diejenigen Kräfte in der deutschen Wirtschaft stützen, die am friedlichen Handel interessiert sind. Es ist überdies dringlich notwendig, daß die hochbrisante Ballung der Rüstungsindustrie unter politischem Vorzeichen in Bayern und Baden-Württemberg entflochten wird. Die inneren Strukturreformen ebenso wie der Außenhandel böten den Unternehmen konstruktive Betätigungsmöglichkeiten genug für eine friedliche Eingliederung der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik in ein europäisches Sicherheitssystem. Es ist unerläßlich, daß Brandt von seiner politischen Richtlinienkompetenz gegenüber Helmut Schmidt Gebrauch macht. Erst dies ließe die Unterschrift von Moskau für die überfällige Wende in den Beziehungen der Bundesrepublik zu den Realitäten der 70er Jahre relevant werden.

Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch

Versuch einer Analyse

Von Michael Regus

I

Es erscheint zweckmäßig, der konkreten Darstellung der sich im Gesundheitswesen und speziell im Krankhaus manifestierenden Widersprüche und der Mechanismen ihrer Verschleierung und Perpetuierung zunächst einmal die Untersuchung von Anspruch und objektiver Funktion der heute betriebenen Medizin voranzuschicken. Bei diesem Ansatz wird der Grundwiderspruch deutlich werden, in den die Medizin unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen hineingestellt ist und der sich bei der weiteren Analyse in mannigfachen Erscheinungsformen in den verschiedensten Bereichen des Gesundheitswesens wieder aufdecken läßt.

Daß es Aufgabe der Medizin ist, die Heilung kranker Menschen zu unterstützen oder zu ermöglichen, bzw. Krankheiten zu verhindern — eine solche Formulierung ihres grundsätzlichen Anspruchs wird wohl ohne Schwierigkeiten breiteste

Zustimmung finden. Eine weitergehende Präzisierung dieses Anspruchs erfordert zwangsläufig die eingehendere Diskussion des Krankheitsbegriffes, der in seiner Formulierung erscheint. Es wird die Definition je nach Befragung von Patient, Arzt oder Dritten (z. B. des Krankenhausträgers), je nach der Natur des Interesses, das jeweils an der Klärung dieser Frage besteht, verschieden ausfallen. So kann man etwas verallgemeinernd sagen, daß Patienten gewöhnlich unter Krankheit Beeinträchtigung ihres körperlichen Wohlbefindens oder — bei nicht beeinträchtigtem Wohlbefinden — die entsprechende Aussage des von ihnen als Autorität anerkannten Arztes verstehen, d. h. in der Praxis die Definition von Krankheit an den Arzt delegieren [1]), dessen Begriff von Krankheit damit für sie der eigentlich relevante wird.

Dazu ist auszuführen, daß Mediziner sich auf Grund ihrer Arbeitsweise und Ausbildung zunächst einmal vor allem als Naturwissenschaftler verstehen und als solche sich prinzipiell zur Aufgabe stellen, die Umwelt und die in ihr befindlichen Objekte unter — wie sie meinen — neutralen Bedingungen nach Ähnlichkeiten zu ordnen, nach bestimmten Merkmalen zu beschreiben und schließlich alles an ihr zu messen, was zufällig meßbar ist. Diese naturwissenschaftlich orientierte Medizin entwickelte sich im Zeitalter der Aufklärung. Eingeleitet wurde sie von Paracelsus, der als erster die Theologisierung und Fetischisierung der Krankheiten im Mittelalter überwand. Mit fortschreitender Erforschung des menschlichen Körpers wurde dann Krankheit zunächst als Störung des normalen Baus der Organe (Morgagni) bzw. später als Störungen der Zellen (Virchow) aufgefaßt. Die Entwicklung der Physiologie erbrachte einen funktionalen Krankheitsbegriff (Harvey, Claude Bernard), so daß Krankheit als Störung des geordneten Zusammenspiels normaler Funktionsabläufe und Stoffwechselvorgänge aufgefaßt wurde [2]). Die epochalen Erfolge dieser Medizin brauchen nicht dargestellt zu werden, allerdings sind gerade sie es, die den meisten heutigen Ärzten als Alibi für ihre Weigerung, den tradierten Krankheitsbegriff kritisch zu revidieren, herhalten müssen.

Die Abneigung der Ärzteschaft, ihren somatischen Krankheitsbegriff zu überprüfen und zu erweitern durch Einbeziehung psychologischer und gesellschaftlicher Kategorien, erklärt sich weitgehend schon durch die Ausbildung der Studenten, die — so Mitscherlich — im Sinne der ausschließlichen Organorientierung an der Leiche beginnt und in ihrem ganzen Verlauf von den traditionellen Disziplinen der Morphologie, Biochemie und Physiologie geprägt wird [3]). Die Wissenschaften, deren Kenntnis zu einer Neuorientierung des Krankheitsbegriffes unumgänglich wären — Psychoanalyse, Psychologie und Soziologie —, erreichen den Studenten kaum. (Inwiefern diese Tatsache durchaus einer systemimmanenten Logik entspricht, wird weiter unten abgehandelt werden.) Allerdings muß man darauf hinweisen, daß die schier feindselige Ablehnung dieser Disziplinen durch die Schulmedizin — in den westeuropäischen Industrienationen praktisch noch ubiquitär — in den USA bereits vielfach durchlöchert ist.

Nun besteht aber kein Anhalt, daß diese Entwicklung in der amerikanischen Medizin von einem neuen Krankheitsbegriff erheischt würde, der von einer sich als Wissenschaft verstehenden Medizin formuliert wurde. Vielmehr wurde sie in erster Linie von außermedizinischen Instanzen (insbesondere von der US-Armee im Zweiten Weltkrieg [4]) und im Koreakrieg, später zunehmend von den

[1]) Diese Bestimmung des Verständnisses von Krankheit beim Patienten ist zwar recht oberflächlich, reicht in diesem Zusammenhang jedoch aus. Eine differenziertere Darstellung dieses Problems findet sich bei O. v. Mehring, Erkranken, Gesundwerden und die Problemlösung — eine verhaltenswissenschaftliche Studie, in: Der Kranke in der modernen Gesellschaft. Hrsg.: A. Mitscherlich u. a., Köln/Berlin 1969.
[2]) F. Büchner, Gesundheit und Krankheit. In: Allg. Pathologie, 4. Aufl., München/Berlin 1962, S. 13.
[3]) A. Mitscherlich, Krankheit als Konflikt. Studien zur psychosomatischen Medizin 2, e s 237 (1967), S. 7.
[4]) A. B. Hollinghead und F. C. Redlich, Social Class and Mental Illness, New York/London 1958, S. 144.

industriellen Großbetrieben) erzwungen. Diese erkannten die in diesen Methoden schlummernde Möglichkeit, sie, ihres potentiell emanzipatorischen Kernes beraubt, funktionalisiert in Form sogenannter „Psychotechniken", im Sinne ihrer reaktionären Sonderinteressen wirksam einsetzen zu können, so daß ihnen das rein somatische Krankheitsverständnis der herkömmlichen Medizin überholt und unzureichend erscheinen mußte.

Aus den letzten Ausführungen geht bereits hervor, daß auch der Arzt nicht letztinstanzlich Krankheit und Gesundheit bestimmen kann, sondern er wird sich auf Grund sowohl seiner wie des Patienten ökonomischer Abhängigkeit je nach deren Beschaffenheit Modifikationen seines Krankheitsbegriffes gefallen lassen müssen. So wird jeder Mediziner mit Beginn seiner klinischen Tätigkeit bald erfahren können, daß es in praxi unmöglich ist, Gesundheit auch nur im Sinne des ihm im Studium vermittelten naturwissenschaftlichen und als solchem Totalität beanspruchenden Begriffes herzustellen. Er wird, ob er's merkt oder nicht, sehr bald die Aufgabe erfüllen, eine Gesundheit herzustellen, die nach anderen Kriterien definiert ist (über die Mechanismen dieser „Umfunktionierung" siehe Kap. V c).

Wer nun zwingt dem Arzt einen anderen Gesundheitsbegriff auf und bestimmt damit entscheidend die Zielsetzung seines Tuns? In diesem Zusammenhang führt die Frage weiter, wer ein objektives Interesse an einem solchen Eingriff haben kann. Das wird nun wohl primär derjenige sein, der die materielle Last der Krankheit zu tragen hat, dessen Profit dadurch gemindert wird, daß die Krankheit und ihre Behandlung den Patienten aus seiner Rolle im Produktionsprozeß herausreißen, so z. B. der Unternehmer, dem die bereits gekaufte Arbeitskraft eines seiner Arbeiter durch dessen Erkrankung ausfällt. Es sei der Übersicht halber hier nicht auf jene Fälle (die auch objektiv nur einen geringen Anteil bilden) eingegangen, die die Finanzierung ihrer Heilung selbst übernehmen und evtl. darüber hinaus auch selbst den materiellen Schaden, der aus ihrer Erkrankung erwächst, zu tragen haben (Privatpatienten). Allerdings wäre es gerade auch in diesen Fällen hochinteressant, die Wechselwirkungen zwischen den durch die Krankheit bedingten Verschiebungen an der ökonomischen Basis und dem Krankheitsbegriff zu untersuchen.

Worauf es dem „Arbeitgeber" ankommen muß, ist die möglichst rasche und effektive Wiederherstellung der Arbeitskraft dessen, der ihm seinen Mehrwert produziert. Er wird all seinen Einfluß geltend machen, damit Gesundheit, deren Herstellung die allgemein anerkannte Aufgabe des Krankenhauses ist, in seinem Sinne als Arbeitsfähigkeit bestimmt wird (in der modernen industriellen Leistungsgesellschaft wird dieser Begriff zumehmend durch den der Leistungsfähigkeit abgelöst [5]), wobei aber unter Leistung nur die Anpassung an vorgegebene Verhaltensnormen verstanden wird, zu denen auch der individuelle Beitrag zur Produktions- und Produktivitätssteigerung gehört, so daß dieser Begriffswechsel nichts an der grundsätzlichen Problematik ändert). Dieses fest umschriebene und genau definierbare Interesse des Unternehmens an einer ganz konkreten Bestimmung von Krankheit wird über staatliche und „soziale" Institutionen bis in die praktische tägliche Arbeit im Krankenhaus hinein vermittelt. Das wird u. a. dadurch beleuchtet, daß vom „Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung" explizit formuliert wird: „Die Erwerbsfähigkeit, die Schaffenskraft des Versicherten zu erhalten, wenn sie bedroht ist, sie zu bessern, wenn sie beeinträchtigt ist, und sie, wenn möglich, voll herzustellen, dem dienen Maßnahmen

5) T. Parsons, Definition von Krankheit und Gesundheit im Lichte der Wertbegriffe. In: Mitscherlich, Brocher, Mering, Horn (Hrsg.), Der Kranke in der modernen Gesellschaft, Köln/Berlin 1967, S. 71.

der medizinischen, der beruflichen und der sozialen Rehabilitation" [6]). Diese Position wird mehr oder minder unbewußt und ohne sonderliche Gegenwehr vom Arzt übernommen, der damit objektiv in die Situation gerät, einzig die Interessen des Kapitals zu vertreten, das auf Grund seiner Macht seinen Anspruch durchzusetzen in der Lage ist.

II

Man könnte nun darüber diskutieren, ob es nicht tatsächlich vernünftig sei, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit gleichzusetzen. Doch dazu ist es notwendig, zunächst einmal die konkrete Arbeit zu untersuchen, für die fähig gemacht werden soll. Im gegenwärtigen Zeitalter, unter den Bedingungen des Spätkapitalismus, ist sie funktionsgeteilt und unterliegt dem Mechanismus organisierter Konkurrenz. Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit wird nicht mit Rücksicht auf die besonderen Eigenschaften der Individuen und ihre Interessen durchgeführt, sondern findet nach den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion statt. Unter diesen Gesetzen bestimmt der Warencharakter Natur und Zweck menschlicher Arbeit, d. h. Arbeitsvermögen hat für jenen, der nicht im Besitz eigener Produktionsmittel ist, vor allem Tauschwert. Er ist gezwungen, es auf dem Arbeitsmarkt mit dem Kapitaleigner und Besitzer der Produktionsmittel gegen die zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendigen Mittel, den Lohn, das Gehalt, zu tauschen — er ist lohnabhängig. Grundsätzlich hat Arbeitsvermögen aber neben dem Tauschwert auch einen Gebrauchswert. Doch dieser geht mit dem Tausch über in die Verfügungsgewalt des Kapitaleigners, der sich damit das Recht erkauft, ihn nach seinen Interessen zu bestimmen, so daß für den Lohnabhängigen die Möglichkeit, den Gebrauchswert seiner Arbeit selbst im Sinne der Tätigkeit „freier Produzenten" als Quelle der Befriedigung und menschlicher Selbstentfaltung zu nutzen, prinzipiell blockiert ist. Entsprechend der Logik des Systems dient seine Arbeit dagegen der Akkumulation von Kapital durch Produktion von Mehrwert. Das Faktum, nicht über den Sinn und Zweck der eigenen Arbeit bestimmen zu können, wird also weiterhin noch dadurch gefördert, daß das Produkt der Arbeit der Verfügungsgewalt der Produzenten entgleitet und ihm in Form des Kapitals als „fremdes Wesen", als „unabhängige Macht" entgegentritt (Karl Marx) [7]). Mit dieser „Entfremdung" wächst zunehmend der Abhängigkeitsgrad der unselbständigen Produzenten, da jedes Produkt die Macht der von den Arbeitenden getrennten vergegenständlichten Arbeit vermehrt. Diese Bedingungen verunmöglichen dem Arbeiter eine echte Beziehung zu seiner Arbeit; diese kann nur noch Mittel sein, Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Doch die Entfremdung in der Arbeitssphäre greift zunehmend auch in den Bereich der Konsumtion über, die der letzte Hort der Selbstbestimmung zu sein schien. „Die Unterwerfung der Tauschenden am Markt unter die Ware als einem abstrakten, gegenüber dem Nutzwert der Dinge gleichgültigen Wert setzt sich fort im verdinglichten Verhältnis zu den Gegenständen der Konsumtion" (Hofmann) [8]). Die Dinge werden nicht aus einem ursprünglichen und individuellen Bedürfnis heraus begehrt und erworben, in den Wahlakt des Kaufenden geht ein fremder Wille ein. Diese fortschreitende Überfremdung des Willens offenbart sich gerade unter den Bedingungen der automatischen Produktion. Form und Inhalt der kollektiven Konsumtion werden — bestimmt durch die Bedürfnisse der Industrie — zum sinnentleerten Appendix der Produktion.

---

[6]) K. Jantz, Strukturprinzipien der sozialen Krankenversicherung in der Gegenwart. In: Übersicht über die soziale Sicherung in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Januar 1967, S. 4.
[7]) K. Marx, „Pariser Manuskripte", MEGA, Bd. 3, Berlin 1932, S. 83.
[8]) W. Hofmann, Verelendung. In: Essay über „Das Kapital", e s 226 (1967), S. 55.

Es geht hier darum, den Stellenwert einer Definition von Krankheit als Einschränkung von Arbeitsfähigkeit zu prüfen. Es dürfte klar geworden sein, daß ein solcher Begriff unter den gegebenen Verhältnissen die Medizin total unter die Interessen des Kapitals subsumiert. Das bedeutet aber, daß sie — den Lohnabhängigen einzig an seine entfremdete Arbeit anpassend — sich objektiv gegen dessen wahre Interessen stellt. Dazu kommt, daß ein erheblicher Anteil der Krankheiten gerade durch das aus dem Leben im gesellschaftlichen Widerspruch resultierende schizoide Bewußtsein und die entsprechende psychische Verelendung bedingt ist, die Medizin jedoch, mit ihrem Krankheitsbegriff nur symptomatisch kurierend, zur Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse beiträgt. Damit wird sie objektiv zu einer Waffe der Herrschenden gegen die abhängig Gehaltenen, statt die Chancen zu nutzen, diese in ihrem Emanzipationsprozeß zu unterstützen.

III

Die Tatsache, daß unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen die Medizin nicht eine Funktion der Bedürfnisse des kranken Individuums, sondern primär eine solche der Kapitalverwertung darstellt, bestimmt auch die unmittelbaren ökonomischen Voraussetzungen des Gesundheitswesens. Diese Problematik erstreckt sich natürlich auf den gesamten Sozialbereich. In der BRD werden die anfallenden Sozialleistungen zu jeweils etwa einem Drittel von den versicherten Lohnabhängigen und von den Unternehmern finanziert, während das restliche Drittel aus dem Steuerhaushalt durch Staatszuschüsse aufgebracht wird [9]). Wie die Löhne, so bedeuten auch die Sozialleistungen für den Unternehmer primär Einschränkung seines Profits bzw. seiner Akkumulation — es ist verständlich, wenn er sie so gering wie möglich zu halten versucht. Doch auch dem Staat bedeuten seine Sozialausgaben bestenfalls ein notwendiges Übel, schleust er doch als Sachverwalter des Kapitals — und hier entlarvt er sich als solcher — die entgegen anderslautender Legende überwiegend von den Lohnabhängigen eingezogenen Steuermittel [10]) vorrangig in jene Bereiche, die unmittelbar der Profitmaximierung der Unternehmen dienen oder aber konjunkturpolitisch im Sinne der Profit- bzw. Wachstumsstabilität interessant sind (Militärausgaben, „Entwicklungshilfe" etc.). Hohe Ausgaben im Sozialbereich müssen unter diesem Aspekt relativ uneffektiv erscheinen. Daher erklären sich immer wieder auftauchende Forderungen nach „Selbstverantwortung" der Arbeiter und Angestellten für ihre Kranken-, Invaliden- und Altersversorgung und nach dem Abbau des Rentenberges. Daß unter diesen Bedingungen heute dennoch eine relative soziale Sicherheit für die Arbeiterklasse in der BRD besteht, ist langwierigen und harten Kämpfen gegen die Besitzbourgeoisie zu verdanken. Zum Teil wurde sie jedoch auch stückweise mehr oder minder freiwillig von der herrschenden Klasse zugestanden, dann aber versprach diese sich dabei gewöhnlich eine höhere Ausbeutungsrate durch Steigerung der Arbeitsproduktivität [11]) oder Entschär-

9) A. Lemnitz, J. Gross, J. Nitsche, H. Richtsteiger und F. Schätz, Die Wachstumsstrategie des westdeutschen Imperialismus und deren Widersprüche, in: Spätkapitalismus ohne Perspektive, Frankfurt/Main 1970, S. 215.

10) Daß die Lohnabhängigen, die ohnehin die große Masse der auf dem Konsum lastenden indirekten Steuern zahlen, auch durch die direkten Steuern in den letzten Jahren in zunehmend wachsendem Ausmaß belastet wurden, zeigt folgender Vergleich: Während noch 1960 die Lohnsteuer 7,9 Mrd. DM einbrachte — gegenüber 11,1 Mrd. DM für die direkten Einkommens- und Vermögenssteuern aus Unternehmertätigkeit —, waren die Zahlen 1966 gleich geworden: jeweils 18,8 Mrd. DM (E. Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise, Frankfurt/Main 1969, S. 44).

11) Ein schönes Beispiel hierfür lieferte Robert Bosch, der 1906 in seinem Betrieb den 8-Stunden-Tag einführte, und zwar, wie Theodor Heuß in seiner Bosch-Biographie schildert, aus Rentabilitätsgründen: „Manche Dinge, worauf die spätere Geschichte das Pathos des Bekenntnishaften gelegt hat, sind in Boschs Umgebung Erzeugnis einer einfachen realistischen Einsicht. Die war so: im Jahre 1905 drängten sich die Aufträge derart, daß mit Überstunden nicht hätte geholfen werden können. Die Neubauten standen noch nicht, die Zahl der Werkzeugmaschinen mußte begrenzt bleiben. Also war kein anderer Ausweg, wollte man die Lieferfristen halbwegs einhalten, als dies, eine Doppelschicht der Arbeit einzuführen; die Maschinen standen ja in gleicher Willigkeit bereit. So kam man unter dem Zwang zum vorübergehenden Schichtbetrieb: je acht Stunden." Zit. nach Lehndorf, Funktionen und Prinzipien oppositioneller Sozialpolitik, in: Alternativen der Opposition, Köln 1969, S. 151.

fung von Konflikten am Arbeitsplatz und die für sie lebensnotwendige Sicherung des „sozialen Friedens" durch den Versuch, mittels derartiger Zugeständnisse die Arbeiterklasse materiell und ideologisch an bourgeoise Klasseninteressen zu fesseln [12]). Dieser Versuch — weitgehend geglückt — zementierte die Ideologie des „sozialen Rechtsstaates"; über der Illusion, die kapitalistische Wirtschaft verwandle sich in eine „soziale Marktwirtschaft", vergaß die Arbeiterklasse, das Gesamtsystem in Frage zu stellen [13]). Soweit nun aber die Sozialpolitik nicht als unerläßliche ökonomische und ideologische Stütze des Systems benötigt wird, bzw. zu Krisenzeiten, treten die oben beschriebenen Tendenzen zurück zugunsten einer starken Gegenaktivität des Kapitals gegen das System der sozialen Sicherung, wie die seit dem Ende der Rekonstruktions- und Restaurationsphase in der BRD immer lauter gewordenen Stimmen der sozialen Reaktion zeigten. So wurde in den zwölf Thesen zur „Formierten Gesellschaft" gefordert, der Bürger solle „seine private Initiative gerade auch in der Selbstvorsorge für die Wechselfälle des menschlichen Lebens wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit im Alter (Invalidität) usw. frei entfalten" [14]). Nicht minder eindeutig und zynisch schlug Finanzminister Strauß 1967 vor, „die Umverteilungsprozesse in unserem sozialen Sicherungssystem Zug um Zug mit den steigenden Masseneinkommen zurückzudrängen und das im Markt verdiente Leistungseinkommen zur Grundlage der Sicherung des Einzelnen zu machen ... [15])". Solchen Worten entsprachen denn auch die Taten der Großen Koalition, als sie nach der Krise 1966/67 im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung die soziale Demontage einzuleiten begann und im Finanzänderungsgesetz für 1968—1971 sozialpolitische Kürzungen von durchschnittlich 3,8 Mrd. DM pro Jahr festlegte [16]), während gleichzeitig für die expansionswichtigen Ausgaben (direkte Rüstung, Wissenschaft und Forschung, Verkehr, „Entwicklungshilfe") zusammengenommen ein Zuwachs um 7,4 Mrd. DM geplant wurde (von 31,2 Mrd. im Jahre 1968 auf 39,5 Mrd. DM im Jahre 1972) [17]). Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, wie rasch der Staat tatsächlich im Interesse des Kapitals sich bei Bedarf seines sozialen Mäntelchens zu entkleiden und objektiv gegen die Interessen der Massen der Bevölkerung zu agieren imstande ist.

IV

Wie aus den bisherigen Ausführungen klar geworden sein dürfte, prallen im Bereich des Gesundheitswesens antagonistische Interessen aufeinander, die sich formelhaft verkürzt etwa folgendermaßen ausdrücken lassen: Da das Gesundheitswesen überwiegend aus umverteiltem Mehrwert (Sozialabgaben, Steuermittel) finanziert wird und dadurch die Behandlung von Kassenpatienten und Entlohnung des medizinischen Personals dem Prinzip der Profitmaximierung bzw.

12) Wie sehr diese Intentionen auch das sozialpolitische Denken der gegenwärtigen Bundesregierung bestimmen, wird deutlich, wenn im Sozialbericht 1970 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales formuliert wird: „Um Spannungen zu mildern und das Wirtschafts- und Wohlstandswachstum langfristig zu sichern, ist sie (die Bundesregierung, d. V.) vielmehr der Meinung, daß eine vorausschauende Sozial- und Gesellschaftspolitik notwendig ist." Gerechtfertigt wird diese Politik der Sozialleistungen im Dienste der Akkumulation folgendermaßen: „Wirtschaftswachstum ist zweifellos eine der wichtigsten Voraussetzungen für sozialen Fortschritt; nur in einer wachsenden Wirtschaft ist es möglich, Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu gewinnen." (AK Gesundheitspolitik Heidelberg, *Bericht über den Sozialbericht*, in: *Bericht über die Arbeit im SS 70*, S. 2.)

13) Prototypisch dafür ist die beflissen systemstabilisierende sozialpolitische Haltung der Gewerkschaften: „Das Wachstum des Bruttosozialprodukts ist notwendig, um die im Zuge der sozialen Harmonisierung beabsichtigte Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer finanzieren zu können." Zwar wird zugestanden, daß „überproportionale Steigerungen der sozialen Aufwendungen keine Kriterien für ‚Grenzen der Leistungen' sind, doch nur, solange das Wachstum des Bruttosozialprodukts nicht beeinträchtigt wird". (AK Gesundheitspolitik Heidelberg, Die Gesundheits- und Sozialpolitik im DGB, in: Bericht über die Arbeit im SS 70, S. 5.)

14) W. Rieck, L. Schütze, R. Wilhelmi, 12 Thesen zur „Formierten Gesellschaft", in: Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn 1965, 13/14, 9. These.

15) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 119, vom 25. 10. 1967.

16) A. Lemnitz etc., a.a.O., S. 217.

17) *Ibid.*, S. 143.

Kapitalakkumulation entgegenwirken, gleichzeitig aber die Erhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft des Arbeiters beständige Bedingung für die Reproduktion des Kapitals ist, entsteht der Widerspruch zwischen angestrebter Minimierung der Kosten und unverzichtbarer Optimierung der Funktion im genannten Sinne.

Daraus, und nicht etwa aus der „Natur der Sache", versteht sich weitgehend der nach technologischen Gesichtspunkten durchrationalisierte, industriellen Betrieben nachempfundene Aufbau und die entsprechende inhumane Arbeitsorganisation der Großkrankenhäuser sowie Ausbeutung und schlechte Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals, woraus naturgemäß Mangel an Schwestern und Pflegern resultiert, welcher seinerseits im Sinne eines circulus vitiosus die bestehende obsolete Situation verschärft [18]). Daß diesem Dilemma dennoch nicht durch drastische Verbesserung der finanziellen und sozialen Stellung des Pflegepersonals begegnet wird, erklärt sich, wenn man weiß, daß bereits heute die Personalkosten 80 Prozent der Gesamtkosten im Krankenhaussektor ausmachen [19]). Unter diesen Umständen wird lieber eine unzureichende Pflege des Kassenpatienten in Kauf genommen oder zur Schließung von Drittklass-Stationen geschritten, bzw. von forcierten betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere auch technischen Neuerungen wie elektronische Datenverarbeitung, Monitorsysteme etc., eine billige Abschwächung der Misere erhofft [20]) [21]). Daß derartige Innovationen in zeitgemäßen Krankenhäusern notwendig sind, wird hier natürlich nicht bestritten, vielmehr soll aufgewiesen werden, daß prinzipiell die Versorgung der Kranken nicht nach ihren Bedürfnissen, sondern nach Rentabilitätskalkül strukturiert wird, wobei von inhumanen Implikationen solange nicht Notiz genommen wird, als sie verschleierbar sind und die aktuelle Toleranzgrenze der Gesellschaft nicht überschreiten.

Der oben genannte Widerspruch erklärt auch, daß Investitionen im Gesundheitswesen vor allem dort erfolgen, wo „es sich lohnt", d. h. wo Arbeitskraftdefekte rentabel ausgleichbar oder mehr oder minder mittelbar produktivitätssteigernde Effekte zu erzielen sind. Exemplarisch dafür ist die Entwicklung der modernen aktiven Rehabilitation aus der früher nur passiv archivierenden Krüppelfürsorge. Der Wendepunkt lag im Ersten Weltkrieg, als der Arbeitermangel in den USA dazu führte, daß über 65jährige und chronisch Kranke dem Arbeitsplatz erhalten bzw. wieder zugeführt werden mußten [22]). Daß sich die „Wiedereingliederung ins Erwerbsleben" so bezahlt macht, daß Howard Rusk, der Altmeister der Rehabilitation in den USA, diese als die beste Kapitalinvestition des Staates bezeichnen kann, illustrieren die Untersuchungen von Hoske über eine Gruppe von 64 000 Behinderten. Bei dieser betrug der Gesamtverdienst — soweit überhaupt gearbeitet wurde — im Jahr 16 Mill. Dollar, nach der Rehabilitation 116 Mill. Dollar. Die gesamten Kosten der Rehabilitation betrugen 22,1 Mill. Dollar, die im ersten Jahr abgeführten Steuern bereits 10,4 Mill. Dollar, d. h. in etwa zwei Jahren waren die gesamten Kosten gedeckt [23])!

Die Bereiche der Medizin, in denen wirksamer Aufwand in ungünstigem Verhältnis zum ökonomischen Effekt steht, führen ein obsoletes, bestenfalls bemitleidetes Kümmerdasein, z. B. die perinatale Medizin. Säuglinge — für den Pro-

18) Allein in Bayern fehlten nach offiziellen Angaben 1969 mindestens 4000 Schwestern und Pfleger. (E. Hamm, Aus- und Fortbildung im Krankenpflegeberuf, in: Die Privatkrankenanstalt, 72 (1970) 4, S. 79.) Die Dunkelziffer dürfte noch erheblich höher liegen.
19) Industriekurier, Nr. 184 vom 6. 12. 69, S. 6.
20) J. Fehler, Elektronische Datenverarbeitung und Pflegepersonal, in: Die Agnes-Karll-Schwester 24 (1970) 1, S. 6.
21) K. Rippa, Der Monitor — eine Hilfe in der Intensivpflege, in: Die Agnes-Karll-Schwester 24 (1970) 1, S. 8.
22) H. Bialonski, Rehabilitation als Beitrag zur sozialen Sicherung, in: Rehabilitation, Schriftenreihe der Medizinisch-Pharmazeutischen Studiengesellschaft e. V., Frankfurt/Main 1965, S. 3.
23) Ibid., S. 5.

duktionsprozeß relativ uninteressant — hatten (laut UNO) 1966 in der BRD eine Sterblichkeit von 22,8 auf 1000 Lebendgeborene, womit die BRD an 18. Stelle unter den Ländern der Erde und an 12. unter denen Europas steht [24]). (Viel besser als hier sind übrigens auch in den USA die Verhältnisse nicht: dort betrug 1960 die Todesquote 25,5 gegenüber 30,8 in der BRD [25].) Obgleich sich bei uns seit 1968 nach vorher fallendem wieder ein ansteigender Trend in der Säuglingssterblichkeit bemerkbar macht [26]), wobei ca. 70 Prozent der Kinder innerhalb der ersten Woche nach der Geburt sterben [27]), gibt es noch kein Institut für perinatale Medizin in der BRD [28]). Noch katastrophaler stellt sich die Situation für geistig behinderte Kinder dar: Von ca. 83 000 Hilfsbedürftigen können in den ca. 700 Einrichtungen der BRD nur etwa 33 000 betreut werden, der Rest ist noch ohne Hilfe [29]). Auch körperlich schwer behinderte Kinder haben großenteils kaum Chancen, in Fachkliniken unterzukommen, fehlen doch allein in Baden-Württemberg ca. 1000 bis 1500 orthopädische Betten [30]) und betragen die Wartezeiten in Freiburg ein, in Tübingen über zwei Jahre [31]).

Was für Säuglinge und für Schwerbehinderte gilt, gilt auch für psychisch Kranke. Obwohl nach Birkmayer [32]) ca. 50 Prozent der Kranken, die ärztliche Hilfe beanspruchen, unter erlebnisbedingten Leistungsstörugnen der vegetativen Lebensfunktionen leiden, die letztlich zu den klassischen Krankheitsbildern der Psychosomatik (Magenulcus, Asthma, Colitis ulcerosa, Herz- und Kreislaufstörungen, Migräne) führen, wird im Rahmen der etablierten Medizin praktisch weder Diagnostik noch kausale Therapie dieser Erkrankungen gelehrt, geschweige denn betrieben — bestenfalls wird symptomatisch kuriert. So stehen der hohen Zahl dieser Kranken — man schätzt sie auf 2,5 Mill. [33]) — in der BRD nur 450 qualifizierte Psychotherapeuten gegenüber [34]), von den Kollegen beargwöhnt als „Zauberer, die Tauben aus dem Zylinder holen, und auf jeder Party traut man ihnen Röntgenaugen und unbändige Neigung zu Vivisektion zu" (Mitscherlich) [35]). Diese gigantische Verdrängung des Problems läßt sich aber durchaus als im Interesse des Systems entlarven. Zunächst einmal durch den oben entwickelten Widerspruch in den ökonomischen Voraussetzungen des Gesundheitswesens: denn würden die bislang entwickelten psychoanalytischen Methoden konsequent bei allen behandlungsbedürftigen Patienten angewandt, erforderte solch Unternehmen einen enormen organisatorischen und finanziellen Aufwand — und das bei Menschen, die durch ihre Krankheit meist „nur" in ihrer Persönlichkeitsentfaltung, weniger jedoch in ihrer Arbeitsfähigkeit gehemmt sind (Einschränkung s. u.). Ein weiterer Punkt jedoch erscheint fast noch wichtiger: Die individuellen Konflikte — soweit therapeutisch tatsächlich ins Bewußtsein gehoben und analysiert — würden sich großenteils dem Patienten als Reflexe der gesellschaftlichen Widersprüche entschleiern, er müßte erkennen, daß deren Lösung Vorbedingungen für die seines eigenen Dilemmas ist. Die Herrschenden jedoch, „heilfroh, daß sich die Widersprüche statt im Bewußtsein an den Organen der

---

24) Ärztliche Praxis vom 30. 5. 70.
25) Das öffentliche Gesundheitswesen, 4/70.
26) Süddeutsche Zeitung vom 8. 5. 70.
27) BG Medizin Tübingen, Klassenstrukturen der Morbidität, in: Das Gesundheitswesen in der BRD, Teil I (1970).
28) Und das, obwohl kein Geringerer als Prof. Saling seit Mai 1963 ein solches beantragt hatte. Als am 1. 1. 70 schließlich das I. Institut für perinatale Medizin in Berlin gegründet werden sollte, wurde der Plan 5 Wochen vor der Realisierung vom Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses wieder abgeblasen. In dieser Zeit hat Hanoi, die Hauptstadt Nordvietnams, ein Angebot an Prof. Saling gemacht, beim Aufbau eines solchen Instituts in Nordvietnam zu helfen. (Zit. nach: BG Medizin Tübingen, Therapie = Reproduktion der Arbeitskraft, a.a.O., S. R 29.)
29) Diess., S. R 29.
30) Ibid., S. R 29.
31) Ibid., S. R 29.
32) Medizinische Welt 1966, S. 1463—64, zit. nach: A. Mitscherlich, Krankheit als Konflikt I, a.a.O.
33) BG Medizin Tübingen, Psychosomatik, in: Das Gesundheitswesen, a.a.O.
34) Input 4 (1969), Studium und Beruf „medizin", S. 39.
35) A. Mitscherlich, Krankheit als Konflikt. Studien zur psychosomatischen Medizin II, e s, Frankfurt/Main 1967, S. 9.

Menschen manifestieren" (Francke)[36]), sind natürlich nicht im geringsten an einer therapeutischen Umkehr dieses Prozesses interessiert. Nun wird aber heute immer klarer, daß doch auch derartige Störungen durchaus zu einer relevanten Belastung für das Kapital werden können. So berichtet Bräutigam[37]), daß „bei 1004 Patienten, die am Zentralinstitut für psychogene Erkrankungen der AOK Berlin ... behandelt wurden und die eine Behandlungszeit von durchschnittlich 100 Behandlungsstunden durchlaufen hatten, sich der Behandlungserfolg auch objektivieren und in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung aufzeigen ließ. Der Krankenhausaufenthalt dieser Patienten lag im Durchschnitt bei 5,3 Tagen vor der Behandlung, aber nur bei 0,78 Tagen nach der Behandlung (mit Einschluß aller Behandlungsabbrüche und ungebesserten Kranken). 2,5 Tage ist der Durchschnitt der Versicherten, 4,3 Tage ist der Durchschnitt der Rentner im Jahr." Unter diesem Aspekt wird es verständlich, daß zunehmend therapeutische Methoden in Anwendung kommen, die mittels zudeckender Psychotherapie auf hetero- oder autossuggestivem Weg darauf zielen, den Patienten symptomfrei zu machen, ihn unter Verzicht auf jegliche Ich-Reifung durch Konfliktdämpfung zu befähigen, sich sozial an- und einzupassen. Gleiches trifft auf die aus den USA importierte, lerntheoretisch begründete Psychotherapie zu, deren Synonym „Verhaltenstherapie" besser ihr Ziel charakterisiert, nämlich dem Patienten ein bestimmtes soziales Verhalten, auf Grund dessen er dann besser in seine, auf ihre Rationalität unbefragte, Umwelt paßt, einzuüben. Eine derartige Therapie kommt den Bedürfnissen des Systems natürlich optimal entgegen, da sie in erster Linie das System stabiliserende Verhaltensnormen in den Individuen verankert — sie ist denn auch bezeichnenderweise diejenige, die in letzter Zeit die weiteste Verbreitung erfahren hat und sich noch weiter ausdehnen wird[38]). Aber angesichts der Massen der zu therapierenden Patienten spielt auch sie kaum eine Rolle — für den Durchschnittsarzt steht vielmehr neben der somatischen die psychopharmakologische Therapie völlig im Vordergrund. Auf diesem Sektor wird nicht gespart und großzügigst verordnet — wird hier doch die im Sinne des Systems optimale Therapie ermöglicht durch unauffällige Konfliktdämpfung und leichte Manipulierbarkeit des durch das Pharmakon mehr oder minder entmündigten Patienten. Zugleich stellt dieser Bereich einen der wichtigsten Absatzmärkte der Pharmakonzerne dar, unter deren unmittelbare Profitinteressen sich somit eine kritiklose Psychopharmakatherapie subsumieren läßt. Bemerkenswert ist hierbei, mit welcher Unbekümmertheit die überwiegende Mehrzahl der Ärzte von dem unbestrittenen Fundamentalprinzip jeglicher medizinischer Therapie abweicht, daß Krankheiten bekannter Ätiologie, deren kausale Bedingungen therapeutisch angegangen werden können, auch „ätiologisch" und nicht nur symptomatisch behandelt werden[39]).

Ähnlich stellt sich die Problematik in der Psychiatrie dar. Auch hier würde eine konsequente Therapie nicht nur enormen Einsatz an qualifiziertem Personal und ein Vielfaches der bislang aufgebrachten Mittel erfordern, sondern häufig gleichzeitig unmittelbar systemgefährdend wirken durch Aufdeckung der die Krankheit auslösenden und unterhaltenden sozialen Widersprüche. Dieser emanzipative Ansatz wird aber von der etablierten Psychiatrie erfolgreich abgeblockt

---

36) G. Francke, Kritik an Parsons, in: Kritische Medizin (1969) 1, S. 16.
37) Bräutigam, Reaktionen, Neurosen, Psychopathien. Zit. nach: BG Medizin, Tübingen, a.a.O., S. P 2.
38) BG Medizin Tübingen, Psychosomatik, in: Das Gesundheitswesen, a.a.O., S. P 13.
39) Am krassesten offenbaren die hemmungslosen Werbesprüche der pharmazeutischen Industrie das Bewußtsein ihrer Zielgruppe, der Ärzte, und die dubiose Funktion ihrer „Therapie": „Librium — ein Element der Ordnung, die rosa Brille für die Seele — nicht Scheinlösung von Problemen, sondern Lösung von Scheinproblemen." Und über „Instenon": „Nach 3 Wochen wird die monotone Fließbandarbeit als nicht mehr so anstrengend empfunden, sie geht leichter von der Hand." Wahrlich, welch herrliches Fließbandgefühl! (BG Pharmazie, Der Patient — dein bestes Kapital (1970), S. 4.)

durch das Dogma der „biologischen Psychose" [40]), d. h., die zentralen Krankheitsgruppen der Psychiatrie (Schizophrenie, manisch-depressive Psychose) werden als prinzipiell somatogen und uneinfühlbar interpretiert und auf reine Stoffwechselveränderungen ungeklärter Genese reduziert. Obwohl diese Theorie in den letzten 100 Jahren die Forschung lähmte und keinen relevanten Beitrag zu einer kausalen Therapie bringen konnte, beharrt die Mehrzahl der Psychiater noch immer auf dem „naturhaften Krankheitsprozeß", obwohl längst durch eingehende Untersuchungen (Jackson und andere) nicht nur ihre zweifelhaften Forschungsmethoden und -ergebnisse erschüttert wurden, sondern zahlreiche reale Zusammenhänge zwischen gesellschaftlich-psychischen Strukturen und Psychosen nachgewiesen wurden. Dynamische Psychiatrieformen, die soziale Zusammenhänge reflektieren und eine psychoanalytisch orientierte Therapie entwickeln [41]), werden behindert und verdächtigt [42]). Werden tatsächlich erfolgreiche psychotherapeutische Behandlungsverläufe von Patienten mit schizophrener Symptomatik veröffentlicht, dann pflegt man diese mit einer anderen Nomenklatur zu belegen und nachträglich eine neurotische Symptomatik zu diagnostizieren. Ansonsten beschränkt man sich darauf, seine statische, katalogisierende und therapiepessimistische Anstaltspsychiatrie weiterzuwursteln und die Opfer in den nach mittelalterlichen Prinzipien strukturierten Verwahranstalten unter menschenunwürdigen Bedingungen dahinvegetieren zu lassen [43]). Dieser zwangsweisen gesellschaftlichen Absonderung von „Abweichlern" entspricht nur allzuoft die wohlbekannte Ideologie von naturhafter menschlicher Minder- und Hochwertigkeit: „Je größer die Kraft der Person ist, desto weiter kann sie den Schwerpunkt von der Unfreiheit der Krankheit zur Freiheit verschieben" (Bochnik) [44]).

Vereinzelt geförderte progressive Projekte haben in erster Linie Alibifunktion. Nicht anders läßt es sich interpretieren, wenn demnächst in Mannheim mit großem Aufwand nach fortschrittlichen sozialpsychiatrischen Richtlinien ein „Zentralinstitut für seelische Gesundheit" (200 Betten) als erstes seiner Art in der BRD errichtet werden soll, während in demselben Baden-Württemberg, das in dem Modellvorhaben einen „wesentlichen Fortschritt" sieht (so der zuständige Landesausschuß), gleichzeitig in der 2000-Seelen Gemeinde Hirsau ein Geisteskranken-Getto nach hergebrachtem Muster mit 1000 Betten erstellt wird [45]).

V

Der gesellschaftliche Widerspruch manifestiert sich — wie dargestellt — im Bereich des Krankenhauses in spezifischer Weise und wird an mannigfachen Symptomen erkennbar. Daß jedoch nur in den seltensten Fällen dieser Widerspruch in das Bewußtsein des Patienten, der Schwester oder des Arztes dringt, beweist, daß Verschleierungsmechanismen wirksam sein müssen, die auf verschiedenen Ebenen in jeweils adäquater Weise Einsichten blockieren, bzw. spezifische Indoktrinationsmechanismen dafür sorgen, daß die Individuen die Fähigkeit verlieren, ihre Situation und ihre Umwelt kritischer Analyse zu unterziehen.

a) Für die Masse der Lohnabhängigen, die sich gesund wähnt und nur ein relativ distanziertes Verhältnis zum Krankheitsproblem entwickelt, ist eine spezi-

40) J. Bochnik, in: Handwörterbuch der Kriminologie, zit. nach: P. Crell, Professor Bochnik und die „biologische Psychose", in: Kritische Medizin (1970) 1, S. 21.
41) G. Ammon, Dynamische Psychiatrie. Eine gesellschaftskritische Forderung, in: Dynamische Psychiatrie, 1 (1968), S. 6. Dort auch ausführliche Literaturangaben.
42) Assistenzärzte der Frankfurter Nervenklinik, die aus einem multifaktoriellen oder soziogenen Krankheitsverständnis in der therapeutischen Konsequenz von der einheitlichen Linie abweichen, müssen damit rechnen, daß ihnen zumindest in der ‚Ausbildungszeit zum Facharzt' mit Scheinargumenten wie ‚wissenschaftlich nicht qualifiziert' oder ‚Rückstand in der Erledigung von Krankengeschichten' der Arbeitsvertrag nicht mehr verlängert wird." (P. Crell, 1. c.)
43) Vgl. dazu F. Fischer, Irrenhäuser klagen an, München 1969.
44) Zit. nach P. Crell, 1. c.
45) Vgl. Der Spiegel, Nr. 30, 20. 6. 1970.

fische Verschleierungstaktik (zumindest auf individueller Ebene) kaum erforderlich. Das mag insofern paradox erscheinen, als sich doch jeder als potentieller Patient verstehen müßte und darüber hinaus permanent dem massiven Einfluß krankmachender, den gesellschaftlichen Widersprüchen entspringender Faktoren unterliegt. Es läßt sich aber als logisch begreifen unter dem Aspekt der Paralysierung des Bewußtseins im Spätkapitalismus, die es dem Einzelnen verunmöglicht, seine wahren Interessen zu erkennen, geschweige denn zu artikulieren. Es liegt auf der gleichen Ebene wie die Tatsache, daß die Erfahrung der Trostlosigkeit des Arbeiterdaseins, die in der Familie beginnt, und der empfundene Verlust des Sinnes der vergesellschafteten Arbeit [46]) nicht etwa revolutionäres Bewußtsein formt, „sondern zu Mobilisierung von Abwehrmechanismen führt, die sich „in das Schema der sozialen Konflikte des ‚Ich' am besten einfügen" (Negt). Für den Betroffenen erscheint die Erfahrung der Unterordnung, die Entfremdung und der gesellschaftliche Leistungsdruck im Bewußtsein spontan als Unsicherheit, Angst, Aggressivität und Skepsis — dennoch vermag er diese Symptome nicht als unmittelbar dem spezifischen Charakter der Lohnarbeit entsprungen zu interpretieren, da schon im Erfahrungsbereich der Arbeitswelt die Normen eines Leistungssystems wirken, die nicht mehr dieser, sondern darüber, bzw. danebenstehenden Bereichen zu entspringen scheinen. „Die objektiv verwehrte Befriedigung wahrer gesellschaftlicher Bedürfnisse, die solidarische Kommunikation der Produzenten in der Verfügung über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsprodukte wird durch Ersatzhandlungen und Ersatzbefriedigungen kompensiert, deren Formen durch die gegebene Gesellschaft vorgegeben sind" (Negt) [47]). Die Frustration wird neutralisiert durch Umleitung der Bedürfnisse auf den Konsumsektor und das Private überhaupt sowie durch eine Verengung des sozialrevolutionären Interesses auf den beschränkten Bereich der Lohnpolitik und materiellen Sicherheit. Dabei führt, wie die Erfahrung gezeigt hat, die Befreiung von unerträglichem materiellem Druck allein noch nicht zu der vorher objektiv unmöglichen Entfaltung der gesellschaftlichen Wesenskräfte des Individuums, sondern wirkt eher systemstabilisierend durch Verewigung der materiellen Bedürfnisspannung, da dem entfremdeten Bewußtsein der Lohnabhängigen Lohnansprüche psychologisch vor allem — so hat es den Anschein — aus den wachsenden Anreizen der Konsumgesellschaft erwachsen [48]). Entsprechend desolat ist die Praxis der Gewerkschaften, wenn sie den Fehler machen, dieses Bewußtsein ihrer Arbeit zugrundezulegen und sich einzig an den historischen Interessen der Lohnabhängigen zu orientieren, die ihrerseits doch bereits erfahrungsbedingte, durch Reaktion auf die „condition ouvrière" [49]) bestimmte Formen individueller Konfliktlösung darstellen.

Eine solche gewerkschaftliche Praxis ist — entgegen dem stolzen Bekenntnis Ludwig Rosenbergs — eben nicht die einer „Bewegung zur Befreiung des Menschen", sondern gerade die eines „proletarischen Interessenclubs" [50]), der nicht die — wenn auch in anderem historischem Kontext gewonnene — Einsicht Lenins begreift, daß die Arbeiter „aus eigener Kraft" revolutionäres, sozialistisches Bewußtsein nicht entwickeln können, sondern ihnen dieses „von außen" gebracht

46) O. Negt, Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Frankfurt/M. 1968, S. 36.
47) Ibid.: S. 36.
48) Ibid.: S. 37. O. Negt zitiert M. Teschner (Zum Verhältnis von Betriebsklima und Arbeitsorganisation, Ffm. 1961), der auf die Neigung der Arbeiter hingewiesen hat, Lohnforderungen nicht mehr mit höherer Leistung, sondern mit geplanten Anschaffungen zu begründen.
49) Der Bedeutungsgehalt dieses Begriffes ist sehr klar von Simone Weil dargestellt worden. Vgl.: La condition ouvrière, Collection Idees, Paris 1951. Oskar Negt versucht den Begriff zu kennzeichnen als den inneren Zusammenhang der Ebenen der technsichen Veränderungen im Betrieb, der dortigen Herrschaftsverhältnisse und der Maßnahmen des Betriebsrates, wobei die Reaktionen des Arbeiters auf diese Momente „integrale Bestandteile einer voraufgegangenen Gesamtreaktion auf die Tatsache seines Arbeiterdaseins, die mehr und etwas anderes bedeutet als die Summe der einzelnen Konflikte in der Situation des Betriebes, sind". (O. Negt. l.c., S. 33)
50) Vgl. Frankfurter Rundschau, 28. 1. 1969.

werden muß [51]). (Dabei meint die Formel „von außen" den Kampf von revolutionärer Partei und Gewerkschaft, durch den erst die in der Arbeitswelt entstandenen Bedürfnisse mit dem Bewußtsein des solidarischen, revolutionären Kampfes vermittelt werden [52]).)

Es ist also klar, daß es dem Lohnabhängigen (solange er gesund ist) fast unmöglich sein muß, individuell den wahren, gegen seine Interessen gerichteten Charakter der Medizin im Kapitalismus zu erkennen, wo es ihm nicht einmal gelingt, den Grundwiderspruch seines Daseins zu durchschauen. Wenn überhaupt, so könnte das System allenfalls durch die oben beschriebenen Bereiche des Gesundheitswesens (Psychiatrie, Krüppelfürsorge, Geriatrie etc.) gefährdet werden, in denen sich der Widerspruch in der inhumansten Form manifestiert. Denn hier bestünde evtl. die Möglichkeit, daß auf dem Umweg über moralische Empörung in der „Öffentlichkeit" ein Anstoß zu rationaler Analyse dieser Mißstände gegeben würde. Dieser Schritt von der kleinbürgerlich-emotionalen Ebene zu jener der konkreten Analyse muß aber verhindert werden, würde doch zwangsläufig aufgedeckt, daß die beklagten Zustände nur die sichtbaren Gipfel eines Eisberges sind, dessen Basis die Irrationalität des Systems bildet. Deshalb wird versucht, Diskussionen über derartige Themen mit allen Mitteln auf der moralisierenden Ebene zu halten und von den eigentlichen Hintergründen abzulenken. Diese Arbeit leisten vor allem jene Institutionen, die sich — werden trotz aller Vertuschungsmannöver und Informationsmanipulation derartige Zustände bekannt — spektakulär kleinbürgerlich empören, aber nie die Ursachen aufdecken (bürgerliche Presse — Prototyp: Bildzeitung —, sog. Gemeinnützige Vereine und Wohlfahrtsverbände, deren hauptsächlich ideologische Funktion auch ihre Finanzschwäche [53]) erklärt). In die von diesen Helfershelfern des Kapitals artikulierte Empörung wird dann die der Massen kanalisiert — es werden Scheinlösungen vorgetäuscht und damit schon der Ansatz zu kritischer Reflexion neutralisiert [54]).

b) Eine neue Situation jedoch entsteht, wenn das Individuum manifest erkrankt, d. h. die Fähigkeit verliert, seinen bisherigen institutionalisierten Rollenverpflichtungen nachzukommen, in eine Außenseiterposition gedrängt wird und aus seiner qualvollen Lage heraus das Motiv entwickelt „auszubrechen" [55]). Es wird ihm auf einmal die optimale Chance gegeben, sich (zumindest weitgehend) von den gewohnten rollenspezifischen Erkenntnisschranken zu befreien, die psychosomatisch sedimentierten Widersprüche in sein Bewußtsein zu heben und die Irrationalität des Systems zu durchschauen — d. h. es wird zum potentiell systemsprengenden Faktor. Als solcher wird der Patient im Krankenhaus nun entschärft, indem er in die neue, genau definierte Rolle des Kranken gezwungen wird, wobei ihm die Normen unter Ausnutzung seiner durch die Krankheit bedingten Verunsicherung und Hilflosigkeit mit relativ undifferenzierten Methoden indoktriniert werden. Daß ein großer, wenn nicht sogar der größte, Teil der Patienten kaum Schwierigkeiten hat, diese Normen innerhalb kürzester Zeit zu verinnerlichen, beweist nur, daß die neue Rolle der gewohnten eben gar nicht so unähnlich ist. Sie ist vor allem gekennzeichnet durch Regression auf kindliche

51) W. I. Lenin: Was tun?, in: Ausgewählte Werke, Bd. I, Berlin (1964), S. 166.
52) Vgl. dazu auch die Ableitung des Begriffs „Soziologische Phantasie" bei Oskar Negt, l.c., S. 18.
53) Vgl. Die Welt, 24. 2. 1969.
54) Dabei bekämpfen sich diese Vereine noch gegenseitig in konkurrenzkapitalistischer Manier und tragen diesen Kampf auf dem Rücken des Patienten aus, z. B. als im Sommer 1965 der Norddeutsche Rundfunk eine eigene Fernsehlotterie für Contergan-Kinder plante und das Vorhaben auf Einspruch des Innenministers und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wieder abgesagt wurde, weil die zusätzliche Fernsehlotterie nach der Satzung nicht statthaft sei (vgl. Der Spiegel, Nr. 23, 1968, S. 63).
55) T. Parsons: The social System, Kap. 10, S. 248, zit. nach G. Francke, l.c. Aufschlußreich über die Theorien Parsons sind auch seine Ausführungen über „Krankheit und Gesundheit im Lichte der Wertbegriffe" (in: Der Kranke in der modernen Gesellschaft, Hrsg. A. Mitscherlich u. a., Köln/Berlin 1969, S. 57).

Verhaltensweisen, Passivität und Verzicht auf jegliche kritische Reflexion über die eigene Krankheit oder die neue Umgebung sowie die Verpflichtung, gesund werden zu wollen. Ermöglicht wird die Übernahme dieser Rolle nicht nur durch die Befreiung aus der normalen Rollenverpflichtung, sondern darüber hinaus durch die physische Isolierung und den totalen Abbruch der Normbeziehungen unabhängig vom objektiv notwendigen Maß (selbst Kerngesunde haben sich bei diagnostischen Aufenthalten in Krankenhäusern dieser „Disziplin" zu unterwerfen). Dieses Auslieferungssystem wird ideologisch als Gegensatz seiner selbst in Form eines angeblichen „Dienens und Helfens" kaschiert, Kategorien, die sich aus früheren Zeiten — als sie vielleicht eine gewisse Relevanz hatten — herleiten, heute jedoch zur Funktion der Verschleierung geworden sind.

Die Schlüsselrolle in diesem Prozeß kommt der Krankenschwester zu: ihre spezifische Rolle ermöglicht erst diese massive Regression des Patienten. Ihre Funktion, von Whiting charakterisiert durch die Aufgaben a) der physischen Pflege, b) der emotionalen Abstützung, c) der Erziehung des Kranken sowie d) der Vermittlung zwischen ihm, dem Arzt und den übrigen Bereichen des Krankenhauses [56]), entspricht, „allgemein gesprochen, der Aufgabe, für den (temporären) Mangel an primär-intimer (familiärer) Hilfestellung und Mitmenschlichkeit zuverlässigen ‚Ersatz' zu schaffen" (Rohde) [57]) — die Schwester als „Ersatzmutter". Ihre Pufferwirkung ermöglicht wiederum dem Arzt, relativ unpersönlich, distanziert und „sachlich" seine ganze Autorität dem Patienten gegenüber aufzubauen und total über ihn zu verfügen, wodurch diesem, sich kritiklos und total dieser Autorität Unterwerfenden die letzte Chance verloren geht, in seinem Leiden mehr als ein individuelles, nämlich ein gesellschaftliches Problem zu erkennen. Wehrt er sich jedoch dagegen, in diese Rolle gepreßt zu werden, so wird ihm — ohne die Motivation aufzudecken — schlicht die Hilfe verweigert (oder er wird — in der Praxis ein häufig beschrittener Weg — medikamentös „gefügig" gemacht).

Es ist natürlich unbestritten, daß diese regressiven Verhaltensdispositionen z. T. auch „natürliche Folge des Krankheitszustandes sind und — freilich in einem immer näher zu bestimmenden Maße — geradezu erforderlich sind, um das unter normalen Umständen sowohl individuell als auch sozial erstrebenswerte Ziel der Gesundung (wobei Rohde allerdings nicht diesen Begriff als einen gesellschaftlich definierten in Frage stellt) zu erreichen; denn die krankheitsbedingte Regression ist als Konzentration der Persönlichkeitsenergien auf das Selbst anzusehen, damit der Kampf mit der Krankheit erfolgreich durchgestanden werden kann" (Rohde) [58]). Doch ist es für die Situation im Krankenhaus eben typisch, daß die natürliche Tendenz zur Regression nicht etwa differenziert in diesem Sinne funktionalisiert, sondern zwangsweise verschärft wird — scheinbar in willkürlicher Verabsolutierung, de facto jedoch zwecks Neutralisation der durch die Krankheit eröffneten emanzipatorischen Erkenntnismöglichkeiten des Patienten.

c) Es ist klar, daß, wenn der Patient als Abweichler im Parson'schen Sinne systemgefährdend ist, auch jene für das System potentiell gefährlich werden können, die unmittelbar mit der Reintegration beauftragt sind (Krankenschwester, Arzt). Denn sie könnten — ihre objektive Funktion kritisch reflektierend — zumindest theoretisch — das etablierte Behandlungsziel, das, wie zu Beginn ausgeführt, Arbeitskraft im Dienste der Kapitalverwertung meint, in Frage stellen und

[56]) J. F. Whiting, The Nurse-Patient Relationship and the Healing Process, The Veterans Administration Hospital Pittsburg, Pa. (1958).
[57]) J. J. Rohde, Soziologie des Krankenhauses, Stuttgart 1962, S. 289.
[58]) Ibid., S. 242.

neu bestimmen mittels eines Krankheitsbegriffes, der zu den wahren Interessen des kranken Individuums in Beziehung gesetzt wird. Es zeigt sich aber bei einer Analyse der Rollenstrukturen im Krankenhaus, daß derartige Möglichkeiten systematisch verbaut werden.

So ergibt sich, betrachtet man die Situation der Krankenschwester, daß diese, obgleich in engstem Kontakt mit dem Patienten, de facto kaum Einfluß auf dessen eigentliche Therapierung hat. Alle Funktionen, die sie in diesem Rahmen wahrnimmt, sind fremdbestimmt durch den ihr vorgesetzten Arzt (Stichwort „Verordnungen ausführen"), den sie anerkennt, ohne viele Fragen zu stellen. Die Bereiche, in denen ihr eine relativ weitgehende Selbstbestimmung (wobei man allerdings nicht übersehen darf, daß diese Selbstbestimmung durch eine rigide hierarchische Ordnung unter den Schwestern selbst weitgehend zerfasert ist) zugestanden wird (s. o. die von Whiting charakterisierten Funktionen), werden von ihr — wie dargestellt — in einer für den Patienten repressiven, ihm zugleich jedoch massive, antiemanzipative Regression ermöglichenden Weise ausgefüllt.

Daß sich die meisten Schwestern relativ kritiklos derartig strukturierter Arbeit anpassen, erklärt sich großenteils durch ihre gesamte Ausbildung, die charakterisiert ist durch die „Erziehung in und zu Unselbständigkeit", in der bewußt versäumt wird, die Fähigkeit zu vermitteln, die eigene Arbeit am Patienten mit der des Arztes oder gar der entfernterer Stellen (z. B. Krankenhausverwaltung, einweisender Arzt, andere Sozialeinrichtungen etc.) als Einheit zu sehen und in diesem Kontext die eigene Position kritisch zu reflektieren. Statt dessen wird dazu angehalten, ein Berufsbild zu verinnerlichen, daß seinem Selbstverständnis nach aus Zeiten stammt, da die Krankenpflege noch vorwiegend in den Händen von Ordensschwestern lag und auf jener Haltung basierte, die der gläubige Christ in Erfüllung des Gebotes der Nächstenliebe und angesichts der Verheißungen Jesu Christi adoptierte [59]). Es ist nach Thorner [60]) charakterisiert durch: a) Kollektivorientierung, d. h. Heraustreten aus dem normalen Alltag und den individuellen Bedürfnissen — die Werte, nach denen zu leben ist (auch im Privatleben) werden durch den Verband bestimmt: man hat mit „Haut und Haaren" Schwester zu sein; b) affektive Neutralität, was weniger Gefühlskälte denn Gefühlsbeherrschung meint. „Schon die symbolische Entsexualisierung ihrer Rolle durch den Namen ‚Schwester' ist eine Frühform, die vor Verstrickungen in dem sprengkräftigsten Affektbereich bewahren soll" (Rohde) [61]). So leiten sich auch aus ihrer Rolle als „Ersatzmutter" keineswegs zwangsläufig mütterliche Gefühle her. Zwar ist es kaum vorstellbar, daß Pflegearbeit jemals ohne derartige Neutralisation der Emotionen möglich wäre, dennoch ist festzustellen, daß diese natürlich verhindert, daß die Schwester durch Identifikation mit dem Patienten dessen wahre Situation sozusagen erfühlt und evtl. auf dem Umwege über Empörung zu deren rationaler Reflexion gelangt; c) die Ideologie des Dienens, welche, einmal verinnerlicht, die oben beschriebene Fremdbestimmung des Sinns eigener Arbeit erträglich machen soll — offizielles Motto des Agnes-Karll-Verbandes, einer Organisation freier (!) Schwestern: „Ich dien'!" (Diese Ideologie hat übrigens neben der Funktion, kritische Reflexion zu verhindern, vor allem auch die Aufgabe, die miserablen Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung [s. IV] der Schwestern subjektiv erträglich zu machen und damit den mit der „Minimierung der Kosten" zusammenhängenden Widerspruch zu verschleiern.)

Dieses Berufsbild wird der Schwesternschülerin in dreijähriger Ausbildungszeit,

---

[59]) Vgl.: Matth. 10,39 ff.; 25,40; Joh. 12,25; Luk. 17,33.
[60]) J. Thorner, Nursing: The Functional Significance of Institutional Pattern, ASR 20, 5 (Oct. 1955), S. 531.
[61]) J. J. Rohde: l.c., S. 298.

in der sie kaserniert, frustriert und gefügig gemacht wird [62]), so indoktriniert, daß sie nach abgeschlossener Ausbildung kaum noch in der Lage ist, ihre eigenen Interessen zu artikulieren, geschweige denn, die des Patienten zu erkennen. Insbesondere bei den aus kleinbürgerlichen Familien stammenden Schwestern, die infolge ihrer familiären Sozialisation oft schon ein der Ideologie des dargestellten Schwesternbildes ähnelndes Selbstverständnis mitbringen, ist derart deformiertes Bewußtsein nur schwer aufzubrechen. In diesem Zusammenhang sind Erfahrungen in Berliner Krankenhausbasisgruppen interessant, die ergaben, daß bei den Schwestern eine gewisse Teilung unter dem Aspekt ihrer emanzipatorischen Potenzen in Abhängigkeit von ihrer sozialen Herkunft erkennbar ist. Es stellte sich heraus, daß Schwestern kleinbürgerlicher Herkunft verhältnismäßig leicht über emotionale, an ungerechten Zuständen, Autoritätskonflikten etc. sich entzündende Empörung zu mobilisieren waren, während diejenigen proletarischer Herkunft weniger leicht (zumindest von Studenten und Ärzten) ansprechbar waren, jedoch — von ihren Kolleginnen kleinbürgerlichen Bewußtseins aktiviert — diese bewußtseinsmäßig nach kürzester Zeit überholten und den aktiven und progressiven Kern der Gruppe stellten.

Noch wesentlich verhärteter als bei den Schwestern stellt sich jedoch das Selbstverständnis der Ärzte dar, die, betrachtet man ihre Ideologie, wohl (evtl. zusammen mit den Juristen) zu den reaktionärsten akademischen Berufsgruppen zählen dürften. Es ist bezeichnend, daß gerade diese Gruppe, die — praktisch die totale Verfügungsgewalt über den Kranken in Händen — damit, würde sie die Chance erkennen und nutzen wollen, durch einen progressiven Krankheitsbegriff vom Kesselflicker des Kapitals zum Aufklärer über tatsächliche Bedingungen gesellschaftlicher Existenz, d. h. brisant gefährlich für das System werden könnte, gleichzeitig eine der im Verhältnis zu ihrem Anspruch gesehen borniertesten der Gesamtgesellschaft überhaupt darstellt. (Ganz im Gegensatz zu dem verbreiteten Image des feinsinnigen, musischen Arztes, der vertrauenswürdigen „großen Persönlichkeit", das einzig die Funktion hat, in Wahrheit hohle Nüsse zu vergolden [63]).) Doch das Bewußtsein der Ärzte läßt sich weitgehend aus ihrer spezifischen Situation, diese wiederum aus der für das System potentiell gefährlichen Stellung des Arztes in der Gesellschaft erklären. Er wird nach dem Prinzip des „bestochenen Kleinbürgers" neutralisiert: mit entsprechenden Privilegien ausgestattet, verliert er jegliches Interesse an einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und läßt sich willig zu deren Stabilisator umfunktionieren. Sein „Sozialprestige" ist eines der höchsten, seine Einkünfte, die er aus seinem bislang (noch) unangetasteten, nach vorkapitalistischem Muster strukturierten Praxisbetrieb relativ unkontrolliert herauswirtschaften darf, liegen weit über denen vergleichbarer akademischer Berufsgruppen [64]). Die bevorzugte Stellung schlägt sich im Bewußtsein in Form eines elitä-

[62]) Siehe dazu: Schwesternschülerinnenkollektiv der BG Medizin Ffm.: Kritik der Schwesternausbildung, in: Kritische Medizin 1 (1960), S. 6.

[63]) Um die an Gartenlaube erinnernde Weltsicht vieler Ärzte plastisch vor Augen zu führen, seien die Worte des — in seiner Standespolitik keineswegs so naiven! — Vorsitzenden der Bundesärztekammer Prof. E. Fromm auf einem Festvortrag 1970 vor Standesgenossen zitiert: „Derjenige, der zum Arzt geht, muß sich darauf verlassen können, daß er mit diesem freien Mann, mit diesem Freund — dieses Wort finden wir in Verbindung mit dem Arzt durch die Jahrtausende immer wieder — einen Pakt in einer Intimsphäre schließt, der ihn, diesen kleinen bedrängten Menschen für diese Situation seiner Krankheit, einschließlich einer vermeintlichen Krankheit, abschirmt. Solange, bis er wieder Mut und Kraft hat, in das feindliche Leben hinauszugehen." (Deutsches Ärzteblatt, Heft 21, 23. 5. 1970, S. 1609) Solche Sprache wird verständlich, wenn einer der bekanntesten Frankfurter Chirurgen seinen staunenden Assistenten stolz erklärt, „seit Jahren kein außermedizinisches Buch mehr gelesen zu haben".

[64]) Eine Einkommensuntersuchung bei niedergelassenen Ärzten ergab, daß ungefähr ²/₃ der praktischen Ärzte bei Umsätzen „von 80 000 bis 200 000 DM und 30 % Unkosten zwischen 62 000 und 120 000 DM Reinverdienst im Jahr haben. Vom restlichen Drittel liegen wiederum ²/₃ mit ihren Einkommen um 45 000 DM. Spitzenverdiener mit über 200 000 DM Umsatz sind selten (3 %). Bei Facharztpraxen ist das Einkommen um eine Stufe nach oben verschoben (Deutsches Ärzteblatt, Nr. 38 (1969), S. 2599). Dennoch hielten nach einer Umfrage der KV Westfalen-Lippe nur 20,8 % der Ärzte ihr Einkommen für angemessen, 76,6 % empfanden es als zu niedrig." (zit. nach AK Gesundheitspolitik Heidelberg: Bericht über die Arbeit im SS 70, S. 16)

ren Kastengeistes nieder [65]). Die Naivität des artikulierten Selbstverständnisses entlarvt die objektive Verschleierungsfunktion des formulierten Anspruchs: „Der innere Drang, dem Kranken und Leidenden zu helfen, ist der Grund allen Arzttums und aller Medizin. Dieses Gesetz, nach dem der Arzt angetreten ist, findet sich schon im klassischen Eid des Hippokrates, der auch dem modernen Genfer Gelöbnis des Weltärztebundes zugrunde liegt. Die Aufgabe des Arztes ist Dienst am Krankenbett in dauernder Bereitschaft, Sorgfaltspflicht, Hingabe, Verschwiegenheit, Achtung vor dem Leben" (Hoff) [66]).

Im Krankenhaus wird die Rückbesinnung des Arztes auf die verschütteten emanzipativen Potenzen seiner Tätigkeit blockiert durch eine starre hierachische Organisationsform, die, verglichen mit modernen industriellen Produktionsbetrieben, anachronistisch erscheinen mag, aber dennoch offenbar (zumindest bisher) am rationellsten dem Bedürfnis des Systems entspricht, den jungen Mediziner in seinem Sinne zu sozialisieren und seine Arbeit den Interessen des Kapitals unterzuordnen. Die Stabilität des Systems wird gesichert durch den maximal priviligierten Chefarzt, der, durch unverhältnismäßig hohe Privateinnahmen [67]), relativ unabhängige Stellung und hohes Sozialprestige zum willigen Statthalter des Kapitals geworden, mit soviel Machtfülle in seinem Bereich versehen wird, daß er über ein ausreichendes Instrumentarium der Disziplinierung und Indoktrination der „nachgeordneten" Ärzte verfügt. Innerhalb derartiger Herrschaftsstrukturen entsteht für den jungen Arzt ein ungeheurer Anpassungszwang, dessen Hintergründe zu durchschauen er gewöhnlich nicht in der Lage ist und dem er deshalb unterliegen muß. Diese Erfahrung artikuliert sich gewöhnlich in diffusem Unbehagen, rationalisiert wird sie mittels der Ideologie der Naturwüchsigkeit und damit Unveränderlichkeit der Verhältnisse. Damit aber ist der Arzt zum optimalen Funktionsträger der herrschenden Interessen geworden, sein durch die Erfahrung der Ohnmacht zerbrochenes Selbstbewußtsein wird wieder aufgebaut durch Identifikation mit der Vaterfigur des Chefs oder eines sonstigen älteren, jedenfalls „erfolgreich" integrierten Kollegen, durch die Verinnerlichung der rollenspezifischen Normen, Erwartungen und Haltungen, d. h. die Reproduktion der autoritären Persönlichkeit. Dieser Mechanismus ist einer der zentralen und wirksamsten in der Sicherung der Kontinuität eines ideologisch einheitlichen Ärztestandes. Auch hier wirken — ähnlich wie bei den Schwestern — bei der Heranbildung der rollenspezifischen Persönlichkeit schon in früheren Sozialisationsphasen (Familie, Universität) verinnerlichte gleichlaufende (evtl. sogar identische) Normen potenzierend — die meisten Ärzte haben sogar schon bei Eintritt in das Berufsleben die vermeintlich notwendige Anpassung längst geleistet. Das kann nicht wundern, wenn man weiß, daß 52 Prozent der Medizinstudenten aus Akademikerfamilien (vorwiegend Arztfamilien) stammen. Studenten proletarischer Herkunft dagegen meiden das Medizinstudium: 14 Prozent aller Studenten sind Mediziner, aber nur 5 Prozent der Studenten aus Arbeiterfamilien studieren Medizin [68]). Diese Zahlen lassen die Stabilität ärztlicher Ideo-

---

65) Das „Deutsche Ärzteblatt" über einen Festvortrag Prof. Fromms anläßlich des 20jährigen Bestehens der Ärztekammer Hamburg: „Prof. Fromm unterstrich, daß die ‚Arztfamilie lebt, nicht nur bei uns, sondern auch in fremden Ländern. Wer einmal als einzelner einem ausländischen Arzt begegnet und dann erlebt, wie schlagartig der Ton der Unterhaltung herzlich wird, wenn man sich als Arzt zu erkennen gibt, der wird fühlen, wieviel Wahrheit in dieser Bezeichnung Arztfamilie steckt!" (Deutsches Ärzteblatt, Heft 19, 9. 5. 1970, S. 1463)

66) Zit. nach P. Crell, Ärztliches Denken und Handeln, in: Kritische Medizin, Ffm. 1 (1969), S. 3.

67) „Wenigstens eine Million im Jahr, so kalkulieren vorsichtig Branchenkenner, verdienen Medizin-Päpste wie der Hamburger Internist Heinrich Bartelheimer." (Der Spiegel, Nr. 30 (1969)). Nach Abführung von zehn bis zwanzig Prozent „Chefarztabgabe" verblieb jedem (der 43 Münchener Chefärzte) ein Jahresdurchschnitt von 113 000 Mark — den einige Chirurgen-Stars weit überschritten. Allerdings basierten ihre Angaben auf „Treu und Glauben", nicht auf Steuerbescheiden." (Der Spiegel, Nr. 3 (1970))

68) Die Zahlen entstammen einer Kölner Untersuchung (WS 59/60) und aus R. Dahrendorf, Arbeiterkinder an deutschen Universitäten, zit. nach G. Francke: „Zur sozialen Herkunft der Medizin-Studenten", in: Kritische Medizin, 1, Ffm. (1969), S. 5.

logie für ihre Besitzer erahnen, gleichzeitig belegen sie den oben erwähnten kastenartigen Charakter dieses Berufsstandes.

VI

Seit ca. einem Jahr ist jedoch eine gewisse Unruhe in die bundesdeutschen Krankenanstalten eingezogen, allenthalten ist die Rede von Abbau der Autoritäten, Demokratisierung, klassenlosem Krankenhaus und ähnlichen wohlklingenden Dingen. Aufgeschreckte Chefärzte, besorgt um ihre Pfründe, werden nervös und entlarven sich unfreiwillig als präpotente Faschisten: „Die Assistentenkonferenz ist Anarchie. Solange in der BRD Demokratie ist und nicht Anarchie, bestimme ich in dieser Klinik" (Professor Altmann, millionenschwerer Klinikchef in Frankfurt, zu langjährigen Assistenten, die sich erlaubten, auf einer Assistentenkonferenz Vorschläge zu ihrer Dienstzeitregelung zu erarbeiten [69]), Assistenten mucken auf, um ihre Rechte besser zu wahren, Medizinalassistenten (Bonn, Marburg, Gießen) streiken gegen „Ausbeutung statt Ausbildung" [70]). Gleichzeitig werden in SPD-Kreisen neue Krankenhausmodelle entwickelt und vorangetrieben, die das „kranke Krankenhauswesen" grundlegend zu reformieren vorgeben und durch den erbitterten Widerstand der standes- und gesundheitspolitischen Reaktion aufgewertet zu werden scheinen.

Um diese Vorgänge und ihren Stellenwert zu verstehen, ist es allerdings unerläßlich, die aktuelle ökonomische Situation des Krankenhauses noch einmal näher zu beleuchten:

„Staatssekretär Dr. Manger-König habe noch im Dezember 1969 eine Überbrückungshilfe des Bundes von 600 Millionen Mark für die Krankenhäuser im Bundesgebiet zugesagt. Wie Landrat Moosdorf weiter sagte, habe die Mitteilung der Bundesgesundheitsministerin Käte Strobel, erst von Mitte 1971 an und auch dann zunächst nur in Höhe von sieben Millionen Mark jährlich Schuldendiensthilfe bereitstellen zu wollen, bei den Hessischen Landkreisen, den Trägern der Krankenhäuser, Bestürzung hervorgerufen. Die Defizite der Krankenhäuser im Bundesgebiet betragen gegenwärtig über zwei Milliarden Mark jährlich ... Der Hessische Landkreistag erklärte, daß die Krankenhausversorgung der Bevölkerung gefährdet sei. Es bestehe die Gefahr, daß Krankenhäuser, zumindest aber Abteilungen von Krankenhäusern, geschlossen werden müßten, wenn nicht alsbald durch eine gesetzliche Neuregelung der Krankenhauspflegesätze sowie durch die Bereitstellung ausreichender Investitionsmittel auch seitens des Bundes die Finanzkraft der Krankenhäuser erheblich gestärkt werde" (Frankfurter Rundschau, 4. 3. 1970). Hier zeigt sich, daß die Minimierung der Kosten im Gesundheits-, insbesondere Krankenhauswesen denn doch zu weit getrieben worden ist: die Mangelzustände zeitigen derart katastrophale Auswüchse, daß sie vor der Bevölkerung nicht mehr zu verheimlichen sind. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung, die im Zeichen konjunkturbedingter Rücklagen — sprich Kürzungen der Investitionen auf dem Sozialsektor (s. o.) — steht, sind der Bundesregierung die Hände für die erforderlichen Zuschüsse gebunden, die bestürzten Landes- und Kommunalpolitiker sehen sich gezwungen, andere Finanzierungsquellen zu erkunden. Dabei bleiben praktisch nur noch zwei Möglichkeiten: Kürzung der Gehälter und Durchrationalisierung des Krankenhauses sowie der Forschung unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit [71]).

---

69) Vgl.: Offener Brief der „Basisgruppe Medizin" an den OB von Frankfurt, Walter Möller; in: Kritische Medizin, 3 (1970), S. 5.
70) H. Mausbach, Nachrichten von Assistentenstreiks, in: Kritische Medizin, 1 (1970), S. 17.
71) Die folgenden Ausführungen über die Hintergründe der technokratischen Krankenhausreform stützen sich weitgehend auf eine von der BG Medizin Tübingen erarbeitete Analyse (s.: Gesundheitswesen in der BRD; Reformstrategien der Bourgeoisie „Hamm-Plan", S. R 1).

Kürzung der Gehälter ist praktisch nur bei den Chefärzten möglich — alle anderen der im Krankenhaus Tätigen verdienen ohnehin so wenig, daß Einsparungen auf ihre Kosten eine echte Revolte hervorriefe. Die Klinikfürsten dagegen bieten sich zum Schröpfen förmlich an: einerseits benutzen sie zur Behandlung ihrer Privatpatienten teure Krankenhauseinrichtungen und qualifiziertes Personal [72]), das aus Steuergeldern bezahlt wird, andererseits streichen sie ungeniert die ihnen daraus erwachsenden Mammutverdienste ein. Es handelt sich um Summen, die sehr wohl große Löcher in die Kassen der Landesregierungen reißen.

Eine weitere Durchrationalisierung des Krankenhauses läßt sich nur auf Kosten der Machtbefugnisse der Chefärzte ermöglichen. Nur allzuoft steht die streng hierarchisch-autoritäre Struktur rationelleren und ökonomischeren Verfahrensweisen entgegen: „Bei einem Versuch jedoch konnten die Ärzte die Transplantation vorbereiten: Die Verwandten des Unfallopfers hatten eingewilligt, die Immunologen ein günstiges Gutachten geliefert. Das Operationsteam stand bereit. Dennoch unterblieb der Eingriff auch diesmal. Der Leiter der Transplantationstruppe — Klinikdirektor und Urologie-Professor Herbert Klosterhalfen — war in den Urlaub nach Marokko gereist; als ihn dort der amtierende Hamburger Team-Chef telefonisch um die Genehmigung für die bevorstehende Transplantation bat, wurde er abschlägig beschieden. Er bestehe darauf, so ließ Klosterhalfen wissen, die erste Nierenverpflanzung in seiner Klinik selbst zu leiten" (Spiegel, 30/1969). Obgleich die autoritäre Struktur des Krankenhauses — wie oben gezeigt — von seiner Funktion her durchaus der Logik des Systems entspricht und eben nicht nur etwa eine skurrile Insel mittelalterlich anmutender Feudalstrukturen inmitten einer modernen Industriegesellschaft ist, kann sie gegenwärtig aus finanziellen Erwägungen heraus in dieser Form nicht mehr aufrecht erhalten werden: von hierher bekommt die Forderung nach „Abbau der Autoritäten" erst ihren eigentlichen Sinn.

Pfiffige Politiker, die diesen Weg als einzig noch gangbaren erkannt haben, benutzen nun den vorgegebenen, mehr oder minder offenen Widerspruch zwischen Chefärzten und Assistenten, um ihre Ziele zu verwirklichen. Letztere haben natürlich ein Interesse daran, gegen die hohen Nebenverdienste der Chefärzte ins Feld zu ziehen, außerdem sind sie die einzigen, von denen eine Rationalisierung des Krankenhausbetriebes erwartet werden kann. Da sie überdies in ihrer Gesamtheit ein viel größeres wissenschaftliches Potential darstellen als die Professoren zusammengenommen, könnte möglicherweise von der Stärkung ihrer Position auch eine belebende Wirkung auf die durch autoritäre Züge weitgehend gelähmte medizinische Forschung [73]) ausgehen. Es ist also nicht verwunderlich, daß gerade die Hochburgen der SPD es schnell verstanden haben, diesen Widerspruch für sich auszunutzen. Es erscheint auch nicht ganz zufällig, daß die ersten konkreten Angriffe auf die Chefärzte aus Hamburg kurz nach dem Wahlsieg der SPD auf Bundesebene erfolgten [74]). Die CDU — borniert auf dem ideologischen Standpunkt der Adenauer-Ära eingefroren — erwies sich als unfähig, den

---

72) Der Verfasser arbeitete als MA an einem großen Frankfurter Krankenhaus, 4 Monate auf der Privatstation der Internen Klinik. Obgleich die Station nur die Hälfte der Betten der großen Allgemeinstation enthielt, war sie mit der gleichen Anzahl Schwestern besetzt wie die großen Stationen. Die ärztliche Versorgung lag in den Händen des Chefarztes. Ihm zur Seite standen ein erfahrener Facharzt sowie ein MA, deren Aufgabenbereich sich einzig auf die Privatstation erstreckte. Die doppelt so große Allgemeinstation wurde geleitet von einem im 2. Facharztausbildungsjahr stehenden Assistenten, dem nur ein MA zur Seite stand.

73) „Unter kläglichen Arbeitsbedingungen leiden vor allem jene Wissenschaftler, deren Forschungen in die etablierten Lehrstuhlfächer nur schwer einzuordnen sind. Die Mittel für ihre Untersuchungen werden diesen Forschern überwiegend von Fachordinarien zugeteilt — oft nach Maßgabe des persönlichen Interesses, das der Lehrstuhlinhaber für die Arbeiten jeweils aufbringt. Mangelnde Bereitschaft zur Kooperation kennzeichnet aber auch das Verhältnis der Ordinarien zueinander. Die auf Ärztekongressen gern beschworene Einheit der Medizin erweist sich, jedenfalls im Bereich der Hochschulmedizin, als bare Fiktion. (Der Spiegel, Nr. 88 (1969).) Vgl. auch P. Klärner, Lähmt akademischer Spätfeudalismus die medizinische Forschung? Vortrag im Südfunk II, 23. 3. 1968,

74) Vgl. Frankfurter Rundschau, 7. 10. 1969.

Widerspruch und seine Konsequenzen zu erkennen. Die SPD beweist gegenwärtig, daß sie dem Interesse des Kapitals, die Kosten für das Gesundheitswesen niedrig zu halten, besser gerecht werden kann. Dabei bedient sie sich, um die notwendigen Reformen in Gang zu bringen, der vorantreibenden Kraft der Assistenten, die — stärkt man ihnen wirksam den Rücken — relativ leicht entfesselt werden kann. Exemplarisch wurde diese Taktik von der SPD in München bei dem Kampf um die Durchsetzung des sog. Hammplanes (benannt nach Erich Hamm, Münchner Krankenhausreferent) vorexerziert. In diesem Plan wurde eine den neuen Erfordernissen gemäße technokratische Lösung vorgeschlagen: a) Aufteilung der Privateinnahmen der Chefärzte (zunächst) nach dem Schlüssel 50 Prozent für ärztliche Mitarbeiter, 30 Prozent für die Chefs, 20 Prozent für die Stadt (Chefärzte von der Zuschauertribüne im Münchner Rathaus: „Schweinerei", „kommunistische Methoden"), also Stärkung der finanziellen Situation der Assistenten und des Krankenhausträgers auf Kosten der Klinikfürsten, denen man als Trostpflästerchen eine Verdoppelung ihrer Gehälter in Aussicht stellte. b) Neustrukturierung der Kliniken in kleinere Spezialabteilungen („Departments") mit 60 bis 100 Betten, von denen nicht mehr als 10 Prozent mit Privatpatienten belegt werden dürfen (man befürchtet, daß die Chefärzte ohne derartige Auflage die Verluste durch Ausdehnung ihrer Privatpraxis zu kompensieren suchen [75]). Diese Maßnahme verspricht effektive Durchrationalisierung des Krankenhausbetriebes, gleichzeitig aber auch eine Stärkung der Assistenten auf organisatorischer Ebene. Deren Aufwertung kommt auch das Mitbestimmungsrecht in der Krankenhauskonferenz entgegen, durch ihre Mitwirkung verspricht man sich, schneller gewisse gesundheitspolitische Ziele durchsetzen zu können. c) Aufhebung des bisherigen Dreiklassensystems, statt dessen soll es nur noch Allgemein- und Privatpatienten geben [76]), was aber keineswegs bedeutet, daß München ein klassenloses Krankenhaus einführen will, würde doch dadurch „die Leistungsbreite der Krankenhäuser unnötig eingeschränkt" (Oberverwaltungsrat Becher). Sondern man wird künftig zwischen Allgemein- und Privatpatienten unterscheiden, die zwar auf gemeinsamen Stationen liegen, die Privaten jedoch in Zimmern mit WC und Bad untergebracht werden sollen und vom Chefarzt behandelt werden, während die Therapie der Allgemeinpatienten wie eh und je bei den Stationsärzten liegt [77]). Von der Maßnahme der Zusammenlegung der Patienten erhofft man sich, den „unberechtigten Vorurteilen" schlechterer Behandlung der Allgemeinpatienten überzeugender entgegentreten zu können [78]).

Der Hammplan, im Dezember 1969 dem Münchner Stadtrat vorgelegt, mobilisierte natürlich prompt die mächtige Lobby der Chefärzte, die mit allen Mitteln insbesondere die Umverteilung „ihrer" Privateinnahmen zu verhindern suchten. Bei dem Gerangel um Kompromisse bewährte sich die Taktik der Mobilisierung der Assistenten. Sie unterstützten den Hammplan, indem sie 1) an der Universitätskinderklinik das Poolsystem durchsetzten, 2) das Einkommensgefälle zwischen den Direktoren und ihnen anprangerten und 3) durch öffentliche Auseinandersetzungen mit den Chefärzten (Maurer-Jacobi) deren Ansehen herabsetzten. Nicht zuletzt diesen Aktivitäten war es zu verdanken, daß die Frankfurter Rundschau am 7. 5. 1970 melden konnte: „Dr. Hamms Vorschläge für bessere Krankenhäuser, die noch durch die SPD-Fraktion des Münchner Stadtrats ergänzt und abgeändert wurden, stießen anfänglich auf starke Ablehnung."

---

75) v. Uexküll in Med. Klin., 64 (1969), 35, S. 1568: „. . . ist es völlig abwegig, wenn manche Krankenhausträger . . . die Abgaben der Chefärzte Städtischer oder Kommunaler Krankenhäuser erhöhen wollen. Damit zwingt man die Chefärzte nur, ihre Privatpraxis noch weiter auszudehnen."
76) Süddeutsche Zeitung, 2. 5. 1970.
77) BG Medizin Tübingen, l.c., S. R 3.
78) Süddeutsche Zeitung, 2. 5. 1970.

Nach diesen Ausführungen erübrigt es sich, den Stellenwert derartiger Reformen noch detailliert zu analysieren — ihrem Selbstverständnis nach dienen sie dazu, das verrottete Gesundheitswesen wieder an die Erfordernisse der „modernen Industriegesellschaft" anzupassen, ihrer objektiven Funktion nach, die an allen Ecken und Enden hervorbrechenden Widersprüche technokratisch in den Griff zu bekommen und damit zu verschleiern. Bezeichnend ist bei diesen Diskussionen, daß der Patient, der — sollte man meinen — doch eigentlich die zentrale Figur im Krankenhaus darstellt, praktisch völlig unerwähnt bleibt (paradoxerweise jedoch gelegentlich von konservativer Seite ins Feld geführt wird, so wenn Professor Sewering die ihm zu weitgehende Aufteilung der Chefarzt-fürstentümer mit dem, angesichts der bestehenden Verhältnisse grotesken, Hinweis abzubiegen sucht, der Kranke dürfe „als psychosomatische Einheit keinen Schaden erleiden" [79])). Auch vom Pflegepersonal und dessen obsoleter Situation ist natürlich nicht die Rede, kann man ihm doch — zumindest bisher — noch nicht so recht eine relevante Rolle in der Verschleierungsstrategie zuweisen.

Das einzige Modell, das zumindest dem Anspruch nach weiter gehen will und tatsächlich mit lautem Pathos behauptet: „Im Mittelpunkt allen Geschehens steht der Patient", ist das von dem ehrgeizigen Hanauer Landrat Woythal geplante „klassenlose Krankenhaus" [80]). Die zu diesem Projekt von Woythal verfaßte Schrift erweist sich jedoch bei näherem Hinsehen als ein Sammelsurium gesellschaftspolitischer Plattheiten, seine moralisierenden Ansprüche entlarven sich als schillernde Seifenblasen, die den Mangel an progressiver Substanz verdecken sollen [81]). Im Endeffekt laufen seine Vorstellungen mehr oder minder auf die des Hammplanes und anderer derartiger Projekte hinaus (nur daß sie von Woythal noch nicht so konkret ausformuliert sind [82])). Dafür aber versteht er es, als erfolgreicher Karrierepolitiker dem Trend der Zeit voll angepaßt, sein aufgeblähtes Minikonzept landaus, landein als revolutionäre Großtat anzupreisen. Daß allerdings die technokratischen Elemente seines Projekts — da ja einzig den Erfordernissen des Systems entsprungen und dessen immanenter Rationalität verpflichtet — tatsächlich auch verwirklicht werden, begleitet vom Gewinsel der historisch überfällig gewordenen Chefärzte, ist angesichts dessen, was oben über die Situation der Krankenhausfinanzierung gesagt wurde und durch die Entwicklung des Hammplanes gezeigt wird, nur eine Frage der Zeit und mehr oder weniger unbedeutender Kompromisse.

Wenn in den obigen Ausführungen über die Funktion der hierarchischen Struktur des Krankenhauses deren bisherige Bedeutung für die Sozialisierung und Reproduktion der autoritären Arztpersönlichkeit herausgestellt wurde, so lassen sich dennoch wohl kaum allzugroße Erwartungen an evtl. durch den technokratischen Hierarchieabbau frei werdende emanzipatorische Potenzen knüpfen. Denn abgesehen davon, daß auch die neuen Organisationsmodelle für den Einzelnen noch in ausreichendem Maße repressiven Charakter entfalten werden (Restautoritäten, Konkurrenzprinzip etc.), ist, wie bereits früher angedeutet, schon bei Berufsantritt die Masse der Ärzte voll in die vorgesehene Rolle integriert,

79) euromed 9, 10. Jg., Mai 1970, S. 732. Vollends entlarvt sich jedoch die Inhumanität einer ganzen Standesauffassung in den Worten von Prof. Bock, Direktor der Med. Univ. Klinik Tübingen, bei der Eröffnungsrede der diesjährigen Therapiewoche in Karlsruhe: „Ich halte es für eine Schaufensterdemokratie, wenn man meint, auf Privatpatienten verzichten oder sie auf Allgemeinstationen unterbringen zu müssen." In der „empfindsamsten Zeit der Krankheit" solle der Patient das Recht haben, seinem Niveau und Stil entsprechend „gesunden oder sterben" zu können, wenn er im übrigen bereit sei, die dadurch verursachten Mehrkosten mitzutragen. (Tagesspiegel, 1. 9. 1970)

80) M. Woythal, Diskussionsbeitrag zum „Klassenlosen Krankenhaus" (Privatdruck, August 1968).

81) Vgl. M. Regus, Kritik des „Klassenlosen Krankenhauses", in: Kritische Medizin, 1 (1970), S. 1.

82) Als konkrete Merkmale des Projekts werden angegeben: 1) Aufhebung der Einteilung in Pflegeklassen, 2) Aufhebung des anachronistischen Chefarztsystems, 3) Liquidation der Privatpatienten durch den Krankenhausträger, 4) Ausdehnung des politischen Bereichs, 5) variable Besuchszeiten durch Einteilung in 2-Bett-Zimmer (vgl. M. Woythal l.c., S. 16).

teils durch Herkunft, teils durch Universität [83]). Die gerade zur gleichen Zeit wie die Krankenhausreformen durchgepaukte ebenfalls technokratische, jedoch verschärfte repressive neue Approbationsordnung bekommt unter dieser Bezugnahme einen bezeichnenden neuen Aspekt [84]). Illusionen über die „Befreiung der Assistenten" müßten sich aber spätestens nach dem Hinweis verflüchtigen, daß diese ja einzig auf der Ebene ständischer Interessen erfolgt und somit eher zur Verfestigung des kleinbürgerlichen Bewußtseins beitragen dürfte, das prinzipiell darauf bedacht sein wird, seine im Verhältnis zu den unterprivilegierten Schichten im Krankenhaus (Pflegepersonal, Kassenpatienten) bevorzugte Stellung zu verteidigen und in diesen Bereichen ausbrechende Konflikte im Interesse einer stabilen eigenen Position zu unterdrücken.

VII

Bei der Beurteilung von Reformansätzen ist es erforderlich, stets deren ambivalenten Charakter im Auge zu behalten. Die Analyse der gegenwärtig vorangetriebenen Reformen im Bereich des Krankenhauses macht diese Problematik deutlich. Bestenfalls einer technischen Scheinrationalität der Industriegesellschaft angepaßt und nicht der Rationalität echter Alternative verpflichtet, verwandeln sich diese Ansätze flugs in tatsächliche Hilfeleistung für bestehende Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, indem sie auftretende Konflikte institutionell regeln und verschleiern. Dennoch wäre es zweifellos ein verkürzter Denkansatz, alle Reformbestrebungen als sinnlos, weil systemimmanent, abzuqualifizieren. Im emanzipatorischen Sinne konzipierte Reformen müssen Elemente enthalten, die über den Abbau der Funktionshemmungen des bestehenden Systems hinaus im Keim systemüberwindend wirken, indem sie geeignet sind, Aufklärungsprozesse zu initiieren und erlebte „Basiskonflikte" (am Arbeitsplatz, in der Familie etc) als im System begründete und nicht nur als individuelles „Schicksal" begreifbar zu machen. Nur in diesem Sinn rechtfertigt sich Reform — in jedem einzelnen Fall muß genau geprüft werden, inwieweit sie diesem Anspruch genügt.

Daß die bisher vorgelegten Pläne und Modelle zur „Sanierung des Krankenhauses" nicht im entferntesten diesem Anspruch genügen können, liegt auf der Hand. Sollten sie den genannten Kriterien gerecht werden, müßten sie derartig umstrukturiert und erweitert werden, daß sie sich qualitativ verändern würden im Sinne einer Institution, die selbständig die angeführte Emanzipation weiterzutreiben imstande ist. Nach dem, was zu Beginn über den Zusammenhang zwischen Krankenhaus und Krankheitsbegriff sowie über den repressiven Charakter des letzteren in seiner gängigen Version gesagt wurde, erscheint es zweckmäßig, wirkliche Alternativmodelle im Krankenhauswesen aus einem Begriff von Krankheit zu entwickeln, der nicht als Instrument zur Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse mißbraucht werden kann, sondern auf deren Überwindung zielt. Ein solcher Begriff müßte sich auch relativ leicht der Masse der Menschen an der Basis vermitteln lassen, beinhaltet er doch einzig ihre objektiven Interessen. Er würde Krankheit etwa definieren als überflüssige und prinzipiell überwindbare Beeinträchtigung der maximalen Entfaltungsmöglichkeit des Menschen, sei sie nun somatischer, psychischer oder sozialer Genese. Heilung bestünde dann in der Aufhebung dieser Beeinträchtigung, in der Herstellung von „Gesundheit als etwas, das genossen, nicht verbraucht werden soll" (Bloch) [85]). Solcher Ansatz müßte dann zwangsläufig von dem Versuch ausgehen, die verschütteten emanzi-

[83]) Vgl. dazu H. Wagner, Zum einführenden Verständnis der Motive und Hintergründe studentischer Politisierungsprozesse; in: Kritische Medizin, 2 (1970), S. 1.
[84]) Vgl. Thesen zur AO, in: Der Medizinstudent, 8/9 (1969) 5, S. 13.
[85]) E. Bloch, Das Prinzip Hoffnung. Bd. 2. Berlin (1955), S. 32.

patorischen Potenzen der Medizin freizumachen, die darin bestehen, daß in dem Augenblick, da sich gesellschaftliche Widersprüche in nicht mehr kompensierbaren körperlichen oder psychischen Störungen manifestieren, eine spezifische Chance erwächst, jene dem entfremdeten Bewußtsein des Patienten zu vermitteln und den Scheincharakter der bisher geübten Konfliktlösungen wie Resignation, Evasion [86]) oder Konformismus zu entlarven.

Diese Zielsetzung muß dem Anspruch der im Krankenhaus geleisteten Arbeit zugrunde liegen. Es ist notwendig, zu diskutieren, ob und wie unter den gegebenen Bedingungen institutionelle Voraussetzungen dafür, daß dieser Anspruch eventuell zur objektiven Funktion wird, konzipiert und durchgesetzt werden können.

Staatliche Parteifinanzierung als Integrationsmittel

Das Exempel SPD

Von Kurt Schacht

I

Die eingehende Diskussion über innerparteiliche Demokratie in der SPD hat bisher eigenartigerweise den Kontext zwischen öffentlicher Parteifinanzierung und der Tendenz zur Verfestigung der oligarchischen Parteistruktur übersehen. Dies erscheint um so erstaunlicher, als in der einschlägigen Literatur, in gesellschaftskritischen Kreisen und in der SPD selbst schon relativ frühzeitig auf die Gefahren öffentlicher Parteifinanzierung für die Demokratie im allgemeinen und für die Parteidemokratie der SPD im besonderen aufmerksam gemacht wurde. Schon bei Ulrich Dübber konnte man nachlesen, „daß jede Art von staatlicher Finanzierung nicht ohne Folgen auf die innere Struktur der Parteien" bleiben könne [1]) und daß „Machtkonzentration, Stärkung und Aufblähung der Parteibürokratie, größere Unabhängigkeit der besoldeten Funktionäre und Delegiertenversammlungen von den Mitgliedern" die unausbleiblichen Nebenwirkungen sein würden [2]), die besonders „Parteien mit breiten demokratischen Fundamenten wie etwa die Sozialdemokratie, die einen großen Mitgliederanteil aufweist, der zu einem finanziellen Engagement bereit ist", zu spüren bekommen müßten [3]). Und ähnlich befürchtete auch Ulrich Lohmar, daß der Arbeitseinsatz für die Parteien „wegen der in Gang gekommenen Finanzierung der politischen Parteien aus öffentlichen Mitteln" an Umfang und Bedeutung verlieren

[86]) Als „Evasion" bezeichnen Andrieux und Lignon den Versuch von Gruppen der Arbeiterschaft, ihrem kollektiven Schicksal individuell zu entkommen. (A. Andrieux, J. Lignon, L'Ouvrier d'aujourd'hui. Paris (1960) S. 106 ff.)
[1]) Ulrich Dübber, Parteifinanzierung in Deutschland, Köln 1962, S. 80.
[2]) Ebenda, S. 80.
[3]) Ebenda, S. 81.

werde [4]). Dem ehemaligen hessischen SPD-Ministerpräsidenten Zinn schließlich schien für eine Partei, „die von mächtigen Gruppen oder vom Staat abhängig ist", die Gefahr gegeben, „daß ihre Führung mit fremden Mitteln eine direktorale Herrschaft über ihre Mitglieder ausübt" [5]).

Anfänglich leistete der SPD-Vorstand auf der gleichen Argumentationsebene Widerstand gegen die staatliche Parteifinanzierung. Der sozialdemokratische Schatzmeister Nau ließ wissen, daß eine Partei „nur dann wirklich unabhängig wirken kann, wenn ihre Mittel weitgehend durch Beiträge der Mitglieder aufgebracht werden" [6]). Wenn aber ein Großteil der Parteiausgaben aus öffentlichen Mitteln gedeckt werde, so sei zu fragen, „wie die Parteien ihre daraus entstehende Abhängigkeit in Einklang bringen wollen mit der Tatsache, daß sie Hilfsorgane der Verfassung sind und damit unabhängig zu sein haben" [7]). Mit gutem Grund befürchtete auch Nau, daß „das Interesse des Wählers, aktiv in den Parteien zu arbeiten", in dem Umfange abnimmt, „wie die Parteien sich bemühen, sich überwiegend von der öffentlichen Hand finanzieren zu lassen" [8]). Er hätte ebensogut hinzufügen können, daß umgekehrt das Interesse der Parteiführung an aktiven Parteimitgliedern in dem Maße abnehmen muß, wie sie (die Führung) von ihnen materiell unabhängig wird. Heute wird man sich in der SPD-Spitze wahrscheinlich nicht mehr gern daran erinnern, daß ihr Schatzmeister die allgemeinen Folgen der öffentlichen Parteifinanzierung wie folgt kennzeichnete: „Die Erfolgreichen werden reicher ohne Rücksicht darauf, was sie gerade politisch vertreten; der politische Status quo wird zementiert" [9]).

Wurde auf der einen Seite „dank der Kombination aus sozialökonomischer Restauration in der Bundesrepublik, bestimmten sozialen Entwicklungstendenzen und verfassungswidrigen Interventionen von Regierung und Parlament ... die innerparteiliche Demokratie radikal ausgeschaltet" [10]), so stabilisiert die Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie auf der anderen Seite als Reflex die Ergebnisse der sozialökonomischen Restauration. Überdies führt die öffentliche Parteifinanzierung dazu, daß „die Absicherung des bestehenden Parteien-Oligopols gegen die Neugründung politischer Parteien und damit gegen echte Konkurrenz über die Schranke der 5-Prozent-Klausel des Wahlgesetzes hinaus noch wesentlich verstärkt" wird [11]).

Als Befürchtung tritt mithin in den Vordergrund, daß die staatliche Parteifinanzierung die ohnedies kräftig wirkenden Tendenzen zur Entmündigung und Entpolitisierung der Parteimitglieder verstärkt, zur Konservierung bestehender Herrschafts- und Machtverhältnisse beiträgt und jenen Zustand stabilisieren hilft, den Klaus Schütz vor vielen Jahren mit dem Satz kennzeichnete: „Die politische Willensbildung in der SPD vollzieht sich von oben nach unten" [12]). Insofern wirkt die öffentliche Parteifinanzierung als zusätzlicher Integrationsfaktor auf die SPD; als Faktor, der allerdings in den richtigen Proportionen gesehen werden muß.

---

4) Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963, S. 52.
5) Rede G. A. Zinns auf einer Konferenz sozialdemokratischer Parlamentarier aus Bund, Ländern und Gemeinden in Wiesbaden, zitiert nach „Frankfurter Rundschau" vom 10. Mai 1965.
6) Alfred Nau, Die Parteien im demokratischen Staat, Rede auf dem SPD-Bundesparteitag der SPD 1964 in Karlsruhe, zitiert nach „Tatsachen — Argumente", herausgegeben vom Parteivorstand der SPD, Dezember 1964.
7) Ebenda.
8) Ebenda.
9) Ebenda.
10) Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin 1967, S. 316/17.
11) Ebenda, S. 315. Übrigens bietet das System öffentlicher Parteifinanzierung viele Möglichkeiten der Manipulation. Während man beispielsweise der linksgerichteten „Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) unter formalen Vorwänden die Auszahlung der ihr zustehenden öffentlichen Zuwendungen verweigerte oder hinauszögerte, überwies man der neonazistischen NPD bedenkenlos ihren Quotenanteil. Allein im Jahre 1968 durfte die neonazistische NPD vom Staat 1,65 Millionen Mark kassieren. Damit deckte sie 50 Prozent ihrer offiziell ausgewiesenen Ausgaben.
12) Klaus Schütz, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 244.

Denn die tiefere Ursache dafür, daß in der SPD die innerparteiliche Demokratie weitgehend beeinträchtigt ist und die Tendenz zur Verselbständigung des Führungsapparates sich immer wieder reproduziert, liegt primär weder in der öffentlichen Parteifinanzierung noch in irgendeinem Gesetz der Oligarchisierung jeder Organisation [13]), sondern in dem Widerspruch zwischen systemkonformer Politik der Parteiführung und den objektiven und subjektiven Interessen der Mitgliedschaft. In der SPD als einer Partei mit starkem Arbeiteranhang dominiert zwar die systemkonforme Richtung, aktiviert wird aber auch ständig das soziale Interesse der Mitglieder aus der arbeitenden Bevölkerung. Aus der Abwehrstellung gegenüber jenem Teil der Mitglieder, der sich seiner sozialen und politischen Lage bewußt wird und sich für seine Interessen einzusetzen beginnt, erfolgen organisatorische Maßnahmen, die den Meinungsfluß von unten nach oben ebensosehr erschweren wie von oben nach unten begünstigen sollen. Dabei findet die Parteiführung in dem Hang des Parteiapparats „zur Berechenbarkeit und zum Gleichmaß des Geschehens in der Parteiorganisation" [14]) eine wichtige Stütze für die organisatorische Umsetzung ihres politischen Willens. Der engere Parteiapparat ist um so eher bereit, die selbständige und schöpferische Initiative von unten abzuwehren und den Auftrag „von oben" zu erfüllen, als er seiner objektiven Lage nach zur gesellschaftlichen Anpassung und zum opportunistischen Verhalten neigt.

Nun stärkt die öffentliche Parteifinanzierung gerade dies „eigentliche konservative Element" [15]) in der SPD, macht es noch unabhängiger von der Parteimitgliedschaft und bindet es noch fester an den spätkapitalistischen Herrschaftsapparat. In welchem Maß die Finanzierung aus staatlichen Mitteln die Verselbständigungstendenz der Parteibürokratie fördert, bezeugt die Entwicklung der Finanzstruktur des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Sie soll nachstehend hauptsächlich Gegenstand der Analyse sein.

II

Seit 1960 weist der Finanzbericht des SPD-Vorstandes zum ersten Male den Posten „Sondermittel für politische Bildungsarbeit" [16]) aus. Schon zwei Jahre später übersteigt der Anteil der staatlichen Zuschüsse an den Gesamteinnahmen den Anteil der Eigenfinanzierung aus Parteibeiträgen und Spenden. Mit 77,5 Prozent erreichte die Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen im Jahre 1968 einen vorläufigen Höhepunkt. Nur in den Wahljahren verschiebt sich das Bild ein wenig zugunsten der Eigenfinanzierung dank eines erhöhten Spendenaufkommens (siehe Tabelle 1).

Dringt man etwas tiefer in den Zahlenspiegel ein, so kommt man zu verblüffenden Resultaten, die in alarmierender Weise die Tendenz zur Staatsabhängigkeit verifizieren. Allein im Jahre 1969 erhielt der SPD-Vorstand über 18 Millionen öffentlicher Mittel. Das ist ein fast zehnmal höherer Betrag als die Gesamteinnahmen des Vorstandes im Jahre 1949. Oder: In den acht Jahren von 1949 bis 1956 nahm er nur wenig mehr ein als 1969 allein aus Staatsgeldern. Ein anderer Vergleich ist noch eindrucksvoller. Die dem Parteivorstand von 1960 bis

---

13) Das Gesetz von der Oligarchisierung der Organisation wurde bereits Anfang des Jahrhunderts am Beispiel der SPD von R. Michels ausführlich begründet.
14) Ulrich Lohmar, a.a.O., S. 59.
15) Ebenda, S. 59.
16) Die öffentlichen Zuwendungen an die Bundestagsparteien liefen erst unter dem Titel „Sondermittel für politische Bildugnsarbeit". Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Praxis der unterschiedslosen Verwendung der öffentlichen Mittel für Parteizwecke für verfassungswidrig erklärte, verfielen CDU/CSU und FDP auf den Ausweg, die staatlichen Zuschüsse als „Ersatz" für entstehende Wahlkosten zu deklarieren. Indem die Parteien jedoch in gewisser Höhe vor den Wahljahren „Abschlagszahlungen" beanspruchen können, ist kaum eine Unterscheidung zu treffen, ob diese Mittel für Wahlzwecke oder allgemeine Parteiarbeit verwendet werden.

1969 zugeflossenen öffentlichen Mittel in Höhe von rund 100 Millionen DM entsprechen fast haargenau seinen Gesamteinnahmen von 1949 bis 1969 aus Beiträgen der Bezirke, Sonderbeiträgen, Spenden, Fraktionsbeiträgen und sonstigen Einnahmen.

Die finanzielle Verselbständigungstendenz wird noch plastischer, wenn man die rückläufige Entwicklung des Einnahmeanteils aus den Beiträgen der Bezirke gesondert aufführt. Da der finanzielle Strang des Parteivorstandes zur Basis der Partei vor allem über die Beiträge der Bezirke und die Werbebeiträge verläuft, sind diese Leistungen noch weit mehr ein Gradmesser der Abhängigkeit der Führung von der Mitgliedschaft als alle anderen Pauschalsummen. Die Analyse dieser Seite der Finanzstruktur ergibt nun, daß der Anteil der Beiträge der Bezirke von tendenziell über 60 Prozent auf tendenziell unter 20 Prozent (siehe Tabelle 2) und der Anteil der Einnahmen aus Werbebeiträgen von tendenziell über 20 Prozent auf tendenziell unter fünf Prozent gesunken ist (siehe Tabelle 3). Zwar ist die Bewegung der Werbebeiträge insofern verzerrt, als der Spendenanteil in Wahlkampfzeiten seit der Gewährung öffentlicher Mittel relativ hoch ausfällt, aber die vordem kontinuierlich fließenden Einnahmen aus Werbebeiträgen auf hohem Niveau reflektierten doch zu einem großen Teil das Interesse der Mitglieder, das Bewußtsein, daß die Existenz der Partei von ihnen abhängt.

Mit den öffentlichen „Erstattungsbeträgen nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes" erschöpft sich aber noch keinesfalls die staatliche Finanzierung der SPD-Führungsarbeit. Um das ganze Ausmaß der materiellen Verselbständigung von der Mitgliedschaft zu verdeutlichen, muß man mindestens noch vier Methoden der Mittelbeschaffung aus öffentlichen Quellen durchleuchten:

1) Der gesamte zentrale Bildungsapparat der SPD ist aus der direkten Parteiverantwortung herausgenommen und in sogenannte „unabhängige Bildungsgesellschaften" verwandelt worden. Dies hat für die Parteiführung einen doppelten Vorteil: erstens erhält sie für diese scheinbar parteineutrale Bildungsarbeit hohe staatliche Subventionen, und zweitens entzieht sie damit die Bildungsarbeit der Parteikontrolle. Von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die die Funktion einer Bildungseinrichtung der SPD wahrnimmt, heißt es, daß sie im vorigen Jahr (1969) aus dem Bundeshaushalt 3,888 Millionen Mark erhalten habe [17]). Auf regionaler Ebene unterhält die SPD ebenfalls „unabhängige" Bildungsgesellschaften. Es ist nicht abwegig, die Bildungseinrichtungen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter den staatsmonopolistischen Manipulationsapparat zu subsumieren, denn sie pflegen nicht nur mit besonderer Sorgfalt die Verbreitung antikommunistischer Vorurteile und Emotionen, sondern ebenso die breitgefächerte, subtile Integrationsideologie. Berücksichtigt man die Zuwendungen öffentlicher Mittel an die zentralen Bildungseinrichtungen der SPD, so muß man die staatliche Finanzierung der SPD-Führungsarbeit um durchschnittlich 10 Prozent höher veranschlagen als in der Tabelle 1.

2) Eine weitere Quelle öffentlicher Parteisubventionierung versteckt sich im Anzeigenteil der zentralen Parteiorgane. Die alle zwei Jahre erscheinenden Jahrbücher der SPD enthalten in ihren umfangreichen Anzeigenteilen in der Regel über 60 Prozent Inserate von öffentlichen Körperschaften einschließlich einiger Bundesländer, das Jahrbuch 1968/69 zum Beispiel mindestens 122 von 192 Anzeigen-Seiten. Das gleiche gilt für das SPD-Zentralorgan „Vorwärts". Es mögen einige hunderttausend Mark sein, die auf diese Weise aus öffentlichen Quellen der SPD-Führung zufließen.

---

[17]) „Süddeutsche Zeitung" vom 5. 3. 1970.

3) Als indirekte öffentliche Parteifinanzierung können auch die an den SPD-Vorstand abgeführten Fraktionsbeiträge betrachtet werden. Aufwandsentschädigungen, Diäten, Vergütungen der Bundestagsabgeordneten sind so reichlich bemessen, daß sie die Abgaben an die Parteikassen quasi schon mit berücksichtigen. Den Anteil der Fraktionsbeiträge an den Gesamteinnahmen des SPD-Vorstandes veranschaulicht Tabelle 4.

4) Eine besondere Art der indirekten Parteifinanzierung aus öffentlichen Mitteln bildet die Inanspruchnahme der Werbeetats der Bundesregierung und der Fachressorts. Der jahrelange Kampf der SPD gegen die Verwendung von Regierungsfonds für die Parteipropaganda der CDU/CSU hindert sie als Regierungspartei nicht im mindesten daran, nun ihrerseits kräftig aus den Fonds für die Verbreitung sozialdemokratischer Führungspolitik zu schöpfen. Jetzt ist es die CDU/CSU, die sich süffisant über den „Mißbrauch" staatlicher Mittel durch die SPD beklagt.

Rechnet man nun zur direkten öffentlichen Parteifinanzierung die indirekten Subventionen für die zentralen Bildungseinrichtungen und über die Fraktionsbeiträge hinzu, so kommt man zum Ergebnis, daß der Anteil der Einnahmen des SPD-Vorstandes aus Leistungen der Parteimitgliedschaft im Durchschnitt allenfalls 10 bis 15 Prozent beträgt. In seinem Gesamtetat nehmen die Beiträge aus der Mitgliedschaft kaum mehr als symbolischen Wert ein.

III

Die Mittel, die den SPD-Vorstand aus der materiellen Abhängigkeit von der Mitgliedschaft in die materielle Abhängigkeit des spätkapitalistischen Herrschaftssystems brachten, erlauben es ihm gleichzeitig, die Kontrolle über die Parteimitgliedschaft zu verstärken, indem die Parteibürokratie ausgebaut und noch enger an die Führung herangebracht wird. Gehörte es früher zur Gepflogenheit, die Parteiöffentlichkeit hin und wieder über den Umfang des Parteiapparates zu informieren, so schweigt sich die Parteiführung seit langem darüber aus. Das letztemal veröffentlichte sie im Jahrbuch 1958/59 Angaben über das Parteimanagement. Demnach hatte die SPD „Ende des Jahres 1959 in 20 Bezirken mit 224 Landes-, Bezirks-, Unterbezirks-, Kreis- und Ortsvereinssekretariaten bzw. Geschäftsstellen 288 Sekretäre, einschließlich der Fachsekretäre (z. B. für Finanzwesen, Betriebsgruppenarbeit, Fraktions-, Frauen- und Jugendarbeit), beschäftigt" [18]). Nicht einbezogen in diese Zahl sind also die beim Parteivorstand angestellten Sekretäre und Referenten. Vier Jahre später schätzt Ulrich Lohmar, daß die SPD „auf allen Ebenen etwa 500 Geschäftsführer (z. T. noch ‚Sekretäre' genannt) beschäftigen" dürfte [19]). Mit aller gebotenen Vorsicht darf man voraussetzen, daß sich diese Zahl in den sieben darauffolgenden Jahren nicht unbeträchtlich erhöht hat.

Der Verbürokratisierungsgrad der SPD wird in der internationalen Sozialdemokratie allenfalls von der Sozialistischen Partei Österreichs erreicht. Die Labour Party hingegen beschäftigte für ihre 830 000 Mitglieder im Jahre 1964 lediglich 208 hauptamtliche Angestellte einschließlich der wesentlich geringeren Zahl von Sekretären [20]). Und die Sozialistische Partei Frankreichs mit 100 000 Mitgliedern ist zur Zeit noch nicht einmal in der Lage, die Herausgabe eines wöchentlich erscheinenden Zentralorgans finanziell zu sichern.

---

18) SPD-Jahrbuch 1958/59, S. 266.
19) Ulrich Lohmar, a.a.O., S. 56.
20) David Childs, From Schumacher to Brandt, The Story of German Socialism, London 1966.

Kennzeichnend für die organisatorische Situation der SPD ist aber nicht nur das zahlenmäßige Anwachsen der Parteibürokratie und ihre zunehmende Abhängigkeit von öffentlichen Zuschüssen, sondern zugleich der qualitative Wandlungsprozeß der oberen und mittleren Parteibeamten. War es früher die Norm, daß sich der besoldete Parteiapparat aus den aktivsten Arbeiterfunktionären rekrutierte und daß sich diese Funktionäre die Qualifikation im sozialen und politischen Kampf und im mühseligen Studium an den parteieigenen Bildungseinrichtungen erwarben, so ist dieser Weg ins Parteiestablishment heute immer mehr die Ausnahme. Den Platz im Parteiapparat nimmt in wesentlichem Maße ein Manager-Typ ein, der sich in der SPD sozialen Aufstieg verspricht, nachdem die Partei als „hoffähig" und „staatstragend" anerkannt worden ist; ein Typ, der ökonomisch und politisch relativ fest im spätkapitalistischen Herrschaftssystem wurzelt und Parteiarbeit als Auftrag versteht, die Partei nach den Wünschen der Führung zu „managen". Wer sich dabei besonders auszeichnet, darf hoffen, daß ihm der Sprung in eine lukrative Staatsstelle oder in die oberen Ränge eines sozialdemokratischen Wirtschaftsunternehmens gelingt. Der progressive Jungakademiker im Parteiapparat bleibt eine höchst seltene Ausnahme. Es liegt auf der Hand, daß es kritisch-progressive Strömungen in der SPD unter diesen Bedingungen relativ schwer haben, effektiven Einfluß auf die offizielle Politik der Partei zu nehmen.

IV

Was sich auf der Bundesebene vollzieht, wiederholt sich auf der Bezirks- und Landesebene, wenngleich in kleinerem und bescheidenerem Maßstab. „Erstattungsbeträge" für Wahlkosten werden den Parteien auch in den Bundesländern gewährt. In der Regel wird dabei nach dem gleichen Prinzip verfahren wie bei den Bundestagswahlen [21]). 1968 kassierten die SPD-Landesverbände und Bezirke von der öffentlichen Hand immerhin die runde Summe von 5,92 Millionen Mark, was 36 Prozent ihrer Mitgliedsbeiträge oder 24 Prozent ihrer Gesamteinnahmen entspricht (siehe Tabelle 5). Insgesamt gingen der SPD 1968 19,667 Millionen Mark an „Erstattungsbeträgen" zu. Diese Summe macht 40,9 Prozent der Gesamteinnahmen der SPD auf allen Ebenen aus. Der Grad der Abhängigkeit der Landesverbände und Bezirke von öffentlichen Zuwendungen ist also beträchtlich niedriger als der des SPD-Vorstandes. Aber tendenziell übt er ebenfalls einen Integrationsdruck auf mittlerer Parteiebene aus. Zumal in sozialdemokratisch regierten Ländern und Städten mit ihrem zumeist hohen Anteil an Parteifunktionären in besoldeten Staatsstellen muß die öffentliche Parteifinanzierung das Gefühl des Verwachsenseins mit dem spätkapitalistischen Herrschaftsapparat verstärken.

V

Heute spricht kaum jemand in der SPD über die verhängisvollen Folgen der Parteifinanzierung. Die einen nicht, weil sie erfahren haben, wie gut es sich damit leben läßt, die anderen nicht, weil ihnen dies Problem nicht bewußt wird. Kritik an dieser Entwicklung kann die Parteiführung nicht ohne gewisse Berechtigung mit dem Hinweis kontern, daß es schließlich CDU/CSU und FDP waren, die

[21]) Das System der „Erstattungsbeträge" auf Länderebene unterscheidet sich vom Bund insofern, als die Länder daran festhalten, daß nur den Parteien, die bei einer Landtagswahl 2,5 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreichen, ihre Wahlkampfkosten nach einem bestimmten Quorum erstattet werden. Diese 2,5-Prozent-Grenze galt ursprünglich auch für die Bundestagswahl, ist dann jedoch vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig aufgehoben und auf eine 0,5-Prozent-Klausel reduziert worden. Das Gericht versäumte es jedoch, diese Regelung ausdrücklich auch für die Länder zu bestätigen.

gegen ihren Widerstand den Weg in die „totale Staatsfinanzierung" [22]) gegangen sind, um den nachlassenden Geldzufluß aus Kreisen der kapitalistischen Großindustrie zu kompensieren; ein Zufluß, der verebbte, als das Bundesverfassungsgericht 1958 die Steuerbegünstigungen von Parteispenden aufhob. Das war jedoch nicht der einzige und nicht einmal der wesentliche Grund, weshalb die „Opferbereitschaft" des Großkapitals so abrupt abnahm. Entscheidender war, daß man in diesen Kreisen viel „eher als bei der offiziellen CDU-Führung die Reformbestrebungen der SPD, wie sie u. a. in dem Godesberger Programm von 1959 zum Ausdruck kamen, für mehr als ein wahltaktisches Manöver gehalten" hat [23]). Mit dem offenen Übergang der SPD auf den Boden der spätkapitalistischen Ordnung verlor folglich für das Großkapital der Antrieb zur Finanzierung der CDU/CSU an Dringlichkeit. Es war nicht mehr nötig, eine Partei niederzukonkurrieren, die aufgehört hatte, ein akutes Risiko für die Herrschenden zu sein. Der Weg zur öffentlichen Parteifinanzierung bot zudem einen doppelten Vorteil für die Großgeldgeber der CDU/CSU: zum einen waren sie nun der Last enthoben, ständig Millionensummen für ihre Hauptpartei aufzubieten, zum anderen konnte das Heranführen der SPD an die Fleischtöpfe des Staates die Integration dieser Partei in das spätkapitalistische System nur fördern.

Aus progressiver Sicht ist heute eine realisierbare Alternative zur öffentlichen Parteifinanzierung schwer zu finden. Ihre Aufhebung würde bedeuten, daß die „Unternehmermillionen" wieder stärker für die CDU/CSU flössen und dadurch deren Konkurrenzparteien benachteiligt würden. Ihre Nichtaufhebung, daß das Zwei-Parteien-Oligopol den politischen Status quo festigt. Die Modifizierung der Vergabe öffentlicher Mittel in Richtung auf größere Gleichheit in der Behandlung politischer Parteien könnte, verbunden mit der Aufhebung der undemokratischen 5-Prozent-Klausel, ein Ansatz zur Abschwächung ihrer negativen Folgen und zu ihrer schrittweisen Einschränkung sein. Die Suche nach Alternativlösungen, deren Realisierung dann angestrebt werden muß, setzt die Schärfung des Bewußtseins von den Rückwirkungen der öffentlichen Parteifinanzierung auf die Parteistrukturen, insbesondere der SPD, voraus. Keine Diskussion über innerparteiliche Demokratie kann daran vorbeigehn.

Anhang: Tabellen

Tabelle 1

Anteil staatlicher Finanzierung am Gesamteinkommen des SPD-Vorstandes

	Einnahmen aus Beiträgen der Bezirke, Sonderbeiträgen, Spenden und Sonstigem, Fraktionsbeiträgen	Öffentliche Mittel	Anteil der öffentlichen Mittel an den Gesamteinnahmen
1960	4 444 656 DM	1 127 979 DM	20,2 %
1961	11 100 391 DM	1 781 633 DM	13,8 %
1962	4 981 586 DM	7 792 706 DM	61,0 %
1963	3 301 671 DM	7 234 165 DM	68,7 %
1964	5 102 350 DM	13 817 649 DM	73,0 %
1965	9 114 607 DM	13 990 168 DM	60,6 %
1966	5 621 039 DM	9 756 756 DM	63,6 %
1967	4 814 017 DM	12 298 953 DM	71,8 %
1968	3 991 692 DM	13 748 211 DM	77,5 %
1969	13 944 136 DM	18 052 878 DM	56,4 %

Quelle: SPD-Jahrbücher von 1960 bis 1969

[22]) Ulrich Dübber, a.a.O., S. 80.
[23]) Uwe Schleth, Die Finanzen der CDU, in „Zur Soziologie der Wahl", Köln und Opladen 1968, S. 245.

Tabelle 2

Anteil der Einnahmen des SPD-Vorstandes aus den Beiträgen der Bezirke

1949 = 42,2 %	1956 = 70,0 %	1963 = 19,8 %
1950 = 49,5 %	1957 = 84,2 %	1964 = 15,6 %
1951 = 45,8 %	1958 = 68,5 %	1965 = 15,0 %
1952 = 56,9 %	1959 = 66,5 %	1966 = 24,8 %
1953 = 65,6 %	1960 = 54,6 %	1967 = 22,6 %
1954 = 57,2 %	1961 = 23,0 %	1968 = 16,3 %
1955 = 55,9 %	1962 = 29,3 %	1969 = 9,7 %

Quelle: SPD-Jahrbücher von 1949 bis 1969

Tabelle 3

Anteil der Einnahmen des SPD-Vorstandes aus Werbebeiträgen

1949 = 45,5 %	1956 = 17,2 %	1963 = 4,2 %
1950 = 30,0 %	1957 = 7,9 %	1964 = 2,7 %
1951 = 33,7 %	1958 = 16,2 %	1965 = 2,2 %
1952 = 24,7 %	1959 = 16,9 %	1966 = 3,0 %
1953 = 17,0 %	1960 = 13,4 %	1967 = 1,4 %
1954 = 24,5 %	1961 = 5,5 %	1968 = 1,4 %
1955 = 19,1 %	1962 = 4,4 %	1969 = 2,1 %

Quelle: Jahrbücher der SPD von 1949 bis 1969

Tabelle 4

Anteil der an den SPD-Vorstand abgeführten Fraktionsbeiträge

	Fraktionsbeiträge insgesamt	Anteil an den Gesamteinnahmen des SPD-Vorstandes
1960	603 143 DM	10,8 %
1961	660 033 DM	5,1 %
1962	629 730 DM	4,9 %
1963	711 029 DM	6,8 %
1964	642 546 DM	3,4 %
1965	556 085 DM	2,4 %
1966	550 018 DM	3,5 %
1967	474 175 DM	2,8 %
1968	841 160 DM	4,8 %
1969	967 079 DM	3,0 %

Quelle: SPD-Jahrbücher 1960 bis 1969

Tabelle 5

Anteil der öffentlichen Mittel an den Gesamteinnahmen der einzelnen SPD-Landesverbände und Bezirke

Landes- bzw. Bezirksverband	Gesamte Eigenfinanzierung	Öffentliche Mittel	Anteil der öffentlichen Mittel an den Gesamteinnahmen
Landesverband Schleswig-Holstein	933 511 DM	100 460 DM	9,7 %
Landesorganisation Hamburg	1 119 721 DM	—	—
Landesorganisation Bremen	402 836 DM	—	—
Landesausschuß Niedersachsen *)	15 600 DM	209 999 DM	93,1 %
Bezirk Nord-Niedersachsen	278 208 DM	100 282 DM	26,5 %
Bezirk Weser-Ems	521 259 DM	692 789 DM	57,1 %
Bezirk Hannover	2 226 462 DM	760 538 DM	25,5 %

Landes- bzw. Bezirksverband	Gesamte Eigenfinanzierung	Öffentliche Mittel	Anteil der öffentlichen Mittel an den Gesamteinnahmen
Bezirk Braunschweig	484 267 DM	415 406 DM	46,3 %
Landesausschuß NRW	54 854 DM	—	—
Bezirk Ostwestfalen-Lippe	597 651 DM	252 631 DM	29,6 %
Bezirk Westliches Westfalen	2 882 141 DM	394 736 DM	12,4 %
Bezirk Niederrhein	1 831 266 DM	302 630 DM	14,0 %
Bezirk Mittelrhein	900 101 DM	258 946 DM	22,4 %
Bezirk Hessen-Nord	917 578 DM	—	—
Bezirk Hessen-Süd	2 680 873 DM	—	—
Landesverb. Baden-Württemberg	2 014 185 DM	916 253 DM	31,3 %
Landesverband Bayern *)	67 136 DM	1 194 123 DM	94,7 %
Bezirk Franken	1 317 977 DM	180 958 DM	12,1 %
Bezirk Niederbayern-Oberpfalz	440 480 DM	61 000 DM	12,1 %
Bezirk Pfalz	541 372 DM	11 212 DM	2,9 %
Bezirk Südbayern	1 131 608 DM	66 500 DM	5,6 %
Landesausschuß Rheinland-Pfalz	8 936 DM	—	—
Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau	475 221 DM	—	—
Bezirk Rheinhessen	219 938 DM	—	—
Landesverband Saar	774 786 DM	—	—
Landesverband Berlin	1 599 809 DM	—	—

Quelle: Bundesanzeiger Nr. 196 vom 21. Oktober 1969

*) Die überdurchschnittlich hohen öffentlichen Mittel einiger Landesausschüsse und Landesverbände erklären sich daraus, daß die Finanzmittel in Wahljahren auf diese Gremien verlagert werden, die im wesentlichen die Aufgabe haben, den Wahlkampf zu leiten.

Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden

Von Hermann Korte

I

Noch vor vier Jahren wäre es absurd gewesen, die Frage einer Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden zu diskutieren, und man hätte auf die bestehenden Kriegsdienstverweigererverbände (VK, DFG-IDK) verwiesen und überhaupt die Notwendigkeit einer Selbstorganisation abgestritten.

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg 1967/68 rapide an. Gleichzeitig wurde jene Gruppe der KDVer (Kriegsdienstverweigerer) größer, die ihre Gewissensentscheidung politisch motivierten und im Ersatzdienst eine konsequente Fortsetzung dieser Entscheidung sahen: politische Arbeit für die Veränderung der

kapitalistischen Gesellschaft, in der die Rüstung eine zentrale ökonomische Funktion nach innen und außen einnimmt.

Es war selbstverständlich, daß die Dienststellen und das Bundesverwaltungsamt in Köln (BVA) ihre Haltung gegenüber den Ersatzdienstleistenden (EDL) änderten und politische Aktivitäten in Krankenanstalten und Heimen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Anti-Bundeswehr-Aktionen von oben herab abzuwürgen suchten. Bereits vor zwei Jahren setzte diese Politik des BVA und der Dienststellen (unterstützt durch Bonner Parlamentarier aus allen Fraktionen, besonders der CDU/CSU) massiv ein. Es begann die Zeit der Strafversetzungen (offiziell: dienstliche Gründe). Erzsatzdienstgruppen, die gerade erst die politische Arbeit aufgenommen hatten, wurden schnell aufgelöst. Als Beispiel sei hier die Zerschlagung der Ersatzdienstgruppe des St.-Anna-Stiftes in Hannover genannt: fast buchstäblich über Nacht wurde eine Gruppe von EDL aufgelöst und an verschiedene Orte transportiert.

Die Presse nahm kaum Notiz, es kam zu kleinen Spontanstreiks in der Umgebung, Protestbriefe ans BVA blieben wirkungslos. Auch Beschwerdebriefe an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (als den obersten Dienstherrn) blieben in der Regel wirkungslos, die Bearbeitung wurde verzögert oder verschleppt.

Gleichzeitig mehrten sich die Stimmen gegen die Politisierung des Ersatzdienstes; in Bonn wurden Pläne laut, die eine starke Reglementierung der politischen EDL erwarten ließen und auf eine Kasernierung hinausliefen. Wehrexperte Schulz: „Dabei könne man durchaus zur Bildung von Ersatzdienstgruppen kommen. Ob die kaserniert werden müssen, ließe sich nur vom Einzelfall her entscheiden" [1]).

Die Probe auf diese Vorstellungen lieferte man bald. Es wurde das Lager Schwarmstedt geschaffen, eine Kasernierung, sogar mit Stacheldrahtverhau, für mißliebige EDL. Der Präzedenzfall war geschaffen. 400 Ersatzdienstleistende sollten hier einmal untergebracht werden [2]).

Nur durch den massiven Protest der EDL in Schwarmstedt selbst und durch eine große Solidarisierung im ganzen Bundesgebiet und mit Unterstützung der liberalen Presse, des Fernsehens und des Rundfunks wurde das Lager Schwarmstedt aufgelöst. Das BVA und mit ihm die „Kasernierungs"-Politiker waren auf dem Rückzug. „Es kann nicht davon die Rede sein, daß wir so etwas (eine Kasernierung, d. V.) generell einführen wollen" [3]).

Damit war klar: das BVA hatte nach Formen gesucht, um politisch aktiven EDL die Basis zu nehmen. Aber auch für die Ersatzdienstleistenden entstand nach Schwarmstedt eine neue Situation: nur durch massiven, massenhaften Protest und weitgehendste Solidarisierung kann man den Reglementierungsversuchen des BVA begegnen. Es wurde nach den Erfahrungen von Schwarmstedt zum ersten Male vielerorts die Frage nach der Selbstorganisation gestellt.

II

Auf dem Kongreß „Jugend gegen Kriegsdienst" (Pfingsten 1970) wurde die Frage der Selbstorganisation diskutiert und ein Modell entworfen, „das jedoch ähnlichen Modellen gegenüber keine wesentlichen Neuerungen bietet, vor allem aber nicht aufzeigt, wie die Schwierigkeiten in der Durchführung überwunden werden sollen" [4]).

---

1) „Frankfurter Rundschau" (FR) vom 11. 10. 69; am 21. 9. 69 hatte die „Welt" sogar von den Vorstellungen der CSU berichtet, EDL bei der Polizei einzusetzen. Die Studie eines bischöflich-ministeriellen Ausschusses setzte sich für die Verwendung innerhalb der Bundeswehr ein, „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 15. 10. 1969.
2) W. Bischoff, L. Kamp, Kriegsdienstverweigerung 1970, in: „express international", Jg. VIII (1970), Nr. 103.
3) Ein Vertreter des BVA im NDR II, 24. 1. 1970.
4) W. Schwamborn, Vom Ersatzdienst zum Friedensdienst. Kritik der Reformmodelle, in: „Blätter", Heft 7/70, S. 714.

Inzwischen hat das BVA seine Praxis fortgesetzt, politisch tätige EDL zu versetzen und bestehende Ersatzdienstgruppen, die dem BVA nicht genehm sind, aufzulösen. Das letzte Beispiel (Stand: September 1970) ist die (versuchte) Auflösung der staatlichen Ersatzdienstgruppe Hessisch-Lichtenau im August 1970. Die EDL in dieser Ersatzdienstgruppe haben sich durch Öffentlichkeitsarbeit (Bundeswehraktion) und Betriebsarbeit (Hinweis auf schlechte Arbeitsbedingungen und Repressionen am Arbeitsplatz in der Pflege) den Unwillen des Anstaltsleiters Pfarrer Hartmann und des BVA sowie auch des Ersatzdienstbeauftragten Hans Iven zugezogen. Die Antwort war: Auflösung der Gruppe.

Die Ersatzdienstleistenden hatten aus Schwarmstedt gelernt und sofort Kontakt zu anderen Gruppen, aber auch zu politisch nahestehenden Organisationen aufgenommen. Andere Ersatzdienstgruppen wurden laufend informiert und mit den Einzelheiten vertraut gemacht. So gab es die erste Information schon am 8. August 1970. Als dann am 19. 8. die Auflösung beschlossen wurde, konnte rasch der Streik ausgerufen werden, und bereits am 21. 8. streikten (für Stunden oder Tage) die Gruppen Heidelberg, Göttingen, Düsseldorf, Nürnberg, Kaufbeuren, Hamburg, Tübingen, Essen, Offenbach, Frankfurt, Stuttgart. Andere Gruppen beschlossen den befristeten Warnstreik, so die größte Ersatzdienstgruppe, die der Bodelschwingh'schen Anstalten in Bethel mit 118 EDL [5]).

In einer Mitteilung der streikenden Gruppe Hessisch-Lichtenau vom 26. 8. heißt es: „Wir müssen daraus lernen, daß jede Aktion nur aus dem richtigen Verhältnis zwischen theoretischen politischen Voraussetzungen und praktischen Anwendungen resultieren kann. Deshalb ist es wichtig, eine politische Perspektive zu erstellen ... Die Strategie ist am antikapitalistischen Kampf auszurichten. Versetzungen und andere Repressionsmechanismen werden dadurch irrelevant ... Wir sollten nicht mehr versuchen, im ‚Alleingang' Betriebsarbeit zu leisten, sondern bestehende Organisationen einschalten."

III

Im gleichen Flugblatt, das an alle Ersatzdienstgruppen verschickt wurde, wird auf ein „Kommunikationsmodell" hingewiesen, das in Oberursel/Ts. und Eßlingen auf Ersatzdienstkonferenzen diskutiert wurde. Das „Oberurseler Modell" scheint mir einige wesentliche neue Aspekte in bezug auf die Organisierungsfrage zu zeigen. Es ist auf einer DGB-Tagung für EDL in Oberursel (29. 6. — 4. 7. 1970) diskutiert worden.

Ausgangspunkt war die Erfahrung, daß Selbstorganisationsversuche und Modelle, nur von Ersatzdienstleistenden organisiert, gescheitert sind, weil 1) kein Apparat zur Verfügung steht, der koordinierende und technische Arbeit leisten kann; weil 2) die Repressionen des BVA eine solche Organisation leicht und empfindlich treffen können (z. B. Auflösung des „Roten Ersatzdienstes" in Heidelberg); und weil 3) bestehende Kriegsdienstverweigererorganisationen personell und organisatorisch zu schwach sind, eine Ersatzdienstorganisation aufzubauen.

Es wurde zwar an dem Grundsatz, die Ersatzdienstleistenden müßten selbst ihre Organisation aufbauen und weiterentwickeln, nichts geändert, es wurde allerdings der Vorschlag gemacht, daß der DGB organisatorische Hilfe leisten solle. So ein Arbeitspapier in Oberursel: „Der DGB ist aufgrund seines Organisationsapparates in der Lage, organisatorische und finanzielle Hilfe zu gewähren. Da außerdem der Bundesvorstand des DGB (als Veranstalter dieses überregionalen Treffens, d. V.), seine Jugendausschüsse auf regionaler und überregionaler Ebene, den Kontakt zu den EDL suchen, halten wir es für angebracht, daß die EDL in

[5]) FR vom 22. 8. 1970.

Zusammenarbeit mit dem DGB ihre Organisation aufbauen. Wo eine starke VK-Gruppe besteht, darf es keine organisatorischen Überschneidungen geben (z. B. Aktionszentrum Süd)."

Bei den Streiks der letzten Zeit sind nicht nur Versuche von seiten der EDL gemacht worden, bei der Gewerkschaft Unterstützung zu suchen. Der DGB-Kreisjugendausschuß Frankfurt hat sich mit den streikenden Gruppen solidarisiert und seinerseits den Bundesvorstand aufgefordert, eine zentrale Ersatzdiensttagung einzuberufen, „damit sie ihre Kampfmaßnahmen gegen die Neufassung des Ersatzdienstgesetzes organisieren können" [6]).

Das Modell ist von Gewerkschaftlern ausgearbeitet worden, die selbst Ersatzdienst leisten oder geleistet haben und innerhalb der Einzelgewerkschaften oder im DGB selbst aktiv mitarbeiten. Die Möglichkeit, daß der DGB seine Unterstützung gewährt, ist somit günstig.

Das Organisationsmodell im Detail:

I Organisatorischer Aufbau:
Basisgruppen (Dienststelle)
Regionalzentralen
Bundeszentrale

I. 1.

Basisgruppen *Aufgabenstellung: Aktionen an Schulen und Berufsschulen, Kasernen, Mitarbeit in örtl. pol. Gruppen*	*Kreisjugendausschüsse des DGB* *Organ.-Arbeit (Flugblätter, Tagungsräume, finanzielle u. juristische Hilfe),*

II. 2.

Landeszentralen *Informationssammlung, Steuerung der Information zur Basis, Regionaltreffen, zentr. reg. Aktionen, Kontakte zu Organisationen*	*Landesjugendausschüsse* *Adressensammlung, Herausgabe eines Regional-Informationsblattes*

II. 3.

Bundeszentrale *Adressensammlung, Kontakt zu Bundesvorständen der politischen Organisationen, Herausgabe eines überregionalen ED-Blattes*	*Bundesjugendausschuß* *Überregionale Adressenkartei* *überregionale Treffen* *Öffentlichkeitsarbeit*

IV

Falls sich dieses Organisationsmodell, das zur Zeit aufgebaut wird, durchsetzt und bewährt, kann man vielleicht noch Kampfmaßnahmen gegen die beabsichtigte Novellierung des ED-Gesetzes auch überregional abstimmen, wie es der Kreisjugendausschuß des DGB Frankfurt/Main gefordert hatte. Anfang des nächsten Jahres ist nämlich ein neues Ersatzdienstgesetz (Umbenennung in Zivildienst) zu erwarten.

In einer Zusammenstellung der Änderungsvorschläge des BVA, den Teilnehmern in Oberursel als Arbeitspapier übergeben, lassen sich drei große Neuerungen ablesen: 1) Versuch, die Koordination innerhalb einer Gruppe selbst zu verhindern; 2) Kampfmaßnahmen der Ersatzdienstleistenden durch Entschärfung bestehender

[6]) FR vom 21. 8. 1970.

Vorschriften zu begegnen; und 3) die Ersatzdienstleistenden in neuen Tätigkeitsbereichen, wo Arbeitskräfte zur Zeit fehlen, einzusetzen (Post, Bahn, Feuerwehr).

Ziffer 5 des Arbeitspapiers: „Beseitigung der Pflicht, den Dienst in jedem Falle außerhalb des Wohnortes zu leisten". Ziffer 20: „Änderung der Vorschrift, nach der die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft der Normalfall ist".

Damit ist die Heimschlaf„erlaubnis" offiziell ausgesprochen. In der Praxis hofft man, die Kommunikation innerhalb einer Gruppe läßt nach, die politische Arbeit wird verhindert und gemeinsame Aktionen erschwert. Vor allem aber wird so verhindert, neue EDL zu politisieren und kollektive politische Arbeitsweisen aufkommen zu lassen. Statt Kaserne dürfen die EDL jetzt zu Hause bleiben oder zerstreut in möblierten Zimmern arbeiten.

Ziffer 16: „Einführung einer Vorschrift, nach der der Ersatzdienst um Zeiten der Arbeitsverweigerung und der unerlaubten Abwesenheit vom Dienst verlängert wird."

Ziffer 25: „Die Strafvorschrift, nach der die eigenmächtige Abwesenheit mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft wird, wird ersatzlos gestrichen."

Hier wird der Streik angesprochen. Er war bislang die wirksamste Waffe gegen das BVA; nach dem neuen Entwurf soll also einfach die Zeit nach der eigentlichen Beendigung nach„gedient" werden. Auf der einen Seite werden Vorschriften entschärft, auf der anderen Seite verschärft, denn das „Nachsitzen" kann sich sehr empfindlich auf berufliche Vorhaben (z. B. neuer Arbeitsbeginn oder Studienanfang) auswirken.

Das BVA treibt auf der anderen Seite ebenfalls die Polarisation der Ersatzdienstleistenden weiter (es unterscheidet auch rechtlich „brave" und „aufsässige"): „Heraufstufung in die nächsthöhere Soldgruppe nach sechs Monaten Dienst bei angemessener Führung" (Ziffer 22). Die „braven" EDL bekommen also nicht nur „ihr" Informationsblatt „Der Dienst", sondern auch mehr Geld.

Mit diesen Neuerungen, die man als „Schwarmstedt-Lösungen mittels Verwaltungskasernierung" bezeichnen kann, mit dieser lautlosen und viel schärferen, da undurchsichtigen Reglementierung muß auch die Organisation der Ersatzdienstleistenden rechnen, und die politisch tätigen EDL müssen ihre Arbeit darauf einstellen.

In der oben zitierten Mitteilung der streikenden Hessisch-Lichtenauer Ersatzdienstgruppe heißt es treffend: „Der Streik ist noch nicht zu Ende — wie es in einer Zeitungsmeldung hieß —, sondern lediglich aus der Begrenztheit von Hessisch-Lichtenau. Aber jetzt können wir uns voll auf die rechtlichen Forderungen beschränken:

1) Recht auf politische Betätigung;

2) Status eines Betriebsangehörigen (BVG);

3) Zurücknahme der Paragraphen im neuen ED-Gesetz, die eine Spaltung der EDL bezwecken."

Diese Forderungen sind die Forderungen vieler Ersatzdienstleistenden. Nur mit einer starken Organisation, die finanziell und organisatorisch abgesichert ist, wird es möglich sein, den Ersatzdienst weiterhin als Arbeitsfeld für den Kampf um demokratische Erneuerung zu verstehen und auszunutzen. Deswegen muß gegen die Reglementierung organisiert gekämpft werden. Hessisch-Lichtenau muß also in der Tat weiter fortgesetzt werden.

Zur Diskussion um die Pressereform in der BRD

Von Claudia Pinl

Der Staat als Wahrer der Pressefreiheit — Theorie und Praxis

Der fortschreitende Konzentrationsprozeß auf dem bundesdeutschen Publizistikmarkt findet seit rund zehn Jahren seine Kritiker. Die Misere der Presse als ein Übel, das das Fundament liberalen Demokratieverständnisses, die Willensbildung der Staatsbürger, bedroht, äußert sich quantitativ im Rückgang der Zahl selbständiger Redaktionseinheiten, im Anwachsen der Zahl von Gebieten mit Monopolstellung einer einzigen Lokalzeitung, in der zunehmenden Konzentration der Marktanteile bei wenigen Verlagen, neuerdings in der Verklammerung von Großverlagen zu Superkonzernen und deren Möglichkeit zur totalen Kontrolle der Information. Die liberaler Tradition verpflichtete Verfassungslehre ist angesichts dieser Situation davon abgegangen, den Art. 5 GG als rein negatorisches Abwehrrecht gegenüber staatlichen Zensurgelüsten zu begreifen; das Grundrecht der Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit wird zunehmend interpretiert als staatliche Garantie der Institution Presse [1]).

Die daraus abgeleitete „Aufgabe des demokratischen Gesetzgebers, die Grundrechte gegen eine Beeinträchtigung durch private Macht zu schützen" [2]), ist, was Art und Umfang des staatlichen Tätigwerdens betrifft, verschiedenen Interpretationen zugänglich. Die Mehrzahl der bisher vorgeschlagenen Maßnahmen orientierte sich an den aufgezählten quantitativen Symptomen der Pressekonzentration. Der politisch umstrittenste Vorschlag auf diesem Gebiet war die Empfehlung der Günther-Kommission, die Marktanteile einzelner Verleger gesetzlich auf bestimmte Prozentsätze zu begrenzen. Welch zäher Widerstand solchen zaghaften, an den äußeren Merkmalen des Konzentrationsprozesses orientierten Änderungsversuchen begegnet, zeigt die Geschichte der im Mai 1967 von der Bundesregierung eingesetzten „Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland" (Günther-Kommission — so benannt nach ihrem Vorsitzenden, dem Präsidenten des Bundeskartellamts).

Diese Pressekommission wurde berufen, als der Springer-Konzern zunehmend in das Kreuzfeuer öffentlicher Kritik geriet, als Minister im Kabinett der Großen Koalition saßen, deren Partei bei jedem Anlaß Bekenntnisse zur Pressefreiheit ablegte und das Zeitungssterben als Folge der Rezession einen neuen Höhepunkt erreichte. Die Formulierung des Untersuchungsauftrags — „Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit" — ließ daher erwarten, daß nun vielleicht etwas geschähe, um gegen die Flut von Entpolitisierung und Verdummung, die gegebenenfalls in hochpolitische Hetze umschlägt, dem Postulat des Bundesverfassungsgerichts ein wenig Realität zu verleihen: „Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfene Presse ist ein

1) Am entschiedensten bei Ridder, vgl. Artikel „Meinungsfreiheit" von Helmut K. J. Ridder, in: Neumann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte. Berlin 1954, S. 243 ff.
2) Horst Ehmke, Verfassungsrechtliche Fragen einer Reform des Pressewesens, in: Festschrift für Adolf Arndt. Frankfurt 1969, S. 84.

Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich, soll der Bürger informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion in Gang; sie beschafft die Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung . . ." [3]).

Aber die Geschichte der Günther-Kommission bewies, daß die neofeudale Machtentfaltung Springers bereits soweit in die staatliche Sphäre hineinreicht, daß sie den sich dort abspielenden Entscheidungsprozeß in hohem Maß beeinflußt. Dieser Einfluß beruht weniger auf direkten Pressionen als vielmehr auf der „Gratisangst" (Enzensberger) der vermeintlichen Volkesrepräsentanten.

Schon die personale Zusammensetzung der Kommission schien ihre Arbeit zu präjudizieren; einige Versuche, ihre Tätigkeit in harmlose Bahnen zu lenken, taten ein übriges, um keine Erwartungen einschneidender Reformvorschläge aufkommen zu lassen [4]). So kam der Inhalt des am 22. Mai 1968 verabschiedeten Schlußberichts einigermaßen überraschend. Um der Gefährdung der Meinungsfreiheit durch die Konzentration abzuhelfen, wurde vorgeschlagen, bei der „unmittelbaren Beeinträchtigung der Pressefreiheit" durch den Anteil eines Verlegers von 40 oder mehr Prozent am Markt der Tages- oder Sonntagszeitungen oder am Markt der sogenannten Publikumszeitschriften die Marktanteile gesetzlich zu begrenzen. Den „Beginn der Gefährdung der Pressefreiheit" sah die Kommission bereits bei einem Marktanteil zwischen 20 und 40 Prozent als gegeben an. Die Beeinträchtigung der Pressefreiheit am Zeitungs- oder am Zeitschriftenmarkt war überdies für die Kommission bereits bei einem Anteil von 15 Prozent gegeben, wenn der Anteil am jeweils anderen Teilmarkt 40 Prozent errreicht hatte [5]).

Die Stellungnahme der Bundesregierung erfolgte acht Monate nach Übermittlung des Schlußberichts an den Bundestag. Diese Verzögerung umfaßte genau den Zeitraum, um den die Tätigkeit der Kommission zuvor von der Bundesregierung gekürzt worden war [6]). Inzwischen hatte sich Springer — im Juni 1968 — seiner Publikumszeitschriften entledigt und damit dem Abgeordneten Lohmar (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik, Anlaß gegeben, „die Diskussion um die Pressekonzentration . . . teilweise in sich zusammenfallen" zu sehen [7]).

Wie zu erwarten war, wies die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme den Vorschlag der Marktanteilsbegrenzung zurück. Eines der Argumente für die Ablehnung lautete, man dürfe nicht von der Gesamtauflage aller Zeitungen oder Zeitschriften ausgehen, man müsse vielmehr die Entwicklung auf den Teilmärkten berücksichtigen (auf den Teilmärkten „Boulevardzeitungen", „Programmzeit-

3) „Spiegel"-Urteil, BVerfGE 20, S. 162—230.
4) Von vier der siebzehn Kommissionsmitgliedern ließ sich vermuten, daß sie eine kommissionsinterne Springer-Lobby bilden würden: von Anton Betz, Verleger der „Rheinischen Post" und Ex-Gesellschafter Springers, von Alfons Geubels, Inhaber der „Pressevertriebsgesellschaft m.b.H.", von Harald O. Hermann, Bonner Korrespondent der „Berliner Morgenpost", last not least von Axel Springer selbst. Verschiedene Unmutsäußerungen Springers (der seit dem Herbst 1967 nicht mehr an den Sitzungen der Kommission teilnahm) blieben zwar ohne Wirkung, aber in ihrer Stellungnahme zum vorläufigen Bericht der Kommission vom Herbst 1967 verlangte die Bundesregierung den Schlußbericht für Mai 1968, nicht erst für Dezember, wie ursprünglich vorgesehen. Vgl. „Der Spiegel", 22. 4. 1968, S. 46, und: Manfred Kötterheinrich, Ein Akt staatlichen Opportunismus, in: Der Journalist, Nr. 8/1969, S. 2 f.
5) Schlußbericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland, Bundestagsdrucksache V/3122, S. 45.
6) Vgl. Kötterheinrich, a.a.O.
7) So Lohmar in der Bielefelder Zeitung „Neue Westfälische", 25. 6. 1968; hier zit. nach H. M. Keig, Presse und Profitmotiv, in: Sozialistische Hefte, 1/1969, S. 26.

schriften" und auf den regionalen Märkten in Hamburg und Berlin wird Springers Macht erst deutlich). Mit ihrem Einwand, Rundfunk und Fernsehen bildeten ein hinreichendes Gegengewicht für verlorengegangene Vielfalt auf dem Pressemarkt, operierte die regierungsamtliche Stellungnahme dagegen mit der Vorstellung eines Gesamtmarkts an Kommunikationsmitteln. Das Hauptargument aber war der Vorwurf an die Kommission, eine ursächliche Beziehung zwischen Auflagenhöhe einer Zeitung oder Zeitschrift und deren publizistischem Einfluß habe sie nicht nachgewiesen. In der Tat hatte die Kommission in der knappen ihr zugemessenen Zeit keine Möglichkeit, inhaltsanalytische Untersuchungen vorzunehmen [8]).

Die für Mai, spätestens Juni 1969 angekündigte Bundestagsdebatte über die Pressekonzentration wurde immer wieder hinausgeschoben. Nachdem im Februar ein Hearing stattgefunden hatte, legte der Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik am 3. Juni 1969 dem Bundestag seinen schriftlichen Bericht zur Günther-Kommission und zur Regierungsstellungnahme vor. Dort heißt es: „Wenn im Bericht der Pressekommission eine gesetzliche Marktanteilsbegrenzung der Presseunternehmen für dringend notwendig gehalten wird, so werden nach Meinung des Wissenschaftsausschusses keine gangbaren Wege hierzu aufgezeigt. Angesichts sich weiter abzeichnender Konzentrationsvorgänge ist der Wissenschaftsausschuß der Ansicht, daß nach realisierbaren Wegen für eine solche Marktanteilsbegrenzung gesucht werden sollte. Bei seinem Vorschlag zur Marktanteilsbegrenzung denkt der Ausschuß z. B. an die Möglichkeit von ergänzenden Bestimmungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die das von der Pressekommission gesteckte Ziel auch auf andere Weise erreichen könnten" [9]). Unter Punkt 4 des Ausschußantrags wurde dem Bundestag einstimmig nahegelegt, die Bundesregierung aufzufordern, „dem Bundestag unverzüglich Vorschläge zur Marktanteilsbegrenzung zu unterbreiten."

Zwei Tage vor dem Ende der Legislaturperiode des Fünften Bundestags, am Abend des 2. Juli 1969, fand die Volksvertretung, zu dieser Abendstunde bestehend aus 24 Abgeordneten, Zeit, sich mit dem Bericht der Michel-Kommission, den beiden Berichten der Günther-Kommission, der Stellungnahme der Bundesregierung und dem Antrag des Wissenschaftsausschusses zu befassen. Dabei erschöpfte sich die Aufgabe des Hohen Hauses darin, eine am Vortag von den Experten außerhalb des Plenums gefällte Entscheidung zu sanktionieren: Einen Tag vorher hatte die CDU/CSU-Fraktion einen Änderungsantrag zu Punkt 4 des Ausschußantrags eingebracht mit dem Wortlaut: „(Der Bundestag möge beschließen,) das Wettbewerbsrecht im Hinblick auf die Verzerrung des Wettbewerbs auf dem Markt der Kommunikationsmittel zu überprüfen" [10]).

Der Berichterstatter des Wissenschaftsausschusses, der SPD-Abgeordnete Raffert, schloß sich für seine Fraktion diesem Antrag an: „Wenn wir ihn (den Änderungsantrag der CDU/CSU) annehmen, vermeiden wir das für manche — für mich nicht — ein bißchen gefährlich erscheinende Wort ‚Marktanteilsbegrenzung'" [11]). Offenbar wurde nicht nur ein Wort, sondern vor allem die politischen

---

8) Stellungnahme der Bundesregierung zum Schlußbericht der Pressekommission, Bundestagsdrucksache V/3856. Die aus der abrupten Kürzung der Untersuchungsdauer und aus der im Vergleich zur „Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk/Fernsehen und Film" (Michel-Kommission) schmalen finanziellen Basis resultierenden Ungenauigkeiten wurden in der Stellungnahme der Bundesregierung weidlich ausgeschlachtet. Ein besonderes Licht auf die Absichten der Regierung wirft die Tatsache, daß die als „Anmerkungen zu den pressestatistischen Angaben im Schlußbericht der Pressekommission" in der Regierungsstellungnahme veröffentlichten Korrekturen schon vor der Verabschiedung des Schlußberichts, dessen Entwurf der Bundesregierung bekannt war, im Bundespresseamt zusammengestellt worden waren; vgl. Kötterheinrich, a.a.O.

9) Bundestagsdrucksache V/4344, S. 2.

10) Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 246. Sitzung, 2. 7. 1969, Anlagen zum Stenographischen Bericht, S. 13 782 f, Anlage 7, Umdruck 735.

11) Ebenda, S. 13 772.

Konsequenzen, die aus ihm zu ziehen gewesen wären, vermieden. Der neue würde es sogar Springers altem Buhmann, dem „wettbewerbsverzerrenden" Fernsehen, gestatten, wiederaufzuerstehen.

Der Sechste Bundestag betrachtet offenbar den von seinem Vorgänger am 2. Juli 1969 gefaßten Beschluß zum Thema „Pressekonzentration" als bindend; die von der SPD-FDP-Regierung in Sachen Presse bekundeten Reformabsichten beschränken sich auf Pläne für eine Fusionskontrolle (über eine Kartellrechtsnovelle), die möglicherweise eine Entflechtung auch bereits fusionierter Unternehmen gestatten wird, nicht dagegen eine Beschränkung der Auflagenanteile [12]). In der SPD-Bundestagsfraktion wird am Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes gearbeitet, das eine Kompetenzabgrenzung zwischen Verleger und Redaktion rechtlich fixieren soll (zum Problem der „inneren Pressefreiheit" unten mehr). Das Strohfeuer um die Verbalattacken Wischnewskis und Ahlers' auf Springer vom Januar 1970 verlosch schnell, nachdem Genscher, Schmidt und Möller dem Verleger ihre Aufwartung gemacht und der Kanzler ihn zu einem Besuch empfangen hatte [13])

Zum Funktionswandel der Presse

Um ganz zu erfassen, was auf uns zukommt, die totale Kontrolle der Information, ist es notwendig, den Begriff der Öffentlichkeit, deren Mittel die Presse war, zu rekapitulieren. Die bürgerlich-demokratischen Verfassungsnormen des Grundgesetzes haben den Gedanken der liberalen Öffentlichkeit konserviert, indem sie von der Vorstellung des mündigen Staatsbürgers ausgehen, der, losgelöst von partikularistischen Interessen, imstande ist, durch rationale Diskussion mit seinesgleichen zu einem Konsensus über das zur Verwirklichung des Gemeinwohls jeweils Notwendige zu gelangen. Die Voraussetzung für den Willensbildungsprozeß der Staatsbürger ist die Freiheit der Information, der Meinung und der Presse. Als sich in Diskussionszirkeln des 18. Jahrhunderts das Bildungs- und Besitzbürgertum zu kritischem Räsonnement über politisches und literarisches Geschehen zusammenfand, bedurfte es der Presse als Vermittlung und Verlängerung der mündlichen Diskussion. Die Presse war nicht denkbar losgelöst von der permanenten Diskussion des Publikums, aber sie spielte zugleich eine Pädagogen- und Führungsrolle. Die stetige Kommentierung und Kritik von Maßnahmen der Krone und Beschlüssen des Parlaments, wie sie sich im England des 18. Jahrhunderts entwickelten, führte zur Etablierung der Presse als „vierte Gewalt" — ein Forum, in dem vor aller Augen die Handlungen der staatlichen Gewalt am Maßstab der Vernunft gemessen wurden, „Vernünftig" war für das Bildungs- und Besitzbürgertum das, was sich als „endliche Einstimmigkeit eines langwierigen Prozesses wechselseitiger Aufklärung" ergibt: die öffentliche Meinung [15]). Damit zielt das bürgerliche Publikum und seine geistige Avantgarde, die Presse, auf die Auflösung von Herrschaft schlechthin, die Willkür des Fürsten sollte abgelöst werden durch das government by discussion. Wahrheit, Gerechtigkeit und Vernunft wurden gedacht als ermittelbar

12) Vgl. Regierungserklärung vom 28. 10. 1969, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 132, S. 1121, 29. 10. 1969; und „Der Spiegel", 16. 2. 1970, S. 23. — Vom Professorenarbeitskreis „Pressefreiheit" wurde inzwischen die These der Günther-Kommission wieder aufgenommen, daß Marktanteile eines bestimmten Prozentsatzes die Pressefreiheit gefährden bzw. beeinträchtigen. Der Arbeitskreis legte einen Entwurf für eine auf Presseorgane bezogene Ergänzung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vor. Der Marktanteil, bzw. als zweites Kriterium die Leserdichte, werden hier jedoch zunächst nur als Maßstäbe für eine Fusionskontrolle verwandt; bei der ebenfalls nach diesem Entwurf möglichen Entflechtung gewachsener Großunternehmen begründen die Kriterien Marktanteil und Leserdichte jedoch nur eine widerlegliche Vermutung: die betroffenen Unternehmen können einer Entflechtung entgehen „durch den Nachweis eines bestehenden unternehmensinternen publizistischen Wettbewerbs". Vgl. Pressefreiheit — Entwurf eines Gesetzes zum Schutze freier Meinungsbildung und Dokumentation des Arbeitskreises Pressefreiheit, hrsg. von H. Armbruster, H. Arndt, O. Bachof u. a. Neuwied und Berlin 1970, S. 185.

13) „Der Spiegel", 16. 2. 1970, S. 23.

15) Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied und Berlin 1965, S. 213.

durch die Diskussion der von ihren Privatinteressen losgelösten Staatsbürger. Mit der Ablösung absolutistischer Herrschaft und ihrer Ersetzung durch den bürgerlich-demokratischen Staat im Laufe des 19. Jahrhunderts schwand das herrschaftskritische Element aus der bürgerlichen Presse. Es schien, als ob mit der Etablierung parlamentarischer Staatsformen das Ziel bürgerlicher Staatstheorie erreicht sei, nämlich die Auflösung von Herrschaft im Medium der Diskussion. Damit trat die publizistische gegenüber der kommerziellen Funktion der Presse in den Hintergrund: „Erst mit der Etablierung des bürgerlichen Rechtsstaats und der Legalisierung einer politisch fungierenden Öffentlichkeit wird die räsonierende Presse vom Gesinnungsdruck entlastet; sie kann jetzt ihre polemische Stellung räumen und die Erwerbschancen eines kommerziellen Betriebs wahrnehmen" [16]).

Die kommerzialisierte Presse traf auf ein über das Bürgertum hinaus erweitertes potentielles Publikum, dem jedoch bestimmte Merkmale des bürgerlichen Publikums fehlten: die Muße, sich losgelöst von der Sphäre der ökonomischen Notwendigkeiten als citoyen zu betätigen, und auch die hierzu erforderliche Bildung. Der erweiterte Umsatz der Presse, später der gesamten sogenannten Massenkultur, geschah durch „Anpassung an die Entspannungs- und Unterhaltungsbedürfnisse von Verbrauchergruppen mit relativ niedrigem Bildungsstandard" [17]), statt diesen gegenüber die pädagogische Rolle der frühbürgerlichen Presse zu spielen.

Die zweite Phase der Kommerzialisierung der Presse zu Ende des vorigen Jahrhunderts war gekennzeichnet durch die zunehmende Abhängigkeit der Zeitungen vom Anzeigenerlös [18]). Die Auflagensteigerung dient nun nicht mehr in erster Linie der Steigerung des Verkaufserlöses, sondern der Steigerung des Anzeigenerlöses, so daß tendenziell „die Zeitung den Charakter einer Unternehmung annimmt, welche Anzeigenraum als Ware produziert, die durch einen redaktionellen Teil absetzbar wird" [19]).

Solange die Presse am Prinzip des wirtschaftlichen Gewinns orientiert ist, solange die Zeitung auf dem Markt Mehrwert erzielen muß, um bestehen zu können, muß auf Aufklärung verzichtet werden. Die bundesdeutschen Zeitungen decken inzwischen gut zwei Drittel ihrer Kosten aus Anzeigenerlösen. Dadurch, daß die Presse wichtiges Medium der Werbung geworden ist, entstand eine Abhängigkeit der Presse von ihren Anzeigenkunden, die sich weniger in Fällen direkter Druckausübung manifestiert (obwohl es auch dafür Beispiele gibt [20])), sich dafür aber um so nachdrücklicher in der lautlosen Anpassung von Verlegern und Journalisten an die Ideologie der bestehenden Wirtschaftsordnung äußert. Der Maßstab kritischer Vernunft wird nur noch an Teilbereiche der Gesellschaft angelegt, die grundsätzliche Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist kein Diskussionsgegenstand; die politischen Stellungnahmen werden immer uniformer, je mehr die Möglichkeit einer grundsätzlichen Alternative zum bestehenden System dem Bewußtsein entschwindet. Die Irrationalität einer Wirtschaftsordnung, die sich in dem Zusammenhang — vermittelt durch die Werbung — zwischen Warenproduktion und Bedürfnisproduktion manifestiert, kann nicht von Zeitungen enthüllt werden, die selbst zur Produktion von Bedürfnissen beitragen.

16) Ebenda, S. 202.
17) Ebenda, S. 182.
18) Lassalle sieht die Anzeigenakquisition als das Krebsübel bereits für die Presse seiner Zeit an; vgl. Otto B. Roegele (Hrsg.), Pressereform und Fernsehstreit. Gütersloh 1965, S. 43 ff.
19) Karl Bücher, Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde. Tübingen 1926, S. 21; hier zit. nach Habermas, op. cit. S. 202.
20) Vgl. Lieselotte Hinz, Meinungsmarkt und Publikationsorgane, in: Gert Schäfer, Carl Nedelmann (Hrsg.), Der CDU-Staat. München 1967, S. 158, Anm. 44.

Die Manipulationsmechanismen, über die systemkonformes Verhalten immer wieder reproduziert wird, sind in Analysen der Springer-Presse erforscht worden [21]). Die Konditionierung zum Konsum, die Ablenkung von den durch das System erzeugten Aggressionen auf Minderheiten, die zynische Ausnutzung unreflektierter Bedürfnisse gelingt aber sogenannten linksliberalen Verlegern ebenso gut wie konservativ-reaktionären; der Kleinbürgerfrau kann es egal sein, ob die ihr vorgegaukelte Traumwelt à la „Jasmin" von Springer oder von Gruner+Jahr produziert wird.

Ein zaghafter Angriff auf diese Manipulationsmaschinerie, wie ihn die Marktanteilsbegrenzung dargestellt hätte, ändert grundsätzlich nichts am Strukturwandel der Presse, aber ein solcher Vorstoß wäre immerhin eine Attacke auf den politisch und wirtschaftlich gefährlichsten Vertreter dieser Presse gewesen, dessen Produkte in der Bundesrepublik als Motor für die beschleunigte Anpassung der übrigen Presse an den Konsumjournalismus gedient haben. Das traurige Ende der Günther-Kommission bedeutet zwar keinen Rückschlag im Kampf um die Rückgewinnung der Presse zum Nutzen derer, die jetzt ihre Opfer sind — dieser Kampf hat noch nicht begonnen. Die Geschichte der Kommission zeigt aber beispielhaft die Ohnmacht der „Volksvertretung", dieses anderen Erbstücks liberaler Öffentlichkeit, dem es nicht möglich ist, auch nur ansatzweise die Produktion von Bewußtlosigkeit einzuschränken, die seinen eigenen Funktionswandel begleitet und beschleunigt.

Möglichkeiten einer Gegenpresse

Wo aber wären Ansätze für eine strukturelle Reform der Presse zu suchen, für die Ersetzung der Manipulationspresse durch eine Presse, die über Fakten informiert, über Zusammenhänge aufklärt und sich in den Dienst des Lesers stellt, statt ihn zu ihrem Objekt zu machen? Offenbar nur dort, wo es noch oder wieder Ansätze von Öffentlichkeit gibt, wo Konflikte sichtbar gemacht, artikuliert und ausgetragen werden. Die liberale Öffentlichkeit entstand, als das Eingreifen des absolutistischen Staates in den ökonomischen Bereich bei den Betroffenen ein Problembewußtsein von Herrschaft schuf. Die verwalteten Abhängigen von heute sind sich in der Mehrzahl ihrer Lage nur undeutlich bewußt. Erst dort, wo das latente Unbehagen zur Mündigkeit der Betroffenen führt, zu ihrer Fähigkeit, ihre Lage darzustellen und den Zwängen zu widersprechen, kann Presse als Faktor und Medium des sich konstituierenden Publikums in dessen Dienst treten. Aber die Bewußtseinsänderung kann nur von konkreten Konflikten eingeleitet werden; Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen können die Wirkung der Konflikte auf das Bewußtsein der Betroffenen multiplizieren, analytisch und theoretisch vertiefen, nicht ersetzen [22]).

Ein Bereich, in dem bewußtlose Anpassung wenigstens teilweise durch herrschaftskritische permanente Kommunikation der Abhängigen ersetzt wurde, sind die Universitäten. So ist auch eine Mehrzahl von Studentenzeitungen im Laufe der Auseinandersetzungen an den Universitäten zu Instrumenten einer emanzipatorischen Politik geworden [23]). Im Zuge des Anwachsens von kriti-

---

21) Siehe dazu Bernd Jansen, Arno Klönne (Hrsg.), Imperium Springer — Macht und Manipulation. Köln 1968, und: Peter Brokmeier (Hrsg.), Kapitalismus und Pressefreiheit. Frankfurt 1969, darin besonders die Beiträge von Heiner Schäfer und Sybille Plogstedt.

22) Eine Änderung von Einstellungen und Meinungen kann durch publizistischen Einfluß allein nicht bewirkt werden. Vgl. die von Festinger entwickelte Theorie der kognitiven Dissonanz, wonach die Mechanismen selektiver Wahrnehmung dazu beitragen, daß bestehende Überzeugungen verstärkt, Informationen, die ihnen widersprechen, jedoch nicht zur Kenntnis genommen werden; ein Einfluß der Medien wird dagegen deutlicher auf Gebieten, auf denen sich der „Rezipient" noch keine eigene Meinung gebildet hat. Dazu: Elisabeth Noelle-Neumann, Pressekonzentration und Meinungsbildung, in: Publizistik, 13. Jg. 1968, Heft 2/3/4, S. 107 ff.

23) Claudia Pinl, Wandel der Studentenpresse in der Universitätskrise; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 19 .Jg., Mai 1968, S. 290 ff.

schem Potential bei Lehrlingen, Schülern, Arbeitern und Angestellten enstand auch in diesen Bereichen eine der Selbstverständigung der politisch Arbeitenden dienende Presse [24]).

Es kommt darauf an, diese Gegenpresse der politisch arbeitenden Studenten, Lehrlinge, Arbeiter und Schüler zu stärken als Selbstverständigungsmittel im Kampf um die Bestimmung der gesellschaftlichen Dinge durch die, die davon betroffen sind.

Diese Gegenpresse muß Teil der organisierten, also der kontinuierlichen kollektiven politischen Arbeit sein, wobei Selbstverständigung (Information, Analyse politischer Kampagnen) e i n e Aufgabe zu sein hätte, Agitation eine weitere. Dort wo Ansätze „linker" Einstellungen vorhanden sind, muß diesen durch Information und Deutung von Zusammenhängen zur verbalen und praktischen Artikulation verholfen werden. Aufklärung und Agitation müssen sich dabei an spezifische Gruppen wenden, sie können kaum durch Bekehrungsversuche an einer unspezifischen Leserschaft geschehen, sondern nur im Zusammenhang mit konkreter politischer Arbeit, mit emanzipatorischen Konflikten. Beispiele einer solchen Gegenpresse, die sich in den Dienst der politischen Bedürfnisse bestimmter Gruppen stellt, sind Studenten-, Schüler-, Lehrlingszeitungen, Werkszeitungen, die von Betriebsbasisgruppen herausgegeben werden, Soldatenzeitungen etc. Hier kommt es darauf an, durch möglichst exaktes Eingehen auf die Situation der von diesen Institutionen Betroffenen deren Problembewußtsein weiter zu entwickeln in Richtung auf solidarisches Handeln.

Redaktionsstatuten und „innere Pressefreiheit"

Die täglich millionenfach falsches Bewußtsein reproduzierenden Großorganisationen der Massenmedien werden auf absehbare Zeit von der Gegenpresse nicht beeinflußt werden. Es fragt sich, inwieweit im Bereich der etablierten Presse durch eine Strategie des „Marsches durch die Institutionen" sich etwas ändern läßt. Ein Ansatzpunkt für eine solche Strategie ist das zunehmende Unbehagen der Journalisten, die im selben Maß wie das Publikum entmündigt werden, über ihre Arbeit immer weniger verfügen können. Rechtlich fand diese Entwicklung Ausdruck in der Interpretation der Pressefreiheit als ausschließliche Freiheit der Verleger [25]). Wenn jetzt in einigen Massenmedien die Journalisten durch die Verabschiedung von Redaktionsstatuten versuchen, dem Berufsbild vom unabhängigen, mutigen, nur der Wahrheit verpflichteten Journalisten gegenüber der Wirklichkeit des weisungsgebundenen Verlagsangestellten wieder ein wenig Realität zu verschaffen, so muß man sofort fragen, welche Chancen ein solcher Versuch angesichts der zunehmenden Monopolisierung der kommerziellen Basis des Pressewesens hat.

Im April 1969 verabschiedete die Redaktion der Illustrierten „stern" ein Redaktionsstatut [26]). Anlaß war das Verkaufsangebot von 25 Prozent der Anteile

[24]) Die Entwicklung der Zeitschrift „konkret" von einer Studentenzeitung zu einem kommerziellen Unternehmen führte im Kreis der „konkret"-Mitarbeiter zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen, die im Mai 1969 in dem spektakulären Versuch der Gruppe um Ulrike Meinhof gipfelten, die Redaktion zu besetzen. Durch die Tatsache, daß „konkret" ein Geschäftsunternehmen ist, unterscheidet es sich inhaltlich erheblich von der Presse politisch arbeitender Gruppen; vor allem geht die Zeitschrift in wachsendem Maß auf die unverbindlichen Konsumbedürfnisse der Kiosk-Käuferschaft ein. Ob die politisch gehaltvollen Beiträge unter der diffusen Leserschaft aufklärend wirken, darf bezweifelt werden. Die derzeitige „konkret"-Linie wird vor allem da bedenklich, wo herrschende Ideologie in scheinbar progressivem Gewand dargeboten wird — am auffallendsten in Fragen der Sexualität („Hier lesen Sie, wie man die Ehe bricht, damit sie länger hält", Nr. 18, 27. 8. 1970). „konkret" kann daher nicht als Teil der Gegenpresse verstanden werden.

[25]) Walter Mallmann, Pressefreiheit und Journalistenrecht, in: Otto Wilfert (Hrsg.), Es geht nicht nur um Springer — Material und Meinungen zur inneren Pressefreiheit. Mainz 1968, S. 16.

[26]) Vorher bereits gab es bei der „Neuen Ruhr-Zeitung", Essen, „Grundlagen der redaktionellen Arbeit" und ein Redaktionsstatut bei der Koblenzer „Rhein-Zeitung", in dem erstmals festgelegt wurde, daß bei Entlassungen von Redakteuren der Betriebsrat zu hören sei (was für sogenannte Tendenzbetriebe keine gesetzliche Vorschrift ist).

des Verlags Gruner+Jahr. Das Beispiel der Redakteure des Kindler & Schiermeyer Verlags („Jasmin", „Eltern" „twen") vor Augen, die innerhalb eines Jahres dreimal ihre „Besitzer" wechseln mußten, ohne den geringsten Einfluß auf diese Ereignisse zu haben, legten die „stern"-Redakteure in Artikel 4 ihres Statutsentwurfs fest: „Die Redaktion hat den ideellen und damit auch den materiellen Wert des ‚stern' entscheidend mitgeschaffen. Vor einer Veränderung der Besitzverhältnisse muß der Redaktionsbeirat informiert und gehört werden" [27]).

Dem Verkauf der Anteile an den Bertelsmann-Konzern stimmten die Redakteure zu, weil Bertelsmann zur Unterschrift unter das Statut bereit war und sich im Gesellschaftsvertrag verpflichtet hat, auf die Zeitschriften von Gruner+Jahr keinen Einfluß zu nehmen [28]).

Angelpunkt des „stern"-Statuts ist der Beirat, gedacht als Vertretungskörperschaft der Redaktion gegenüber den Verlegern: „Die Interessen der Redaktion nimmt ein Beirat aus sieben Redaktionsmitgliedern wahr, der jährlich in geheimer Wahl bestimmt wird" (Statut Artikel 3). Der Beirat soll über die politischen Leitsätze der redaktionellen Arbeit (Unabhängigkeit der Zeitschrift von Interessengruppen, Parteien und Wirtschaftsverbänden, Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Ordnung und zu fortschrittlich liberalen Grundsätzen" (Artikel 3) und über die Einhaltung der Gewissensklausel wachen („Kein Redakteur oder Mitarbeiter des ‚stern' darf gezwungen werden, etwas gegen seine Überzeugung zu tun, zu schreiben oder zu verantworten. Aus seiner Weigerung darf ihm kein Nachteil entstehen" (Artikel 2). Ferner ist es Aufgabe des Beirats, bei Einstellung und Entlassung der leitenden Redaktionsmitglieder und der politischen Mitarbeiter mitzubestimmen; Berufung oder Abberufung eines Chefredakteurs kann der Beirat mit Zwei-Drittel-Mehrheit verhindern (Artikel 5 und 6). Eine Anhörungspflicht des Beirats besteht bei beabsichtigten Kürzungen des Redaktionsetats (Artikel 7).

Das vom Bucerius-Blatt „Die Zeit" überschwenglich gefeierte Statut („Meilenstein der Pressegeschichte") enthält zum Teil Selbstverständlichkeiten, wie die Gewissensklausel — Druck auf Redakteure auszuüben, die gegen diese Klausel verstießen, ist verfassungswidrig [29]) — zum Teil Abwehrrechte, aber wenig, was zu einem echten Einfluß der Redaktion auf die redaktionelle Linie, auf die Personalpolitik oder das Geschäftsgebaren führen könnte. Unter bestimmten Umständen hat der Beirat ein Recht auf Information, Anhörung und im günstigsten Fall auch Mitbestimmung bei Entscheidungen der Verleger. „Demokratie ist aber nicht nur Kontrolle der Herrschenden durch die Beherrschten, das Fundament der Demokratie ist vielmehr die Vorstellung, daß Macht nicht von oben nach unten delegiert wird . . . sondern von unten nach oben . . ." [30]).

Die Gewissensklausel des „stern"-Statuts verbietet zwar, einen Redakteur oder Mitarbeiter zu zwingen, „etwas gegen seine Überzeugung zu tun, zu schreiben oder zu verantworten", sie ändert aber nichts an der Weisungsbefugnis der leitenden Redakteure, das betreffend, was n i c h t zu tun, zu schreiben oder zu verantworten sei [31]). Was die Personalpolitik betrifft, so kann die Redaktion nicht

---

27) Text vgl. „Frankfurter Rundschau", 20. 5. 1969.
28) So Gerhard E. Gründler, der maßgeblich am Zustandekommen des Statuts beteiligt war, in einer schriftlichen Antwort auf verschiedene Fragen der Verfasserin zur Praxis des „stern"-Statuts, 17. 11. 1969.
29) Wobei nicht verkannt wird, daß dies eine weithin geübte Praxis ist; das jüngste öffentlich bekannt gewordene Beispiel ist die Pression seitens des Chefredakteurs der „Welt" gegenüber dem Bonner Korrespondent des Blattes, Lersch; vgl. „Der Spiegel", 23. 2. 1970, S. 84.
30) Reinold E. Thiel, Rundfunk- und Fernsehintendanten als Herrscher, „Die Zeit", 19. 12. 1969, S. 13.
31) „Aber wenn ein leitender Redakteur etwas verhindert oder unterdrückt, was politisch relevant ist, kann der Betroffene sich an den Beirat wenden. Wenn durch Gespräche zwischen Beirat und dem leitenden Redakteur die Angelegenheit nicht zu beheben ist, kann sich für den Betroffenen ein Kündigungsrecht ergeben, wenn die ‚Unterdrückungsmaßnahme' als ein Verstoß gegen Artikel 1 anzusehen ist. Einen Durchsetzungsanspruch dergestalt, daß ein bestimmter Beitrag im ‚stern' zu erscheinen habe, gibt das Statut auch den politischen Mit-

etwa von sich aus die Abberufung eines Chefredakteurs und seine Ersetzung durch einen anderen verlangen.

Daß sich hinter dem schönen Schein des „stern"-Statuts weiter die schnöde Wirklichkeit der privaten Verfügungsmacht der Verleger verbirgt, wird jedoch erst deutlich, wenn man erfährt, wer im Beirat (dessen Sitzungen übrigens für andere Redaktionsmitglieder nicht zugänglich sind) die Interessen der Redakteure gegenüber den Verlegern wahrnimmt: der Chefredakteur Henri Nannen, seine beiden Stellvertreter Schuller und Gillhausen, die Ressortleiter Bissinger und Maaß sowie die Redakteure Jaenicke und Gründler. Von insgesamt sieben Beiratsmitgliedern gehören also fünf der Ebene der redaktionellen Leitung an, von der man in privatkapitalistisch organisierten Presseunternehmen im allgemeinen annehmen darf, daß auf dieser Ebene die Politik des Verlegers repräsentiert wird [32]). Chefredakteur Nannen genießt außerdem das besondere Vertrauen des Verlegers Dr. Gerd Bucerius [33]).

Die Praxis anderer Redaktionsstatuten scheint ähnlich zu sein, bei Zeitungen ebenso wie an Rundfunkanstalten, wo die Freiheit der Redakteure spätestens an der gesetzlich verbrieften Alleinverantwortung des Intendanten und am Einfluß der Parteienvertreter in den Rundfunk- und Verwaltungsräten endet [34]). Der Versuch der Redakteure, die Freiheit der Presse als ihre eigene Freiheit zu interpretieren, hat bisher nur die engen Grenzen aufgezeigt, die das System Autonomiebestrebungen einzelner seiner Funktionsträger gesetzt hat: „Eine privatwirtschaftlich betriebene Presse ist jenseits jeden politischen Mißbrauchs der Werbung treibenden Wirtschaft auf die Koordination von redaktionellem Teil und Anzeigengeschäft angewiesen. Die wirtschaftliche und politische Seite des Produkts Zeitung lassen sich nicht funktionell aufgliedern, ohne die wirtschaftliche Grundlage der Zeitungsverlage in Frage zu stellen. Darin ist keine Absage an Maßnahmen der inneren Pressefreiheit zu sehen. Wohl aber ist es eine Absage an die Vorstellung, man könne einen privatwirtschaftlich betriebenen Verlag mit einer wirtschaftlich immunisierten oder neutralisierten Redaktion verbinden" [35]).

Daraus folgt, daß Reformen der innerredaktionellen Verfassungswirklichkeit, die auf eine tatsächliche Trennung der publizistischen von der ökonomischen Funktion abzielen, weil sie die „Sachzwänge" des privatwirtschaftlich betriebenen Verlags in Frage stellen, notwendigerweise einen systemtranszendierenden Charakter haben. Deshalb ist Vorschlägen, die Mit- bzw. Selbstbestimmung der Redakteure durch ihre kapitalmäßige Beteiligung am Unternehmen zu ermöglichen, mit Skepsis zu begegnen. Der Versuch, aus Journalisten Unternehmer zu machen, ändert nichts am Zusammenhang von „wirtschaftlicher und politi-

---

arbeitern nicht. Die Flucht in die ‚Öffentlichkeit' der Redaktionskonferenz bleibt jedem unbenommen." Gerhard E. Gründler a.a.O. — Auf die Frage: „Wie ist das Verfahren bei erheblichen Kürzungen, erheblichen Änderungen des Textes, Verschiebung der Veröffentlichung? Welchen konkreten Einfluß hat ein Redakteur (freier Mitarbeiter) in diesen Fragen auf die Verwendung seiner Arbeit?" antwortete Gründler: „Keine Frage, die das Statut betrifft."

32) Christel Hopf, Zu Struktur und Zielen privatwirtschaftlich organisierter Zeitungsverlage, in: Peter Brokmeier, a.a.O., S. 8 ff.

33) „Nannen hat zufälligerweise praktisch einen lebenslänglichen Vertrag, der ihm völlige Freiheit zusichert . . .", so Dr. Bucerius am 27. 2. 1969 vor dem Bundestagsausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik. Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 8. Ausschuß, Protokoll Nr. 76, S. 21 (vervielf.).

34) Erstaunlich weitgehend der Wortlaut des Redaktionsstatuts der Münchner „Abendzeitung": Danach hat die Redaktion das Recht, zu Fragen von schwerwiegender Bedeutung Resolutionen in der „Abendzeitung" zu veröffentlichen, wenn sie von einer ²/₃-Mehrheit der Redaktion befürwortet werden; die Redaktion hat außerdem u. a. ein Mitspracherecht bei der Festlegung des Verhältnisses von redaktionellem Teil und Anzeigenteil. Hier hat also die Redaktion als Ganzes, nicht nur der Beirat, bestimmte Kompetenzen; vgl. „Vorgänge", 1/1970, S. 22. — Wie es allgemein um die „innere Pressefreiheit" bestellt ist, schilderte Otto Wilfert in der ZDF-Sendung „Wer regiert die Zeitungen?" vom 9. 12. 1969. — Das Institut für Demoskopie Allensbach hat bei einer Umfrage Ende 1969 festgestellt, daß von „Einzelanweisungen" des Verlegers 67 % der befragten Redakteure, 44 % der Ressortleiter und 35 % der Chefredakteure sprechen; „dpa-Informationen", II/29. 1. 1970.

35) Ernst-Joachim Mestmäcker, Pressefreiheit im Licht des Wettbewerbsrechts, in: Pressefreiheit — Entwurf eines Gesetzes zum Schutze freier Meinungsbildung . . . a.a.O., S. 136.

scher Seite des Produkts Zeitung" — von den Schwierigkeiten abgesehen, die Redakteure der Pressegroßkonzerne hätten, sich am Kapital ihres Verlegers in einem Prozentsatz zu beteiligen, der ihnen wirklich Einfluß gäbe.

Vorschläge zur inneren Pressefreiheit, die eine grundsätzliche Trennung zwischen publizistischer und wirtschaftlicher Funktion fordern, sind von verschiedener Seite gemacht worden. Von Bernd Jansen stammt der Gedanke einer Anzeigengenossenschaft als Zwangskartell für alle Tageszeitungsverleger. Die Anzeigeneinnahmen aller der Genossenschaft angeschlossenen Publikationen würden, abzüglich des Selbstkostenpreises, in einen gemeinsamen Topf fließen und aus diesem nach der Höhe der Auflage wieder verteilt werden. So würden nonkonformistische politische Meinungen sich nicht mehr über den Anzeigenetat negativ auf die wirtschaftliche Basis der Zeitung auswirken [36]). Dies wäre überhaupt erst die materielle Voraussetzung dafür, daß Redaktionsstatuten wirkliche Unabhängigkeit vom Verleger garantieren.

An die Stelle der bisherigen Redaktionsstatuten, die die Verfügung der Verleger über die in ihrer Redaktion hergestellte Ware lediglich bestätigen, hätten dann Richtlinien der inneren Pressefreiheit zu treten, die den Journalisten als den Produzenten die Entscheidung über Art, Aufmachung und Verwendung ihrer Arbeit überließen; die Kompetenzen des Verlegers wären damit auf diejenigen eines vom Redaktionskollektiv und anderen Betriebsangehörigen gewählten Geschäftsführers zu reduzieren [37]).

Freilich ist „Pressefreiheit", die nicht mehr „Freiheit der Verleger", sondern „Freiheit der Redakteure" ist, noch nicht dasselbe wie „Demokratisierung der Presse", also noch nicht identisch mit der Rückführung der Presse in den Dienst des Publikums. Jansen schlägt Zeitungsbeiräte zur öffentlichen Kontrolle der Massenmedien vor, ausgestattet mit ähnlichen Kompetenzen wie die Räte der Rundfunk- und Fernsehanstalten, ohne daß in ihnen, wie in den Rundfunkräten, „diejenigen Interessen dominieren, zu deren Gunsten in erster Linie manipuliert wird" (Regierung, Parteien, Kirchen, Unternehmensverbände). Jansen denkt an Journalisten, demokratische Minderheiten und unabhängige Vertreter der Öffentlichkeit als Beiratsmitglieder, Holzer an Gewerkschaften und Verbraucherverbände [38]). Das Endziel wäre die Loslösung der publizistischen Großorganisationen vom privatkapitalistischen Einfluß und ihre Konstituierung als öffentliche Einrichtungen, die als Mittel der Diskussion und Kommunikation denjenigen offenstehen sollen, die jetzt Objekte und Opfer der Meinungsmaschinerie sind [39]).

Angesichts der fortschreitenden Konsolidierung privater Verfügungsmacht über die Presse in den Händen weniger und angesichts der Beherrschung der öffentlich-rechtlichen Anstalten durch die „powers that be" erscheinen solche Alternativen im Augenblick irreal. Ihnen Realität zu verleihen, ist nicht möglich, solange das Aufbegehren gegen die vollständige Indienststellung der Presse für

---

36) Jansen, Klönne, a.a.O., S. 266 f., und: Republikanischer Club Westberlin (Hrsg.), Springer enteignen? o. J. (1968), S. 47.

37) Horst Holzer/Josef Schmid, Massenkommunikation in der Bundesrepublik, in: Friedrich Hitzer/Reinhard Opitz (Hrsg.), Alternativen der Opposition. Köln 1969, S. 272 f. — Interessant in diesem Zusammenhang sind Bestimmungen des neuen peruanischen „Statuts der Pressefreiheit", wonach es jedem Journalisten gestattet sein soll, Meinungen zu veröffentlichen, ohne daß die Chefredaktion oder der Verleger ihn daran hindern können; vgl. „Neue Zürcher Zeitung", Fernausgabe, 7. 4. 1970, S. 4.

38) Daselbst, S. 273.

39) Jürgen Habermas in Antwort auf die Frage der „Zeit": „Werden wir richtig informiert?". „Die Zeit", 31. 5. 1968, S. 17/18. Vgl. auch „Grundsatzerklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns", „Neue Kritik", Nr. 47, April 1968, S. 7 ff. — Der Gedanke, die Rundfunkanstalten als öffentliche Einrichtungen unmittelbar von gesellschaftlichen Kräften nutzen zu lassen, findet sich schon in der Weimarer Zeit — vgl. die Forderung Ernst Torglers, die Arbeiter sollten das Recht haben, ihre Rundfunkprogramme selbst zu gestalten. Zitate aus einer Reichstagsrede Torglers zu diesem Thema sind abgedruckt in: Otto B. Roegele (Hrsg.), Pressereform und Fernsehstreit. Gütersloh 1965, S. 142.

die Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo Angelegenheit einer zahlenmäßig kleinen Gruppe kritischer Journalisten bleibt. Allein können diese, wie sich an den bisherigen Redaktionsstatuten zeigt, wenig ausrichten. Der im Dezember 1969 von Rudolf Augstein verkündete Plan, die Mitarbeiter des „Spiegel" am Unternehmensgewinn zu beteiligen, war eine Abwehrreaktion auf den Versuch einer Gruppe von Redakteuren, ein Redaktionsstatut durchzusetzen; eine Abwehrreaktion, der offenbar Erfolg beschieden war [40]). Die versuchte Revolte beim „Spiegel" wäre nicht so leicht abzufangen gewesen, hätten die Redakteure in einer alarmierten politischen Öffentlichkeit Resonanz gefunden; fast unbemerkt von der Außenwelt konnte dieser Emanzipationsversuch unterdrückt werden.

Die Realisierung von Alternativen ist nur dann möglich, wenn der Widerstand in den Institutionen der Massenmedien zusammentrifft mit einer entsprechenden außerinstitutionellen Opposition, die sich nicht auf die journalistischen Berufsverbände beschränkt, sondern in bezug auf das Problem „innere Pressefreiheit" eine kritische Öffentlichkeit schafft, ähnlich derjenigen, die im Verlauf der Springer-Kampagne entstand.

Lage und Perspektiven Chiles

Von Dieter Boris, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt

Dieser Artikel stellt die Kurzfassung eines längeren Aufsatzes zum selben Thema dar. Dem Leser wird deshalb manche Argumentation verkürzt und vieles ungenügend belegt erscheinen. Zudem wird er manche neuere Nachricht nicht berücksichtigt finden, denn wir schlossen das Manuskript am 5. Oktober 1970 ab. D. Verf.

In Abwandlung eines im Zeitalter der Kabinettskriege geprägten Wortes kann man sagen: Die chilenische und die lateinamerikanische Emanzipationsbewegung haben eine Bataille gewonnen, aber noch keinen Befreiungskampf. Der knappe Wahlsieg Salvador Allendes kann — ähnlich wie die kubanische Revolution — nicht nur auf das Land selbst, sondern ebenso auf Lateinamerika insgesamt, wie auch auf das Kräfteverhältnis im internationalen Maßstab erhebliche Auswirkungen haben. Vor welchem ökonomischen und politischen Hintergrund hat sich die Veränderung der Machtkonstellation in Chile ergeben? Welchen politischen und ökonomischen Handlungsspielraum wird eine von Sozialisten und Kommunisten geführte Volksfrontregierung in Chile haben? Wie ist die Gefahr konterrevolutionärer Rückschläge einzuschätzen?

Die Geschichte und gegenwärtige Struktur Chiles [1]) ist der anderer Entwicklungsländer, besonders der lateinamerikanischen ähnlich, wenngleich hier — wie überall — wichtige Sonderbedingungen hinzukommen. Wie in anderen lateinamerika-

[40]) Eugen Stotz, Mit Speck fängt man Mäuse, in: „Welt der Arbeit", 16. 1. 1970.

[1]) A. G. Frank: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1969.

nischen Ländern war der die systembedingten internen und externen Entwicklungsschranken überdeckende relative Kriegs- und Nachkriegsboom in der Mitte der fünfziger Jahre [2]) zuende gegangen; die ökonomische und soziale Lage verschlechterte sich bis Anfang der sechziger Jahre erheblich [3]). Dies und die kubanische Revolution verursachten — trotz aller Beschwichtigungsversuche etwa in Gestalt der Allianz für den Fortschritt — einen allgemeinen Stimmungsumschwung nach links und eine Intensivierung der Klassenkämpfe. — Der überwältigende Wahlerfolg des Christdemokraten Frei im Jahre 1964 (55 %) war der widersprüchliche Ausdruck dieser Tendenzen. Denn er wurde sowohl von den Rechten (die auf einen eigenen Kandidaten verzichteten) als das kleinere Übel unterstützt, als auch von den sogenannten Mittelschichten sowie einem Teil des Sub- und Lumpenproletariats gewählt. Auf letztere Gruppe waren seine demagogischen Parolen von der „Revolution in Freiheit", der „kommunitären Gesellschaft" u. ä. zugeschnitten. Diese Veränderungen sollten u. a. durch Anwendung verschiedener Lehren aus dem ideologischen Arsenal der katholischen Soziallehre (etwa dem Subsidiaritätsprinzip) und unter Beibehaltung der unverzichtbaren dynamischen Privatinitiative durchgeführt werden. Das Regierungsprogramm der Partido Demócrata Cristiano (PDC) umfaßte vor allem folgende Punkte:

— Durchführung einer weitgehenden Agrarreform,

— Chilenisierung der ausländischen Investitionen und der in ausländischen Händen befindlichen Kupferminen,

— Beseitigung der Monopole, die die Wirtschaft kontrollieren,

— Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen sowohl in den Industrie- und Bergbauzentren als auch auf dem Lande,

— Ausweitung und Demokratisierung des Bildungswesens,

— Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und Erhöhung des Lebensstandards der unteren Schichten.

Allen Maßnahmen der Frei-Regierung liegen die Widersprüche einer kleinbürgerlich-reformistischen Politik zugrunde, welche über keine feste Klassenbasis verfügt und daher ständig hin und her zu schwanken genötigt ist (und obendrein — wie die letzte Wahl zeigte — sehr großen Stimmungsumschwüngen ausgesetzt ist). Auch in der ökonomischen Entwicklung während der Frei-Periode zeichnen sich diese Widersprüche ab.

Allgemeine sozio-ökonomische Entwicklung Chiles in den letzten Jahren

Die verhältnismäßig befriedigenden Wachstumsraten des BSP von ca. 5—6 % in den Jahren von 1964—1966 [4]), die im wesentlichen auf dem rapiden Anstieg der Kupferpreise und der Ausdehnung der Kupferproduktion beruhten, konnte Chile trotz des weiterhin relativ hohen Niveaus der Kupferpreise in den Jahren von 1967—1969 nicht beibehalten. Sie betrugen in dieser Periode durchschnittlich 2 % [5]), was bei einer jährlichen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachsrate von ca. 2,5 % ein Absinken des Pro-Kopf-Produkts bedeutet hat. Durch die seit Mitte der fünfziger Jahre hohen Inflationsraten, die — nach einem leichten Rückgang in den letzten Jahren auf knapp 30 % jährlich — im Jahre 1969 wieder auf rund

[2]) Siehe hierzu im allgemeinen: UN: The economic development of Latin-Amerika in the post-war period, New York 1964; speziell für Chile: A. Baltra Cortés, Die wirtschaftliche Entwicklung Chiles in den letzten 25 Jahren, in: Lateinamerika, Semesterbericht d. Lateinamerika-Inst. d. Univ. Rostock, Rostock 1966, S. 59—69, hier: S. 60, 62.
[3]) Von 1955—1959 ging das Pro-Kopf-Produkt jährlich durchschnittlich um 1,6 % zurück, von 1958—1961 stieg es jährlich um 0,4 %. Siehe den Aufsatz von Baltra Cortés, a.a.O., S. 63.
[4]) Vgl. Overseas Business Reports, Basic Data on the Economy of Chile, February 1968 (ed. v. US Department of Commerce), S. 6; im folgenden zitiert als OBR 1968.
[5]) Siehe: Kurzbericht über Lateinamerika, Februar 1970, hrsg. v. der Deutsch-Südamerikanischen Bank, Hamburg, S. 41, und Chile, wirtschaftliche Entwicklung 1968/69, September 1969; hrsg. v. d. Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, S. 2.

50 % stiegen [6]), sowie durch die ungleichmäßige und stets nachhinkende Anpassung der Löhne und Gehälter ist es zu einer Vermögens- und Einkommensumverteilung zugunsten der auf dem Markte tonangebenden Partei gekommen — durchaus im vollkommenen Gegensatz zu den demagogisch verkündeten Absichten der Frei-Regierung.

Insbesondere die Agrarproduktion, die zwischen 1964 und 1967 nur Zuwachsraten von ca. 2,7 % und danach sogar absolute Rückgänge von 3—4 % aufwies, entwickelte sich sehr unzureichend, was keineswegs nur auf die seit 1968 herrschende Trockenperiode, sondern vor allem auf die Besitz- und Machtverhältnisse in diesem Gesellschaftsbereich zurückzuführen ist. Während der Sektor der verarbeitenden Industrie, der stark konzentriert und monopolisiert ist [7]), in den letzten drei Jahren eine noch niedrigere Wachstumsrate (zwischen 1 und 2 %) hatte, entwickelte sich die bergbauliche Produktion, speziell die Kupferproduktion, insgesamt recht gut.

Auch im sog. „sozialen Bereich", also im staatlichen Wohnungsbau, im Gesundheits- und Erziehungswesen, wurden in der Frei-Ära einige Erfolge erzielt, wenn die selbst gesetzten Ziele auch hier keineswegs erreicht wurden [8]). Aufgrund eines veränderten Steuersystems und der Erhöhung der Einnahmen aus dem Kupferexport konnten sich die Staatsfinanzen verbessern und die Zuwachsrate der staatlichen Investitionen — gegenüber den stagnierenden in der Privatindustrie — erheblich erhöht werden.

Auch die außenwirtschaftliche Position Chiles konnte sich dadurch verbessern, daß während der ersten drei Jahre Handelsbilanzüberschüsse, zuletzt sogar Zahlungsbilanzüberschüsse und damit eine Erhöhung der Devisenreserven erzielt wurden. Den außenwirtschaftlich günstigen Momenten, zu denen auch eine bedeutende Veränderung der regionalen Exportstruktur gezählt werden muß, stehen als ungünstige Momente der hohe Anteil von Nahrungsmittelimporten an den Gesamtimporten und ein beständiger, in der letzten Zeit sich erhöhender Abfluß von Profiten aus ausländischen Unternehmen gegenüber [9]).

Die geplante, radikale Agrarreform [10]) war das Glanzstück des Frei'schen Regierungsprogramms. In der Tat wurden in deren Konzeption neue Akzente gesetzt, die auch zum Teil von der vereinigten Linken unterstützt wurden. Gegenüber der Reform von 1962 (und den vorherigen) ist bei den im Juli 1967 verabschiedeten Agrarreformgesetzen der Schwerpunkt weniger auf einzelne technische Verbesserungen gelegt worden, sondern auf die Umverteilung von Land und Bewässerungsanlagen. Hierbei sind die Enteignungskriterien, die vorher sehr extensiv interpretierbar gefaßt waren, präzisiert und verschärft worden. Die Entschädigungssummen wurden nach dem Steuerwert (nicht nach dem Marktwert, wie vorher) der Güter festgesetzt, und die Barauszahlung dieser Summen betrug durchschnittlich 5 bis 10 % des Preises, der Rest wurde mit 20 bis 30 Jahre laufenden, verzinslichen Staatsschuldverschreibungen vergütet. Besonders gefördert wur-

6) Vgl. Weltwirtschaft am Jahreswechsel. Chile, Mitteilungen der Bundesstelle f. Außenhandelsinformation, Februar 1970, S. 2.
7) Vgl. OBR 1968, S. 15.
8) Siehe hierzu: J. Petras, Chile, in: New Left Review 54 (1969), S. 56.
9) „Die hohen Ausgaben im Dienstleistungsverkehr (i.e. der chilenischen Wirtschaft) beruhen insbesondere auf hohen Kapitalerträgen, die alljährlich ins Ausland transferiert werden und die von 121 Mill. US $ im Jahre 1965 über 172 Mill. US $ im Jahre 1966 auf 215 Mill. US $ im Jahre 1968 anstiegen. Der größte Teil dieser Kapitalerträge entfiel auf die großen Bergbaugesellschaften, die sich in ausländischer Hand befanden. Von den insgesamt 215 Mill. US $, die im Jahre 1968 an das Ausland überwiesen wurden, betrafen allein 142 Mill. US $ diese Bergbaugesellschaften und weitere 73 Mill. US $ sonstige ausländische Direktinvestitionen im Inland sowie Zinsen für sonstige Schuldenaufnahme im Ausland." Länderbericht: Chile 1970, hrsg. v. Stat. Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart-Mainz 1970, S. 76.
10) Vgl. hierzu und z. folg. die weiteren Einzelheiten in der instruktiven Marburger soziologischen Diplomarbeit von Gabriele Voigt: Soziologische Aspekte der Agrarreform in Chile, Marburg 1970 (Maschinenmanuskript), S. 89 ff.

den das Familien- und das Genossenschaftseigentum, wobei insbesondere mit den genossenschaftlichen Arbeits- und Betriebsformen ein weitgespanntes Programm der Neuansiedlung (Asentamientos) und ein Programm der Ausbildung von Genossenschaftsmitgliedern einhergehen sollte [11]).

Abgesehen davon, daß die neuen Agrargesetze an manchen Stellen noch recht weitmaschig sind und sie z. T. die Förderung unrationeller kleiner Betriebseinheiten zur Folge haben, sind auch die erklärten großen Ziele der Agrarreform: die Ansiedlung von 100 000 Familien auf neuem Land und die Anhebung der Agrarproduktion, nicht erfüllt worden, wie Frei in einer seiner letzten Reden selbst zugeben mußte. Zwar sind bis Ende Juli 1970 1359 Landgüter mit insgesamt 3,4 Mio. ha enteignet und 950 genossenschaftsartige Vereinigungen gegründet worden, was — wenn diese vom Vizepräsidenten der CORA (Corporación de Reforma Agraria = Regierungsbehörde für Agrarfragen) angegebenen Zahlen stimmen, recht beträchtlich ist [12]); doch sind nur weniger als ein Fünftel von den vorgesehenen hunderttausend Familien bis 1970 mit Land ausgestattet worden [13]). Einer Untersuchung der FAO zufolge könnten die 300 000 Minifundistas-, Inquilinos- oder Landarbeiterfamilien, die es in Chile gibt, bei gleichem Tempo der Durchführung der Agrarreform, erst 1996 mit Land und Produktionsmitteln versorgt werden. Auf der anderen Seite ist die ökonomische und politische Macht der Latifundistas auch bei dieser Reform nicht ernsthaft angetastet worden [14]). Außerdem stieg die Produktivität sowohl des Ackerbaus wie auch der Viehzucht viel zu langsam an, als daß von einer spürbaren Verbesserung der Versorgungslage und einer Substitution der beträchtlichen Nahrungsmittelimporte gesprochen werden könnte. Kann diese Entwicklung teilweise mit der außerordentlichen Trockenperiode von 1968 bis 1969 begründet werden, so sind zum anderen die hohen Kosten beim Landankauf und die Notwendigkeit, viele Areale erst urbar zu machen, ein belastender und die Umwälzungen verschleppender Faktor. So sind z. B. 70 % der staatlichen Schuldverschreibungen an den Inflationsrhythmus angepaßt, was ebenso wie die Tatsache, daß ca. 80 % aller Enteignungsgründe in „schlechter Bewirtschaftung" lagen, die Kosten der Landreform gewaltig erhöht hat. Insgesamt soll sie bereits 4,2 Mrd. Escudos (1 Esc. = 0,31 DM) verschlungen haben. Es ist anzunehmen, daß dadurch die Aufwendungen für die technische und bildungsmäßige Ausstattung der Werktätigen gekürzt werden mußten. Auch kann die Verpflichtung der neuen Besitzer (ob Einzelbesitzer oder Genossenschaftsmitglieder) zur Bezahlung des Landes sich bei ihren ohnehin begrenzten Kreditmöglichkeiten sehr nachteilig auswirken. Die Aussichten der CORA, zu einem wirksamen Hebel der Umverteilung und Neuordnung zu werden, sinken noch dadurch, daß einerseits bei besser bewirtschafteten großen (noch zu enteignenden) Gütern mit hohem Steuerwert sich deren Ankauf sehr verteuern wird, andererseits aber der Anteil öffentlicher Mittel am Budget der CORA stark abfällt und diese zunehmend von privaten Geldgebern abhängig geworden ist.

Der Rückgang des öffentlichen Anteils am Budget der CORA hängt wesentlich mit den durch die „Chilenisierung" des Kupferbergbaus anfallenden Zahlungen zusammen. Schon hier zeigt sich die Zwangsjacke einer kleinbürgerlichen Reform,

11) Nach einer dreijährigen Übergangszeit in solchen Genossenschaften, die von Regierungsbeamten und Genossenschaftsmitgliedern verwaltet werden, sollen sich die Bauern entscheiden, ob sie künftig selbständig ein eigenes Stück Land bewirtschaften wollen oder der genossenschaftlichen Besitz- und Betriebsform den Vorzug geben.
12) Vgl. „Nachrichten für den Außenhandel" v. 22. 8. 1970.
13) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR) v. 28. 8. 1970.
14) Vgl. die kritische Beurteilung von Mario Cerda G. in seinem Aufsatz „Revolucion vs. Reformismo": „Man vergleiche die 1118 enteigneten ‚Fundos' mit ihrer Gesamtzahl von 13 092 und die enteignete Fläche (2 871 000 Hektar) mit der im Landwirtschaftszensus genannten Zahl von 10 359 000 Hektar, die sich im Besitz der großen Latifundistas befinden." In: Documentos, Suplemento de la edición No. 112 de PUNTO FINAL, 1° de septiebre de 1970, Santiago, S. 5.

die es allen gleichzeitig recht machen will und die auf der einen Seite das nehmen muß, was sie auf der anderen Seite zur Verfügung stellt. — Bekanntlich gehört Chile zu den größten Kupferländern der Welt. Man schätzt, daß dort 30—40 % der Weltkupfervorkommen liegen; zur Zeit ist Chile mit ca. 700 000 t jährlicher Produktion zu 16 % an der gesamten Weltproduktion dieses für die Elektro-, Auto- und Rüstungsindustrie so außerordentlich wichtigen Metalls beteiligt. Da es gegenwärtig nur 20 000 t jährlich selbst verwendet, ist Chile zugleich der Welt größter Exporteur von Kupfer. Wenngleich der Beitrag der Kupferproduktion zum Bruttosozialprodukt bislang rückläufig gewesen ist (gegenwärtig rund 7—10 %, Anteil der hier Beschäftigten an den gesamten Erwerbstätigen: 4—6 %), bildet sie doch in vieler Hinsicht das Rückgrat der chilenischen Wirtschaft. Mit dem Kupferexport werden ca. 70 % des chilenischen Devisenaufkommens sowie rund 15 % des Staatshaushalts bestritten. Die großen Gruben (Chuquicamata, El Teniente, El Salvador — die sog. Gran Mineriá), die 80 % des chilenischen Kupfers produzieren, befanden sich bis vor kurzem völlig in ausländischer Hand, genauer gesagt im Besitz von drei US-amerikanischen Gesellschaften. Dieser Umstand ebenso wie die großen Schwankungen des Kupferpreises auf dem Weltmarkt haben die chilenische Wirtschaft extrem auslandsabhängig gemacht.

Es war daher prinzipiell richtig von der Regierung Frei, die Übertragung der Kupferproduktion auf den chilenischen Staat einzuleiten. Die sog. „Chilenisierung" [15]) umfaßte folgende Punkte: Der chilenische Staat hat zunächst 51 % bzw. 25 % der Aktien der drei großen Unternehmen bzw. von drei ihrer Betriebe in Chile übernommen, deren Dollargegenwert gleich in die Kupfergewinnung bzw. -verarbeitung investiert werden mußte; denn die Abkommen sehen gleichzeitig eine Verdoppelung der Kupferproduktion, eine Verdreifachung der Herstellung von Raffinade-Kupfer und eine Erweiterung der Kupfer-Halbzeugproduktion bis 1972 vor. Hierzu sind gewaltige Investitionen erforderlich, welche gemeinsam von US-Unternehmen und dem chilenischen Staat aufgebracht werden sollten. Trotz der politischen Bedeutung dieser Änderung der Eigentumsverhältnisse kann die kurzfristige und mittelfristige ökonomische Vorteilhaftigkeit für Chile bezweifelt werden. Die Gründe hier sind: 1) Der chilenische Staat hat z. B. bei der Übernahme von El Teniente (Kennecott Copper) eine Summe entrichtet (82 Mio. US-Dollar), die weit über dem Steuerwert dieses Unternehmens lag und in die auch zukünftige Gewinne einbezogen wurden. 2) Es wurden die Steuerraten für den Profitteil des Partners (Kennecott Copper, Anaconda und Cerro Corporation) erheblich gesenkt und vereinbart, daß sie in den nächsten 20 Jahren nicht erhöht werden dürfen. 3) Der finanzielle Gewinn ist für Chile momentan äußerst gering; er wird erst positiv auf einen längeren Zeitraum gesehen und im Kontext der Chilenisierung und des Kupferexpansionsprogrammes als Ganzem. Die Nettogewinne streichen augenblicklich noch die US-Gesellschaften ein, während fast alle zusätzlichen Kosten von Chile getragen werden müssen [16]). — Ein weiterer bedenklicher Aspekt der Bedingungen, unter denen die Chilenisierung des Kupferbergbaus verläuft, ist die Anlockung neuer Auslandsinvestoren für die Kupfer weiterverarbeitenden Industriezweige. Diesen wird völlige Freiheit gewährt, Profite ins Ausland zu transferieren; für die Errichtung neuer Industrien oder Export-

15) Siehe die detaillierte Beschreibung der anfänglichen Vertragsinhalte von 1964/65 mit den drei US-amerikanischen Gesellschaften bei Mariano Puga Vega, El Cobre Chileno, Santiago de Chile 1965, S. 11 ff., und zur Bewertung der Kosten und der Gewinne der „Chilenisierung" für Chile die Studie von K. Griffin: Under development in Spanish America, London 1969, S. 149—173.

16) „Chiles Summe der Gewinne war in den ersten drei Jahren negativ. Im vierten Jahr waren die Gewinne positiv, aber sie waren noch zu klein, um die Verluste der ersten drei Jahre kompensieren zu können. Erst vom fünften Jahr an werden die kumulierten Gesamtgewinne positiv. Auf keiner Stufe — dies sollte hinzugefügt werden — waren die Gewinne der ausländischen Gesellschaften negativ. Mit Ausnahme der Rio Blanco Mine machten die Auslandsgesellschaften — vom ersten Jahr an — größere Netto-Gewinne unter dem Chilenisierungsprogramm als unter den Bedingungen des status quo ante." (K. Griffin, a.a.O., S. 162)

industrien wird garantiert, daß die Steuern nicht erhöht oder keine neuen Steuern erhoben werden; bei der Errichtung neuer Industrien, die hauptsächlich nationale Ressourcen benutzen, wird eine Steuerbefreiung von 10 Jahren nach Beendigung der Investition gewährt [17]). — Auch die im Sommer 1969 in Angriff genommene „Nationalisierung auf lange Sicht" der Kupferbergbaubesitzungen der Anaconda-Gruppe, die in Unkenntnis von Einzelheiten von manchen fortschrittlichen Kreisen als „neue Linie von Frei" und „Schwächung des US-Imperialismus" allzu euphorisch kommentiert worden ist [18]), stellt keine prinzipielle Abkehr von der Freischen Kupferpolitik dar. Allzu große politische Rücksichtnahme und Nachgiebigkeit hat auch in diesem Fall die Kosten der „Chilenisierung" unnötig erhöht. Nicht zuletzt dadurch stellt sich bei den Satelliten- und Anschlußindustrien des Kupferbergbaus, die sehr kapitalintensiv sind und oft ein hohes Kapitalminimum erfordern [19]), erneut das Problem der Finanzierung, welches die Frei-Regierung durch neuerliche Anlockung von ausländischem Privatkapital und durch Aufnahme großer Kredite (die Auslandsverschuldung beträgt zur Zeit rund 2 Mrd. US-Dollar) [20]) zu lösen sich anschickte. Die Fremdbeherrschung und Auslandsabhängigkeit hat sich bzw. hätte sich dadurch nur auf andere Ebenen verlagert. So ist die Kupferpolitik der Regierung Frei nur sehr bedingt als Erfolg zu werten. Insgesamt wird man folgender Beurteilung Volker Lührs zustimmen können: „Freis Reformpolitik hat bislang nur in Teilbereichen der chilenischen Wirtschafts- und Sozialstruktur angesetzt und, wenn auch diese Eingriffe umfassend gewesen sind, die angestrebten Ziele der gesellschaftlichen Neuordnung und der wirksamen Entwicklungspolitik nur partiell erreicht. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Beschränkung auf einige Kernprobleme der aktuellen chilenischen Situation, vor allem die Ausgliederung der Privatindustrie und der Privatbanken aus dem Reformprogramm, eine maßgeblich mitwirkende Ursache dieses Scheiterns gewesen ist. Genau genommen, handelt es sich um einen Widerspruch zwischen der Proklamation eines übergreifenden gesellschaftspolitischen Ziels und seiner unvollständigen Umsetzung in ein kohärentes Aktionsprogramm" [21]).

Politische und soziale Entwicklung Chiles in den sechziger Jahren

Die Geschichte der chilenischen Unterentwicklung ist — und das unterscheidet die Entwicklung Chiles von der aller anderen lateinamerikanischen Länder — gleichzeitig die Geschichte des chilenischen Parlamentarismus. Von der Mitte des 19. bis in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurde dieses System maßgeblich von der Partido Liberal (PL) und von der Partido Conservado (PC) getragen. Während letztere klerikal war und die Interessen der Großgrundbesitzer vertrat, war die PL antiklerikal orientiert und Repräsentant der Nitrat- und Minenbesitzer. Beide Gruppen treten seit 1965 als Partido Nacional (PN) auf und bilden den gemeinsam sich an den Wahlen beteiligenden Rechtsblock. Aufgrund der Interessenfusion dieser beiden Parteien vermochte es die Partido Radical (PR), eine bereits in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts von Beamten, Intellektuellen, Lehrern und einheimischen Industriellen gegründete Interessenagentur des „modernen Kapitalismus", erst nach dem Ersten Weltkrieg sich in den politischen Vordergrund zu schieben, und stellte von 1938 bis 1952 — zum Teil in Koalition mit der Linken — den Präsidenten. Ihr relativ opportunistisches Verhalten be-

17) Siehe hierzu: S. Bodenheimer, „Stagnation in Liberty". The Frei Experiment in Chile (Part I), in: North American Congress on Latin America (NACLA), Newsletter No. 10 (Vol. II, February 1969), S. 6.
18) Vgl. die Bemerkungen in: W. Breuer, B. Hartmann, H. Lederer: Revolution in Lateinamerika, Köln 1969, S. 147, und den Bericht der FR v. 8. 7. 1969; dagegen die genaue Darstellung der Umstände und Fakten in Le Monde v. 25. 10. 1969 und v. 12. 9. 1970.
19) Siehe hierzu: H. Jürgensen/M. Schulz-Trieglaff: Entwicklungsperspektiven der Weltkupferwirtschaft, Göttingen 1969, S. 22 ff.
20) Vgl. den Bericht in: Blick durch die Wirtschaft v. 12. 9. 1970.
21) V. Lühr, „Revolution in Freiheit". Chile im Vorjahr der Präsidentschaftswahlen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 11 (20. Jg. Nov. 1969), S. 663.

sonders während der Volksfrontphasen, in denen sie ihre Bündnispartner ständig verriet, trug ihr den Ruf eines unsicheren Kantonisten ein [22]).

An den Präsidentschaftswahlen 1958 beteiligte sich neben den genuin bürgerlichen Parteien erstmals die Partido Demócrata Cristiano (PDC), die 1957 aus der „Flange Nacional" — einer in den dreißiger Jahren von der PC abgefallenen konservativen Studentengruppe, die ihre Sympathien für den italienischen Faschismus nicht verbarg — und einer späteren Abspaltung der Konservativen enstanden war [23]). Von den Parlamentswahlen ihres Gründungsjahres bis zu denen von 1965 konnte sie ihren Stimmenanteil von 9,4 auf 42,3 % vergrößern (1964 wurde ihr Kandidat Eduardo Frei bekanntlich Präsident der chilenischen Republik), um seither an der Wahlfront eine Niederlage nach der anderen einstecken zu müssen. Die PDC tritt mit gewissen Reformvorstellungen vor die verelendeten Massen, ist aber gleichzeitig mit dem nationalen wie dem ausländischen Kapital liiert [24]). Als Ende der fünfziger Jahre in Chile — wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern — die durch das Ende des Nachkriegsbooms bedingte Verschlechterung der ökonomischen Situation und das Gelingen der kubanischen Revolution die Notwendigkeit wie auch die Möglichkeit einer Alternative zum bestehenden System wieder denkbar erscheinen ließen, entsprach die PDC in ihrem Programm der „kommunitären Gesellschaft" und der „nationalen Wiedergeburt" wie in ihrer sozialen Basis einem verbreiteten Bewußtseinstypus, dem weitgehende ökonomische und soziale Reformen zwar unabdingbar erschienen, der aber die traditionellen religiösen und ideologischen Vernebelungen noch nicht überwinden konnte.

Demzufolge läßt sich der Sieg Freis bei den Präsidentschaftswahlen 1964 auf drei Faktoren zurückführen:

— Die noch unter starkem Einfluß der katholischen Kirche stehenden Frauen stellten einen überproportionalen Anteil des Frei'schen Wählerreservoirs.

— Ein Großteil der ländlichen Kleinbesitzer wählte PDC.

— Die sogenannten städtischen Mittelklassen und subproletarische Existenzen trugen dazu bei, daß die Christdemokraten in den beiden größten Städten, Santiago und Valparaiso, in denen 40 % aller Wahlberechtigten wohnen, die Mehrheit erringen konnten [25]).

Zudem wurde entscheidend, daß die geschwächte Rechte aus Angst vor einem möglichen Sieg der Volksfront auf einen eigenen Kandidaten verzichtete und Frei als kleineres Übel unterstützte.

Innerhalb der PDC lassen sich im wesentlichen zwei ideologische Tendenzen aufweisen, die der Populisten und die der Korporatisten. Letztere propagieren die Herrschaft von Eliten, deren Wertvorstellungen auf der Fortdauer der hierarchischen Struktur der Gesellschaft basieren, während die Populisten die Teilnahme der Armen, der Minderheiten, generell der Benachteiligten einer Gesellschaft in

---

22) Vgl. F. B. Pike, Aspects of Class Relations in Chile 1850—1960, in: J. Petras/M. Zeitlin (eds.), Latin America. Reform or Revolution?, New York 1968, S. 202—218, und J. J. Johnson, Political Change in Latin America, Stanford 1967, S. 83.

23) Vgl. z. folgenden insbesondere: J. Petras, Chilean Christian Democracy: Politics and Social Forces, Berkeley 1968.

24) Am 7. 9. 1964 meldete die New York Times zur Wahl Freis: „Sein Sieg ist für jede wichtige Hauptstadt der westlichen Hemisphäre zwischen Washington und Buenos Aires ein Grund zum Aufatmen." Vgl. auch Der Spiegel, Nr. 38 (18. Jg., 16. 9. 1964), S. 94 ff.

25) Ein weiterer wichtiger Faktor für den Sieg Freis war eine massive Unterstützungskampagne seitens der westdeutschen CDU. Das CDU-eigene „Institut für internationale Solidarität" führte aggressive, antikommunistische Wahlkampfmethoden ein und veranlaßte, als die eigenen Mittel (offizielles Jahresbudget: 4 Mio DM) erschöpft waren, Abzweigungen in Höhe von mehreren Millionen Mark von der „Misereor-Kollekte" an die DESAL (Organisation Demokratische Sozialarbeit für Lateinamerika). Siehe hierzu: Der Spiegel, Nr. 38, a.a.O. und die Sammlung von Presseberichten über den westdeutschen „Einsatz" in: Der Neokolonialismus der westdeutschen Bundesrepublik. Eine Dokumentation, hrsg. v. Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee in der DDR, Berlin 1965, S. 132—137.

den Mittelpunkt stellen, wobei ihr soziales Engagement allerdings eher moralisch als durch eine stringente Klassenanalyse motiviert ist. Ihren verschiedenen ideologischen Positionen entsprechend, besetzten die Korporatisten im allgemeinen eher Stellungen im Partei- und heute auch im Staatsapparat, während die Populisten in den Basisorganisationen der Partei (Bauerngewerkschaften, Slumsozialarbeit etc.) stärker vertreten sind.

Gerade dieser ambivalente Charakter der Partei ist Garant ihrer Massenwirksamkeit. Ihn aufrechtzuerhalten und die in ihm implizierten Manipulationsmechanismen richtig anzuwenden, ist entscheidendes Mittel zur Sicherung des Erfolgs und der Existenz der PDC.

Wie alle Maßnahmen der Frei-Regierung spiegelt auch die Promoción Popular, eine vor allem in den Slums agierende Nachbarschaftsorganisation, die infrastrukturelle Verbesserungen finanziert, die Zwielichtigkeit der christdemokratischen Ideologie und Praxis wider [26]). Denn während sie einerseits als Versuch betrachtet werden kann, der PDC (und damit einer Reform im kapitalistischen Rahmen) eine Massenbasis zu schaffen — eines ihrer wichtigsten Prinzipien, die Förderung der „Privatinitiative", führte zu dem illusionären Versuch, mit geringen Mitteln rentable Kleinbetriebe in den Slums zu installieren und so aus Lumpenproletariern kleine integrierte Privatunternehmer zu machen —, so bot andererseits ihre relativ demokratische Organisation der Linken die Möglichkeit neuer Basiskontakte.

Auch die christdemokratische Agrarpolitik ist von der oben beschriebenen Ambivalenz gekennzeichnet. Um das nachzuweisen, seien hier zunächst kurz die sozialen Verhältnisse auf dem Lande umrissen: Die in der Landwirtschaft arbeitende Bevölkerung stellt etwa 30 % aller Werktätigen und trägt zum BSP etwa 10 % bei. 40 % der landwirtschaftlichen Werktätigen sind landlose Arbeiter, weitere 52 % sind als Grundbesitzer registriert — davon sind aber über die Hälfte kleine Parzellenbauern, die zusammen nicht mehr als 1 % des bebauten Bodens besitzen. 4 % dieser „Grundbesitzergruppe" verfügen dagegen über etwa 2/3 des bebauten Landes [27]). Für die letztgenannten Latifundisten arbeitet die Mehrzahl der chilenischen Landbevölkerung in unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnissen: Die Inquilinos, Schuldabhängige, die ständig auf dem Fundo leben, arbeiten für ein kleines Stück Land, eine Behausung und Entlohnung in Naturalien 240 Tage im Jahr auf den Ländereien des Großgrundbesitzers. Zudem existiert eine sehr viel klassenbewußtere Gruppe von ländlichen Lohnarbeitern, z. T. landlose Wanderarbeiter, z. T. Parzellenbauern, die gelegentlich (z. B. während der Ernte) oder ständig als Spezialisten eingesetzt werden [28]). — Die Gruppe der vom Hacendado unabhängigen Parzellenbauern, etwa 1/4 der chilenischen Landbevölkerung, bewirtschaftet in Familieneinheiten oder auf Dorfebene organisiert ein zusammenhängendes Stück Land, das ihr zuweilen nicht einmal das Überleben sichert [29]).

Im Gefolge der Frei'schen Agrarreform, die Verbesserungen der Kommunikations- und Infrastruktur auf dem Lande, die Entstehung landwirtschaftlicher Großbetriebe sowie eine sozialere Gewerkschaftsgesetzgebung für Landarbeiter nach sich zog, und nach dem Inkrafttreten eines neuen Wahlgesetzes, das die Möglichkeiten der Manipulation in ländlichen Stimmbezirken verringerte, läßt sich eine

[26]) Zum folgenden insbesondere J. Petras, a.a.O., passim.
[27]) Vgl. J. Petras/M. Zeitlin, Agrarian Radicalism in Chile, in: The British Journal of Sociology, No 3 (Vol. XIX, 1968) und G. Voigt, Die soziologischen Aspekte der Agrarreform in Chile, a.a.O., S. 89 ff.
[28]) Schätzungen über die relative Verteilung von Inquilinos und Lohnarbeitern differieren erheblich. Eine Studie nennt 26 % Inquilinos und 15 % Lohnarbeiter, während der Agrarzensus von 1955 12 bzw. 27 % ermittelt hat. Vgl. J. Petras/M. Zeitlin, Agrarian Radicalism . . ., a.a.O., S. 69, Anm. 4.
[29]) Vgl. hierzu: K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1966, S. 307.

Veränderung der politischen und sozialen Szenerie beobachten [30]). „Die politischen und kulturellen Bande zwischen Stadt und Land, zwischen Proletariat und Bauern haben sich in sehr unterschiedlicher Weise entwickelt ... Tausende von Inquilinos und Parzellenbauern wurden zu Lohnarbeitern durch den Bau von Wasserkraftwerken, Straßen, Stauseen und Kanälen oder in junge Industrien wie Zucker- und Holzverarbeitung gezogen und leben zusammen mit Proletariern, die aus den Städten kommen. Darüber hinaus haben Krisen wie repressive Maßnahmen gegen das städtische Proletariat viele Minen- und Fabrikarbeiter wieder auf das Land zurückgeworfen. Auf den Fundos und in den Dörfern ganz Chiles gibt es daher viele Arbeiter, einschließlich solcher, die in den Kupfer- und Nitratminen Gewerkschaftsführer waren" [31]). Die weitgehend mit der Durchführung der Agrarreform beauftragte populistische Fraktion der PDC verstärkte durch Versuche, ihre Maßnahmen mit wirksamen Massenaktionen und -organisationen zu unterstützen (unter anderem gründete sie die ersten regionalen Bauerngewerkschaften, die im christdemokratischen Dachverband zusammengeschlossen sind) den Prozeß der Politisierung der Landbevölkerung. Durch Organisation von Landbesetzungsaktionen, die sich gegen die zögernde Haltung der Regierung und Willkürmaßnahmen der Grundbesitzer richteten, gerieten die populistischen Gewerkschafter in Konflikte mit ihrer Partei- und Regierungsspitze und mit von der Regierung aufs Land geschickten technischen Beratern, was sie immer stärker radikalisierte und in einigen Fällen zur Zusammenarbeit mit den seit 1960/61 bestehenden Bauern-Gewerkschaften der marxistischen Linken (insbesondere der KP) führte [32]).

Der weiter sich ständig vergrößernde Einfluß der Linken drückt sich nicht zuletzt in ihren Wahlerfolgen in agrarischen Stimmbezirken aus. Aus einer Analyse der Präsidentschaftswahlen von 1958 [33]) ergibt sich, daß der Stimmenanteil der FRAP direkt proportional zum Anteil der Lohnarbeiter in einem ländlichen Wahlbezirk anstieg; eine Tendenz, die sich bei den Wahlen von 1964 noch verstärkte. Gleichzeitig lassen sich die Erfolge der linken Agrarpolitik auch im Anwachsen der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung nachweisen, der — nach Angaben des KP-Organs „El Siglo" — Ende 1969 mehr Mitglieder angehört haben als den ursprünglich sehr viel stärkeren christlichen Gewerkschaften [34]).

Versuchte die PDC die Integration von „slum-dwellers" und Landarbeitern zunächst noch mit friedlichen Mitteln zu erreichen (nicht zuletzt als Konzession an ihre linke Fraktion), so praktizierte sie gegen den bewußtesten Teil der unterdrückten Klasse, das Industrieproletariat, von Anfang an die Politik der „mano dura". Auf ihre rigoros auf Kosten der Löhne betriebene Deflationspolitik antworteten als erste die Kupferminenarbeiter mit einer Streikwelle, die sich später auf die gesamte verarbeitende Industrie, den infrastrukturellen Bereich und den öffentlichen Sektor ausdehnte. Dem setzte die Regierung einen Militäreinsatz, der viele Arbeiter das Leben kostete, Massenverhaftungen und ein Gesetz zur Fixierung von Maximallöhnen (1966) entgegen [35]). Um dieser volksfeindlichen

---

30) Vgl. D. W. Bray, Chile — The Dark Side of Stability, in: Studies on the Left, No 4 (Vol. IV, Fall 1964), S. 88. J. Petras/M. Zeitlin, Agrarian Radicalism . . ., a.a.O., S. 257. Von den größten Fundos in den zehn landwirtschaftl. Hauptprovinzen gehören sechs (29 % des Landes) Kapitalgesellschaften; zwei (10 % des Landes) sind staatlich; eine (4 % des Landes) gehört der katholischen Kirche, neun (49 % des Landes) individuellen Agrarkapitalisten und zwei (9 % des Landes) befinden sich in Gemeineigentum. Vgl. J. Petras/M. Zeitlin, Agrarian Radicalism, a.a.O., S. 269, Anm. 8.

31) L. Corvalan, Vorsitzender der KP Chiles, zitiert nach J. Petras/M. Zeitlin, Miners and Agrarian Radicalism, in: J. Petras/M. Zeitlin, Latin America — Reform or Revolution?, New York 1968, S. 245 f.

32) Die Bauerngewerkschaft der FRAP, die von einem Kommunisten geführt wird, ist etwa gleichstark (im Jahre 1968 30 000 Mitglieder) wie die der PDC; vgl. J. Petras/M. Zeitlin, Agrarian Radicalism, a.a.O., S. 269, Anm. 2.

33) Petras/Zeitlin, Agrarian Radicalism . . ., a.a.O.

34) Vgl. die Angaben von K. Eßer, Agrarreform, ein Machtproblem — Zum Herrschaftssystem der Landherren in Chile, in: Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 39 (März 1970), S. 33—53.

35) Vgl. Express International, Nr. 69 (Jg. VI, 4. 4. 1969), S. 6.

Aktion den Anschein einer Massenunterstützung zu verleihen, bediente sie sich quasi-faschistischer Methoden: Zum erstenmal in der Geschichte Chiles demonstrierten bezahlte Slumbewohner und von ihrem Dienstherrn zu dieser Aktion beorderte Regierungsbeamte gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter — und dies, nachdem drei Tage zuvor 6 Bergleute und 2 Frauen bei einer militärischen Antistreikaktion getötet worden waren. — Der direkte Angriff gegen den nicht von der PDC kontrollierten Teil der Arbeiterklasse wurde durch massive Pressekampagnen unterstützt, die die Chilenen auf eine „Periode von Opfern" vorbereiteten und den „. . . in den Gewerkschaften und Parteien versteckten Feind, . . . nämlich die traditionelle Linke, die mit dem Volk durch legale und illegale Bande zusammenarbeitet", anprangerten [36]).

Dieser Frontalangriff der PDC gegen das Industrieproletariat deutet — wie schon bemerkt — auf dessen relative Stärke hin. In der Tat geht dessen kämpferische Tradition bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts zurück; und Sozialisten wie Kommunisten haben hier ihre traditionelle Wählerbasis: So erhielten z. B. die Kommunisten bei den Kommunalwahlen 1947 71 % der Stimmen der Kohlenarbeiter, 63 % der Nitratbergleute und 55 % der Kupferarbeiter, während ihr nationaler Durchschnitt bei 18 % lag [37]). Diese Stimmenverteilung läßt sich in etwa für jede Wahl nachweisen, an der die KP sich beteiligte [38]). Trotz der extrem gewerkschaftsfeindlichen chilenischen Gesetzgebung (die es ermöglicht, nahezu jeden Streik für illegal zu erklären, und die Bildung von Streikfonds nicht zuläßt [39])) ist die chilenische Gewerkschaftsbewegung eine der stärksten Lateinamerikas — sowohl in bezug auf ihre Mitgliederzahl als auch in bezug auf ihr Mobilisierungspotential [40]). Sie konnte besonders nach der Depression der dreißiger Jahre einen großen Mitgliederzustrom verzeichnen und organisiert heute etwa 30 % des Industrie- und 12 % des ländlichen Proletariats [41]). Kommunisten und Sozialisten gründeten zunächst parteieigene Organisationen, die erst 1953 im Dachverband CUT (Central Unicá de Trabajadores) zusammengefaßt wurden, der heute mit 30 angeschlossenen Organisationen und etwa 400 000 Mitgliedern (das sind ungefähr 70 % aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter) der größte Zentralverband ist [42]). Er ist offiziell keiner Partei angeschlossen, doch dominieren in ihm KP und Sozialistische Partei. (Die Christdemokraten, die nach einem gescheiterten Versuch, eine eigene Industriearbeitergewerkschaft zu gründen, seit kurzem den Anschluß an die CUT suchen, werden bei wichtigen Entscheidungen ständig majorisiert.)

Nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung arbeiten die beiden großen Parteien der Linken, die Kommunistische Partei Chiles — sie wurde 1921 von Gewerkschaftern gegründet und ist die stärkste KP Lateinamerikas [43]) — und die Partido Socialista (PS), die 1931 aus einer trotzkistischen Abspaltung der KP und mehreren anderen linken Gruppen entstand [44]), zusammen, sondern sie beteiligen sich auch gemeinsam mit mehreren sozialistischen und linksbürgerlichen Splittergruppen seit 1956 als Frente de Acción Popular (FRAP) an Wahlen. Die politi-

[36]) Politica y Espíritu, No 22 (Sept./Okt. 1965), S. 1.
[37]) Vgl. J. Petras/M. Zeitlin, Miners . . ., a.a.O., S. 238.
[38]) Vgl. J. Petras/M. Zeitlin, The working-class-vote in Chile — Christian Democracy versus Marxism, in: The British Journal of Sociology, No 1 (Vol. XXI, March 1970), S. 16—29.
[39]) Vgl. A. Angell, Labour and Politics in Chile, in: R. Carr (Ed.), Latin American Affairs, London 1970, S. 107—136.
[40]) Vgl. A. Angell, a.a.O.
[41]) Diese Angaben wurden ermittelt aus: D. W. Bray, a.a.O., S. 89; K. Eßer, a.a.O.; Food for Progress in Latin America, Report on Agricultural Development in Latin America, ed. by: Subcommittee on International Finance, Committee on Banking and Currency, Washington 1967, S. 58.
[42]) Vgl. B. Goldenberg, Gewerkschaften in Lateinamerika, Hannover 1964; J. Petras/A. Young, Labour and Christian Democracy in Chile, in: International Socialist Journal, No 14 (Year 3, March-April 1968).
[43]) F. Gil, The Political System of Chile, Boston 1966, S. 282.
[44]) F. Gil, a.a.O., S. 285.

sche Praxis der FRAP geht auf die von KP und PS vertretene „Volksfrontstrategie" zurück, der von vielen Linken inner- und außerhalb Chiles Revisionismus und Verzicht auf revolutionäre Gewalt nachgesagt wird. — Die ersten Erfahrungen, die man 1938 und 1946 in Chile mit dieser Politik machte, schienen denn auch wirklich das Verdikt gegen sie zu bestätigen, denn 1947 verbot der Präsident der Linken (der Radikale Videla) dieselbe KP, die ihm zur Macht verholfen hatte und in seinem Kabinett drei Minister stellte, und schickte sie auf Jahre hinaus in den Untergrund. Jedoch schon vor ihrer offiziellen Wiederzulassung propagierte die KP Chiles (auf dem 10. Parteitag, 1956) erneut die „Volksfrontstrategie" als einzigen Weg zur demokratischen Diktatur des Proletariats; und der 11. Parteitag 1958 fügte hinzu, ein Bündnis aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte von der „Arbeiterklasse bis zur nationalen Bourgeoisie" könne sogar einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus" ermöglichen, wenn die herrschende Klasse nicht zur offenen Gewalt überginge [45]). 1958 konnte der Kandidat der FRAP — der Sozialist Salvador Allende — einen großen Wahlerfolg für sich verbuchen; und nachdem 1962 ein (offensichtlich durch Meinungsverschiedenheiten in der FRAP bedingter) Versuch der KP, ein Bündnis mit den Radikalen und den Christdemokraten zustandezubringen, gescheitert war, beteiligte sich die Volksfront 1964 wieder mit Allende an den Präsidentschaftswahlen. Sie konnte ihren Stimmenanteil um 10 % auf 29 % erhöhen, wurde jedoch durch den mit Unterstützung der Rechten zustandegekommenen Sieg Freis um ihren Erfolg betrogen [46]), was zu heftigen Auseinandersetzungen in und zwischen allen Parteien der FRAP und zur Abspaltung einiger linker Gruppen aus KP und PS führte, die sich 1965 zur MIR (Movimiento Isquierda Revolucionariá) zusammenschlossen [47]). Nachdem Frei bei den Parlamentswahlen 1965 einen Wahlsieg verbuchen konnte, der es ihm ermöglichte, auch ohne die Unterstützung der FRAP zu regieren, was die Politik der „positiven Opposition" zum Frei-Regime, die die FRAP bisher betrieben hatte, zu verunmöglichen schien, fand im Juni 1966 die erste Generaldebatte zwischen KP und PS statt — durch einen Offenen Brief der letzteren an die KP eingeleitet, der ihr „Unverständnis gegenüber der historisch-reaktionären Rolle" der PDC und eine zu wenig revolutionäre Außen- und Innenpolitik vorwarf. Die KP antwortete darauf, daß sie auch jetzt noch an der Taktik der „positiven Opposition" (d. h.: Mobilisierung der Massen innerhalb der von Frei initiierten Reformen, um sie von innen heraus weiterzutreiben) festhalte. — Die Polemik wurde durch ein Eingreifen Castros auf seiten der PS verschärft — wobei er allerdings weit über diese hinausging. (Daß Castro übrigens heute an dieser Einschätzung der chilenischen Situation nicht mehr festhält, läßt sich aus einem Fernsehinterview entnehmen, in dem er zugesteht, daß die Strategie der Wahlbeteiligung in Chile zu einem guten Ergebnis geführt habe [48]).) Bei den Gemeindewahlen 1967 verlor die PDC, die inzwischen mit ihren meisten Reformen kläglich gescheitert war, 4,5 % gegenüber 1965, während KP und PS zusammen 7,6 % hinzugewannen, was die Hoffnungen auf einen gemeinsamen Kandidaten der Linken für 1970 aufleben ließ. — Eines der entscheidenden Probleme der PDC-Regierung war deren chronischer Geldmangel, den Frei mit einem Zwangsspargesetz beheben wollte, das praktisch eine Minderung des Lebensstandards der Masse der Bevölkerung zur Folge hatte [49]). Die Linke — auch innerhalb der PDC — und die Gewerkschaften schlugen dagegen eine Lösung vor, die nur die höheren Einkommenschichten belasten sollte. Auf einen von der Majorität der Werk-

[45]) S. Bodenheimer, „Stagnation in Liberty" — The Frei-Experiment in Chile, in: NACLA Newsletter, No 1 (Vol. III, March 1969), S. 9, und: F. Gil, a.a.O., S. 81.
[46]) S. de Santis, Chile (part II), in: International Socialist Journal, No 10 (Year 2, August 1965), S. 466 f.
[47]) B. Goldenberg, a.a.O.
[48]) Vgl. Punto Final, No 111 (IV. Jg., 18. 8. 1970), S. 2/3.
[49]) H. P. Gebhardt, Freis „Ordnungspolitik" ist umstritten, in: Frankfurter Rundschau v. 31. 1. 1968.

tätigen befolgten Generalstreik zur Unterstützung dieser Forderung reagierte Frei durch Einsatz von Militär und Polizei (Ergebnis: 7 Tote) und mit dem Entwurf eines Gesetzes, das für 1968 sämtliche Streiks verbot [50]). In leicht modifizierter Form wurden Ende März 1969 „mit überraschender Unterstützung der Kommunisten" [51]) beide Gesetze im Parlament angenommen. Schien nun alles auf ein Bündnis der KP mit der PDC für die nächsten Präsidentschaftswahlen hinzudeuten [52]), so überraschten einen Monat später KP und PR mit der Ankündigung, sie seien an einer Koalition mit allen sozialistischen Gruppen interessiert [53]). Die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1969, die den potentiellen Koalitionspartnern insgesamt 42,8 % der Stimmen und 41 Sitze, der Rechten gar einen Stimmzuwachs von 8,3 % auf 20,8 % und 24 Sitze eintrugen, der PDC jedoch einen Verlust von 11,2 % ihrer Wähler bestätigten [54]), die darauffolgende Neuformierung eines Teils der linken PDC-Fraktion in der MAPU (Movimiento de Ación Popularia Unitad), große Streiks, an denen sich erstmals neue soziale Gruppen beteiligten („white collar-employers", Staatsbeamte und „professionals"), die Intensivierung des bewaffneten Abwehrkampfes der MIR gegen rechte Terrororganisationen und nicht zuletzt die Studentenunruhen im April und Mai dieses Jahres, auf die Frei mit der Ausrufung des nationalen Notstandes antwortete (und die drei Todesopfer kosteten) [55]), prägten das politische Klima vor den Wahlen und führten schließlich zur Vereinigung der bisherigen FRAP-Parteien und der Radikalen zur Unidad Popular (UP).

Die Chancen der chilenischen Linken

Bei einer abschließenden Betrachtung und dem Versuch einer Einschätzung der Perspektiven für ein sozialistisches Chile muß zunächst überprüft werden, in welcher Weise sich die Strategie der politischen Parteien in den Wahlergebnissen niedergeschlagen hat und ob damit eine entscheidende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses einhergegangen ist. — Was die Politik der FRAP anbetrifft, so scheint der von gewissen linken Kreisen ihr gegenüber erhobene Vorwurf, sie habe die korporativen Tendenzen des Frei-Regimes nicht durchschaut und auf selbständige Organisation verzichtet, nicht gerechtfertigt. Denn sowohl aus der Resolution des XIV. Parteitags der KP Chiles (November 1969) als auch aus den ersten vorliegenden Wahlanalysen geht hervor, daß der FRAP beim städtischen Lumpenproletariat, also auf dem christdemokratischen Aktionsfeld der Promoción Popular, einige Einbrüche gelungen sein müssen [56]). Gerade die Versuche der Organisierung der „marginales" und der ländlichen Bevölkerung für die Ziele der Reaktion durch die PDC scheint die Linke aufgegriffen und durch ständigen Aufweis der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit für die Bildung klassenkämpferischen Bewußtseins genutzt zu haben. — Dem steht jedoch ein — im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 1969 — außerordentlich starker Stimmenzuwachs auf seiten der Vereinigten Rechten gegenüber, bei gleichzeitigem weiteren Abbröckeln der Wählerbasis der PDC [57]). Dieser überraschende Erfolg erklärt sich hauptsächlich mit dem Schrumpfen der PDC, deren

50) Le Monde v. 25. 11. 1967.
51) Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25. 3. 1968.
52) Le Monde v. 5. 4. 1968; Herder Korrespondenz, Heft 7 (1969), Länderbericht: Chiles Revolution in Freiheit und die Krise der Christlich-Demokratischen Partei, S. 318.
53) Herder Korrespondenz, a.a.O.
54) Herder Korrespondenz, a.a.O.
55) Vgl. hierzu zusammenfassend: H. Froehling, Chile vor den Präsidentschaftswahlen, in: Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 40 (Juni 1970), S. 205—219.
56) Siehe die Resolution des Parteitags, in: Informationsbulletin Nr. 3 (1970) Wien, S. 41—49; hier: S. 46; zum Wahlerfolg: Der Spiegel v. 21. 9. 1970 und Guardian (New York), No 44 (Vol. 22, 29. 8. 1970), S. 14.
57) Bei aller Vorsicht gegenüber der Vergleichbarkeit von Parlamentswahlen und Präsidentschaftswahlen ist es sehr wichtig festzustellen, daß gegenüber 1969 die PN rund einen um 15 % größeren Stimmenanteil erringen konnte, während die FRAP-Parteien gegenüber ihrem summierten Stimmenanteil von 1969 sogar etwa 7 % verloren haben!

rechte Wähler zur PN abgewandert sein dürften, während die linken Wähler in der Hoffnung auf den PDC-Linksaußen Tomic und dessen radikales Wahlprogramm ihr treu geblieben sind. Als Wählerbasis der Rechten können nach wie vor Teile des städtischen Lumpenproletariats, rückständige agrarische Schichten (vor allem die Parzellenbauern) wie auch — neuerdings — städtische Mittelschichten (Beamte, Angestellte und Freiberufliche) gelten. Daß größere Teile dieser heterogenen Wählermasse gegenwärtig schon zu einheitlichen Aktionen imstande sind, muß bezweifelt werden. In dieser Hinsicht scheint die Volksfront, die bei offenen konterrevolutionären Schlägen sicherlich mit Unterstützung eines großen Teils der PDC-Wähler rechnen kann, besser vorbereitet zu sein.

Das Regierungsprogramm der FRAP, welches auf die Schaffung der Vorbedingungen einer sozialistischen Demokratie in Chile abzielt, sieht im wesentlichen folgende Punkte vor: Erweiterte Befugnisse der zentralen Planungsbehörde, Verstaatlichung der gesamten Grundstoffindustrie sowie der in- und ausländischen Monopole anderer Sektoren (inkl. Banken), Förderung privater Kleinbetriebe unter bestimmten Planungsauflagen, Beschleunigung der Agrarreform, Importrestriktionen für Luxusgüter, Exportdiversifizierung und entschiedene Bekämpfung der Inflation. Ferner: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", rechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten und Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens (letzteres soll nach kubanischem Vorbild auf Beteiligung der „Volksmassen an der geistigen und künstlerischen Arbeit" abzielen). Schließlich sollen mit allen sozialistischen Ländern diplomatische Beziehungen aufgenommen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihnen verstärkt werden [58]). Daß dieses Programm nur gegen den verbissenen Widerstand der herrschenden Klasse und der Imperialisten durchzusetzen ist, wird von keinem Mitglied der FRAP bestritten. Besonders die marxistischen Gruppen haben sich daher nicht darauf beschränkt, einen möglichst wirksamen Wahlkampf zu führen, sondern auf dem Land wie in der Stadt, in den Fabriken wie in den Wohnbezirken intensive Basisarbeit geleistet, die es ihnen heute erlaubt, überall Volkskomitees zur Verteidigung ihres Wahlsieges zu organisieren [59]). Die Warnung Allendes, für den Fall einer Intervention der Rechten mit Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen zu antworten, hat mittlerweile durch einige machtvolle Demonstrationen und Warnstreiks in den Städten an Glaubwürdigkeit gewonnen [60]). So scheint die Linke — bei allen Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten und taktischen Fragen — einig in der Entschlossenheit, jedem Versuch, ihr die Früchte des Wahlsiegs zu entreißen, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen.

Die parlamentarischen Chancen der Volksfrontregierung hängen vor allem vom Zustandekommen eines Bündnisses wenigstens mit Teilen der PDC ab. Unmittelbar nach der Wahl sah es zunächst — aufgrund des Verhaltens und der Verlautbarungen des geschlagenen PDC-Kandidaten Tomic — so aus, als ob die PDC geschlossen zur Wahl Allendes durch den Kongreß (der nach chilenischem Verfassungsrecht bei Nicht-Erreichen der absoluten Mehrheit eines Kandidaten zwischen den beiden Ersten zu wählen hat) aufrufen würde. Inzwischen haben jedoch andere führende PDC-Mitglieder von der Volksfront schriftliche Garantien und sogar (gegenwärtig technisch unmögliche) Verfassungsänderungen im Sinne der Erhaltung eines „demokratischen Pluralismus" gefordert, und Alessandri hat indessen die rechten PDCler mit dem Angebot geködert, im Falle seiner Wahl sofort zurückzutreten, um damit einem neuen — für die PDC günstigeren —

---

58) Siehe den Abdruck des Wahlprogramms der Volksfront, in: Informationsbulletin Nr. 19 (1970), Wien, S. 10—14.
59) Siehe die Rede Allendes in der Wahlnacht, in: Granma (Weekly Edition), No 35 (5. Jg. 1970) v. 13. 9. 1970.
60) Nach einem Bericht in: The Guardian (London) v. 14. 9. 1970.

Wahlgang (bei dem Frei wieder kandidieren könnte) den Weg zu ebnen. Aber obwohl über die Empfehlung der Partei an ihre Fraktion erst noch entschieden werden soll, ist die FRAP schon jetzt recht zuversichtlich: „Unter jeder Voraussetzung ... können wir auf mindestens zwanzig christdemokratische Parlamentarier zählen. Selbst wenn die PDC sich für eine Enthaltung ausspräche oder ihren Parlamentariern die Entscheidung anheimstellte, werden wir sicher siegen" (S. Allende) [61]). — Wie immer auch die endgültige Haltung der christdemokratischen Parlamentarier sein mag, die Wählerbasis der PDC, die für ein linkes Programm gestimmt hat, wäre bei Störungsaktionen der Reaktion höchstwahrscheinlich von der Volksfront zu Abwehrmaßnahmen mobilisierbar. Ausmaß und Intensität derartiger Manöver der Rechten hängen vor allem von den ökonomischen und militärischen Möglichkeiten der chilenischen Bourgeoisie ab.

Der Sieg der Unidad Popular veranlaßte sie zu hektischen, aber wohlüberlegten Rückzugsgefechten, die sich in einer sprunghaften Steigerung der Bankabhebungen und des Deviseneintauschs sowie in der Reiselust einiger hundert begüterter Chilenen, die sich nach Argentinien oder nach Paris begaben, äußerten. Bis vierzehn Tage nach der Wahl — solange brauchte man im Finanzministerium, um einige Gegenmaßnahmen zu treffen — war bereits einheimische Währung im Werte von 80 Mio. $ umgetauscht und außer Landes geschafft worden. Diese Summe, die nach dem Urteil wohlunterrichteter Kreise nur einen Teil dessen darstellt, was die reichsten Chilenen bereits lange vor der Wahl auf Konten im Ausland deponiert haben, trug immerhin dazu bei, die Devisenreserven des Landes um fast 20 % dahinschmelzen zu lassen [62]). Wenn auch die chilenische Bourgeoisie noch zu bestimmten Sabotageaktionen und Provokationen sich bereithält, so deutet doch die starke Fluchtbewegung darauf hin, daß sie mit einem Eingreifen des Militärs zu ihren Gunsten kaum noch rechnet. — Über die Struktur und die Haltung des chilenischen Militärs ist — selbst bei den besten Kennern des lateinamerikanischen Militärs — im allgemeinen wenig zu finden. Die Tatsache, daß es sich bislang in der chilenischen Geschichte verhältnismäßig selten direkt auf der politischen Bühne betätigt hat, kann auch als Beweis für die bisherige, relative Stabilität der Herrschaftsverhältnisse interpretiert werden. Immerhin hat man schon häufig vor Wahlen vom Eingreifen des Militärs gemunkelt, was angesichts der Tatsache, daß ein Teil der Offiziere in den USA ausgebildet wurde, die USA einen Teil (10 %) des chilenischen Militärbudgets bestreiten und schon fast 3000 chilenische Anti-Guerilla-Kämpfer ausgebildet haben, durchaus nicht als ausgeschlossen angesehen werden darf [63]). Selbst die Streiks von großen Teilen der Armee im Herbst letzten Jahres, welche von ihnen selbst als bloße Maßnahme im Lohnkampf hingestellt wurden, lassen kein sicheres Urteil über deren politischen Stellenwert zu, da sogar die Kommunistische und die Sozialistische Partei in dieser Frage konträre Einschätzungen vornahmen. (Einem Teil des jüngeren Offizierskorps werden sogar gute Beziehungen zur MIR nachgesagt.) Wie dem auch immer sei — im Falle eines tatsächlichen Eingreifens der Armee hätte diese kaum Aussichten, ohne gewaltige Schwierigkeiten (bzw. auch: ohne gleichzeitige Hilfe von außen) ihre Stellung zu halten: „Die mächtige Dachorganisation der Gewerkschaften, CUT, die drei Landarbeitergewerkschaften, Genossenschaften, der nationale Angestelltenverband, alle Parteien außer denen, die Alessandri

---

61) Le Monde v. 2. 10. 1970.
62) „Die meisten wirklich reichen Chilenen haben ihr Geld lange vor der Wahl außer Landes geschafft. Was wir jetzt sehen, ist nur die Flut kleiner Fische, denen plötzlich einfiel, daß sie ausgelöscht werden könnten." (International Herald Tribune v. 18. 9. 1970) Und: Le Monde v. 27./28. 9. 1970.
63) Siehe hierzu: U.S. Senate, Subcommittee on American Republics Affairs, The Latin American Military. A study. Washington 1967 (Verf. E. Lieuwen), Appendix A, B, G, S. 33 ff., und in: Punto Final Nr. 112 (Jg. V, 1. 9. 1970), S. 4.

unterstützten, und vielleicht sogar ein Teil des Militärs würden sich gegen eine Intervention der Streitkräfte mit allen Mitteln zur Wehr setzen" [64]).

Es bedarf keiner Hellseherei, um zu erkennen, daß bei einer Etablierung dieser Volksfrontregierung in Chile sehr bedeutende ökonomische und politische Interessen der USA berührt würden. Nicht nur wären die US-Investitionen, die neuerdings auf 1,2 Mrd. $ geschätzt wurden [65]), von einer Enteignung bedroht. Sehr wahrscheinlich würden die „linksnationalistischen" Regime in Peru und Bolivien in ihren Aspirationen bestärkt [66]). Ebenso würden die Oppositionsbewegungen — seien es nun Guerillaverbände, Gewerkschaften oder Parteien — in anderen lateinamerikanischen Ländern, insbesondere in Argentinien und Brasilien, eine neue Stütze erhalten und dadurch Auftrieb gewinnen [67]). — Selbstverständlich wird die Regierung der Vereinigten Staaten alle Mittel einsetzen, um das „Problem Chile", das gegenwärtig nach Vietnam und der Situation im Nahen Osten dort die meisten Kopfzerbrechen bereiten soll, in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dies bedeutet: Lokale Subversion über Militärs und organisierte Rechtsgruppen. Obwohl ein großer Teil US-amerikanischer Berater und Peace Corps-Mitglieder anläßlich der Enthüllung des Counter-Insurgency Projekts „Camelot" bereits des Landes verwiesen wurde, arbeitet man auf dieser Ebene sicherlich schon auf Hochtouren. Ebenso sind die USA bemüht, die OAS und insbesondere die argentinische Armee, der schon 1964 zugedacht war, bei einem linken Wahlerfolg zu intervenieren, für eine „Eindämmungspolitik" im südlichen Lateinamerika zu gewinnen. Die dritte Ebene wird von direkten politischen und ökonomischen Drohungen aus Washington beherrscht. — Doch selbst wenn man sich nicht von der Tatsache täuschen lassen will, daß die USA seit 1965 in Santo Domingo — außer freilich in Kambodscha — nirgendwo zu dem Mittel der militärischen Intervention gegriffen haben, und selbst wenn man die besondere Empfindlichkeit des US-Imperialismus bezüglich lateinamerikanischer Emanzipationsversuche in Rechnung stellt, scheint angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Situation, der Form des Machtumschwungs in Chile und bei den dortigen Kräfteverhältnissen eine offene und direkte militärische Intervention der Vereinigten Staaten eher unwahrscheinlich. Eine Mobilisierung der OAS-Staaten scheint nach den Resultaten der „Allianz für den Fortschritt", bei dem gegenwärtigen Versuch vieler lateinamerikanischer Staaten, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren, und angesichts der verstärkten anti-amerikanischen Stimmung bei den Volksmassen in Lateinamerika nicht leicht möglich und auch in ihrer potentiellen Wirkung auf die betreffenden Länder wahrscheinlich auch nicht wünschbar. So z. B. könnte sich ein Einsatz der argentinischen Armee vor dem Hintergrund der immer häufiger werdenden direkten Auseinandersetzungen der Arbeiterschaft und Studenten mit dem Militär als Bumerang erweisen [68]).

Die Beurteilung der außenwirtschaftlichen Bedrohungen und Chancen der neuen Regierung ist im wesentlichen identisch mit der Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit des fortgesetzten Kupferexorts zu durchschnittlichen Preisen. Alle anderen Momente, wie Importe, Auslandsverschuldung, Neuaufnahme von Krediten, sind gegenüber dieser Frage sekundär bzw. davon abgeleitet. Denkt man an

64) So K. Eßer, Der Schlüssel liegt in Washington, in: Publik v. 18. 9. 1970.
65) Le Monde v. 27./28. 9. 1970.
66) So ist es z. B. außerordentlich wichtig zu hören, daß die peruanische Regierung vor einigen Tagen die Kupferabbau-Konzessionen für einige US-amerikanischen Gesellschaften im Süden Perus wieder zurückgenommen hat. Vgl. International Herald Tribune v. 3./4. 10. 1970.
67) „Politische Beobachter in Buenos Aires werten die von einem Beauftragten Perons in diesem Sinn gemachte Ankündigung (i.e. Rückkehr Perons) als einen Versuchsballon. Das durch den Volksfronterfolg bei den Wahlen in Chile geschaffene Klima und die politische ‚Öffnung' in Richtung auf eine Wiederherstellung demokratisch parlamentarischer Verhältnisse in Argentinien haben in peronistischen Kreisen die Hoffnung aufleben lassen, bei allgemeinen Wahlen legal an die Macht zu kommen." (FAZ v. 21. 9. 1970) Ähnlich Le Monde v. 27./28. 9. 1970.
68) Vgl. auch: The Guardian Weekley v. 12. 9. 1970, S. 5.

die außenwirtschaftlichen Gefahren für die Volksfrontregierung, so drängen sich sofort folgende Punkte auf: Hohe Verletzlichkeit einer Wirtschaft, deren Exportchancen und ausgeglichener Staatshaushalt auf der Produktions- und Preisentwicklung nur eines Produkts beruhen. Durch die Steigerung der Kupferproduktion während der Frei-Regierung ist die Wirtschaft noch empfindlicher geworden. Große Schwankungen der Kupferpreise und die Möglichkeit eines Boykotts verdüstern das Bild noch mehr. Doch ist ein solcher Pessimismus zurückzuweisen oder zumindest stark einzuschränken. Ein allgemeiner Boykott des chilenischen Kupfers analog zum Schicksal des persischen Erdöls (1951/52) oder des kubanischen Zuckers (1960) ist schwer vorstellbar. Dies liegt zuallererst an dem spezifischen Gebrauchswert des Kupfers und der mittel- und längerfristigen Nachfrageentwicklung nach diesem NE-Metall. Selbst unter Zugrundelegung der Substitutionstendenzen (z. B. durch Aluminium), deren Reichweite umstritten ist, und bei Berücksichtigung des wachsenden Anteils von Kupferschrott in der verarbeitenden Industrie wird sich der Weltkupferverbrauch von 1968 bis 1980 nahezu verdoppeln [69]). Die stark expandierenden Industrieländer weisen sogar einen überproportionalen Verbrauchstrend auf. So z. B. hat die BRD von 1966 bis 1969 ihren Verbrauch an raffiniertem Kupfer um 40 % (!) gesteigert [70]). Die USA sind gegenwärtig zwar noch der größte Kupferproduzent, doch beträgt ihre Importlücke an Fertigkupfer bereits 200 000 t, und nach vielen Einschätzungen wird sich diese vergrößern [71]). Die übrigen kapitalistischen Industrieländer — außer Kanada und Südafrika — verfügen über keine abbauwürdigen Kupfervorkommen und sind daher bezüglich ihrer Kupferraffinerien wie auch in der Kupfer-Halbzeugproduktion und vor allem der Elektroindustrie, die die Hälfte allen Kupfers verbraucht, auf Kupfererze und Rohkupfer dringend angewiesen. Fast zwei Drittel der Weltkupferproduktion der kapitalistischen Welt wird von den sog. CIPEC-Ländern (Chile, Peru, Kongo-Kinshasa und Sambia) erzeugt, die sich seit 1968 mit der Absicht, die Preisentwicklung auf dem Weltkupfermarkt zu beeinflussen, zusammengeschlossen haben. Dies und die veränderte regionale Exportstruktur des chilenischen Kupfers (1969 gingen 67 % der Exporte nach Europa) sowie der rasch ansteigende Weltkupferverbrauch, der auch durch die Erschließung neuer Extraktionsstätten in Mexiko, der Türkei, Südwestafrika und Australien zumindest mittelfristig in keiner Weise befriedigt werden kann, lassen einen Boykott chilenischen Kupfers [72]) sehr unwahrscheinlich erscheinen. Kurzfristig könnte eine engere Zusammenarbeit zwischen Chile und manchen osteuropäischen Staaten (Rumänien, Ungarn), die Anfang dieses Jahres begonnen hat, Engpässe überwinden helfen. — Was die Kupferpreisentwicklung anlangt, so sind Prognosen schwer zu machen. Von 1959 bis März 1970 ist der Weltmarktpreis von 30 US-Cents je lb. auf 81 Cent gestiegen, wobei dieser ungewöhnliche Aufschwung von Hausseperioden (1965, Vietnamkrieg) und gewissen Rückschlägen (1967/68) unterbrochen wurde. In den letzten vier Monaten ist der Preis wieder auf 56 Cent gefallen; doch ist auch dieses Preisniveau noch recht befriedigend, da das chilenische Expansionsprogramm und der diesjährige Haushaltsvoranschlag auf der Basis von 52 Cent/lb. kalkuliert wurde [73]). Langanhaltende und starke Preiseinbrüche sind aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu erwarten. — Was die — in der Regel in der bürgerlichen Presse übertriebene — Gefahr des

---

69) Siehe: Tendenzen des Weltkupferverbrauchs unter besonderer Berücksichtigung der Nachfrageentwicklung in der BRD, in: DIW Wochenbericht 14 (37. Jg.) v. 2. 4. 1970, S. 90—92.
70) Errechnet nach Zahlenangaben in: World Metal Statistics 23 (1970), No 3, 15. 5., S. 26.
71) Vgl. H. Jürgensen/M. Schulze-Trieglaff, Entwicklungsperspektiven der Weltkupferwirtschaft, a.a.O., S. 52.
72) Gegenüber anderen Produzenten hat Chile in bezug auf hohen Cu-Gehalt seiner Erze und der relativ günstigen Transportbedingungen erhebliche Kostenvorteile. Siehe hierzu: K. Griffin, Underdevelopment in Spanish America, a.a.O., S. 126.
73) Vgl. Blick durch die Wirtschaft v. 2. 9. 1970.

Abzugs von US-Technikern bei einer vollständigen und für Chile kostengünstigen Nationalisierung der Kupfergruben und Raffinerien anbetrifft, muß man hervorheben, daß mit dem Beginn der Ausbildung chilenischer Techniker unter der Frei-Regierung die Schwere einer solchen Zwangslage vermindert worden ist. Ist die fehlende „Vermarktungstechnik" bei dringendem Bedarf seitens der Industrieländer kein allzu gravierender Mangel, so scheint auch das als unverzichtbar gepriesene „Know-how" von Ausländern in der Produktion selbst schon weitgehend durch einheimisches ersetzt worden zu sein [74]). Auch ist die temporäre Anheuerung von hochqualifizierten ausländischen Technikern auf dem internationalen Arbeitsmarkt durchaus möglich. Als günstig für die chilenische Situation muß ferner angesehen werden, daß die Investitionen für das Kupferexpansionsprogramm zum überwiegenden Teil bereits abgeschlossen sind. Auch die Sperrung eines von den USA für 1971 zugesagten Kredits von 22,9 Mio $ — wie auch eine entsprechende Reaktion der internationalen Finanzinstitute — muß kurzfristig und noch mehr längerfristig gegenüber einem jährlichen Profittransfer von 200—300 Mio. $ in das Ausland als das kleinere Übel angesehen werden. Insgesamt stellt sich also die Ausgangsbasis der chilenischen Außenwirtschaftsperspektive unter der Volksfrontregierung keineswegs ungünstig dar. Ihr Erfolg hängt auch weitgehend davon ab, ob es ihr gelingt, die Nahrungsmittel- und Luxusgüterimporte erheblich zu drosseln. Mittel- und längerfristig wird auch eine Hinwendung zu anderen Wirtschaftsbereichen als dem Abbau von Kupfer und seinen verschiedenen Verarbeitungsstufen, z. B. zur Elektroindustrie und zur Produktion einfacherer Ausrüstungsanlagen für den Bergbau, von großer Wichtigkeit. Eine enge und spezialisierte Zusammenarbeit mit den Anden-Ländern (Peru, Bolivien, Kolumbien, Ekuador), die sich 1968 zu einem Wirtschaftsblock zusammengeschlossen haben, könnte weitere Vorteile bieten.

Auch im binnenwirtschaftlichen Bereich wird die Volksfrontregierung mit gewissen Rückschlägen und Schwierigkeiten zu kämpfen haben: Kapitalflucht, Produktionshintanhaltung, Sabotage, Störung des Verwaltungsablaufs durch oppositionelle Beamte und Angestellte etc. Doch auch hier dürfen die Chancen, sich durchzusetzen, nicht gering veranschlagt werden. Die Produktionsrestriktion und Investitionszurückhaltung, die im gewerblichen Sektor in den letzten Jahren ohnehin groß war, kann durch scharfe Auflagen bzw. progressive Enteignungsmaßnahmen weitgehend verhindert werden. Durch die Verstaatlichung der Banken, der monopolistischen Handelsorganisationen und Dienstleistungsbetriebe sowie durch rigorose Preiskontrollen besteht die erhöhte Chance, die Inflation zu beenden bzw. zu reduzieren und eine gezielte Investitionspolitik zu betreiben. Der Umstand schließlich, daß ohnedies schon ein großer Teil der Wirtschaftstätigkeit ganz oder teilweise von staatlichen Instanzen getragen wird, erleichtert vielfach die notwendigen Umstellungen. Die günstige Zahlungsbilanzposition, die relativ hohen Reserven und der kaum noch defizitäre Staatshaushalt müssen zu den weiteren Pluspunkten für die Reformmaßnahmen der Volksfrontregierung gerechnet werden. Die geringeren Kosten der Enteignungsmaßnahmen im ländlichen und bergbaulichen Bereich können auf der anderen Seite als bedeutende Hebel der Akkumulation und eines Industrialisierungsschubes genutzt werden. Durch die Verstaatlichung vieler Unternehmen ist es möglich, bislang vorhandene Widersprüche zwischen binnen- und außenwirtschaftlichen Maßnahmen auf ein Minimum zu reduzieren und die vorhandenen Ressourcen nach langfristigen Überlegungen einzusetzen. Z. B. standen die bisherigen Regierungen gegenüber vielen

[74]) K. Griffin weist darauf hin, daß die Chilenen eine staatseigene Fluglinie, eine Erdölraffinerie, Elektrizitätswerke und Stahlwerke effizient zu betreiben verstehen. Außerdem waren ihm zufolge z. B. 1964 in El Tentiente nur 14 Ausländer im Führungsstab beschäftigt (Griffin, Underdevelopment . . ., a.a.O., S. 167).

Zweigen der verarbeitenden Industrie, die z. T. nur eine sehr geringe Kapazitätsauslastung aufweisen und hohe Preise setzen, vor der Frage, ob man sie durch Schutzzölle vor ausländischer Konkurrenz abschirmen soll oder — wie es zeitweise die Frei-Regierung versucht hat — durch Senkung der Zollschranken und Konkurrenz ausländischer Waren zu Produktionssteigerungen und Preisbeschränkungen nötigen soll. Die eine Lösung ist so schlecht wie die andere: das eine Mal unterwirft man sich den Rentabilitätsüberlegungen und der Preiswillkür einheimischer Kapitalisten, und das andere Mal wird der mit der Existenz und dem Gedeih einheimischer Kapitalistengruppen verbundene Industrialisierungsprozeß behindert und knappe Devisen für Waren ausgegeben, die auch prinzipiell im Inland herstellbar sind. Jenseits dieser — unter privatwirtschaftlichen Bedingungen einzigen — Alternative können durch staatliche Betriebe und zentrale Globalplanung Akzente im Produktionsprogramm gesetzt werden, die sich primär an der Versorgungslage, den güterwirtschaftlichen Proportionen, der nationalen Deviseneinsparung und gesamtwirtschaftlich rationalen Zielen orientieren.

Bücher

„Le Monde"

Aimé Guedj/Jacques Girault, Le Monde — Humanisme, Objectivité et Politique. Editions sociales, Paris 1970, 253 S.

Le Monde ist die französische Abendzeitung, die von breiten intellektuellen Schichten (Studenten, Lehrenden, Ingenieuren, Gewerkschaftern) gelesen wird. Sie unterscheidet sich von anderen Zeitungen dadurch, daß sie kein parteigebundenes Blatt ist: sie ist finanziell unabhängig und bietet das (vor allem von ihr selbst) oft zitierte Mitbestimmungsmodell. Le Monde ist eine ausgesprochene Informationszeitung mit einer Fülle von Berichten über die Dritte Welt; eine liberale Zeitung, in der Universitätsangehörige, Gewerkschafter und Politiker verschiedener Richtung ihre Meinung äußern können: deren parteiliche Standpunkte gelten als Dokumente und lassen die Veröffentlichung als unpersönlich und objektiv erscheinen. Le Monde ist auch eine erfolgreiche Zeitung: ihre Auflage beträgt 500 000. Zwischen 1958 und 1969 verdoppelte sich diese Zahl, ohne daß sich der Anzeigenteil wesentlich vergrößert hätte. Le Monde ist die im Ausland meistgelesene französische Zeitung und wird unter den 17 Tageszeitungen mit Weltruf (Top European Advertising Media) aufgeführt.

In Le Monde herrscht der Mythos der Objektivität, der Freiheit des Denkens und der Unabhängigkeit gegenüber politischen Kräften. Diese „Objektivität" hat Le Monde ein breites Publikum verschafft, und auf Grund dieser Rolle war es wichtig, die Gründe und die Mittel solchen Einflusses zu analysieren. Aimé Guedj und Jacques Girault, Spezialisten der Linguistik und der zeitgenössischen Sozialgeschichte, haben sich jüngst des Themas angenommen.

Das Unterfangen hat seine besonderen Schwierigkeiten, denn, wie die Autoren in ihrer Einleitung feststellten, „Le Monde ist die am meisten und zugleich am wenigsten bourgeoise Zeitung" (S. 8). Die beiden Autoren gehen von einer immanenten Kritik aus, welche einmal die Zeitung während eines kleinen Zeitabschnitts (Mai-Juni-Krise) als Einheit, andererseits die Ori-

Wenn das ganze Buch etwa das Niveau des schon erwähnten vorletzten Kapitels „Ende der Nationalversammlung" hätte, stünde es der Gesamtkonzeption der Sammlung „Augenzeugenberichte" näher. Unsere Beurteilung wird diktiert von der einfachen Tatsache, daß zu diesem Thema eine Fülle publizistischen Materials vorliegt. Da schaut man eben genauer hin, um sich der Notwendigkeit einer solchen Arbeit zu vergewissern. Hier ist sie nicht ganz einzusehen.

Wesentlicher als ganze Kapitel ist die im Anhang veröffentliche 28seitige Liste verfolgter Parlamentarier, die die Zeitschrift „Jahrhundert", Hamburg, im Jahre 1857 veröffentlichte.

Egbert Hoehl

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Arthur Kühn, Das Problem der Prognose in der Soziologie. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 195 S., br. 38,60 DM (Soziologische Schriften, Bd. 7).

Max Bense, Ästhetik und Engagement. Präsentationen ästhetischer Objekte. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 192 S., br. 14,— DM (Pocket, Bd. 13).

Hugo Perls, Goethes Ästhetik und andere Aufsätze zu Literatur und Philosophie. Franke Verlag, Bern, 195 S., Paperback 12,80 DM.

Peter Heintel, Hegel. Musterschmidt-Verlag, Göttingen, 131 S., 4 Abb., br. 5,80 DM (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 54). — Erschienen anläßlich des 200. Geburtstages von Georg Wilhelm Friedrich Hegel.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,—	50,—	64,—	77,—	88,—	138,—	185,—	227,—
8 Seiten	69,—	81,—	100,—	116,—	132,—	198,—	255,—	308,—
12 Seiten	102,—	116,—	138,—	160,—	182,—	250,—	312,—	370,—
16 Seiten	135,—	150,—	177,—	204,—	232,—	325,—	410,—	495,—
20 Seiten	168,—	187,—	215,—	242,—	270,—	380,—	484,—	585,—
24 Seiten	190,—	215,—	248,—	281,—	310,—	425,—	535,—	640,—
28 Seiten	220,—	245,—	282,—	319,—	355,—	476,—	594,—	708,—
32 Seiten	245,—	270,—	310,—	349,—	381,—	525,—	660,—	785,—
36 Seiten	260,—	287,—	326,—	360,—	390,—	540,—	685,—	805,—
40 Seiten	275,—	300,—	338,—	375,—	410,—	565,—	710,—	845,—

Julius Lester, Essays eines schwarzen Sozialisten. Melzer Verlag, Frankfurt, 192 S., Paperback 15,— DM.

Gunnar Myrdal, Politisches Manifest über die Armut in der Welt. Mit einer Einführung für die deutsche Ausgabe. Aus dem Amerikanischen von Suzanne Reichstein. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 516 S., Ln. 28,— DM, kart. 20,— DM.

Oskar Lange, Politische Ökonomie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, Bd. I: 416 S., br. 20,— DM, Ln. 28,— DM; Bd. II: 233 S., br. 18,— DM, Ln. 26,— DM. — Neben dem Hauptwerk des bekannten polnischen Wirtschaftswissenschaftlers legt der Verlag zur Theorie und Praxis der Ökonomie weiter vor: Maurice Dobb, Der Lohn (192 S., br. 18,— DM, Ln. 25,— DM); Otto Morf, Geschichte und Dialektik in der politischen Ökonomie. Zum Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx (302 S., br. 22,— DM, Ln. 30,— DM). In neuer Auflage erscheint: Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (1118 S., br. 25,— DM); Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus (432 S., br. 19,80 DM).

A. Schweitzer, Die Nazifizierung des Mittelstandes. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, XV, 208 S., kart. 35,— DM (Bonner Beiträge zur Soziologie, Bd. 9).

Karl Christoph Lingelbach, Erziehung und Erziehungstheorie im nationalsozialistischen Deutschland. Ursprünge und Wandlungen der 1933—1945 in Deutschland vorherrschenden erziehungstheoretischen Strömungen; ihre politischen Funktionen und ihr Verhältnis zur außerschulischen Erziehungspraxis des „Dritten Reiches". Verlag Beltz, Weinheim, 341 S., br. 32,— DM (Marburger Forschungen zur Pädagogik, Bd. 3).

Ida Berger, Werden sie durchhalten? Studenten diesseits und jenseits des Rheins in soziologischer Sicht. Vorwort: Wolfgang Abendroth. Hartmut Lüdke Verlag, Hamburg, 171 S., br. 9,80 DM.

Aktuelle Themen

Rolf E. Vente/Dieter Seul, Makro-ökonomische Planung — Macro-economic Planning. Eine Bibliographie. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 292 S., kart. 32,— DM (Reihe „Planen", Bd. 2).

Klaus Gresser/Herbert Paschen/Werner Schwuchow, Die Kosten der wissenschaftlichen und technischen Information. Ein Standardsystem für statistische Erhebungen. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 136 S., Linson 28,— DM.

M. Iklé, Die Schweiz als internationaler Bank- und Finanzplatz. Orell Füssli Verlag, Zürich, 188 S., mit Tabellen und graphischen Darstellungen, Ln. 14,— DM.

Erich Kuby, Die deutsche Angst. Zur Rechtsdrift in der Bundesrepublik. Scherz Verlag, München, 328 S., Ln. 28,— DM.

Krieg oder Frieden? Wie lösen wir in Zukunft die politischen Konflikte. Zwölf Beiträge. Herausgegeben von Joh. Schlemmer. Piper Verlag, München, 244 S., Paperback 12,80 DM.

Karl Heinz Roth unter Mitarbeit von Nicolaus Neumann und Hajo Leib, Invasionsziel DDR: Vom kalten Krieg zur neuen Ostpolitik. Konkret-Buchverlag, Hamburg, 220 S., Dokumente in Faksimile, kart. 9,— DM (Konkret Extra, Bd. 7).

gegen die Bürokratie gerichtet sein. Die soziale und ökonomische Wirklichkeit der Macht wird geleugnet, die Macht wird auf einen staatlichen Überbau reduziert.

Nach der Analyse dieses konvergenztheoretischen Grundmusters kommen die Autoren zur politischen Funktion der Zeitung. Sie heißt: Antikommunismus und Verteidigung der Klasseninteressen der Bourgeoisie. Einige krasse Beispiele werden angeführt. Am 21. Mai kann man in Le Monde nachlesen: „Die Forderungen der Arbeiter sind unvereinbar mit dem 5. Plan" (S. 55). Klar übersetzt, hier wird nicht „das Volumen der Produktion in Frage gestellt, sondern die kapitalistische Profitquote" (S. 55). Gegenüber den Arbeitern und ihrer Partei führt Le Monde eine offensive und zugleich eine defensive Taktik: einmal die Kritik der Arbeiterbewegung von rechts („Im Interesse der Wirtschaft" ...), andererseits die Kritik von links und der Kampf gegen die „konservative und revisionistische FKP" und die Gewerkschaft CGT. Diese Position, die der Zeitung ein progressives Image gibt, ist ein Versuch, die FKP und die CGT zu isolieren. „Unter der revolutionären Phrase steckt die reaktionäre Stellung" (S. 73). Das taktische Spiel mit der „Kritik von links" ist ja inzwischen auch auf dem Schachbrett bundesdeutscher bürgerlich-liberaler Presse modern geworden.

Interessanterweise engagiert sich Le Monde, wenn der Kapitalismus bedroht wird, und verliert ihre Objektivität; sie greift dann zu Mitteln wie Aussparungen, täuschenden Titeln, Vereinzelung und Verstümmelung.

Anhand des Beispiels Vietnam analysieren die Autoren den Humanismus von Le Monde. Einerseits zeigt sich die Zeitung über den Skandal von Song My empört, andererseits spricht sie von kollektiver Schuld, vom „Bösen". Die Verantwortung des amerikanischen Imperialismus wird verschwiegen und die spiritualistische Superiorität der Amerikaner betont: diese sind frei, sie wissen, daß sie Böses verrichten, und sie tun es „mit schlechtem Gewissen und mit intellektuellem Unbehagen" (S. 124). Schließlich werden die Sprachtechniken dieser trügerischen Objektivität untersucht. Le Monde spielt vor allem mit der Magie von Wörtern wie „Konzertierung", „Mitbestimmung", „Dialog", „Strukturen": Begriffe, die zweideutig sind und in einem reformistischen Sinn gebraucht werden können. Charakteristisch sind die Oberflächlichkeit des Gedankens und die formalistische Logik.

Im zweiten, wesentlich kürzeren Teil werden die Leitartikel des Direktors Hubert Beuve-Méry (alias Sirius oder Memor) untersucht. Der Direktor ist der einzige Journalist, der offen eine politische Stellungnahme gibt. 1944 war er auch Kandidat der christlichen Demokraten, und noch heute hat er gute Beziehungen zur katholischen Presse. Die Autoren haben für die Untersuchung die Zeit der 5. Republik gewählt, weil sie einem wichtigen Einsatz entspricht: Der erhofften „Verstärkung der nationalen und internationalen Stellung des französischen Kapitalismus" (S. 165).

„Sirius" erweist sich als der Mann des dritten Weges, als der Schiedsrichter. Zwei Ebenen werden in seinen Leitartikeln unterschieden: „Das Verstehen der politischen Wirklichkeit und dann die sofortige Verallgemeinerung der Schlüsse, die er daraus zieht... In apolitischen Begriffen heißt diese Methode Unabhängigkeit des Denkens und im Grenzfall Objektivität. Politisch heißt das Nicht-Verweigerung des Systems, sondern Suche nach Mitteln, es stärker zu machen... In taktischen Begriffen, Suche nach Reformen, welche, ohne die Grundlage des bourgeoisen Regimes in Frage zu stellen, eine Revolution vermeiden würden" (S. 252).

Le Monde hat den Autoren Anlaß und Gelegenheit zu einer brillanten Studie über die formalistische „Objektivität" und die subtile Parteilichkeit einer publizistischen Ideologie und Taktik gegeben, die nicht nur Frankreichs renommierteste Tageszeitung kennzeichnet.

Florence Hervé-Murray

Weder Einheit noch Freiheit

Hans Jessen (Hrsg.), Die Deutsche Revolution 1848/49 in Augenzeugenberichten. Karl Rauch Verlag, Düsseldorf, 429 S., Leinen 24,80 DM.

Im Karl Rauch Verlag erscheint seit Jahren die Reihe „Augenzeugenberichte" mit einer Konsequenz, die auf erfolgreichen Absatz schließen läßt. Das dürfte nicht zuletzt auf die unakademische Charakterisierung des Geschehens mittels persönlicher Dokumente und auf die pluralistische Konzeption der Bände zurückzuführen sein. Briefe, Tagebuchnotizen, Zeitungsberichte und dergleichen mehr, gelegentlich auch amtliche Dokumente, bilden eine mosaikartige Chronik, die sich dem Leser als eine Sammlung unmittelbarer Erlebnis-Reflexionen anbietet. Es ist eine sympathische Eigenart dieser Reihe, die so leichthin als „historische Ereignisse" deklarierten Geschehnisse auch aus der Sicht derer zu beleuchten, die „eher Leidende als Handelnde" waren, wie es ein Autor der Sammlung einmal formulierte. So stehen neben politischen Fakten auch Darstellungen des Alltaglebens. Natürlich sind das hauptsächlich Kompenenten, die dem Leser eine historische Totalschau nur suggerieren. Dennoch soll, wenn ich die Zielsetzung richtig verstanden habe, dem interessierten Laien Gelegenheit gegeben werden, anhand des Materials die „konkrete Wirklichkeit" historischen Geschehens zu entdecken und solchermaßen ein besseres „Verhältnis zur geschichtlichen Wahrheit" zu finden. Nun sind Dokumente — zumal wenn es sich um so persönliche Aufzeichnungen und Ansichten handelt, wie Jessen sie im vorliegenden Band bevorzugt — nichts anderes als subjektive Spiegelungen objektiver Tatsachen. Das gilt ohne Einschränkung auch für Dokumente offiziell politischen Charakters. Richtig angewendet, können sie wertvolle Hilfsmittel zur Erforschung der historischen Situation sein, wobei man natürlich politologische Methoden oder gar die kunstvolle Systematik der aufklärerischen Dialektik nicht alternativ beanspruchen darf. Damit wäre die Konzeption dieser Reihe überfordert. Hinwiederum ist es eine diskutable Konzeption, die meines Erachtens nur unter den Qualitätsschwankungen leidet, die man den sehr unterschiedlichen Standorten der Autoren anlasten muß.

Auch wo es nicht um wissenschaftliche oder politologische Geschichtsdarstellungen geht, möchte man einen Anspruch erfüllt sehen: die Texte sollten so geordnet, proportioniert und im Sinne einer Überschau objektiviert werden, daß sie eine wenigstens didaktische Nutzanwendung zulassen. Das ist das Minimum im Vergleich mit dem Maximum der aufklärerischen Konzeption. Schlicht gesagt, geht es um die Herstellung von Wissen, das Einsicht in Zusammenhänge gewährleistet, um sachlich-kritische Präsentation und Interpretation. Da Jessens Buch diesem Anspruch nicht gerecht wird, sei noch betont, daß der vorliegende Band nicht dem Qualitätsschnitt der Reihe entspricht.

Jessens Materialauswahl ist anfechtbar, die Kommentierung völlig unzulänglich, die Anordnung der Dokumente chronologisch unübersichtlich. Was sich in all diesen Briefen, Notizen, Artikeln, privaten und amtlichen Mitteilungen ausdrückt, vermag der mit der Materie nicht bestens vertraute Leser nur mühsam oder überhaupt nicht kausal zu erfassen.

Was heißt zum Beispiel: „Die Schweizer Wirren, in die der Preußenkönig als Herr von Neuenburg (Neuchâtel) verwickelt ist, wirken auch auf Deutschland..." (S. 18)? Statt umsichtig und faktisch zu kommentieren, läßt der Herausgeber diesem Satz ein paar Worte des Königs Ernst August von Hannover folgen, wonach der „politische Horizont sehr schwarz ist" und die „Radikalen in der Schweiz" Unfug verbreiten. S. 28: „Daß Österreich der Hemmschuh jeder Reform war, ist auch die Meinung von Karl Marx und Friedrich Engels, die fast gleichzeitig in ihren Londoner Vorträgen erklären: ‚Österreich, das europäische China, das einzige Land, dessen innere Einrichtungen nicht durch die Französische Revolution erschüttert wurden und dem selbst Napoleon nichts anhaben konnte, den Dampf hält es nicht aus; es hat sich dort alles plötzlich verändert durch die Maschinen; die Schutzzölle haben die Maschinen ins Land gebracht. Dadurch hat sich die kleine Bourgeoisie emporgehoben und den hohen Adel gestürzt'..."

Was meint Jessen mit dem „Hemmschuh jeder Reform"? Fakten? Daten? Zusammenhänge? Im nachfolgenden Marx-Engels-Zitat bezieht sich kein direktes Wort auf das, was Jessen ja auch verschweigt. Und: wann haben Marx und Engels dies in ihren Londoner Vorträgen erklärt? Was hatte Napoleon Österreich anhaben wollen und nicht können?

In jedem Kapitel stößt man auf solche Lükken, zusammenhanglose Zitate, nicht kommentierte Begriffe, Institutionen, Gescheh-

nisse. Möglicherweise ist sich der Herausgeber dieser Mängel gar nicht bewußt. Wer sich an ähnlichen Projekten versucht hat, kennt ja die Fallgruben der Arbeitsmethodik. Zu spät entdeckt man, daß vermeintlich klare Zusammenhänge keineswegs dargelegt wurden. Die unerläßliche Eigenkontrolle hat versagt. Gut, man darf beim Leser einige Kenntnisse voraussetzen, aber nichts enthebt den Verfasser oder Herausgeber der Verpflichtung zur kontinuierlichen Betrachtungsweise, zur — wenn auch noch so lapidaren — Erklärung der Ursachen oder Hintergründe eines Ereignisses, der geistigen, politischen, weltanschaulichen Haltung einer Persönlichkeit, deren Aussagen verwendet werden, der Funktionen und Bedeutung einer Institution. Es kann dem Leser einfach nicht zugemutet werden, sich erst in einem Lexikon über den Deutschen Bund zu informieren. Solch elementare Komponenten müssen der Darstellung integriert werden.

Häufig fehlen auch die Daten zu den Dokumenten. Und schließlich ist die immer wieder zu beobachtende Meinungsballung zu kritisieren, die die angestrebte pluralistische Konzeption verdirbt. Es stimmt nun mal nicht, daß „die Aristokratie, das liberale Bürgertum und die Linke gleichermaßen" (Klappentext) zu Wort kommen. Im Kapitel „Metternichts Sturz" sind vertreten: Der preußische General Joseph Maria v. Radowitz (später in der Nationalversammlung der extremen Rechten angehörend) siebenmal; Graf Vitzthum v. Eckstädt sechsmal; Franz de Paula Graf v. Hartig sechsmal; Alxander Graf v. Hübner einmal; Fürst Metternich einmal; Prinz Johann v. Sachsen einmal; König Friedrich August II. v. Sachsen einmal; der Student Adolf Pichler zweimal; der Arzt Ludwig August Frankl einmal (Flugblattverse); Grillparzer zweimal (Verse) ...

Ich habe dieses Kapitel verwendet, weil es sehr kurz ist. Dennoch illustriert die Aufzählung die Einseitigkeit des Breviarismus. In einem der letzten Kapitel („Ende der Nationalversammlung") dürften die demokratischen „Augenzeugen" in der Mehrzahl sein. Aber das ist eine Ausnahme.

Was um alles in der Welt mag den Herausgeber veranlaßt haben, im Kapitel „Berliner Märztage" ständig den Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen zu zitieren („Aus meinem Leben", Band I, Berlin 1897)? Es bleibt ebenso unerklärlich wie die sparsame Verwendung oder das totale Ignorieren von Namen wie Mathy, Gervinus, Varnhagen v. Ense, Jacob Venedey, Virchow, Siebenpfeiffer, Ludwig Feuerbach u. a. m. Schließlich erhebt sich die Frage, ob man die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 überhaupt ohne Berücksichtigung des historischen Vorfeldes, in dem sie wurzeln, gültig darstellen kann. Jessen meint in seiner Einleitung: „Nicht um den Kampf der Meinungen, der heute noch in der Beurteilung der Revolution in der Wissenschaft herrscht (Wissenschaft kann hier doch wohl nur euphemistisch gemeint sein, oder? E. H.), geht es in diesem Buch ... Der alte Streit um Gottesgnadentum und Volkssouveränität ist längst entschieden. Geblieben und neu gestellt ist uns die Aufgabe, die Einheit Deutschlands zu schaffen. Bei ihrer Lösung können die Achtundvierziger uns Vorbild sein in ihrer lebendigen Anteilnahme an dem politischen Geschick unseres Vaterlandes, in der Wahrhaftigkeit ihrer Gesinnung, in ihrer Opferbereitschaft."

Wenn das nicht bloß pathetische Rhetorik ist, kann man über soviel Naivität nur staunen. Was an der heutigen Situation ließe auch nur Spurenelemente der Vergleichsfähigkeit zu? Es ist müßig, sich darüber auszulassen.

Die heutige Aufgabe kann nur noch, wie schon oben erwähnt, in der Herstellung von Einsicht vermittelnden historischen Strukturen bestehen. Es gilt allenfalls, die Zusammenhänge von Wirtschaft, Sozialproblematik (Industrialisierung!), gesellschaftlichen Spannungen (Entfaltung einer bürgerlichen Opposition und deren Versagen z. B.), geistigen Grundlagen, äußeren Einflüssen, politischen Realitäten (Wiener Kongreß, Heilige Allianz, Deutscher Bund, Karlsbader Beschlüsse usw.), um nur einige Markierungen zu setzen, zu interpretieren. Man wird, will man das Scheitern der Achtundvierziger ernsthaft begründen, die Sünden des deutschen Idealismus, den Transzendentalismus der Romantiker, die literarischen und philosophischen Fluchtbewegungen eben, — auf der anderen Seite die Diffamierung des Jungen Deutschlands und vieles andere mehr in Betracht ziehen müssen.

Mit diesen Hinweisen sind natürlich nur wenige Aspekte einer Art von Geschichtsmosaik angedeutet, die dem Leser brauchbare Erkenntnisse vermitteln könnten.

Wenn das ganze Buch etwa das Niveau des schon erwähnten vorletzten Kapitels „Ende der Nationalversammlung" hätte, stünde es der Gesamtkonzeption der Sammlung „Augenzeugenberichte" näher. Unsere Beurteilung wird diktiert von der einfachen Tatsache, daß zu diesem Thema eine Fülle publizistischen Materials vorliegt. Da schaut man eben genauer hin, um sich der Notwendigkeit einer solchen Arbeit zu vergewissern. Hier ist sie nicht ganz einzusehen.

Wesentlicher als ganze Kapitel ist die im Anhang veröffentliche 28seitige Liste verfolgter Parlamentarier, die die Zeitschrift „Jahrhundert", Hamburg, im Jahre 1857 veröffentlichte.

Egbert Hoehl

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Arthur Kühn, Das Problem der Prognose in der Soziologie. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 195 S., br. 38,60 DM (Soziologische Schriften, Bd. 7).

Max Bense, Ästhetik und Engagement. Präsentationen ästhetischer Objekte. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 192 S., br. 14,— DM (Pocket, Bd. 13).

Hugo Perls, Goethes Ästhetik und andere Aufsätze zu Literatur und Philosophie. Franke Verlag, Bern, 195 S., Paperback 12,80 DM.

Peter Heintel, Hegel. Musterschmidt-Verlag, Göttingen, 131 S., 4 Abb., br. 5,80 DM (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 54). — Erschienen anläßlich des 200. Geburtstages von Georg Wilhelm Friedrich Hegel.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,—	50,—	64,—	77,—	88,—	138,—	185,—	227,—
8 Seiten	69,—	81,—	100,—	116,—	132,—	198,—	255,—	308,—
12 Seiten	102,—	116,—	138,—	160,—	182,—	250,—	312,—	370,—
16 Seiten	135,—	150,—	177,—	204,—	232,—	325,—	410,—	495,—
20 Seiten	168,—	187,—	215,—	242,—	270,—	380,—	484,—	585,—
24 Seiten	190,—	215,—	248,—	281,—	310,—	425,—	535,—	640,—
28 Seiten	220,—	245,—	282,—	319,—	355,—	476,—	594,—	708,—
32 Seiten	245,—	270,—	310,—	349,—	381,—	525,—	660,—	785,—
36 Seiten	260,—	287,—	326,—	360,—	390,—	540,—	685,—	805,—
40 Seiten	275,—	300,—	338,—	375,—	410,—	565,—	710,—	845,—

Fernseh-Spalte

450 VOLT

Von 15 bis zu 450 Volt Spannung erzeugt der Elektroschock-Generator: Hauptrequisit eines TV-Films von Hans Lechleitner über ein sozialpsychologisches Experiment: „Abraham — Untersuchung über den menschlichen Gehorsam" (ARD, 1. 10. 1970), durchgeführt im Max-Planck-Institut München. Das durch ein Schein-Los bestimmte „Opfer" brauchte die Stromstöße nicht in Wirklichkeit zu erdulden. Tonbänder lieferten die Schmerzensschreie. Die über hundert aktiven Testpersonen ahnten indessen nichts davon. Sie folterten in der Annahme, der Student im Nebenraum sei tatsächlich auf dem elektrischen Stuhl festgeschnallt, wie der Versuchsleiter es ihnen vor Beginn des Experiments demonstriert hatte. Die Testpersonen hatten über einen Lautsprecher dem „Schüler" im Nebenraum eine Reihe von Wortkombinationen durchzusagen. Dieser mußte sich dann nacheinander der richtigen Kombination erinnern. Jede falsche Antwort wurde mit einem Stromstoß bestraft: jeweils 15 Volt mehr. 85 Prozent der Testpersonen verabreichten dem „Kandidaten" willig auch das Maximum von 450 Volt. Der Student Louis Ferdinand von der Borch zeichnete seine Eindrücke als „Opfer" auf (veröffentlicht im „Zeit Magazin" vom 2. 10. 1970): „Wir sind zu Recht empört und würden doch ähnlich handeln. Ich finde keine Erklärung für das Verhalten dieser Menschen und werde auch immer irritierter an mir selbst." Dann aber fand er sie doch: „In mir reift der Gedanke, nicht den Menschen, sondern seine autoritätsfixierte Gesellschaft für dieses Versagen anzuklagen."

Der sympathische Einundzwanzigjährige hatte ein Symptom erkannt, nicht seine Ursachen. Wenn ich mich recht erinnere, war allerdings nicht einmal von diesem Symptom die Rede in der Sendung. Der empirisch angelegte Versuch konnte solche Erfahrungen auch kaum vermitteln, und der Kommentar ließ es am Nötigen fehlen. Auch die anschließende farblose Diskussion brachte kein Licht in die Kausalzusammenhänge von Ursache und Wirkung. Wozu also die Sendung? Nur um nachzuweisen, daß wissenschaftliches Milieu absoluten Gehorsam aktiviert? Oder um zu demonstrieren, daß der Mensch — deterministisch — ein denkunfähiger Befehlsempfänger ist? Ich finde keine exakte Antwort. Das ist ein dicker Minuspunkt für den Film, der freilich keinen Entschuldigungsgrund für die Testpersonen bedeutet. Die empirische Nacktheit der Versuchsreihe machte zumindest klar, daß sich 85 von 100 Menschen mehr oder weniger bereitwillig den Anordnungen eines Mannes im weißen Kittel (Symbol der Autorität) unterwarfen. War sich keiner des Blödsinns der Wortkombinationen bewußt und vor allem der Tatsache, daß 100 Volt für den Menschen bereits bedrohlich sind und 250 Volt schon töten können? Das ist undenkbar. Folglich handelte zumindest jener Teil der Testpersonen verbrecherisch, bei dem solches Wissen vorausgesetzt werden muß: Mord als „Bestrafung" für nichts. Aber warum? Der Film blieb die Antwort schuldig. Folglich ist sein Aufklärungswert gleich Null. Autoritätsgläubigkeit blieb als undefinierbare Größe im Raum stehen. Die Titel-Anleihe beim biblischen Abraham-Gleichnis machte das Ganze nur noch verworrener. Rationale gesellschaftspolitische Folgerungen wurden nicht gezogen. Wer möchte auch das Risiko eingehen, in die Enge delikater Pointen solcher Art gedrängt zu werden: die gepriesenen ethischen Heiligtümer unserer Gesellschaft (Freiheit und Individualismus) sind nichts als mickrige Mythen. Ich behaupte das nicht, ich sprach von einem Risiko. Immerhin legt das Versuchsergebnis, wahrscheinlich gegen die Absicht der Experimentatoren, eine derartige Uberlegung nahe. Denn selbst unter Einbeziehung aller Determinationsfakten kann nicht geleugnet werden, daß der Mensch ein Produkt seiner Umwelt ist. Warum übrigens waren Frauen von der Beteiligung ausgeschlossen? Und: wie begründet Hans Lechleitner sein Auswahlprinzip („... etwa 120 Arbeiter, Angestellte und Beamte")? Wollte er uns am Ende lehren, daß die Saubermänner in Wahrheit unsere potentiellen Feinde sind und nicht etwa die — Sie wissen schon!? Das allerdings wäre ein revolutionäres Ereignis im Deutschen Fernsehen.

E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Kairoer Abkommens vom 27. September 1970 zur Beilegung des Bürgerkriegs in Jordanien

Im Bemühen, das Blutvergießen unter Arabern zu beenden, das sich in den vergangenen Tagen im haschemitischen Königreich Jordanien ereignete und diesem Abkommen voranging, und im Bemühen um die Gewährleistung der Sicherheit der arabischen Nation gegenüber imperialistischen Verschwörungen und zur Verwirklichung der Stabilität im Bruderstaat Jordanien, der vor Spaltung und Leiden steht, wurde über folgendes heute, am 27. September 1970, von den Teilnehmern der Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter vollständiges Einvernehmen erzielt:

1) Sofortige Beendigung aller militärischen Operationen von seiten der jordanischen Streitkräfte und der Streitkräfte des palästinensischen Widerstands und Beendigung aller militärischen Bewegungen, die nicht durch gewöhnliche Aktivitäten erforderlich werden, und Beendigung aller Informationskampagnen, die im Widerspruch zu den Vorsätzen dieser Übereinkunft stehen.

2) Rascher Abzug aller jordanischen Streitkräfte aus Amman und deren Rückführung in ihre natürlichen Stützpunkte und der Abzug aller Kommandostreitkräfte aus Amman und deren Stationierung an Orten, die der Kommandoaktion angemessen sind.

3) In der Stadt Irbid und anderen Städten ist die militärische und zivile Lage wiederherzustellen, wie sie vor den jüngsten Vorfällen bestand.

4) Die inneren Sicherheitsbehörden sind unter ziviler Verwaltung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit verantwortlich.

5) Die sofortige Freilassung aller Gefangenen von beiden Seiten.

6) Schaffung eines Komitees, das die Ausführung dieser prinzipiellen Übereinkunft und jeglicher untergeordneter Übereinkunft verfolgt, die daraus entstehen mögen, und Aktionen und Beziehungen zwischen den jordanischen Behörden und dem palästinensischen Widerstand koordiniert, damit Sicherheit vorherrschen und die Situation zum Normalzustand zurückkehren möge. Dieses Komitee hat das Recht und die Verantwortung, jegliche praktischen und verfahrenstechnischen Maßnahmen zu empfehlen, die die beiden betroffenen Seiten versöhnen und das Leben zum Normalzustand zurückbringen.

7) Das ebengenannte Komitee wird drei Hilfsbüros haben, die Anweisungen von ihm annehmen:

a) ein Militärbüro, das verantwortlich für alle militärischen Angelegenheiten zur Ausführung der Vorsätze dieser Übereinkunft sein wird;

b) ein Zivilbüro, das verantwortlich für zivile Angelegenheiten sein wird, die nichtmilitärische Beziehungen zwischen den beiden Parteien betreffen.

c) Ein Büro für Versorgung und medizinische Hilfe, das verantwortlich für die Verteilung aller Versorgungsgüter und der von arabischen und anderen Ländern entsandten Hilfe für die Opfer, die Verwundeten und die Bedürftigen sein wird.

8) Das ebengenannte Komitee wird eine für beide Parteien bindende Übereinkunft entwerfen, die die fortgesetzte Aktivität der Kommandoaktion gewährleisten würde und den Respekt vor der Souveränität der Nation in Übereinstimmung mit dem Gesetz, abgesehen von den notwendigen Ausnahmen für die Kommandoaktion.

9) Die Entscheidungen, die vom ebengenannten Komitee mit dem Ziel der Ausführung dieser Übereinkunft getroffen werden, werden vollständig und endgültig bindend für beide Parteien sein.

10) Dieses ebengenannte Komitee wird seine oben erwähnten Behörden sofort verwirklichen und periodisch den arabischen Königen und Staatsoberhäuptern über die von ihm ausgeführten Aufgaben und die von ihm getroffenen Entscheidungen sowie über die Einführung dieser Übereinkunft und ihre Beachtung von seiten der beiden betroffenen Parteien Bericht erstatten.

11) Das ebengenannte Komitee wird unter dem Vorsitz von Bahi Ladgham, dem tunesischen Ministerpräsidenten, und zwei anderen Mitgliedern stehen, von denen einer die jordanischen Behörden vertritt, der von König Hussein ernannt werden soll, und der zweite den palästinensischen Widerstand vertritt, der von Yassir Arafat ernannt werden soll. Das Komitee hat das Recht, die Hilfe von jedermann zu suchen, der ihm angemessen erscheint.

12) Vorbereitung einer günstigen Atmosphäre zur Einführung dieser Übereinkunft, um zu ermöglichen, daß sie ihre edlen Ziele erreicht. Die beiden Parteien sind verpflichtet, alle Ausnahmezustände und das Kriegsrecht zu beenden.

13) Im Falle, daß die jordanische oder palästinensische Seite irgendeine Bestimmung der Übereinkunft verletzt oder ihrer Einführung Hindernisse entgegenstellt, werden alle arabischen Unterzeichnerländer geeinte und kollektive Maßnahmen gegen sie verhängen.

14) Unterstützung der palästinensischen Revolution, bis sie ihre Ziele einer vollständigen Befreiung (Palästinas) und der Zerstörung der israelischen Usurpatoren erreicht.

Die Unterzeichner des Abkommens sind: König Faisal von Saudi-Arabien, Prinz El-Sabah von Kuwait, Präsident Gamal Abdel Nasser von Ägypten, Yassir Arafat, der libysche Ministerpräsident El Gadaffi, der sudanesische Ministerpräsident Gaafar El Numeiri, König Hussein von Jordanien, der tunesische Ministerpräsident Bahi Ladgham, der libanesische Präsident Suleiman Franjieh und Ahmed El Schami, Mitglied des Republikanischen Rats des Jemen.

Wortlaut der Reden von Gunnar und Alva Myrdal anläßlich der Verleihung des Friedenspreises 1970 durch den Börsenverein des deutschen Buchhandels am 27. September 1970 in Frankfurt/Main

Rede von Gunnar Myrdal

Lassen Sie mich Ihnen zuerst, einfach und demütig, meinen Dank aussprechen für die Ehrung, die uns zuteil geworden ist, und über die ich mich aufrichtig freue. Es hat eine tiefe persönliche Bedeutung für mich, daß mir, zusammen mit Alva Myrdal, meiner Lebensgefährtin, oft meiner Arbeitskollegin, der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels zugefallen ist.

Dieser Preis ist gestiftet und wird verliehen von der Berufsgruppe in Deutschland, die Bücher herstellt und verbreitet. Wir sind uns beide bewußt, Alva Myrdal und ich, daß in keinem anderen Lande diese Berufsgruppe von einem solchen Bildungsbewußtsein und einer solchen Kulturverantwortlichkeit getragen wird — und demnach eine so hohe Achtung genießt — wie in Deutschland.

Wir sind beide in erster Linie Autoren, Verfasser von Büchern, was ja auch aus der Zusammenstellung hervorgeht, die die Veranstalter mit so viel Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit angefertigt haben. Dies gilt ganz besonders für mich. Daß ich in die Verleihung des Friedenspreises einbezogen worden bin, fasse ich in erster Linie als eine Geste der Solidarität dem Autor gegenüber auf, der gewiß nicht viel geleistet hat in bezug auf Friedensforschung im engeren Sinn, aber der sein ganzes Leben dem Studium sozialwissenschaftlicher Probleme gewidmet hat.

Wenn ich in früheren Stadien meines Lebens für kürzere oder längere Zeit praktische politische Verantwortung getragen habe, im Reichstag und in der Regierung meines Landes, oder im Dienst der Vereinten Nationen, habe ich mich selbst immer als „ausgeborgt" gefühlt, ausgeborgt von dem, was ich als meinen eigentlichen Auftrag aufgefaßt habe: die gesellschaftlichen Probleme — eines Landes, eines Erdteils oder der Welt — zu erforschen und die Resultate meiner Forschung der Allgemeinheit in Büchern vorzulegen.

Der Abstand zwischen der Forschung und den praktisch-politischen Stellungnahmen ist aber für mich nie eine tief einschneidende Kluft gewesen. In meiner Forschung gehe ich bewußt von explizit formulierten Wertvoraussetzungen aus. Ich sehe und untersuche die wirtschaftliche, soziale und politische Wirklichkeit von diesen Wertungen her. Eine solche von Wertungen gesteuerte Forschung kann deshalb zu politischen Schlußfolgerungen führen. Und diese Schlußfolgerungen können den Anspruch erheben, rational zu sein: sie stellen logische Schlüsse dar aus den angegebenen Wertungen und dem durch Anwendung dieser Wertungen erworbenen Wissen über Tatsachen und deren ursächliche Zusammenhänge.

Vor einigen Monaten hatte ich die Ehre, anläßlich der Weltausstellung in Osaka, Japan, zwei Ansprachen zu halten. Das programmatische Thema dieser Weltausstellung hieß „Progress and Harmony for Mankind", „Fortschritt und Harmonie für die Menschheit".

Einleitend konnte ich meine Gründe dafür darlegen, warum ich eine solche Entwicklung der Welt für durchaus denkbar und möglich hielt. Wenn diejenigen, die die Schicksale der Staaten steuern, und die Völker, die hinter ihnen stehen, eine klare und richtige Wirklichkeitsbeurteilung hätten, wenn sie den Idealen, die allgemein anerkannt sind, treu wären, und wenn sie für rationale Lösungen nationaler und internationaler Probleme zusammenarbeiteten, dann sollten heute größere Aussichten bestehen als je zuvor in der Geschichte der Menschheit, einen raschen Fortschritt zu erleben und einer immer vollkommeneren Harmonie innerhalb und zwischen den Staaten entgegenzugehen.

Wissenschaft und Technik entwickeln sich heutzutage in immer schnellerem Tempo. In einer gesunden Welt würde es möglich sein, mit vereinten Bemühungen diese neuen Kräfte, diese Errungenschaften immer besser auszunutzen und mit ihrer Hilfe die ewigen Feinde des menschlichen Glücks erfolgreich zu bekämpfen: die Unwissenheit, den Hunger und andere in der Armut begründete Leiden; Krankheit und vorzeitigen Tod; die sozialen Konflikte und die Kriege; die rohe Gewalt.

Aber die Welt von heute ist nicht gesund. Und was wir sehen, wenn wir uns in der Welt umschauen, deutet nicht darauf hin, daß sie auf dem Wege sei zu gesunden. Unsere gesteigerte Macht über die Kräfte der Natur, eine Folge des immer schnelleren Fortschritts von Wissenschaft und Technik, hat uns keinen Ansporn gegeben, unser Handeln in der Richtung von Rationalität und gutem Willen zu disziplinieren. Die Errungenschaften von Technik und Wissenschaft werden nicht dazu verwendet, Glück und Harmonie der Menschheit zu fördern, sondern im Gegenteil dazu, Zerstörung vorzubereiten und tatsächlich zu zerstören.

Vor 25 Jahren, am Ende des Zweiten Weltkrieges, gründeten die alliierten Mächte nach ihrem siegreichen Kampf gegen die faschistischen Staaten die Vereinten Nationen als ein Instrument für engste Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Dieses überstaatliche Organisationssystem sollte universal sein.

In der Präambel der Charta der Vereinten Nationen werden die Ziele der Weltorganisation in folgender Weise definiert:

„. . . nachfolgende Generationen vor der Geißel des Krieges, die zweimal während unserer Lebensdauer unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, zu erretten und

von neuem den Glauben an die menschlichen Grundrechte, die Würde und den Wert der Person des Menschen, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, von großen und kleinen Völkern zu bekräftigen und

Voraussetzungen zu schaffen, unter welchen Gerechtigkeit und Achtung vor Verpflichtungen, wie sie Verträgen und anderen Quellen internationalen Rechts entspringen, gewahrt werden können, und

den sozialen Fortschritt und die Verbesserung der Lebenshaltung in größerer Freiheit zu fördern und zu diesen Zwecken

Duldsamkeit zu üben und in Frieden als gute Nachbarn miteinander zu leben und

unsere Kräfte zu vereinen, um unter den Völkern Frieden und Sicherheit zu erhalten, und mittels Annahme von Grundsätzen und Einführung von Verfahren Gewähr dafür zu schaffen, daß Waffengewalt, es sei denn im gemeinsamen Interesse, nicht gebraucht werde, und

internationale Einrichtungen zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs aller Völker zu benützen."

Die ununterbrochenen Kriege an verschiedenen Stellen der Welt, die phantastischen Kosten für diese Kriege und für die Kriegsvorbereitungen sind natürlich die am meisten ins Auge fallenden Verstöße gegen die Ideale und Ziele für die Zusammenarbeit zwischen den Völkern, welche die Charta der Vereinten Nationen verkündet.

Ich kann mir hier nicht die Zeit nehmen zu analysieren, welche entscheidenden Fehler die Mitgliedstaaten dieser Organisation begangen haben, so daß die Organisation als Ganzes keinen wesentlichen Schritt zur Verwirklichung dieser Ideale hat tun können.

In dem ersten von SIPRI publizierten Jahrbuch für 1968/69, welches im letzten Herbst gerade während der Abrüstungsdebatte der Ersten Kommission der UNO-Generalversammlung auf den Tisch kam und einiges Aufsehen erregte, konnte man lesen, daß die Welt in diesem letzten Jahre 30 Prozent mehr für militärische Zwecke ausgegeben hatte, und zwar real gerechnet, in unverändertem Geldwert, als im Jahre 1965. Für die beiden Supermächte war die Zuwachsquote während dieser vier Jahre sogar etwas über 40 Prozent. Heute sind die Militärausgaben in der Welt ebenso groß wie das gesamte Einkommen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung.

Verglichen mit den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg — auch dies bekanntlich eine Periode des Wettrüstens — sind die Rüstungsausgaben in der Welt um das Zehnfache gestiegen, und zwar immer noch real gerechnet. Tief tragisch ist dabei, daß auch die unterentwickelten Länder einen so großen Anteil ihres knappen Volkseinkommens für Rüstungszwecke ausgeben, gewöhnlich ein Vielfaches von dem, was sie beispielsweise für Erziehung und Unterricht verwenden. In dieser Handlungsweise werden sie meist bestärkt und unterstützt von den Großmächten, deren Antagonismus auch in diesem Wetteifern zum Ausdruck kommt.

Wie das noch nicht erschienene SIPRI-Jahrbuch für 1969/70 aufzeigen wird, ist im letzten Jahre ein Stillstand im Anwachsen der Rüstungsausgaben für die Welt als Ganzes eingetreten. Da die technische Entwicklung, wie wir aus Erfahrung wissen, sich immer als ein Antriebsmoment für die Steigerung der Rüstungskosten erwiesen hat und da sich diese Entwicklung weiter im schnellen Wachstum befindet, ist es aber leider fraglich, ob das mehr als nur eine zufällige Pause in dieser unglücklichen Entwicklung darstellt.

Alva Myrdal ist seit fast neun Jahren an den Verhandlungen beteiligt, die darauf hinauslaufen, auf multilateraler Basis Abkommen über eine kontrollierte Rüstungsbegrenzung zustande zu bringen. Sie hat auch die ausschlaggebende Rolle bei der Schaffung des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts, SIPRI, gespielt. Sie wird in ihrer Dankesrede auf wichtige Probleme und Aspekte der Abrüstungsarbeit eingehen.

Es ist selbstverständlich, daß die stolzen Versprechungen der Charta der Vereinten Nationen:

— „den sozialen Fortschritt und die Verbesserung der Lebenshaltung in größerer Freiheit zu fördern"

— und „internationale Einrichtungen zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs aller Völker zu benützen",

sich primär auf die Wohlfahrt der großen Mehrheit der Menschheit beziehen, die in den unterentwickelten Ländern lebt, und zwar natürlich wieder in erster Linie auf die große Masse der Armen unter ihnen.

Nach vielen Jahren intensiver Studien bin ich zu der Schlußfolgerung gelangt, daß sowohl unsere wissenschaftliche wie unsere populäre Literatur auf diesem Gebiet — also die Literatur, die die Ansichten der gebildeten Menschen in den reichen wie in den armen Ländern widerspiegelt — schwer belastet ist von Vorurteilen, von Verzerrungen, von „biases". Diese „biases" liegen alle in der Richtung einer diplomatisch verbrämten, einer hyperoptimistischen Darstellung der Verhältnisse in diesen Ländern.

Wir leben so sehr im „Paradies der Toren" — und es gibt opportunistische Gründe dafür —, daß die Menschen zu überoptimistischen Ansichten ihre Zuflucht nehmen. Wir sind alle geneigt zu glauben, was wir glauben wollen. Wenn diese Ansichten über die unterentwickelten Länder korrekt wären, dann könnte die Hilfe von den entwickelten Ländern billiger werden, und die gebildeten oberen Schichten in den unterentwickelten Ländern brauchten nicht die Notwendigkeit innerer Reformen im Interesse der armen Massen anzuerkennen.

Wir fahren fort, die Entwicklung dieser Länder mit Hilfe von einfachen Zuwachsquoten des Nationaleinkommens zu kennzeichnen. Statistisch gesehen, sind diese Quoten außerordentlich zweifelhaft, und zwar sowohl in bezug auf die Definition der benutzten Begriffe als auch bezüglich des Primärmaterials, auf das sich diese Berechnungen stützen. In Übereinstimmung mit dem allgemeinen Charakter der opportunistischen „biases", von denen ich gesprochen habe, geben diese Zahlen ein stark verschönertes Bild dessen, was heute in diesen Ländern vor sich geht.

Wir verdrängen aus unserer Sicht und aus unserem Forschungsbereich die Mehrzahl der ungünstigen Faktoren, die heute der Entwicklung dieser Länder im Wege stehen. Lassen Sie mich nur einige nennen: die eingewurzelte Klassenstruktur dieser Gesellschaften; die extrem ungleichen Machtverhältnisse; die ungünstigen Auswirkungen auf die Produktivität, die darauf zurückzuführen sind, daß die Masse der Bevölkerung auf niedrigstem Lebensstandard lebt und arbeitet.

Die Hauptbedingung für wirklichen, dauerhaften Fortschritt in diesen Ländern sind radikale innere Reformen. Diese Reformen müssen den Trend wenden, der jetzt auf eine Verschärfung der Ungleichheit der Lebensbedingungen in fast allen diesen Ländern hinsteuert. In den meisten dieser Länder sind die Bodenreformen verpfuscht worden, und die ganze Frage der Bodenreform ist jetzt in der öffentlichen Debatte nahe daran, unter den Tisch zu fallen, besonders in der von Washington ausgehenden naiven Verkündigung einer „grünen Revolution".

Die Korruption ist in diesen Länder evident, und sie greift fast überall immer weiter um sich. Ohne ein weit höheres Maß von sozialer Disziplin läßt sich eine schnelle und dauernde Aufwärtsentwicklung nicht erzielen.

Die Erwachsenenbildung wird in fast allen nichtkommunistischen unterentwickelten Ländern vernachlässigt. Der Schulunterricht bedarf radikaler Reformen, sowohl in bezug auf seinen Inhalt wie auf seine Organisation. Gegenwärtig ist das Unterrichtswesen in diesen von sozialer Ungleichheit gekennzeichneten Ländern meist eher dazu geeignet, die sozialen Gegensätze zu bewahren oder zu verschärfen und damit der Entwicklung neue Hindernisse in den Weg zu legen.

Nur einige wenige unterentwickelte Länder haben bisher effektive Pläne zur Verbreitung der Geburtenkontrolle ausgearbeitet und die Durchführung dieser Pläne ernstlich in Angriff genommen. Da man auch in den Ländern, wo solche Versuche unternommen worden sind, auf vielerlei Schwierigkeiten gestoßen ist, sind die Resultate bisher nicht gerade groß. Die in den Planungen gesetzten Ziele sind in der Regel nicht erreicht worden. Dies gilt mit Ausnahme von einigen wenigen, vorwiegend kleineren Ländern, die zumeist unter japanischem oder chinesischem Kultureinfluß gestanden haben. Bestenfalls können diese Maßnahmen den Zuwachs der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter nicht vor Ende dieses Jahrhunderts zum Stillstand kommen lassen.

Diese und ähnliche innere Reformen müssen von den Ländern selbst durchgeführt werden. Mit Ausnahme der Bevölkerungspolitik — bis zu einem gewissen Grade — stoßen solche

Reformen auf den harten Widerstand der dünnen oberen sozialen Schichten in diesen Ländern, die fast durchweg die eigentliche Macht fest in ihren Händen halten, und zwar unabhängig davon, welche Art von politischem Regime in dem Lande herrscht.

Die Hilfe, die von den entwickelten Industriestaaten geleistet wird, wie auch die sonstige finanzielle und industrielle Aktivität, die von diesen ausgeht, zeigt meist die Tendenz, diese oberen Schichten zu stützen und zu begünstigen, also die Schichten, die dem sozialen Ausgleich und Reformen aller Art abweisend gegenüberstehen. In derselben Richtung wirken die Vorurteile der Forschung und der allgemeinen Debatte. Diese wesentlichen inneren Fragen der unterentwickelten Länder werden nämlich hier meist umgangen, was in Wirklichkeit den reaktionären Kräften Vorschub leistet.

Inzwischen sind, für die Welt als Ganzes, die öffentlichen internationalen Hilfeleistungen an die unterentwickelten Länder nach einer Periode des Anwachsens wieder zum Stillstand gekommen; real gesehen sind sie, in Anbetracht der raschen allgemeinen Preissteigerungen, sogar erheblich zurückgegangen.

Mehr noch: die Qualität dieser Hilfeleistungen hat sich in verschiedener Hinsicht verschlechtert. Zunächst wird ein immer größerer Teil der Hilfe an den Export des Geberlandes gebunden. Dadurch wird die Wahlfreiheit des Empfängerlandes beeinträchtigt: man kann nicht die Waren kaufen, die man am dringendsten benötigt, und man kann es nicht auf denjenigen Märkten tun, wo sie am billigsten sind.

Weiter sind Darlehen immer mehr an die Stelle von Gaben getreten. Zwar sind, wenigstens bis vor einigen Jahren, die Zinssätze und die übrigen Darlehensbedingungen so angepaßt worden, daß sie für die Empfängerländer günstig sein sollen, aber die Entwicklung hat doch zu einer explosionsartig anwachsenden Schuldenbelastung geführt, die bereits jetzt die Zahlungsbilanz vieler unterentwickelter Länder schwer erschüttert und in Zukunft in noch alarmierenderer Weise erschüttern wird.

Es gibt keine überzeugenden Anzeichen dafür, daß der Strom finanzieller Hilfe von den entwickelten Industrieländern sich, aufs Ganze gesehen, wieder wesentlich verbreitern und daß seine Qualität sich verbessern wird. Eine weitere Verschlechterung erscheint im Gegenteil nicht ausgeschlossen.

Sowohl in bezug auf die staatlichen wie in bezug auf die privaten Zuwendungen an die unterentwickelten Länder herrscht zudem eine völlige Verwirrung in der statistischen Erfassung und Bewertung der Beiträge. Insgesamt läuft diese Verwirrung auf eine bedeutende Überschätzung der aufgewendeten Beträge hinaus.

Die unterentwickelten Länder tragen alle an dem schweren Erbe einer ungünstigen Handelsposition. Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges hat sich diese Position weiter verschlechtert, und die Verschlechterung setzt sich noch fort. Besonders in bezug auf den Absatz sowohl ihrer landwirtschaftlichen wie ihrer industriellen Erzeugnisse sind diese Länder schwer diskriminiert. Vernünftigerweise sollten sie statt dessen bevorzugt sein, wenn es nämlich wirklich die Absicht der Industrieländer wäre, ihnen in ihrer Entwicklung zu helfen. Die UNCTAD-Konferenz in New Delhi im Frühjahr 1968 schaffte keine wesentliche Verbesserung der Situation.

Ich muß hier für die Belege meiner Behauptungen und Anklagen auf meine gedruckten Schriften verweisen.

Nun, es gibt auch Zeichen ganz anderer Art, die es uns klarmachen, daß die Menschheit auf falschen Wegen ist. Eine drohende Gefahr, deren wir uns erst in den letzten Jahren voll bewußt geworden sind, bezieht sich auf die erschreckend rasch fortschreitende Vergiftung unserer Luft, unseres Wassers, unserer Erde.

Ich bin kein Sachverständiger für ökologische Probleme. Aber meine Freunde und Kollegen unter den Naturwissenschaftlern versichern mir, daß sich diese Vergiftung rasch ausbreitet und daß sie auf immer neue Bereiche des menschlichen Lebens übergreift. Die kommunistischen Länder sind von dieser Gefahr in gleicher Weise bedroht. Auch die

unterentwickelten Länder leiden bereits unter den Auswirkungen dieser Milieuvergiftung. Die allgemeinen Ursachen der gefahrvollen Entwicklung liegen bis zu einem gewissen Grade in der Vermehrung der Weltbevölkerung und in dem Urbanisierungsprozeß, der sich in der ganzen Welt geltend macht. Aber eine noch größere Rolle als Ursache spielt die rücksichtslose Ausnutzung der modernen Technik, eine Ausnutzung, die einzig und allein oder ganz überwiegend auf kurzsichtigem Gewinnstreben beruht. Keine anderen Kosten werden dabei in Rechnung gestellt als die im engsten Sinne betriebswirtschaftlichen.

Unter solchen Gesichtspunkten werden heute sowohl öffentliche wie private Betriebe geplant, so werden Automobile konstruiert, so versuchen Landwirte, ihren Ertrag zu vergrößern.

Soll dieser Entwicklung Einhalt geboten werden, so bedarf es energischer öffentlicher Eingriffe, gesellschaftlicher Kontrolle, auch bedeutender öffentlicher Ausgaben. Nicht zuletzt werden internationale Abkommen vonnöten sein, da die Gefahren der Vergiftung der Elemente nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Eine ökologische Weltkonferenz unter den Auspizien der UNO ist bekanntlich für 1972 nach Stockholm einberufen.

Ob es möglich sein wird, die öffentliche Meinung in dieser Frage so zu aktivieren und zu schärfen, daß sich die Regierungen veranlaßt fühlen, bedeutende Kosten auf sich zu nehmen und weitgehende Einschränkungen der individuellen Handlungsfreiheit zu akzeptieren, um das menschliche Milieu zu entgiften, ehe der Schaden irreparabel geworden ist, erscheint fraglich.

Ein weiterer Zug in der modernen Entwicklung, der eine ernste Bedrohung der menschlichen Wohlfahrt darstellt, ist das epidemische Umsichgreifen des Gebrauchs von Narkotika. Die chemische, medizinische und pharmazeutische Forschung wird zweifellos in den nächsten Jahren in rascher Folge eine Reihe von neuen Drogen entwickeln, die Menschen zum Mißbrauch verleiten werden und die auf Körper und Geist destruktive Wirkung ausüben.

Den Mißbrauch von Drogen zu bekämpfen, ist, wie wir wissen, eine sehr schwierige Aufgabe. Enge internationale Zusammenarbeit ist erforderlich, sowohl hinsichtlich der Produktion wie der Distribution dieser Mittel. Aber auch im Falle einer solchen Zusammenarbeit hat sich eine Grenzkontrolle des illegalen Handels mit Narkotika als wenig effektiv erwiesen. Und bei der weiteren Entwicklung von Wissenschaft und Technik muß man wahrscheinlich damit rechnen, daß die technische Herstellung von Drogen, höchst gefährlichen Drogen, die zum Mißbrauch verleiten, immer einfacher werden wird, so daß die Herstellung in Laboratorien ohne komplizierte Ausrüstung erfolgen kann, was natürlich die Möglichkeit der Kontrolle weiter erschwert.

Ich muß gestehen, daß mich der Gedanke an die zukünftige Entwicklung auf dem Gebiet der Drogen mit Angst erfüllt. Hier liegt wirklich ein abschreckendes Beispiel vor, wie die Entwicklung von Wissenschaft und Technik fast automatisch sich destruktiv auf die Wohlfahrt der Menschheit auswirken kann.

So weit gediehen in meiner Exemplifikation der Gefahren, die heute dem Glück und der Harmonie der Menschen drohen, muß ich die Frage stellen, ob unsere gegenwärtige Situation von größeren Gefahrenmomenten gekennzeichnet ist als die früherer Generationen. Leider glaube ich, daß diese Frage mit Ja beantwortet werden muß.

Viele der Gefahren, die ich aufgezählt habe, sind einzigartig in der Geschichte der Menschheit. Das gilt von der Bevölkerungsexplosion, von der Vergiftung unseres ökologischen Milieus, von der epidemischen Ausbreitung des Gebrauchs von Narkotika.

Das Wettrüsten hat jetzt Dimensionen angenommen, die ungeheure Mengen von finanziellen Hilfsmitteln einer vernünftigen Anwendung im Dienste der Menschheit entziehen. Gleichzeitig ist es offenbar, daß diese Anhäufung militärischer Arsenale auf längere Sicht das Risiko einer neuen, noch furchtbareren Weltkatastrophe wesentlich erhöht. Dazu kommen die besonderen Gefahren, die von der Anhäufung und der möglichen Anwendung der immer mehr verfeinerten chemischen und biologischen Kampfmittel drohen. Sie sind dramatische neue Schrecken, die sich am Horizont unserer Zeit abzeichnen.

Europäische Verlagsanstalt
Martin Baethge
Ausbildung und Herrschaft
Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik
384 Seiten, Snolin-Broschur 15 DM
Studienreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI)
Anneliese K. Schuon-Wiehl
Faschismus und Gesellschaftsstruktur
Am Beispiel des Aufstiegs des Nationalsozialismus
Modell 5, ca. 48 Seiten, kartoniert ca. 5 DM
Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht
Harald Horn
Die Berlinkrise 1958/61
Zur Funktion der Krise in der internationalen Politik
Modell 6, ca. 48 Seiten, kartoniert ca. 5 DM
Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht
Wulf D. Hund
Kommunikation in der Gesellschaft
Demokratische Willensbildung oder manipulierte Meinung
Modell 7, ca. 48 Seiten, kartoniert ca. 5 DM
Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht
Ursula Schmiederer
Wahlen in der Bundesrepublik
Am Beispiel der Bundestagswahl 1969
Modell 1, 64 Seiten, kartoniert 5 DM
Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht
Ingrid Schmiederer
Wirtschaftliche Mitbestimmung
Modell 2, 84 Seiten, kartoniert 5 DM
Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht
Lutz Krauß
Hans Rühl
Werbung in Wirtschaft und Politik
Modell 3/4, 112 Seiten, kartoniert 10 DM
Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht

Nochmals gesagt: Diese Gefahren, unerhört in der Geschichte der Menschheit, sind das Resultat einer perversen, einer verrückten Verwendung wissenschaftlicher Entdeckungen und technischer Errungenschaften. Pervers und verrückt, weil es eine Verwendung für destruktive Zwecke ist.

Einer meiner Freunde traf Bertrand Russell wenige Monate vor seinem Tod. Russell war bei dieser Begegnung noch voll und ganz im Besitz seiner geistigen Kapazität. In ganz sachlicher Weise kalkulierte er die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Menschheit das Ende des 20. Jahrhunderts überleben werde, auf 50 Prozent. Andere erfahrene Experten haben mir Schätzungen des Risikos der Vernichtung der Menschheit mitgeteilt, die sich auf derselben Zahlenebene bewegen. Niemand hat das Risiko als gering beurteilt.

Legt man all dies zusammen, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Situation der Menschheit tatsächlich verzweifelter ist als je zuvor. Nicht nur Fortschritt und Glück sind in Frage gestellt, sondern nachgerade die Existenz.

Ich erhebe den bestimmten Anspruch, damit nicht dem Pessismismus Ausdruck zu geben, sondern dem Realismus. Der Mut, der jetzt von uns gefordert ist, ist der Mut der Verzweiflung, nicht der eines illusorischen, opportunistischen Optimismus.

Ich bin auch nicht Defaitist. Die Entwicklung läßt sich wenden, die schrecklichen Gefahren lassen sich in herausfordernde Chancen verwandeln.

Die Geschichte ist nicht blindes Schicksal, sie wird von Menschen bestimmt. Wenn wir unsere Völker, unsere Mitmenschen dahin bringen können, die Gefahren einzusehen — die Gefahren, die letzten Endes alle auf Unwissenheit und auf Verrat an den Idealen beruhen —, dann könnten sie, dann könnten wir alle unsere Regierungen zwingen, einen anderen Kurs einzuschlagen.

Das Versagen der Vereinten Nationen könnte in Erfolg gewendet werden; das Wettrüsten könnte zum Stillstand kommen, wenn wir uns dazu entschlössen, daß es aufhören soll.

Als ich vor einigen Jahren, anläßlich der Generalversammlung von FAO, der internationalen Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, den Auftrag hatte, vor 120 Agrarministern und ihren Stellvertretern zu sprechen, gab ich einem Gedanken Ausdruck, der mich lange und in steigendem Ausmaß bedrückt und beunruhigt hatte. Ich möchte mir erlauben, hier abschließend diese Worte zu wiederholen:

„Ich fürchte, wir sind dabei, uns daran zu gewöhnen, unbekümmert weiter dahinzuleben, uns den Geschäften des Tages hinzugeben, ohne auch nur einen Gedanken zu verwenden an die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit des Undenkbaren, das vor uns liegt. Zu diesem Undenkbaren rechne ich die Frage, wozu das atomare Wettrüsten wohl führen mag und die bisher weniger beachtete Vorbereitung chemischer und biologischer Kriegsführung. Mit jedem Tag, der vergeht, ohne daß effektive zwischenstaatliche Abkommen getroffen werden, die dieser Entwicklung Einhalt gebieten, mit jedem solchen Tag wird es leichter und billiger für die Länder, für alle Länder, sich zum Völkermord bereit zu machen . . .

Es scheint, wir nehmen uns hier ein Beispiel an dem gewiß ganz rationalen Muster, nach dem wir unser individuelles Leben einrichten, indem wir fröhlich in den Tag leben, arbeiten, uns vergnügen, obwohl wir wissen, daß wir der persönlichen Katastrophe des Todes entgegengehen. Andernfalls wäre aber das Leben untragbar, wir können ja doch nichts daran ändern, und wir wissen: unsere Völker, die Menschheit, sterben nicht mit uns, sondern leben weiter.

Aber diese Einstellung, rational wie sie für ein Individuum sein mag, ist gefährlich irrational für die Gesellschaft, nämlich wenn wir sie als Mitglieder eines Volkes und der Menschheit einnehmen. Soziale Katastrophen sind etwas anderes als die Gewißheit des Todes für den Einzelnen, denn soziale Katastrophen können und müssen abgewendet werden. Wenn wir uns nicht unserer Voraussicht bedienen und gemeinsam Maßnahmen gegen die sozialen Katastrophen ergreifen, dann werden wir alle zugrunde gehen; dann gibt es keine Nachweit."

Rede von Alva Myrdal

Mein Mit-Preisträger hat an diesem für uns so ehrenvollen Tag bereits unsere tiefe Dankbarkeit dafür ausgedrückt, daß uns der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen worden ist. Da er nicht nur „mein verehrtre Herr Vorredner" ist, sondern wir auch verheiratet sind, haben wir ja über unser Auftreten hier gewisse Vereinbarungen treffen können. Zusammenarbeit und Rollenverteilung — anstelle von Doppelarbeit und Wiederholung — haben wir als Motto für unsere Dankesbezeugung gewählt, wie für so vieles andere, was wir in unserem Leben zusammen getan haben. An dem Gesagten habe ich also nichts zu ändern, wenn auch vieles hinzuzufügen wäre.

Daß man sich eines Friedenspreises eigentlich nicht würdig fühlt, da ja der wirkliche Friede nicht erreicht ist, haben andere Friedenspreisträger vor mir gesagt. Und das ist eine erschütternde Realität für jeden, der versucht, für den Frieden zu wirken: daß die Weltgemeinschaft, in der die Menschen in Frieden und Freiheit leben, „under the rule of law", im Zeichen selbstgewählter Gesetzlichkeit — daß diese Weltgemeinschaft immer noch in unerreichbare Ferne zu entweichen scheint.

Aber wir können es uns ja nicht leisten, einfach zu warten. Weder die Weltwirtschaft noch die Nerven der Menschen lassen das zu. Über die schädlichen Auswirkungen der Rüstungen, der Kriegsvorbereitungen, der Konflikte mit unserem Wohlstand und unserer Wohlfahrt hat mein Mann eben schon gesprochen. Von dem Druck, dem die Nerven der Menschen tagtäglich ausgesetzt sind, zeugt die ständig schwellende Flut der Nachrichten über Gewalttaten und Brutalität.

Was können wir denn tun? Wo können wir unsere Kräfte in strategisch-kluger Weise einsetzen? Die Friedensforschung, auf die bei dieser Preisverleihung besonderer Wert gelegt worden ist, ist ein Ansatzpunkt, aber nicht mehr. Wir können ja nicht auf den Frieden warten, bis die Friedensforschung ihr Werk vollendet hat!

Den Frieden zu erreichen — das ist eine Sache der Vernunft und der Moral.

Wir wollen wohl glauben, daß die Menschen in ihrem Innersten den Frieden auf Erden wünschen. Aber diese Wertung unterliegt so vielen Anfechtungen — z. B. Revanche-Gedanken — und so vielen Manipulationen — z. B. durch die Massenmedien —, daß sie bisher nicht ausgereicht hat, eine so starke moralische Kraft zu werden, die die gesamte internationale Politik verändern könnte. Deshalb glaube ich auch nicht, daß allgemeine Appelle vom Typ „Wir fordern den Frieden!" bei den beschlußfassenden Instanzen, d. h. also bei den Nationen, eine Wirkung haben.

Ich glaube nicht einmal an die Möglichkeit einer theoretischen „Friedensplanung". Es gibt ja keinen internationalen Generalstab für den Frieden, keinen Generalstab, der Macht hat, wie sehr wir auch wünschen würden, daß sich die Vereinten Nationen in dieser Richtung entwickelten. Die internationale Politik ist, leider, eine Resultante vieler allzu national gesonnener Willenskräfte.

Die Herausforderung an die Friedensarbeiter bezieht sich nicht auf eine — „universale" — Friedensfrage, sondern auf Friedenslösungen von vielen einzelnen Konflikten und auf Friedensanstrengungen längs vielen verschiedenen Bahnen.

Manchmal jedoch laufen diese Bahnen zusammen, und wir erleben eine wesentliche Verbesserung des internationalen Klimas. Da gilt es, mit vorbereiteten Beschlüssen bereit zu sein, so daß man den rechten Augenblick ausnutzen und die Lage in Richtung auf den Frieden hin konsolidieren kann. Es ist meine bestimmte Auffassung, daß die Abrüstungslinie die beste der uns bekannten Möglichkeiten ist, eine solche Planung für strategische Aktionen durchzuführen. Die Abrüstungsbestreben können daher als ein Versuch bezeichnet werden, einen „Abkürzungsweg" zum Frieden zu finden.

Auch die Vorbereitung solcher Initiativen in der Abrüstungsfrage ist eine konkrete Friedensarbeit, die uns laufend zu Gebote steht: Während es schwer ist, Völker zu Friedens-

konferenzen zu sammeln, ist es heute leicht, eine kontinuierliche internationale Zusammenarbeit für die Vorbereitung von Abrüstungs-Abkommen zu betreiben. Das Instrument dafür existiert.

Eine Friedensarbeit, die auf Abrüstung abzielt, kann und muß direkt die beiden Grundfaktoren des Friedens in ihren Dienst nehmen: die Moral und die Vernunft. Aus verschiedenen Gründen ist die Vernunft in diesem Zusammenhang der instrumental wichtigste Faktor. Heute kann man auf wissenschaftlicher Grundlage feststellen, daß fortgesetzte Rüstungen einfach Wahnsinn sind. Solche Rüstungen wirken ihrem eigenen Zweck entgegen: sie gefährden die Sicherheit des eigenen Landes, statt diese zu stärken, und sie steigern gleichzeitig die Unsicherheit der Welt als Ganzes. Dieses hängt damit zusammen, daß in der Epoche des Wettrüstens und in der avancierten Rüstungssituation, in welcher wir uns heute befinden, daß in dieser Epoche, in der die Supermächte heute sogenannte „overkill capacity" besitzen, die Rüstung einer der Supermächte zugleich zu schwindelerregend gefährlichen Aufrüstungen der anderen führt.

Die Friedensforschung, die ja, wie alle Art von Forschung, das feinste Werkzeug menschlicher Vernunft in ihren Dienst stellt, scheint mir auch die größte Aussicht zu haben, den Gang der Ereignisse zu beeinflussen, wenn sie sich auf die Bestrebungen konzentriert, die ich „Abkürzungswege" zu stabilerem Frieden genannt habe.

Diejenige Friedensforschung, mit der ich selbst am meisten zu tun habe, nämlich die von SIPRI betriebene — das Institut in Stockholm, für welches das Schwedische Parlament Mittel angewiesen hat, um in Dankbarkeit die Erinnerung an den 150jährigen schwedischen Frieden zu begehen —, hat auch gerade diese Linie verfolgt. Das Institut hat sich darauf konzentriert, reelle und konkrete, ja fast „empirische" Forschung zu betreiben, die der Abrüstungsarbeit direkt zugute kommen kann. Die Untersuchungen haben sich u. a. auf den internationalen Waffenhandel, auf seismographische Methoden zur Entdekkung von Kernwaffenexperimenten sowie auf Verifikationssysteme für ein Verbot chemischer und biologischer Waffen bezogen.

Ich fühle ein starkes Bedürfnis, in dieser feierlichen Stunde hervorzuheben, wie die internationale Friedensarbeit in praktischer Weise unter das Diktat der Vernunft gestellt werden kann und wie ihr eine solche Richtung gegeben werden kann, daß sie die moralisch-politische Verantwortung zur Stellungnahme herausfordert. Dies geschieht nach meiner persönlichen Meinung am besten dadurch, daß man konkrete Pläne für Abrüstungsmaßnahmen ausarbeitet, aber während der Verhandlungen so genau den politischen Ebbe- und Flutbewegungen folgt, daß man imstande ist, die Gelegenheiten auszunutzen, wenn die Bedingungen für positive Beschlüsse maximal günstig sind.

Ich möchte daher hier kurz einen Abriß meiner persönlichen Deutung der „Geschichte der versäumten Gelegenheiten" auf dem Gebiet der Abrüstung darlegen und an einige historische Augenblicke erinnern, als günstige politische Klimaveränderungen unglücklicherweise nicht ausgenutzt wurden.

Ich tue das, um uns alle davor zu warnen, noch einmal denselben Fehler zu begehen: noch einmal uns in Dummheit verblenden zu lassen, in Augenblicken, da die politischen Kräfte sich in günstiger Konstellation befinden, kurzsichtigen, nationalen Interessen zu folgen, statt diese Gelegenheiten zu benutzen, solche weitblickenden Ziele zu verfolgen, die sowohl dem Weltganzen wie unseren eigenen Ländern zugute kommen. Friede bedeutet ja Sieg für alle — einen anderen Sieg gibt es nicht mehr.

Die erste und vielleicht größte Chance hatten wir 1945/46. Da hatten wir für eine kurze Zeit die Möglichkeit in Reichweite, einen haltbaren Damm gegen den Weiterbau der Kernwaffen zu errichten. Waren wir denn damals völlig mit Blindheit geschlagen? Wenn jemals die Interesssen der Welt auf den Frieden konzentriert waren, so waren sie es in diesem Augenblick, nach dem ungeheuren Trauma des Zweiten Weltkrieges. Auch für die „Siegermächte"! Und das Gefühl des Schreckens war am allerstärksten mit den Terrorwaffen verknüpft, welche die Entwicklung der Kernenergie an den Tag gebracht hatte.

Es existierten damals noch keine Lager solcher Kernwaffen, mit einer Serienproduktion war noch nicht einmal begonnen. Die drei Atombomben, alle von verschiedener Konstruktion, die bis dahin in der Welt produziert worden waren, waren verbraucht: experimentell in Alamagordo, mit Massenmordeffekt in Hiroshima und Nagasaki. Damals, im Herbst 1945, wurde in den Vereinigten Staaten der Gedanke geweckt, man solle für alle Zukunft diese böse Frucht der Erkenntnis neutralisieren: Rohstoffe, technische Hilfsmittel zur Herstellung, wissenschaftliche Forschung auf dem Kerngebiet — alles sollte internationaler Kontrolle unterstellt werden.

Aus diesem Plan, der in seiner ursprünglichen und idealistischen Fassung Robert Oppenheimers und David Lilienthals Signatur trug, in einer späteren, schon mehr kompromißhaften, die von Dean Acheson, und der schließlich in seiner letzten, national eingeengten Version unter der Bezeichnung Baruch-Plan lief — aus diesem Plan wurde nichts. Man ließ ihn in den Vereinten Nationen aufsteigen als eine Leuchtrakete, als die Erste Generalversammlung in ihrer Ersten Resolution die Völker zu internationaler Zusammenarbeit zwecks Ausnutzung der neuentdeckten Kernkraft aufgerufen hatte. Heute können wir nur konstatieren, daß die Welt ganz anders geworden wäre, hätte man damals die einzigartige Chance ergriffen und einen solchen Damm errichtet.

Wessen war die Schuld, daß das nicht geschah? Nun, der eine Hauptrolleninhaber, die Vereinigten Staaten, schiebt die Schuld auf den anderen, die Sowjetunion — formell die Nation, die ihr „njet" aussprach. Die Sowjetunion vertraute einfach nicht auf das Internationalisierungsversprechen der Vereinigten Staaten, das auch in der offiziell vorgelegten Version zu einem bedingten Versprechen verwandelt worden war: bis auf weiteres sollten die Vereinigten Staaten das Herstellungsgeheimnis für sich selbst behalten.

Die Kernwaffenfrage war gewiß eine der Hauptursachen des Kalten Krieges, der nun zwischen den beiden Supermächten der Welt ausbrach, ganz kurz nach Ende des Krieges, in dem diese beiden Mächte alliierte Kriegskameraden waren und dann die Sieger wurden. Wer den Ursprung dieses Kalten Krieges objektiv studiert, wird wohl kaum, wie es im Westen recht allgemein geschehen ist, hauptsächlich an Hand der Rapporte Kennan's aus Moskau diesen Konflikt aus Stalins neuerwachtem Beschluß herleiten, die Sowjetunion zum Eroberungsfeldzug für den heiligen Weltkommunismus aufzurüsten. Die neue Aufrüstungsphase der Sowjetunion kann vielmehr als die Antwort auf das Schreckenssignal beurteilt werden, das wenige Monate vorher über Hiroshima aufgegangen war.

Es lohnt sich nicht zu versuchen, die Schuld für das Kernwaffenrüsten, das daraufhin in Gang kam, gerecht und endgültig zwischen den beiden Großmächten zu verteilen. Natürlich haben sie beide die entscheidende Verantwortung für das Schicksal der Welt. Aber was taten wir anderen? Die Vereinten Nationen existierten doch, und sie wurden sogar das Forum für die große Eröffnungsdebatte über die Terrorwaffen. Viele Staaten der Welt waren schon als Mitglieder der UNO mitbeteiligt. Sahen wir nicht, was geschah? Verstanden wir nicht, was das bedeutete?

Die kleineren Staaten waren damals tatsächlich nicht zum klaren Bewußtsein der Situation gelangt, und sie waren nicht bereit, ihre Verantwortung auf sich zu nehmen. Erst später, 1954, schlug ihre Stunde. In diesem Jahr waren es die Neutralen, allen voran Nehru, die an die Spitze traten — wie sie bis auf den heutigen Tag an die Spitze haben treten müssen —, um kategorische Abrüstungsforderungen an die Supermächte zu stellen. Damals, 1954, galt es in erster Linie, ein Verbot der Kernwaffenexperimente zu erreichen — ein Verbot, das wir übrigens bis heute noch nicht völlig haben durchsetzen können.

Im Jahre 1955 kam die zweite geschichtliche Chance. Man kann sogar das Datum genau angeben: am 10. Mai 1955 kam — und ging —, was Noel-Baker in seinem Buch The Arms Race „den Augenblick der Hoffnung" genannt hat. An diesem Tage akzeptierte nämlich ganz unerwartet die Sowjetunion den Plan für eine allgemeine Abrüstung, den die Westmächte in langen, mühevollen Überlegungen ausgearbeitet hatten. Diesmal waren es die Vereinigten Staaten, die „njet" sagten. Wieder müssen wir uns fragen, warum in dieser historischen Stunde die Vernunft nicht die Oberhand gewann? Dieses Entgegenkommen

war doch keine rein zufällige Geste der Sowjetunion. Wir müssen uns nämlich daran erinnern, was gleichzeitig geschah. 1954 hatte man in der Sowjetunion seinen nationalen Stolz befriedigt, indem es gelungen war, gleich nach den USA, die Wasserstoffbombe herzustellen. Stalin war tot, Chruschtschow war an die Spitze der russischen Politik getreten. Ungefähr gleichzeitig schloß er den Staatsvertrag mit Österreich und machte seine Versöhnungsvisite bei Tito in Belgrad.

Wie reagierte man nun hierauf von seiten der Westmächte? Politisch reagierte man, indem man in diesem selben Moment, also im Mai 1955, Westdeutschland in den NATO-Pakt aufnahm und damit den Beschluß in bezug auf die deutsche Wiederaufrüstung formalisierte, der zwar schon viele Jahre lang diskutiert worden war, der aber gerade in diesem Augenblick mehr als irgend etwas anderes zu unterstreichen schien, daß der Kalte Krieg fortgesetzt werden sollte. Im Abrüstungssektor geschah eine schroffe Unterbrechung insofern, als die Vereinigten Staaten plötzlich einen allgemeinen, kategorischen Vorbehalt gegenüber all ihren eigenen früheren Standpunkten machten, einschließlich des Standpunktes, dem sich die Sowjetunion eben angeschlossen hatte. Eisenhower legte statt dessen einen umfangreichen Plan auf sogenannte „open skies" vor, d. h. auf ein Recht der gegenseitigen Flugüberwachung, auch durch Luftaufnahmen, sowie auf den Austausch von Informationen über alle militärischen Dispositionen.

Wieder muß festgestellt werden, nicht nur, daß die Großmächte fortfuhren, in Kriegsspielbegriffen zu denken und zu planen, statt sich der Sprache des Friedens zu bedienen, sondern auch, daß wir anderen uns offensichtlich passiv verhielten. Warum begnügten wir uns damit, Zuschauer zu spielen? „Alle sprachen vom Tauwetter, aber niemand tat etwas dazu", könnte man travestieren. Aber gerade das ist ja der Kern meiner Mahnung, ja meiner Anklage gegen alle die Staaten, die nicht Supermächte sind: sie dürfen es nicht unterlassen, für Vernunft und Moral einzutreten.

Warum habe ich hier diesen Rückblick auf einige der düstersten Augenblicke der modernen Geschichte getan? Meine Entschuldigung besteht darin, daß ich es so stark empfinde, daß wir uns im gegenwärtigen Augenblick wieder vor einer dieser seltenen Chancen sehen — der Chance, daß sich die Fäden des Geschicks zu einem Muster des Friedens knüpfen ließen.

Die Entspannung im gegenwärtigen weltpolitischen Klima ist offensichtlich. Ich bin in der glücklichen Lage, damit beginnen zu können, meine Achtung vor dem heute hier nächstliegenden Fortschritt zu bezeugen, dem Nichtangriffspakt zwischen Bonn und Moskau. Dieser Schritt ist vielversprechend für eine Entspannung auch zwischen den Supermächten hinsichtlich ihrer so spannungsgeladenen Konfrontationslinie quer durch Europa. Eine fortgesetzte Zusammenarbeit für die Sicherheit des gesamten Europa liegt uns nun vorgezeichnet. Daß gerade Bonn diesen ersten Schritt symbolisiert, der uns weiterführen kann, scheint mir um so glücklicher, als die deutsche Wiederaufrüstung bei der letztvergangenen Gelegenheit eines „goldenen Augenblickes" Symbol dafür wurde, wie man die Chancen verspielte. Die Friedensversuche im Mittleren Osten lassen uns weiter hoffen, obwohl der Haß dort noch lodert und die Risiken verschärfter Konflikte immer noch sehr bedeutend sind. Die steigende Welle der Weltmeinung, die sich dagegen wendet, daß die Vereinigten Staaten einen supertechnischen Krieg gegen arme Völker in Südostasien führen, diese Welle sollte auch zu konstruktiven Lösungen verhelfen können.

Direkt auf der Linie der Abrüstung liegen die Verhandlungen unter der Bezeichnung SALT, die gegenwärtig zwischen Helsinki und Wien pendeln und die auf eine Reduzierung der strategischen Waffensysteme der Supermächte abzielen, und zwar sowohl der offensiven wie der defensiven Waffensysteme.

Jetzt ist uns also wieder eine kostbare Gelegenheit gegeben, Abrüstungsmaßnahmen zu planen, die so schnell durchgeführt werden können und die so weit greifen müssen, daß sie wirklich einen bedeutsamen Friedenseffekt bekommen können. Es müssen Abkommen getroffen werden, die ihrerseits Unterlage für eine weitere Verbesserung des Friedens-

klimas darstellen und weitere Reduktionen der Rüstungsapparate nach sich ziehen können.

Wiederum muß man anklagend fragen, ob jemand von den Beteiligten wirklich die volle Verantwortung dafür übernommen hat, daß diese Gelegenheit der Menschheit nicht wieder aus den Händen gleitet. In der Abrüstungskonferenz in Genf stellen wir, die kleinen Staaten und besonders die Vertreter der allianzfreien Staaten, unruhig und warnend diese Frage. Mit unendlicher Mühe und gegen den hartnäckigen Widerstand der Großen versuchen wir, eine Resolution nach der anderen zur Annahme gelangen zu lassen, die auf die Verpflichtung der Staaten hinweist, „die Verhandlungen im Geiste gegenseitigen Vertrauens fortzusetzen, so daß umfassende Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt werden können". Es gelang uns, diese Formulierung in Artikel VI des Sperrvertrages einzuschieben, der ja sonst den Großmächten keinerlei Verpflichtungen auferlegt.

Noch aber zeichnet sich kein verheißungsvoller Hoffnungsstrahl am Horizont der Abrüstungsverhandlungen ab. Womit wir uns in den letzten Jahren in Genf beschäftigt haben, sind eigentlich nicht die großen, bedeutungsvollen Fragen der Abrüstung, sondern eher die verhältnismäßig peripheren Fragen der Nicht-Rüstung, das heißt, weitere Rüstungsmaßnahmen zu unterlassen. So z. B. das nun empfohlene Abkommen, nach welchem keiner der vertragschließenden Staaten das Recht haben soll, auf dem Meeresboden unter internationalem Fahrwasser Anlagen für Kernwaffen zu errichten. Man verbietet also damit etwas, was noch nicht geschehen ist und was wahrscheinlich nicht aktuell werden wird. Wenn ich ehrlich sein soll — und mich etwas böse ausdrücken darf —, dient die Arbeit an solchen „non-armament-measures" hauptsächlich als eine Art Beschäftigungstherapie für die Abrüster.

Bedeutungsvoller sind natürlich die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die chemischen und biologischen Kampfmittel völlig zu eliminieren. Die öffentliche Meinung der Welt ist in dieser Frage ganz offenbar beunruhigt; es zeigt sich ja auch, daß diese Waffen sogar im Frieden gefährlich sind: in Utah, auf Okinawa, in der Ostsee. Die Großmächte zeigen sich aber immer noch unwillig, hier entscheidende Schritte zu unternehmen. Der Westen hält kleinlich und engstirnig daran fest, daß das Tränengas und die Defoliantien von den Verboten ausgenommen werden sollen. Und so lange sie diese Forderungen aufrechterhalten, kann ja auch der ehrliche Wille der Sowjetunion nicht ernstlich auf die Probe gestellt werden.

Ich kann hier nicht darauf eingehen, näher zu beschreiben, worin die großen, bedeutungsvollen Schritte bestehen könnten. Ich will nur kurz einige Forderungen aufzählen, die wir gegenwärtig stellen. Sie umfassen: vollständiges Verbot aller militärisch bedeutungsvollen Aktivität auf dem internationalen Meeresboden; vollständiges Experimentverbot für Kernwaffen, wodurch ja ihre Weiterentwicklung unterbunden werden würde; vollständiges Verbot gegen alle B- und C-Waffen sowie gegen Brandwaffen vom Typ Napalm.

Von da sollten wir dann weitergehen und schrittweise diejenigen Massenzerstörungswaffen eliminieren, die gegen das verstoßen, was frühere Generationen in der „Haager Landkriegsordnung" zum Ausdruck bringen wollten. Diese Regeln hatten ja den Zweck, die Zivilbevölkerung davor zu schützen, Opfer der Kriegshandlungen zu werden. Wir müssen den Mut dazu aufbringen, obwohl es bedeutet, daß wir etwas fast Unglaubliches verlangen, nämlich daß unsere Nationen vernünftig genug sein sollen, der Anwendung der supertechnischen Zerstörungsmethodik zu entsagen, zu der sich der moderne Krieg entwickelt hat.

Aber selbst da dürfen wir nicht stehen bleiben. Ich sehe zwei Hauptlinien der Weiterentwicklung der Friedensarbeit vor mir. Die eine ist die schon beschriebene multilaterale Abrüstungslinie, die sich besonders auf die technischen neuen Waffen zur Massenzerstörung bezieht. Hier sind es die Supermächte, die am meisten aufgeben müssen, da sie am meisten haben. Die zweite Hauptlinie ist die regionale, die direkt friedenspolitische Linie, die sich auf die konventionellen Militärpositionen bezieht und deshalb auch lokale poli-

tische Probleme berührt. Um auf der erstgenannten Linie Erfolge zu verzeichnen, müssen wir alle, die wir nicht zu den Großmächten gehören, diese unermüdlich immer wieder zu Maßnahmen drängen. Auf der zweiten Hauptlinie dagegen sind wir selbst mitbetroffen: wir müssen deshalb selbst vom Willen beseelt sein, auch etwas aufzugeben. Das wesentliche Moment des Sperrvertrages ist es ja, daß er einen direkten Beitrag der kleinen Länder darstellt, der allgemeinen Kriegsgefahr in der Welt an einem Punkt Einhalt zu gebieten. Das Übereinkommen über eine kernwaffenfreie Zone in Latein-Amerika, das sogenannte Tlatelolco-Abkommen, weist den Weg zu weitern derartigen regionalen Abkommen. Dieser Weg ist gewiß anfangs schwer und schmal, aber er öffnet sich vielversprechend, wenn man ihn einmal eingeschlagen hat.

Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren, ich habe gemeint, meinen Dank für den Preis, der mir zuteil geworden ist, nicht in besserer Weise abstatten zu können, als indem ich uns alle an die Verpflichtungen erinnere, die uns obliegen. Wir haben die Aufgabe, die Großen und Mächtigen zu mahnen und zu warnen, aber auch uns selbst in Zucht zu halten, unsere eigene Verantwortung auf uns zu nehmen, so daß nicht nochmals Chancen verspielt werden und historische Gelegenheiten uns aus den Händen gleiten. Unsere Aufgabe ist es, Frieden zu schaffen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. D. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

HOLZ, Dr. Hans Heinz, geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GEISSEL, Hiltraut,* geb. 1947 in Kiel, studierte Volkswirtschaft in Kiel, jetzt in Bonn. *** *SCHILLING, Wilfried,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *KAMBERGER, Dr. Klaus,* geb. 1940 in Paderborn, studierte Geschichte und Publizistik in Münster, München und Wien, ist Lektor für Politik, Soziologie und Zeitgeschichte bei der Fischer-Bücherei. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung von 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig. *** *REGUS, Dr. Michael,* geb. 1943 in Berlin, Studium der Medizin in Düsseldorf, Medizinalassistent am Frankfurter Nordwestkrankenhaus, jetzt Assistenzarzt in Westberlin. *** *SCHACHT, Kurt,* geb. 1932 in Hamburg, lebt dort und ist seit 1952 journalistisch tätig. *** *KORTE, Hermann,* geb. 1946 in Meppen/Ems, nach Abitur Ersatzdienst, anschließend Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Münster, Jugendbildungsreferent der IG Chemie-Papier-Keramik im Bezirk Westfalen. *** *PINL, Claudia,* geb. 1941 in Augsburg, studierte Geschichte und Politik in Köln, den USA und Westberlin, arbeitet als Redakteurin an einer Gewerkschaftszeitschrift. *** *BORIS, Dieter,* geb. 1943, ist Assistent am Soziologischen Institut der Universität Marburg. *** *BORIS, Elisabeth,* geb. 1947, studiert Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Gießen. *** *EHRHARDT, Wolfgang,* geb. 1943, studiert Soziologie, Politik und Archäologie an der Universität Marburg. *** *HERVÉ-MURRAY, Florence,* geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik und Soziologie in Heidelberg, Bonn und Nanterre, lebt als freie Journalistin in Bonn. *** *Hoehl, Egbert,* geb. 1927 in Mannheim, lebt dort als freier Publizist; einige Buch- und zahlreiche Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Luchterhand Verlags und des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz
Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Jonas Lesser †
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Ernst May †
Peter Meier
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Levin Schücking †
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

HOLZ, Dr. Hans Heinz, geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GEISSEL, Hiltraut,* geb. 1947 in Kiel, studierte Volkswirtschaft in Kiel, jetzt in Bonn. *** *SCHILLING, Wilfried,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *KAMBERGER, Dr. Klaus,* geb. 1940 in Paderborn, studierte Geschichte und Publizistik in Münster, München und Wien, ist Lektor für Politik, Soziologie und Zeitgeschichte bei der Fischer-Bücherei. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung von 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig. *** *REGUS, Dr. Michael,* geb. 1943 in Berlin, Studium der Medizin in Düsseldorf, Medizinalassistent am Frankfurter Nordwestkrankenhaus, jetzt Assistenzarzt in Westberlin. *** *SCHACHT, Kurt,* geb. 1932 in Hamburg, lebt dort und ist seit 1952 journalistisch tätig. *** *KORTE, Hermann,* geb. 1946 in Meppen/Ems, nach Abitur Ersatzdienst, anschließend Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Münster, Jugendbildungsreferent der IG Chemie-Papier-Keramik im Bezirk Westfalen. *** *PINL, Claudia,* geb. 1941 in Augsburg, studierte Geschichte und Politik in Köln, den USA und Westberlin, arbeitet als Redakteurin an einer Gewerkschaftszeitschrift. *** *BORIS, Dieter,* geb. 1943, ist Assistent am Soziologischen Institut der Universität Marburg. *** *BORIS, Elisabeth,* geb. 1947, studiert Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Gießen. *** *EHRHARDT, Wolfgang,* geb. 1943, studiert Soziologie, Politik und Archäologie an der Universität Marburg. *** *HERVÉ-MURRAY, Florence,* geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik und Soziologie in Heidelberg, Bonn und Nanterre, lebt als freie Journalistin in Bonn. *** *Hoehl, Egbert,* geb. 1927 in Mannheim, lebt dort als freier Publizist; einige Buch- und zahlreiche Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Luchterhand Verlags und des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Fünfzehnter Jahrgang · Heft 10/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats September 1970

1. 9. — Naher Osten. Während der schwedische UN-Sonderbeauftragte Gunnar Jarring in New York seine Gespräche mit arabischen Diplomaten fortsetzt, weilt der israelische UN-Botschafter Tekoah „zur Berichterstattung" in Jerusalem. Über einen neuen Verhandlungsauftrag an Tekoah kommt es zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung; Verteidigungsminister Dajan droht mit seinem Rücktritt. — Am 6. 9. wird nach einer mehrtägigen Kabinettsberatung unter Vorsitz von Ministerpräsidentin Golda Meir bekanntgegeben, Israel werde vorläufig nicht an den Friedensgesprächen unter Vorsitz von Jarring teilnehmen. Das Kabinett begründet seine Entscheidung mit militärischen Verschiebungen Ägyptens innerhalb der Waffenstillstandszone. — Am 9. 9. gibt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seiner Besorgnis über die Entführung von Flugzeugen Ausdruck und fordert „alle beteiligten Parteien" auf, Passagiere und Besatzungen unverzüglich freizulassen. Alle Staaten sollten Maßnahmen ergreifen, um Behinderungen des internationalen Flugverkehrs zu unterbinden. Anlaß der Ratsentschließung, die ohne Aussprache einstimmig (jedoch ohne formelle Abstimmung) angenommen wird, ist die Entführung von drei Maschinen westlicher Fluggesellschaften durch die „Volksfront für die Befreiung Palästinas". — Am 15. 9. kritisiert der ägyptische Außenminister Riad die „Obstruktionspolitik" Israels gegenüber der Jarring-Mission, die durch neue amerikani-

sche Waffenlieferungen bestärkt worden sei; der amerikanische Senat hatte am 1. 9. die Regierung ermächtigt, weiteres modernes Waffenmaterial einschließlich Düsenkampfflugzeuge „in unbegrenzter Höhe" an Israel zu liefern und für diesen Zweck günstige Kredite einzuräumen. Riad erklärt weiter, die VAR sei bereit, die Waffenruhe am Suez-Kanal einzuhalten, wenn auch Israel dies tue. — Am 17. 9. trifft Ministerpräsidentin Golda Meir in den Vereinigten Staaten ein, um mit Präsident Nixon und Außenminister Rogers zu konferieren.

3. 9. — Abrüstung. Der Genfer Abrüstungsausschuß vertagt sich und übermittelt der UN-Vollversammlung einen Bericht über seine Tätigkeit für die Zeit vom 17. Februar bis zum 3. September 1970. Als Anlage wird dem Dokument der amerikanisch-sowjetische Entwurf eines Vertrages über das Verbot der Plazierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung auf dem Meeresboden beigefügt, den der Ausschuß zuvor gebilligt und der Vollversammlung zur Annahme empfohlen hatte. Der Bericht enthält außerdem Einzelheiten über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten an einer Konvention über das Verbot biologischer und chemischer Kampfmittel.

4. 9. — Chile. Bei den Wahlen für das Amt des Präsidenten erhält Senator Allende, der Kandidat der „Unidad Popular", die meisten Stimmen; der von Allende geführten Einheitsfront gehören sechs Parteien, darunter die Kommunistische Partei Chiles, an. Innenminister Patricio Rojas gibt die folgende Stimmverteilung bekannt: Salvador Allande Gossen 1 075 616 = 36,3 Prozent / Jorge Alessandri Rodriguez (Nationalpartei) 1 036 278 = 35 Prozent / Radomiro Tomic Romero (Christlich-Demokratische Partei, die bisher den Präsidenten stellte), 824 849 = 27,8 Prozent. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht, liegt die endgültige Bestätigung des neuen Staatsoberhauptes entsprechend der Verfassung beim Kongreß.

7. 9. — Polen. Auf einer Konferenz anläßlich des 25. Jahrestages der Konferenz von Potsdam führt der polnische Außenminister Jedrychowski u. a. aus: „Das Potsdamer Abkommen beinhaltet einen internationalen Rechtsakt der Anerkennung der Souveränität des polnischen Staates über die östlich der Oder und Lausitzer Neiße gelegenen Gebiete ... Beide auf den Trümmern des III. Reiches errichteten deutschen Staaten waren verpflichtet, den endgültigen Charakter und die Unverletzlichkeit der Westgrenze Polens anzuerkennen. Die DDR erfüllte diese Pflicht schon 1950. Jetzt warten wir darauf, daß die Deutsche Bundesrepublik den gleichen Schritt vollzieht, und betrachten ihn als die Voraussetzung zur Normalisierung der Beziehungen mit jenem Staat."

8. 9. — Tschechoslowakei. Ministerpräsident Strougal äußert sich auf einer Veranstaltung zum Tag der Bergarbeiter in Prag zu den Beziehungen mit der Bundesrepublik: „Der zwischen der UdSSR und Westdeutschland unterzeichnete Gewaltverzichtsvertrag ist zu einem ermutigenden Ereignis für Europa, die europäische Sicherheit und die Sicherheit unseres Landes geworden ... Er bietet auch Gelegenheit für eine Justierung der Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten, somit also auch der Beziehungen zwischen Westdeutschland und unserer sozialistischen Republik." Strougal fügt hinzu: „Um dies zu erreichen, ergreifen wir über Regierungskanäle diesbezügliche Schritte."

8.—10. 9. — Neutralität. In der sambischen Hauptstadt Lusaka findet die dritte Gipfelkonferenz blockfreier Staaten statt. Die Staats- und Regierungschefs legen in zahlreichen Dokumenten ihre Auffassungen zu politischen und wirtschaftlichen Problemen nieder. Eine der Resolutionen, die auf die Initiative der arabischen Delegationen zurückgeht, empfiehlt Sanktionen gegen Israel wegen dessen Weigerung, die besetzten Gebiete zu räumen und den entsprechenden Beschluß des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 zu erfüllen.

10. 9. — Guinea / DDR. In einem Kommuniqué über den Besuch einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter Leitung des Mitglieds des Politbüros der SED Paul Verner in Guinea wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern mitgeteilt; die Generalkonsulate in den beiden Hauptstädten sollen mit sofortiger Wirkung den Status von Botschaften erhalten.

12.—24. 9. — Weltraum. Sowjetische Wissenschaftler unternehmen mit einem unbemannten Raumschiff ein neuartiges Experiment. Die automatische Station

„Luna 16" landet am 20. 9. auf dem Mond und nimmt dort Gesteinsproben an Bord. Nach einem Aufenthalt von 24 Stunden startet die Sonde und kehrt zur Erde zurück.

15. 9. — U N O. In New York beginnt die 25. Vollversammlung der Vereinten Nationen. Nach der Wahl des norwegischen Delegierten Edvard Hambro zum Präsidenten tritt die Versammlung in die Generaldebatte ein. Die Tagesordnung für die laufende Session umfaßt 98 Punkte.

— J o r d a n i e n. Die Ablösung der Zivilregierung unter Ministerpräsident Riffai durch ein Militärkabinett unter Brigadegeneral Daoud hat das Wiederaufleben der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen königlichen Truppen und den Palästinensern zur Folge. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) bildet ein militärisches Oberkommando und ernennt den Vorsitzenden der „Al-Fatah", Yasir Arafat, zum „Generalbefehlshaber aller Streitkräfte der palästinensischen Revolution". In der Hauptstadt und in anderen Teilen des Landes liefern sich an den folgenden Tagen beide Seiten schwere und verlustreiche Kämpfe, bei denen Panzer, Artillerie und automatische Waffen eingesetzt werden. In Kairo versammeln sich die Staatschefs einiger arabischer Staaten, unter ihnen die Präsidenten der VAR, des Sudans und Libyens, die zur sofortigen Feuereinstellung aufrufen; den Palästina-Organisationen wird von seiten des Iraks, Syriens und Algeriens jede Unterstützung zugesagt. — Am 23. 9. warnt der sowjetische Staatspräsident Podgorny in Moskau während eines Essens zu Ehren des indischen Präsidenten Giri vor jeder ausländischen Einmischung in Jordanien. Podgorny weist auf die Bewegungen der 6. amerikanischen Flotte hin. — Am 24. 9. demissioniert der in Kairo weilende Chef der jordanischen Militärregierung Daoud. — Am 27. 9. unterzeichnen König Hussein von Jordanien und Yasir Arafat ein Abkommen über die Beendigung des Bürgerkrieges. Bei der Unterzeichnung, die im Hilton-Hotel von Kairo erfolgt, sind fast alle Staatschefs der arabischen Staaten anwesend. Die Vereinbarung, deren Einhaltung ein besonderer Ausschuß unter Leitung des tunesischen Ministerpräsidenten Bahi Ladgham überwachen soll, sieht u. a. den Abzug aller Streitkräfte aus der jordanischen Hauptstadt vor.

17. 9. — V i e t n a m. Auf der 84. Sitzung der Vietnam-Konferenz in Paris unterbreitet der Delegationsleiter und Außenminister der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, Frau Nguyen Thi Binh, einen Acht-Punkte-Plan. Frau Binh, die nach längerer Abwesenheit wieder an der Konferenz teilnimmt, schlägt die Bildung einer provisorischen Koalitionsregierung zur Vorbereitung von Wahlen in Südvietnam vor. In dem Plan heißt es weiter, die Befreiungsstreitkräfte seien bereit, Angriffe auf amerikanische und andere ausländische Einheiten in Südvietnam zu unterlassen, falls die Vereinigten Staaten sich verpflichteten, ihre Truppen bis zum 30. Juni 1971 vollständig aus dem Lande zurückzuziehen.

20. 9. — S c h w e d e n. Bei den Wahlen zum ersten Einkammerparlament des Landes verliert die regierende Sozialdemokratische Partei ihre absolute Mehrheit; die Kommunistische Partei kann ihren Stimmenanteil von 3 auf 4,5 Prozent erhöhen. Nach Auszählung der Briefwähler wird am 29. 9. folgende Zusammensetzung des neuen Reichstages bekanntgegeben: Sozialdemokraten 163, Zentrum 71, Liberale Volkspartei 58, Konservative 41, Kommunisten 17 Sitze. Noch in der Wahlnacht hatte Ministerpräsident Palme erklärt, er werde versuchen, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu bilden.

27. 9. — U S A. Präsident Nixon tritt eine ausgedehnte Europareise an, die ihn nach Italien, in den Vatikan, Jugoslawien, Spanien, Großbritannien und Irland führt. Der Präsident wird u. a. von Außenminister Rogers und Verteidigungsminister Laird begleitet.

28. 9. — V A R. Vizepräsident Anwar as-Sadat gibt über den Rundfunk den plötzlichen Tod von Staatspräsident Nasser bekannt. Nach der Verfassung übernimmt as-Sadat bis zur Neuwahl eines Präsidenten dessen Amtsgeschäfte.

30. 9. — B e r l i n. Die in Bonn akkreditierten Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs, Rush, Jackling und Sauvagnargues, treffen mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Abrassimow, zu einem neuen Berlin-Gespräch, dem ersten seit Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, zusammen. Über die Zusammenkunft im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrats in Westberlin wird strengstes Stillschweigen gewahrt.